



„Hier habe ich gestern noch getanzt“

Das Jahr 1938 und die Reichspogromnacht aus Erinnerungen jüdischer Zeitzeugen

SEITE 35

Islamische Enthauptungen mitten in Europa

Eine Tötungsart aus dem dunklen Mittelalter kehrt zurück

SEITE 6



„Im Tirtzu“, die konservative Studentenbewegung Israels

Der Direktor Matan Peleg im Interview mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU

SEITE 26-27



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

zunehmende bestätigende Resonanz und wachsende Leserzahlen im In- und Ausland geben uns Anlass zur Genugtuung und machen der Redaktion und mir Mut, unsere Stimme allem bigotten und verlogenen Geschrei des unduldsamen linken Meinungskartells zum Trotz auch weiterhin vernehmlich, konsequent und kompromisslos gegen jede Form des Antisemitismus, und für die Verteidigung und den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen, westlichen Lebenswelt zu erheben.

Für die uns hierbei zuteil gewordene Sympathie und Bestärkung danken wir allen unseren Lesern, Unterstützern und Freunden auf das Herzlichste. Ihren vielfachen Zuspruch sehen wir als unsere vorrangige Verpflichtung an.

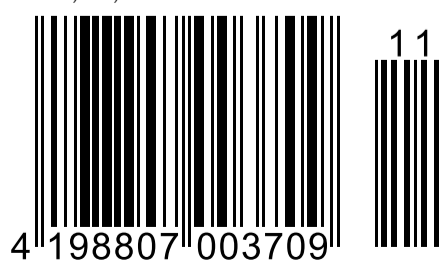
Die selbst in schlimmsten Albträumen nicht angedachten islamischen entmenschten Terrormorde und Enthauptungen bei Paris, in Nizza, in Lyon und gerade jetzt an der Synagoge von Wien, bei denen sich ein seit 1945 nicht mehr erlebter Tsunami ungehemmt offenkundig gewordener Rechtsverachtung und unverhohlenen Judenhasses ergoss, erlauben uns nicht, auch nur einen Augenblick abzulassen, den – aller Verfolgung und Anfeindung zum Trotz – untrennbaren positiven Beitrag des Judentums zu unserem gemeinsamen wertvollen abendländischen Erbe darzulegen.

Der gesamte, von uns heute gelebte und geliebte freiheitliche Lifestyle, unsere geistigen Errungenschaften, unsere Philosophie, unsere politische Kultur, unsere Musik, unsere Literatur, unsere moderne Medizin und unser wissenschaftlicher Fortschritt in fast allen Bereichen wären nicht denkbar ohne dieses gemeinsame Erbe, das mit großer Entschlossenheit gegen alle, den hiesigen Mainstream gegenwärtig leider wieder zunehmend dominierenden antijüdischen Vorbehalte und Anfeindungen geschützt werden muss.

In diesem Sinne verstehen wir auch unsere diesjährige Novemberausgabe, zu der wir uns wieder Ihr wichtiges, konstruktives Interesse wünschen.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Re-elect Trump 2020! Schicksalswahlen in den USA



Von Dr. Rafael Korenzecher

Wenn sie in den nächsten Tagen ihre neue Ausgabe unserer Jüdischen Rundschau in der Hand halten, werden die Ergebnisse der US-amerikanischen Präsidentenwahl – die uns zum Zeitpunkt der Drucklegung leider noch nicht vorlagen – bereits bekannt sein und Donald Trump, der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird hoffentlich auch ihr künftiger Präsident werden.

Der 3. November ist der Tag der Schicksalswahl für die USA und die gesamte westliche Welt!

Die Wiederwahl des jetzigen Präsidenten ist für den Fortbestand unseres freiheitlichen westlichen Wertesystems wichtiger als es viele von uns wahrhaben wollen.

Wenn man wissen will wie wichtig und richtig es ist, Donald Trump wieder zum Präsidenten der USA zu wählen, braucht man sich nur die Liste seiner eingeschworenen Gegner und Feinde anzusehen, die sich über seine Abwahl freuen würden und nichts mehr fürchten als seine heutige Wiederwahl durch das amerikanische Volk.

Es bestätigt nur die absolute Notwendigkeit seiner Wiederwahl, dass neben unseren vom linksdogmatischen Ungeist der alten 68er-Bewegung beseelten Leit- und Erziehungsmedien und unserer nach links jeder Vernunft abgedrifteten, Islamische-Gewalt- und Judenass-Einlass qua-

si tatenlos zulassenden, wenn nicht gar fördernden GroKo, es in trauriger Eintracht mit der hiesigen Regierungspolitik vor allem auch die linke Schießbefehl-Partei des ehemaligen menschenfeindlichen, eingezäunten Freiluftgeheges SBZ (sowjetische Besatzungszone), euphemistisch falschetikettiert auch „DDR“ genannt – und natürlich auch die klimahysterischen wirtschaftsfeindlichen, Krieg gegen die Autoindustrie und unsere westliche Lebensart führenden Öko-Bevormunder von der grünen „fast alles, was unser bisheriges unbeschwertes Leben ausmacht“-Verbotsparterie sind, die die Wiederwahl von Donald Trump fürchten.

Unseren Außenminister und Israel-UNO-Dauerverurteilungsspezialisten Heiko Maas und seinen Amtsvorgänger, den zuverlässigen Mordmullah-Dauergratulanten und devoten Verbeugungs-Huldiger des über alle Maßen korrupten toten Judenmord-Terroristen Arafat, unseren heutigen Bundespräsidenten mit dem ehemals linksextremen und Verfassungsschutz-beobachteten Lebenslauf hatten wir ja schon erwähnt.

Die inbrünstige Hoffnung auf eine Wahlniederlage Donald Trumps teilen diese unsere politischen Exponenten auch mit Herrn Rouhani, dem Präsidenten des menschenverachtenden und jüdenfeindlichen iranischen Mord- und Holocaustleugnungs-Regimes, und dem gerade von der Kanzlerin sehr geschätzten Panislam-

ten, IS-Unterstützer, Kriegstreiber, Ägäis-Aggressor, Zypern-Besitzer, Jerusalem-Beansprucher, Macron-Beschimpfer und Judenfeind Erdogan, um nur zwei seiner Feinde zu nennen. Jedenfalls scheinen Trumps Feinde bei der deutschen Politik allesamt deutlich beliebter zu sein als der Präsident des Staates, dem gerade Deutschland von der Befreiung aus der Nazi-Tyrannie über den wirtschaftlichen Aufbau der frühen Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung – sehr, sehr viel verdankt.

Weitere Gründe für die Bedeutung der Wiederwahl Donald Trumps nennt die hervorragende und vielbeachtete Rede von Thomas Klinglestein, dem Chef des renommierten konservativen amerikanischen Think-Tanks Claremont Institute, die ich gekürzt ins Deutsche übersetzt und hier untenstehend in Teilen zitiere:

„Trump ist nach meiner Ansicht der perfekte Mann für diese Zeiten.“

Die Democrats sind heute von ihrem radikalen Flügel eingenommen, der einen revolutionären Systemchange anführt. Damit ist die kommende Wahl die wichtigste seit der Wahl von 1860. Beginnen wir dort:

Im Gegensatz zu den meisten Wahlen ist diese viel mehr als ein Wettbewerb bestimmter Politikrichtungen, etwa beim Gesundheitswesen oder bei den Steuern. Diese Wahl ist wie die Wahl von 1860, ein Wettstreit zwischen zwei konkurrierenden Systemen oder Lebensweisen.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Re-elect Trump 2020! - Schicksalswahlen in den USA

Die Wiederwahl des jetzigen Präsidenten ist für den Fortbestand unseres freiheitlichen westlichen Wertesystems wichtiger als es viele von uns wahrhaben wollen.

Eine Lebensweise – ich nenne sie den traditionellen amerikanischen „Way of Life“ – basiert auf individuellen Rechten, der Rechtsstaatlichkeit und einem gemeinsamen Verständnis des Gemeinwohls. Diese Lebensweise legt Wert auf Arbeit, Selbstständigkeit, Freiwilligkeit, Patriotismus und ähnliches mehr.

Die andere Lebensweise nenne ich Multikulturalismus. Andere nennen es „Identitätspolitik“ oder „kultureller Marxismus“ oder „Intersektionalität“.

Die multikulturelle Bewegung, die die Demokratische Partei vereinigt hat, ist eine system-verändernde Bewegung. Ich meine, sie ist nicht nur eine metaphorische Revolution. Sie ist nicht nur „wie eine Revolution“. Sie ist eine wirkliche Revolution, ein Versuch, die amerikanische Staatsgründung zu stürzen, wie Präsident Trump in seiner ausgezeichneten Mount-Rushmore-Rede sagte.

Multikulturalismus begreift Gesellschaft nicht als eine Gemeinschaft von Individuen mit gleichen Rechten, sondern als eine Sammlung von kulturellen Identitätsgruppen – definiert durch Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und so weiter. Folgt man den Multikulturalisten, so werden alle diese Identitätsgruppen ausnahmslos von weißen Männern unterdrückt.

Die Multikulturalisten wollen uns glauben machen, dass wir für immer unwürdig sind, oder in der Sprache von heute „systemisch rassistisch“, sexistisch, homophob, islamophob und all die anderen „-istisch“ und Phobien. Einfach ausgedrückt: Multikulturalismus macht uns glauben, dass wir so wie wir bisher leben, grundlegend schlecht sind.

Diese Wahl ist ein Kampf zwischen dem Mann Trump, der Amerika für gut hält und jemandem wie Biden, der von einer Bewegung kontrolliert wird, die Amerika für schlecht hält.

Damit die Multikulturalisten aber die bisherigen traditionellen Werte und Prinzipien ändern können, müssen sie die Institutionen, die diese Werte und Prinzipien

lehren, zerstören oder radikal umstrukturieren.

Wenn Amerikaner überhaupt systemisch sind, dann ist das ein systemisches Bekenntnis zu Freiheit und gleichen Rechten für alle. Amerika wie es bisher ist, hat mehr Freiheit und mehr Wohlstand für mehr Menschen gebracht hat als jedes andere Land in der Geschichte der Menschheit. Die meisten Amerikaner wissen das, aber wollen und müssen das auch von ihren politischen Führern hören.

Stattdessen erobert beispielsweise der BLM-Flügel der Democrats bereits die gesamte Partei, und Biden spricht im Namen der BLM nun regelmäßig von „systemischem“ Rassismus.

Angesichts der Umsturzversuche der Democrats sollten wir glücklich sein, einen Präsidenten wie Donald Trump zu haben. Er ist der unpräzidiälste Präsident ever und zu einer anderen Zeit könnte er ein schlechter Präsident gewesen sein. Aber in diesen Zeiten – diesen umstürzlerischen Zeiten – war und ist er der beste Präsident, den wir haben konnten und können.

Er hat zudem das unentbehrlichste Attribut eines politischen Leaders: Er hat Mut.

Vor allem und vor allen anderen, engagiert sich Trump für Amerika und die westlichen Werte. Er ist vorbehaltlos pro-Amerika. Trump hat unbegrenztes Vertrauen in Amerika und seine freiheitliche Lebensweise. In dieser Zeit des nationalen Zweifels ist auch dies genau das, was der Arzt verordnet hat. Er findet unsere westliche amerikanische Kultur „unbelievable“ und er will sie erhalten.

Trump hält Amerika nicht nur für unbelievable, er weiß darüber hinaus auch, dass wir uns heute in einem Kampf um unser Leben befinden.

Und trotz all dem Schlechten, was man seitens der Democrats ad nauseam über ihn verbreitet: Trump ist der am wenigsten rassistische Präsident, den wir je hatten. Trump verteidigt nicht die weiße Lebensweise. Er verteidigt die amerikanische Le-

bensweise, die farbenblinde Lebensweise, die jedem offensteht, der bereit ist, sie anzunehmen.

Wenn wir unser Land wirklich retten wollen, dann sollten wir ihn unterstützen, und zwar unmissverständlich.“

Zu diesen wichtigen und überaus beachtenswerten richtigen Gedanken von Thomas Klingenstein dürfen vor allem auch die bisherigen großartigen Verdienste Donald Trumps, die er sich bereits in seiner gegenwärtigen Amtszeit insbesondere um uns Juden und den Staat Israel erworben hat, nicht ungenannt bleiben.

Der Autor Stewart Weiss hat sie in einem aktuellen Artikel für die „Jerusalem Post“ hervorragend zusammengefasst. Hier einige Auszüge daraus:

„Dankeschön, Präsident Trump, dass Sie sich für Israel eingesetzt haben und vor den Vereinten Nationen für unsere Sache eingetreten sind. Praktisch seit ihrer Gründung hat sich die UNO zwanghaft darauf konzentriert, den jüdischen Staat zu dämonisieren und anzuprangern.“

Doch in den letzten drei Jahren haben sich die Abgeordneten Nikki Haley und Kelly Craft auf ihre präsidiale Anweisung mutig zu unserer Verteidigung erhoben, um der hässlichen Rhetorik gegen uns entgegenzutreten.

Danke schön, Präsident Trump, dass Sie Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt und Ihre Botschaft dorthin verlegt haben. Ein wichtiges Element der «palästinensischen» Strategie zur Ausrottung Israels war die glühende Leugnung der Verbindung Israels zu diesem Land. Trotz all der unwiderlegbaren Beweise für unsere alte Präsenz hier, trotz der ununterbrochenen Verbindung Jerusalems zum jüdischen Volk seit den Tagen König Davids, wurde die Strategie der «Großen Lüge» heimtückisch angewendet, um die Geschichte zu leugnen und uns als Eindringlinge und Teppichhändler darzustellen. Mit der einfachen Feststellung, was real und selbstverständlich ist – dass Jerusalem im Zentrum

des Judentums steht und untrennbar mit unserem Glauben verbunden ist – wurde die Bilanz nun für jeden, der Augen hat, unauslöschlich richtiggestellt. Das bekräftigt die Wahrheit, dass wir nicht hier sind, weil wir einen Ort der Zuflucht brauchen oder um einen weiteren Holocaust zu verhindern, sondern weil dies unsere rechtmäßige Heimat und unser rechtmäßiges Erbe ist.

Dankeschön, Präsident Trump, dass Sie gegenüber dem Iran standhaft geblieben sind und den katastrophalen Atomdeal verschmäht haben. Amerika, die Bastion der Freiheit und der Menschenrechte, sollte alles in seiner Macht Stehende tun, um dieses Schurkenregime zu schwächen und außer Gefecht zu setzen. Die vorherige Regierung überschüttete den Iran mit Dutzenden Milliarden Dollar – Geld, das den Opfern des Terrors zustand und dennoch verwerflich an die Hisbollah, die Hamas und den «Islamischen Dschihad» weitergeleitet und zur Tötung von Juden verwendet wurde. Mit Israel zusammen allein gegen den Rest der Welt stehend, hat dieser Präsident sich geweigert, den Ayatollahs irgendeine Legitimität oder Unterstützung zu gewähren.

Ihre Geschichts-verändernden politischen Gesten, die zu unserem Nutzen getan wurden, sollten als viel mehr als nur politische oder populistische Spielereien angesehen werden; sie sind unbezahlbare Geschenke, die uns für viele kommende Generationen dienen werden und für die wir sagen: Todah!“

Diesem schließe ich mich auch für die Redaktion der Jüdischen Rundschau vollumfänglich an und wünsche dem großartigen amerikanischen Volk, der westlichen Zivilisation, Ihnen und uns allen eine gute und gelungene Wahl.

Präsident Donald Trump muss und wird zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wiedergewählt werden.

Re-elect President Donald Trump now!

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auch wenn der Monat November in unseren Breiten insgesamt ein eher von elegischer Stimmung getragener Herbstmonat ist und nicht wenige, meist dieser Stimmung entsprechende Gedenktage aufweist, so beinhaltet er doch gerade in der neueren Geschichte Tage der Erinnerung an Ereignisse, die sowohl für Deutschland als auch für die Juden von schicksalhafter Bedeutung sind und maßgeblich zur heutigen politischen Situation beigetragen haben.

Der 29. November 1947 ist der Tag der Resolution 181 (II), in der sich die UNO mit überwältigender Mehrheit für eine Teilung des damaligen britischen Mandatsgebietes und die langsehnte Wiederentstehung eines jüdischen Nationalstaates auf einem Teil des alten jüdischen Territoriums aussprach. Dieser Tag ist damit die eigentliche Geburtsstunde des modernen demokratischen Staates Israel.

Für Deutschland, aber auch für die deutschen und europäischen Juden schicksalhaft sind jedoch auch unfraglich die historischen Ereignisse, die jeweils kokinzident auf den 9. November fielen und von denen außer dem auch vom US-republikanischen Präsidenten Ronald Reagan ermöglichten Mauerfall von Berlin insbesondere die schrecklichen Ereignisse des

9. November 1938 hervorzuheben sind.

Der Hoffnungsfunke, den vor 102 Jahren die Abdankung des deutschen Kaiserreichs und das Ausrufen einer Republik Deutschland am 9. November 1918, und zwei Tage später am 11. November 1918 das offizielle Ende des schrecklichen Ersten Weltkriegs mit über 17 Millionen Todesopfern, davon allein 12.000

Was haben wir getan als man wieder ungehindert „Juden ins Gas“ grölen durfte?

für das deutsche Kaiserreich gefallenen Juden, in dem geschundenen Europa für einige wenige Jahre aufkeimen ließ, wurde sehr bald wieder zertreten.

Er wurde brutal zertreten von der durch Deutschland selbstgewählten braunen Nazi-Herrschaft, dem antisemitischen Terror der Pogromnacht des 9. November 1938 und der folgenden Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden durch deutsche Nazischeren und ihre bereitwilligen Helfer aus unterschiedlichen Nationen.

Im diesem November jahren sich die

schrecklichen Ereignisse von damals zum 82. Mal.

Angesichts der unvorstellbaren, von unserer links jeder Vernunft eine für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie suizidale, offensichtlich von dem letzten Funken gesunden Menschenverstandes verlassene Islamisierung unseres Landes und ganz Westeuropas

zulassende Politik wird auch uns wie einstmalen den Zeitgenossen der Pogrome von 1938 zur Rechtfertigung unseres Handelns vor den nachkommenden Generationen zwingen.

Die Fragen der Enkel und Urenkel

Auch wir werden uns die Frage von unseren Enkeln und Urenkeln gefallen lassen müssen:

Wo wart ihr und was habt ihr getan, als in unserem Lande und in Westeuropa friedliche Menschen auf Weihnachtsmärkten, auf Veranstaltungen

oder beim friedlichen Feiern ermordet wurden, als man unschuldige Menschen auf unseren Straße mit Macheten niedermetzelte, Lehrer köpfte, vor unseren Synagogen mordete und zufällige Passanten nahezu täglich in Fußgängerzonen und in unseren Verkehrsmitteln mit Messern verletzte und tötete?

Wo wart ihr als man Mädchen und junge Frauen-Gruppen in nicht gekannter Häufigkeit und Brutalität vergewaltigte, Ex-Ehefrauen und ehemalige Freundinnen abschlachtete und Schwule tötete?

Wo wart ihr und was habt ihr getan als man wieder jüdische Schüler von deutschen Schulen mobbte und prügelte, als man Rabbiner und an ihrer Kleidung als Juden erkennbare Menschen auf offener Straße anspuckte, anpöbelte, beschimpfte, körperlich angriff und verletzte?

Wo waren wir alle und was haben wir getan als Teile unserer politischen Vertretung wieder zum Kaufboykott jüdischer Waren aufforderten, als die Polizei gegen das Schwenken von Israel-Fähnchen einschritt und man bei Hass-Demos gegen Israel vor den nahezu untätigen Augen der Staatsgewalt wieder ungehindert Juden den Tod wünschen und „Juden ins Gas“ grölen durfte?

Fortsetzung Seite 9 ▶▶

Ehemaliger Labour-Vorsitzender und Judenfeind Jeremy Corbyn fliegt wegen seiner extrem antisemitischen Haltung aus seiner Partei

Nach ihrer krachenden Wahlniederlage haben die britischen Sozialdemokraten nun ihren ehemaligen Vorsitzenden Jeremy Corbyn, der für Antisemitismus und linke Israel-Feindschaft stand, aus der Partei ausgeschlossen.

Von Redaktion Audiatur

Der ehemalige Vorsitzende der britischen Labour Party, Jeremy Corbyn, wurde von der Partei ausgeschlossen. Dies nachdem er auf einen Bericht reagiert hatte, in dem die Antwort der Partei auf den Antisemitismus in ihren Reihen unter seiner Führung ausführlich beschrieben wurde.

„Angesichts seiner heutigen Äußerungen und seines Versäumnisses, diese anschließend zurückzunehmen, hat die Labour Party Jeremy Corbyn bis zum Abschluss der Untersuchung suspendiert“, so die sozialdemokratische Partei in einer Erklärung.

Nach der Veröffentlichung des Berichts behauptete Corbyn, dass die Zahl der Beschwerden über Antisemitismus innerhalb der Partei während seiner Amtszeit „dramatisch übertrieben“ und er „nicht Teil des Problems“ gewesen sei.

Der Bericht wurde von der Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission verfasst und fand zahlreiche Fälle, in denen die Parteiführung unter Corbyn die Beschwerden jüdischer Mitglieder herunterspielte, herabsetzte oder gar ignorierte.

„Unsere Untersuchung hat mehrere Bereiche aufgezeigt, in denen (Labour's) Ansatz und Führung bei der Bekämpfung des Antisemitismus unzureichend waren“, sagte die Interimsvorsitzende der Kommission, Caroline Waters, bei der Vorstellung des 130-seitigen Berichts.

„Dies ist unentschuldig und scheint eher auf einen Mangel an Bereitschaft zur Bekämpfung des Antisemitismus zurückzuführen zu sein als auf die Unfähigkeit, dies zu tun“, sagte sie.

Die Kommission erklärte, dass sich Labour unter Corbyn dreier Verstöße gegen das britische Gleichstellungsgesetz von



Keir Starmer, der neue Labour-Vorsitzende (links), distanziert sich mittlerweile scharf von seinem Vorgänger Jeremy Corbyn.

2010 schuldig gemacht habe, und zwar wegen politischer Einmischung in Beschwerden, wegen des Versäumnisses, diejenigen, die mit Antisemitismusfällen umgehen, angemessen zu schulen, und wegen Belästigung von Beschwerdeführern.

Der derzeitige Parteivorsitzende Sir

Keir Starmer sagte in seiner Reaktion auf den Bericht: „Und wenn es – nach all dem Schmerz, all der Trauer und all den Beweisen in diesem Bericht – immer noch diejenigen gibt, die meinen, es gäbe kein Problem mit Antisemitismus in der Labour Party. Dass das alles über-

trieben ist, oder ein parteipolitischer Angriff“.

„Dann sind Sie, ehrlich gesagt, auch Teil des Problems. Und Sie sollten auch nicht in der Nähe der Labour Party sein“, so Starmer gegenüber britische Medien.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Unglaublich: Die «Palästinensische Autonomiebehörde» nutzt Entwicklungshilfe zur Bestechung der Harvard-Universität!

«Palästinenser» spenden fast 2 Millionen Dollar nach Harvard, und PLO-Generalsekretär Saeb Erekat wird danach plötzlich als Dozent an die weltberühmte Bostoner Universität bestellt.

Von David Lange (Israellycool)

Vor ein paar Wochen hatte ich bekanntgegeben, dass das Institut «Belfer Center» der Harvard University den «palästinensischen» Propagandisten Saeb Erekat als «eine von vier hochrangigen Führungskräften in der Diplomatie als Fisher Family Fellows für das akademische Jahr 2020/21» bezeichnet hat.

Ich war nicht der Einzige, der sich daraufhin die Frage gestellt hat: «Was zum Teufel?»

Ich denke, die «New York Post» liefert uns die Antwort:

«Länder schicken Milliarden an die «Palästinensische Autonomiebehörde», ... die dann Millionen an die Harvard-Universität spendet! Die Hochschule heuert dann einen gescheiterten, unehrlichen «palästinensischen» Diplomaten an, damit dieser ...Diplomatie lehrt.

Es ist wahr: Harvard hat gerade Saeb Erekat, den Chefunterhändler der «Palästinensischen Befreiungsorganisation», als «führenden Diplomatie-Experten» eingestellt – nachdem sie fast zwei Millionen Dollar an Spenden von der «Palästinensischen Autonomiebehörde» erhalten hat, die für sich selbst Milliarden an ausländischer Hilfe, auch aus Amerika, scheffelt.

Es wäre verrückt, Erekat für sein staats-

männisches Können einzustellen: Er ist seit fast 40 Jahren in die «palästinensisch»-israelischen Friedensgespräche involviert, und eine Einigung ist nirgends in Sicht. Das mag daran liegen, dass er zusammen mit anderen «palästinensischen» Führern geschworen hat, «Israel niemals als jüdischen Staat anzuerkennen», wie er 2014 sagte.

Im Jahr 2000 lehnten Erekat und Jassir Arafat ein lächerlich großzügiges israelisches Angebot ab und starteten stattdessen die zweite Intifada, während der «palästinensische» Terroristen Tausende ermordeten und verstümmelten. Er und Mahmud Abbas lehnten 2008 ein weiteres Angebot ab.

Kritiker zitieren zahlreiche Lügen, die er erzählt hat, um Israel zu beschmutzen, wie etwa, dass deren Armee 2002 bei einem Überfall auf Dschenin 500 unschuldige «Palästinenser» getötet habe. Im Jahr 2015 rechtfertigte er willkürliche Messerstechereien von «Palästinensern» als «Selbstverteidigung».

Doch von 2017 bis 2019 «spendete» die «Palästinensische Autonomiebehörde» fast zwei Millionen Dollar an Harvard. Warum sollte ein klammes Regime so etwas tun? Erekat's neuer Auftritt ist ein Hinweis: um sich Einfluss an der angesehenen Schule zu erkaufen.

In der Zwischenzeit haben «palästinensische» Schreie der Armut zu Milliarden



Der gescheiterte Unterhändler Saeb Erekat soll auf einmal „Diplomatie-Experte“ sein.

an Auslandshilfe geführt, darunter allein 5 Milliarden Dollar aus Washington von 1994 bis 2018. Mit anderen Worten: Bis Präsident Trump den Geldfluss kappte, nutzten die «Palästinenser» faktisch US-Gelder, um Einfluss an der Ivy-League-Schule zu gewinnen. (Oh, und um Terroristen oder ihre Familien auszuzahlen.)

Das Arrangement scheint für Harvard und die «Palästinenser» gut ausgegangen zu sein. Für Studenten und Steuerzahler nicht so sehr.»

Die Antwort war doch gar nicht so komplex.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Sudan bestätigt Normalisierungs-Gespräche mit Israel

Nach den Emiraten und Bahrain steht eine Normalisierung Israels mit dem Sudan an. Weitere arabische Länder werden wahrscheinlich bald folgen.

(Israelnetz) Israel und der Sudan wollen ihre Beziehungen normalisieren. Die Übergangsregierung in Khartum bestätigte am Sonntag eine entsprechende Ankündigung von US-Präsident Donald Trump. Im Gegenzug streichen die USA das afrikanische Land von der Terrorliste. Damit kann der Sudan wieder auf internationale Finanzhilfen zugreifen.

Der israelische Premier Benjamin Netanjahu sprach von einem „dramatischen Durchbruch für den Frieden“. Er erinnerte zudem daran, dass die Hauptstadt des Sudan, Khartum, einst für die „Drei Neins“ der arabischen Welt von 1967 gestanden habe. „Wir haben das geändert“, gab er nun zu Protokoll. Nach dem Sechs-Tage-Krieg hatte die Arabische Liga bei einem Gipfel in Khartum mit Blick auf Israel eine Anerkennung, Verhandlungen und Frieden ausgeschlossen.

Wie Netanjahu weiter anmerkte, nutzte der Iran den Sudan in den vergangenen Jahren als Durchgangsland für Waffenschmuggel, um die Terror-Organisation Hamas im Gazastreifen aufzurüsten. Ein bekannter Fall war das Frachtschiff „Kloss-C“, dass die israelische Marine im Jahr 2014 aufbrachte. „Das hat mich dazu gezwungen, Gegenmaßnahmen anzuordnen, und tatsächlich hat sich das geändert“, schrieb Netanjahu, ohne dabei Details zu nennen.

Langes Werben

In den kommenden Tagen werde eine israelische Delegation in den Sudan aufbrechen, „um die Abkommen fertigzustellen“. Von der Normalisierungs-Ankündigung profitiert das Land schon jetzt: Israel hat ihm eine Weizen-Liefe-



Abdallah Hamduk, der Premierminister des Sudan

rung im Wert von 5 Millionen US-Dollar zugesichert. Im Jahr 2018 hatten sich die Brotpreise um das Dreifache verteuert. Dies war der Auslöser für den Sturz des Diktators Omar al-Baschir im April 2019.

Derzeit befindet sich der Sudan in einer politischen Übergangsphase. Dies war einer der Gründe für Übergangspremier Abdallah Hamduk, eine Normalisierung zu verschieben. In den vergangenen Monaten hatten die USA versucht, den Sudan zu einer Normalisierung zu bewegen. Gesprä-

che zwischen Israel und dem Sudan waren bereits im Februar bekannt geworden.

Normalisierungen am Horizont

Der Sudan wäre das fünfte arabische Land, mit dem Israel Beziehungen aufnimmt. Netanjahu erklärte am Sonntag, dem Sudan würden weitere Länder folgen. Erst am Sonntag billigte das Kabinett in Jerusalem das im September unterzeichnete Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Nach unbestätigten Informationen des Fernsehsenders „Kanal 12“ wird Saudi-Arabien im Falle eines Sieges von Trump eine Normalisierung kurz nach den Wahlen verkünden. Das soll der Chef des Auslandsgeheimdienstes Mossad, Jossi Cohen, in einem Hintergrundgespräch gesagt haben. Andere israelische Quellen teilten darüber hinaus mit, dass der Oman das „wahrscheinlichste“ Land sei, das als nächstes eine Normalisierung mit Israel ankündigt.

USA unter Trump helfen Griechenland gegen türkische Landnahme-Aggression in der Ägäis

US-Außenminister Pompeo besucht eine Marinebasis auf Kreta, um dem Land im Konflikt mit dem türkischen Aggressor den Rücken zu stärken.

Von Stefan Frank (Mena Watch)

Gemeinsam mit dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis besuchte US-Außenminister Pompeo am 29. September die amerikanisch-griechische Marinebasis Souda im Westen Kretas. Dort wurde er mit militärischen Ehren empfangen.

Souda ist, an der Zahl der Schiffe gemessen, die zweitgrößte Marinebasis Griechenlands und der bedeutendste Stützpunkt der USA im östlichen Mittelmeer. In einer Rede unterstrich Pompeo die Bedeutung der militärischen Beziehungen zwischen den USA und Griechenland, die sich darin zeige, dass die USS Hershel „Woody“ Williams, „die neueste Expeditionsbasis der US-Marine, Souda Bay ihr zu Hause nennen wird“, wie Pompeo sagte.

Symbolische Unterstützung für Griechenland

Diese Ankündigung dürfte den türkischen Präsidenten Erdogan aufhorchen lassen, zumal die USA nicht viele Schiffe dieser Klasse besitzen. Die USS Hershel „Woody“ Williams ist ein 239 Meter langes Expeditionsbasissschiff mit einem 4.800 Quadratmeter großen Landeplatz, einem Treibstoff- und Ausrüstungslager, Magazinen sowie Reparatur- und Missionsplanungsräumen. Sie hat Arbeits- und Wohnräume für mehrere hundert Mann und kann kleine Schiffe in See setzen und wieder aufnehmen.

Zudem ist auf ihr das Kipprotorflugzeug V-22 Osprey stationiert, das wie ein Hubschrauber starten und landen kann, während es gleichzeitig in der Lage ist, mit nach vorne gekippten Rotoren so schnell zu fliegen wie ein Turboprop-Flugzeug. Die V-22 Osprey hat sich bei humanitären Einsätzen wie etwa den Rettungsmissionen nach dem Hurrikan Dorian auf den Bahamas 2019 bewährt, könnte aber auch militärische Einsätze unterstützen – beispielsweise Navy Seals auf einer Insel absetzen.

Die außenpolitische Korrespondentin der „New York Times“, Lara Jakes, sieht in der Stationierung der USS Hershel „Woody“ Williams auf Kreta einen „Schritt, den man als symbolische Unterstützung für Griechenland in der Konfrontation mit der Türkei werten könne. Jakes weist darauf hin, dass das Schiff weniger als tausend Kilometer von der türkischen Küste entfernt stationiert wird. Die Hershel „Woody“ Williams sei laut Jakes zwar „nicht die Art von Schiff, die in einen Konflikt von hoher Intensität eingreifen könnte, falls die zunehmenden Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland überkochen sollten ... Doch sein Einsatz in der Nähe des Ortes, an dem die Türkei Anfang dieses Jahres Vermessungs- und Bohrschiffe zur Suche nach Erdgas sandte, könnte als symbolische Warnung vor der wachsenden Verärgerung Amerikas über Ankara verstanden werden.“

In seiner Rede sagte Pompeo, Souda sei „buchstäblich die perfekte Wahl und ein Symbol für eine Verteidigungspartnerschaft, die weiter expandieren und wachsen“ werde. Die Sicherheitskooperation beider Länder sei „besonders wichtig, da Russland die Region weiterhin destabilisiert, insbesondere in Libyen, wo die USA den Abzug aller ausländischen Streitkräfte



US-Außenminister Pompeo (Zweiter von vorne) und der griechische Premierminister Mitsotakis beim Besuch der griechischen Fregatte „Salamis“ auf der Marinebasis Souda

te und die Unterstützung der militärischen Deeskalation und der libyschen Aussöhnung fordern“.

Streitpunkt Erdgas

Pompeo bekräftigte „die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die laufenden Bemühungen Griechenlands zur Diversifizierung der Energierouten und -versorgung in der gesamten Region“ – damit war der Plan einer Erdgaspipeline gemeint, die Israel und Ägypten mit Griechenland verbinden und über das von der Türkei bedrohte Zypern laufen soll.

„Freie Märkte“ sollten „anstelle der russischen Gazprom“ über die Energieversorgung entscheiden, so Pompeo. Dies ist als Anspielung auf die vom Kreml nach geopolitischen Gesichtspunkten geplanten Pipelineprojekte zu verstehen: die auch in Deutschland umstrittene Nord-Stream-Pipeline, die Russland über die Ostsee mit Deutschland verbinden soll und die TurkStream-Pipeline, die seit Anfang des Jahres russisches Gas über das Schwarze Meer in die Türkei und von dort nach Bulgarien transportiert.

In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten Pompeo und Mitsotakis die eine Woche zuvor erfolgte Gründung des East Mediterranean Gas Forum (EMGF) und bekräftigten ihre Unterstützung für Kooperationen im Rahmen des „3+1-Formats“ zwischen Griechenland, Zypern, Israel und den USA.

Erst im Oktober 2019 hatte der amerikanische Außenminister Griechenland zuletzt besucht. Damals unterzeichnete er ein Militärabkommen, das eine seit 1990 bestehende bilaterale Partnerschaft erweitert und es den USA gestattet, griechische Militärbasen, darunter die Luftwaffenstützpunkte Larissa und Stefanovikio, zu nutzen.

40 Prozent des in der EU verbrauchten Erdgases kommt aus Russland

Das Abkommen, das im Januar 2020 vom griechischen Parlament ratifiziert wurde,

beinhaltet die Ausbildung von Soldaten, das Auftanken von Flugzeugen und Schiffen, kurzfristige Wartungsarbeiten, Lagerung von Material und Einsätze bei Krisen. Auch amerikanische Drohnen dürfen auf den Flugplätzen starten und landen. Die USA hatten im Gegenzug angekündigt, Griechenland bei Manövern zu unterstützen.

Vereinbarungen, die bei Pompeos jetzigem Besuch getroffen wurden, betreffen unter anderem eine Modernisierung der griechischen F16-Kampfflugzeuge und der griechischen Werften.

Zudem wurde über das geplante schwimmende LNG-Terminal gesprochen, das mit amerikanischer Unterstützung bei Alexandroupolis, nahe der griechisch-türkischen Landgrenze in Thrakien, gebaut werden soll. Ab 2023 soll dort per Schiff verflüssigtes Erdgas (LNG) aus den USA angeliefert, regasifiziert und über Pipelines zu Verbrauchern in Europa geliefert werden.

Die USA produzieren weitaus mehr Erdgas, als sie verbrauchen, während die EU-Länder zur Deckung ihres Bedarfs auf Importe angewiesen sind. 40 Prozent des in der EU verbrauchten Erdgases kommt aus Russland, 18 Prozent aus Norwegen und 11 Prozent aus Algerien.

Gedenken in Thessaloniki

Einen Tag vor seiner Visite auf Kreta, am 28. September, war Pompeo in Thessaloniki eingetroffen. Dort hatte er gemeinsam mit seiner Ehefrau Susan, dem amerikanischen Botschafter in Athen, Geoffrey Pyatt, der US-Generalkonsulin in Thessaloniki, Elizabeth Lee, und Mitgliedern seiner Delegation das Jüdische Museum besucht, wo derzeit das griechische Holocaustgedenkmuseum entsteht.

Während der deutschen Besatzung wurden 1943 die 56.000 Juden der Stadt mit 19 Eisenbahnzügen in die Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz und Bergen-Belsen deportiert. Nur 2.000 Juden überlebten. Heute leben rund tausend Juden in Thessaloniki.

Es sei „etwas Besonderes“ für ihn gewesen, „Thessaloniki berühmte jüdische Geschichte zu würdigen“ und während der Besichtigung des jüdischen Museums „Jom Kippur begehen zu können“, sagte Pompeo bei seiner Rede in Souda. „Es war in der Tat eine ernüchternde Erinnerung an die notwendige Arbeit, die wir weiterhin leisten müssen, um den Antisemitismus zu bekämpfen und junge Menschen über die Geschichte und die Gräueltaten des Holocaust aufzuklären. In dieser Hinsicht freue ich mich darauf, dass Griechenland im Jahr 2021 den Vorsitz der International Holocaust Remembrance Alliance führen wird.“

Der Besuch des Museums endete mit einem Gesangvortrag einer Sopranistin. Rabbi Aharon Israel, der Oberrabbiner von Thessaloniki, sagte, er habe sich entschieden, den amerikanischen Außenminister zu empfangen, obwohl das für ihn wegen des Jom-Kippur-Feiertags mit Termenschwierigkeiten verbunden gewesen sei und er zunächst Bedenken gehabt habe:

„Jom Kippur ist ein Tag der Selbstbeobachtung und Ehrfurcht, der sowohl mit der Logistik als auch mit der Atmosphäre eines Staatsbesuchs unvereinbar ist. Natürlich kann ich nicht sagen, dass ich diesen Besuch mit beiden Händen angenommen habe. Ich habe andere Rabbiner konsultiert und bin zu dem Schluss gekommen, dass wir nicht Nein sagen sollten.“

Die 20-minütige Veranstaltung habe dann während einer Unterbrechung der Jom-Kippur-Gebete der Gemeinde stattgefunden und daher zu keinen Verstößen gegen das jüdische Gesetz geführt. „Ich konnte sehen, dass Pompeo von der Veranstaltung tief bewegt war, und wir waren wiederum bewegt von der Tatsache, dass es offensichtlich wichtig für ihn war, die Gemeinde zu besuchen“, so Israel.

(Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.)

Zahl der Juden in Europa in den letzten Jahrzehnten dramatisch um 60 % gesunken

Mit zunehmender Islam-Zuwanderung und fortschreitender Islamisierung verlassen vor allem in den letzten Jahren die Juden in großer Zahl den Westen Europas.

Von Chaim Noll

Eine Studie des Londoner „Institute for Jewish Policy Research“, ausgeführt von den bekannten jüdischen Demographie-Experten Daniel Staetsky und Sergio Della Pergola, kommt zu dem erschreckenden Ergebnis, dass die Zahl der Juden in Europa seit dem Jahr 1970 um 60 % Prozent abgenommen hat.

In die Studie einbezogen wurden die derzeit etwa 1,3 Millionen Europäer (in Ost- und Westeuropa, der Türkei und dem europäischen Teil Russlands), „die sich selbst als jüdisch bezeichnen.“ Weitere 2,8 Millionen Menschen können jüdische Vorfahren aufweisen, auf Grund derer ihnen die israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt würde (dazu genügt ein jüdischer Großelternanteil), gelten aber im rabbinisch-halachischen Sinn nicht als jüdisch oder wollen sich selbst nicht so sehen.

Im Jahre 1970 gab es in Europa noch 3,2 Millionen Juden. Der zahlenmäßig größte Verlust seither resultiert aus dem Abwandern von 1,5 Millionen aus der ehemaligen Sowjetunion und Staaten Osteuropas (hauptsächlich nach Israel, in die Vereinigten Staaten und Kanada), doch auch die jüdische Population Westeuropas sei seither um 8,5 % geschrumpft.

Insbesondere die jüdische Bevölkerung Deutschlands erweist sich als im Rückgang begriffen. Über vierzig Prozent der deutschen Juden seien älter als 65 Jahre, betont die Studie, wogegen nur zehn Prozent der zur Zeit etwa 118.000 auf deutschem Staatsgebiet lebenden Juden jünger als 15 sei. Diese Situation, die auch auf Russland und die Ukraine zutrifft, „kündigt hohe Todesraten an und einen unvermeidlichen Niedergang des jüdischen Bevölkerungsanteils“ in Deutschland, schreiben Staetsky und Della Pergola.

Der Rückgang der jüdischen Bevölkerung Deutschlands ist nach ihrer Ansicht umso auffälliger, als Deutschland eigentlich einen Zustrom von 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion zu verzeichnen hatte und die versuchsweise Einwanderung von etwa 10.000 Israelis. Doch diese Zugänge hätten den negativen Trend



Für immer mehr Juden Europas stellt sich die Frage: Wohin?

der jüdischen Demographie Deutschlands nicht aufhalten können, da sich viele dieser Juden, vor allem jüngere, von den – in Deutschland vom Staat bevormundeten – jüdischen Gemeinden abwandten, ihre jüdische Identität verleugneten oder in andere Länder auswanderten.

Die Untersuchung der Demographen Staetsky (Institute for Jewish Policy Research, London) und Della Pergola (Hebrew University, Jerusalem) gilt als die gründlichste und umfassendste bisher ausgeführte. Sie ist umfassender als eine Studie der EU aus dem Jahre 2018, die zu weniger deprimierenden Ergebnissen kam. Ihre Zahlen divergieren zum Teil eklatant von den offiziellen Angaben jüdischer Organisationen wie des „European Jewish Congress“ oder des „Jewish World Congress“. Die Unterschiede beginnen bereits in der Zahl der derzeit in Europa lebenden Juden: Während der „European Jewish Congress“ auf seiner Website immer noch 1,94 Millionen derzeit in Europa lebende

Juden angibt (und der „Jewish World Congress“ 1,43), sind es nach der Erhebung von Staetsky und Della Pergola nur noch 1,3 Millionen, also rund ein Drittel weniger.

Einige der Trends haben mit dem Holocaust wenig zu tun

Die Juden in Europa hätten um das Jahr 1900 etwa 83 % der jüdischen Weltbevölkerung ausgemacht, teilt die Studie mit, während es heute nur 9 % wären. Natürlich wäre die Demographie der Juden Europas „totally different“ ohne die Auswirkungen des Holocaust, erklärte Professor Della Pergola in einem Interview über die Studie, das er dieser Tage der „Jewish Telegraphic Agency“ (JTA) gab, einer Presse-Agentur mit Sitz im New York. „Doch das ist inzwischen 75 Jahre her“, sagte er, „und einige der für den Niedergang verantwortlichen Trends, die wir heute sehen, haben wenig mit dem Holocaust zu tun.“

So sei Frankreich für einen großen Teil des Schrumpfens der europäisch-jüdi-

schen Bevölkerung verantwortlich: dort lebten nur noch 449.000 Juden, verglichen mit den 530.000 im Jahre 1970. Allein in den letzten zwei Dekaden wären 51.455 französische Juden nach Israel ausgewandert. Auch Kanada würde vom Exodus der französischen Juden profitieren, das Land sei mit seiner stark wachsenden, derzeit etwa 391.000 Menschen zählenden jüdischen Bevölkerung im Begriff, Frankreich zu überholen und die zweitgrößte jüdische Diaspora-Gemeinde nach den Vereinigten Staaten zu werden. Der größte Teil der Juden weltweit lebt heute in Israel, dessen Bevölkerung stark wächst und sich 9 Millionen nähert.

„Frankreich ist heute ein Land, in dem ein Geschichtslehrer auf offener Straße enthauptet werden kann“, sagte Della Pergola, auf den vor einigen Tagen verübten islamischen Terrorakt nahe Paris anspielend. „Natürlich empfinden dann viele Juden, auch französische, Kanada als einen besser geeigneten Ort.“

Islamische Enthauptungen mitten in Europa

Eine Tötungsart aus dem dunklen Mittelalter kehrt in die Mitte Europas zurück – mitgebracht von der gewaltverherrlichendsten Religion der Welt.

Von Gerd Buurmann

In Montfavet, einem Ort in der Nähe der südfranzösischen Stadt Avignon, hat ein Mann mehrere Menschen mit einer Pistole bedroht und dabei „Allahu akbar“ gerufen. Am selben Tag wurden in einer Kirche im französischen Nizza mehrere Menschen von einem Mann verletzt und getötet, der dabei immer wieder „Allahu Akbar“ brüllte. Er stürmte mit einem Messer bewaffnet die Basilika Notre-Dame und stach im Inneren der Kirche auf die Besucher ein. Er soll zudem einer 70-jährigen Frau nach verschiedenen Medienberichten den Kopf abgeschnitten haben.

Die Zahl derer, denen in Frankreich im Jahr 2020 der Kopf zum Ruf, dass Allah groß sei, abgeschnitten wurde, steigt somit.

Man kann schon mit Muslimen diskutieren, man muss nur aufpassen, darüber nicht den Kopf zu verlieren.

Liebe Muslime, wieder wurden Menschen in Frankreich bestialisch ermordet von einem Mann, der erklärt, seine Taten im Namen Allahs und des Islams begangen zu haben. Der Mörder bezeichnet sich selbst als Muslim. Er glaubt sogar, ein wahrer Muslim zu sein, berechtigt, für den Islam zu morden. Er schneidet Menschen die Köpfe ab, weil er glaubt, damit Mohamed zu dienen.

Weltweit gehen Muslime in Massen auf die Straße, um dagegen zu demonstrieren, dass Mohamed gezeichnet wird. Warum gehen Muslime nicht mindestens in ebenso großer Zahl auf die Straße, wenn im Namen Mohammeds gemordet und Köpfe abgeschnitten werden?

Sagt euer Glaube etwa ernsthaft, dass es perverser ist, ein Bild von Mohamed zu malen, als einem Menschen bestialisch den Kopf abzuschneiden? Wenn das Euer Glaube ist, wenn der muslimische Protest gegen die Morde in Frankreich nicht größer ist als der Protest gegen die Karikaturen in Frankreich, dann ist der Islam verabscheuungswürdig.

Der Islam hat massive Probleme. Die Probleme sind jedoch nicht Karikaturisten, Kritiker und Spotter, sondern all die Muslime, die im Namen ihres Gottes Hass verbreiten und Gewalt ausüben, sowie all die Muslime, die dazu schweigen oder die Taten gar rechtfertigen.

Nicht die Spötter des Islams gehören kritisiert, sondern die Eiferer des Islams.

Mir ist es egal, was der Islam bedeutet. Ich will einfach nur, dass das Morden im Namen des Islams aufhört. Ich will, dass

ich in Ruhe leben kann. Ich will, dass mir der Islam egal sein kann. Ich will den Islam einfach nur tolerieren können.

Erklärt nicht mir, was der Islam bedeutet. Sorgt stattdessen dafür, dass die Muslime, die den Islam nutzen, um zu morden, damit aufhören. Zwingt nicht mich zum Dialog, sondern die Terroristen. Es ist Euer Islam, der zum Morden verwendet wird, nicht meine Kritik am Islam.

Ich kenne Christen, die ihre Kirche für deutlich weniger verlassen haben.

Wer jetzt noch in der islamischen Gemeinschaft verbleibt, ohne die Stimme gegen das Morden im Namen des Islams zu erheben, wer jetzt noch Karikaturen kritisiert, aber schweigt im Angesicht des Mordens, wer erklärt, die Freiheit der Aufklärung provoziere den Hass der Fundamentalisten, der macht sich mitschuldig an dem Schlachten von Menschenleben.



2040 DAS ISRAEL VON MORGEN

JNF-KKL schafft das Land von morgen

Folgen Sie uns auf: jnf-kkl.de/israel2040

  Jüdischer Nationalfonds



Aufforstung • Nachhaltige Entwicklung • Bewässerungstechnologien
Bildungsexzellenz in der israelischen Peripherie

Libanon: Von der mondänen Schweiz des Nahen Ostens zum Opfer des Hisbollah-Terrors und machtlosen Satelliten des Iran

Der Zedernstaat in der Abwärtsspirale und die Beirut-Katastrophe als die unvermeidliche Folge der faktischen Machtübernahme durch die Hisbollah-Terroristen



Von Julia Latynina

Die gewaltige Explosion von Beirut und ihre Vorgeschichte ist bezeichnend für den Zustand des einst blühenden Landes.

Am Vorabend des 75. Jahrestages der Bombardierung von Hiroshima zeigte die Hisbollah im Libanon, dass das, wofür die Amerikaner die klugen Köpfe wie Oppenheimer und Feynman (Robert Oppenheimer, „Vater der Atombombe“, und Richard Phillip Feynman, Nobelpreisträger – berühmte amerikanische Physiker, - Anm. d. Übers.) brauchen, auch mit Hilfe von zwei ewigen Bestandteilen eines Failed State geschehen kann: Ammoniumnitrat und Fahrlässigkeit.

Dies ist eine Geschichte über die Degeneration des gesamten Staatsgefüge Libanons, der in den 1950er Jahren ein wohlhabendes Land war. Was ist eigentlich passiert?

Ein Blick zurück in das Jahr 2013: Der russische Geschäftsmann Igor Gretsuschkin lädt 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat auf einen alten Kahn, der von einem zypriotischen Nachbarn gekauft wurde. Das Schiff fährt zuerst in Piräus und dann in Beirut ein. Beirut ist ein Piratenhafen, in dem Gesetzlosigkeit und Korruption herrschen.

Ein russischer Geschäftsmann und sein gesunkenes Schiff

Als Gretsuschkin im Hafen von Beirut, der von der Hisbollah kontrolliert wird, anfangen wollte, die Nebenfracht zu laden, begannen die Klassiker des Genres: Ohne Bestechung weigerte man sich, zu laden. Gretsuschkin lehnte entsprechende Forderungen ab, verzichtete auf die Nebenfracht und bezahlte weder den Kapitän noch irgendjemand anderen. Und das Erstaunlichste ist, dass man das Schiff dann sinken ließ. Es versank direkt an der Hafenummauer – wegen eines Lecks. Denn nach der Abreise des Kapitäns und

des leitenden Mechanikers konnten die Einheimischen das Schiff einfach nicht reparieren und nicht mehr über Wasser halten. Dabei kostete das Schiff mindestens eine Million Dollar. Immerhin hätte man es zur Verschrottung verkaufen können. Auf welchem technischen Stand musste die Hisbollah in diesem Hafen sein, um ein Schiff einfach so versinken zu lassen?

In „normalen“ Häfen werden solche Probleme schnell und auf zivilisierte Weise gelöst. Wenn ein Dampfer, dessen Eigentümer bankrott gegangen ist, den Liegeplatz und dringende Reparaturen nicht

gespart hatte. Mit anderen Worten, sie wollten stehlen, haben aber nicht einmal das in den Griff bekommen. Und so blieb alles unter absolut unangemessenen Bedingungen im Lager liegen. In geringen Mengen wurde das Ammoniumnitrat nach und nach gestohlen, der Rest verlor allein optisch seine Marktfähigkeit. Zur gleichen Zeit wurden andere Sprengstoffe im Hafen gelagert, die tatsächlich zuerst Feuer fingen, als man dort mit den Schweißarbeiten begonnen hat.

Wenn das, was in Beirut explodierte, dort nicht explodiert wäre, würde dies früher oder später in anderen Städten ex-

haben, ist im Libanon wahr geworden. Und wir sehen, wie es endet.

Wenn wir über den Hauptgrund für die Verschlechterung der Lage im Libanon nachdenken, kann man von Multikulturalismus oder, wie der bemerkenswerte amerikanische Denker Thomas Sowell sagt, von „Balkanisierung“ sprechen. Ein solcher Fall tritt ein, wenn verschiedene ethnische und religiöse Gemeinschaften, in einem Staat lebend, unvereinbare Widersprüche vorweisen, was automatisch dazu führt, dass öffentliche Institutionen immer unfähiger und nutzloser werden, bis sie irgendwann durch paramilitärische Organisationen ersetzt werden, die die Interessen dieser Gemeinschaften schützen.

Reichtum durch die Seidenraupe

Beirut ist 5.000 Jahre alt. Die Stadt erlebte Eroberung durch Alexander den Großen, dann im Jahr 63 v. Chr. durch die Römer und im Jahre 635 durch die Araber – es gab dort lange Zeit nichts Gutes, bis Libanon im 19. Jahrhundert die Kontakte zu Europa erneuert und die Seidenraupenzucht begonnen hat. Damals blühte die Seidenproduktion, was zum Wachstum von Banken und Universitäten führte. Es wurde dieser Hafen gebaut, durch den Seide nach Marseille transportiert wurde.

Zu jener Zeit wurde Beirut von bemerkenswerten Menschen regiert. Beispielsweise von Salim Ali Salam, der als Niemand begann und zu einem Oligarchen emporstieg. Seine Tochter, die in England studierte, war die erste in Beirut, die den Schleier von ihrem Gesicht entfernte. Er war mit christlichen Bischöfen

„ Die Linken hatten noch nicht beschlossen, dass der gesamte Nahe Osten ein Ort sein soll, an dem der Islam dominiert. “

bezahlt und im Hafen steckenbleibt, beschlagnahmt das örtliche Gericht das Schiff schnell. Das Schiff und die Fracht werden auf einer Auktion verkauft, das Geld bekommt die Besatzung als Lohnrückstände, der Rest geht an die Gläubiger, die Fracht an einen neuen Käufer, der sie in Empfang nimmt und hinausfährt. Das dauert einige Monate; alles ist kein Problem. Aber wenn es kein funktionierendes Justizsystem gibt, wie im Fall von Beirut, dann geschieht das, was dort geschehen ist...

Die Hisbollah versuchte, das Ammoniumnitrat an ihren Verbündeten Assad zu verkaufen. Aber die Zollbeamten übten Druck auf das Gericht aus, und der Richter genehmigte den Kauf nicht, offenbar weil man mit Bestechungsgeldern

plodieren, auch in europäischen. Nicht, weil der Sprengstoff speziell dafür nach Beirut gebracht wurde, sondern weil er den Besitzer gewechselt hatte, und der Hisbollah in die Hände kam. Es gab keine andere Möglichkeit, diesen Sprengstoff zu verwenden. Wenn ein Land von einer Terrororganisation kontrolliert wird – und der Libanon wird von der Hisbollah kontrolliert –, werden solche Geschehnisse früher oder später unumgänglich.

Es gab Zeiten, da dachten wir, dass das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert des Fortschritts ist. Der Libanon ist jedoch ein Beispiel für ein reiches Land, das in mehreren Jahrzehnten auf das Niveau eines kleinen Provinzstädtchens herabgesunken ist. Der glückliche Traum der amerikanischen Linken, keine Polizei zu

befreundet: Beirut war eine christliche Stadt, 1911 lebten dort 36.000 Muslime und 77.000 christliche Menschen, und die Linken hatten noch nicht beschlossen, dass der gesamte Nahe Osten ein Ort sein soll, an dem der Islam dominiert.

Nachdem der Libanon 1943 die Unabhängigkeit erlangt hatte, setzte sich der Wohlstand fort. Da die sunnitische Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt zugenommen hatte, kamen viele wohlhabende Sunniten aus anderen Ländern nach Beirut, um sich auszuruhen; ihnen folgten sämtliche Ausgestoßene und Dissidenten aus arabischen Ländern. Beirut Banken wurden hoch bewertet; die Elite des Nahen Ostens betrieb dort Geldwäsche.

Die Probleme begannen nach dem Unabhängigkeitskrieg Israels. Laut UN-Resolution mussten zwei Staaten geschaffen werden: Israel und Palästina. Nachdem die arabischen Staaten den Krieg gegen Israel verloren hatten, wurde der Teil Palästinas, auf dem ein arabischer Staat entstehen sollte, an Jordanien abgetreten. Aber anstatt dort einen „palästinensischen“ Staat zu gründen, organisierte Jordanien die PLO – die Volksfront zur Befreiung Palästinas. Was würden sie denn „befreien“, wenn dieses Gebiet in Jordanien war? Antwort: Sie würden Israel zerstören.

Arafat will Jordanien übernehmen

Um 1970 herum mussten wohl Arafat und seine Kameraden gedacht haben: „Israel ist mit seiner starken Armee nicht zu bekämpfen. Aber wir sitzen in Jordanien, und der größte Teil der jordanischen Bevölkerung sind Palästinenser, die von der Haschemiten-Dynastie regiert werden. Wir haben die gesamte Struktur dieser Gesellschaft durchdrungen. Warum nicht König Hussein stürzen und die Macht in Jordanien ergreifen?“. Als Arafats Komplizen versuchten, König Hussein zu töten, reagierte dieser mit totem Terror; mehrere tausend „Palästinenser“ wurden getötet. Da nicht die „blutrünstigen Juden“ sie töteten, kümmerte sich die Weltöffentlichkeit kaum darum.

Die PLO wurde aus Jordanien vertrieben, fand aber einen neuen Unterstützer: Syrien. Die Syrer haben diesen Krebs, der den Staat zernagt, sich jedoch nicht auf ihrem eigenen Territorium, sondern im

Libanon einnisten lassen, und es war der Anfang vom Ende Libanons. Anarchie und Elend wurden in ein wohlhabendes Land gebracht. An dieser Stelle erinnern wir an einen Artikel vom US-amerikanischen Schriftsteller David Schickler aus der „New York Times“ der 1980er Jahre. Er schreibt beispielsweise darüber, wie „Palästinenser“ in libanesischen Dörfern kommen und ein Haus mieten. Sie eröffnen im besagten Haus ein Casino, dann zahlen sie bald kein Geld mehr. Wenn der Eigentümer das Haus zurückfordert, wird er einfach ignoriert. Dies war ein typisches Verhalten. Oder sie beschliessen, das Haus eines bestimmten Huhairo Latka auszuräumen. Eine Milizeinheit kommt herein, es wird verkündet, hier solle sich ein amerikanischer Spion versteckt aufhalten. Der amerikanische Spion wird – welche Überraschung! – nicht gefunden, aber als die Einheit das Haus verlässt, gehen auch der Kühlschrank, der Fernseher und diver-

suchten, den Jungen Untauglichkeitsbescheinigungen auszustellen, aber die Jungen beschwerten sich: Wenn sie nicht als Kämpfer ausgebildet würden, könnten sie nicht zu der von dem „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA)-finanzierten Schule gehen, da das gesamte Schulpersonal aus den PLO-Mitgliedern besteht.

Der Zustrom „palästinensischer“ Flüchtlinge aus Jordanien in den frühen 1970er Jahren destabilisierte den Libanon. Immer wieder geschahen Massaker, ein Beispiel dafür war das christliche Dorf Damur (im Januar 1976, während des libanesischen Bürgerkriegs, wurde in Damur eines der schlimmsten Massaker an Christen in der libanesischen Geschichte verübt: Mehr als 600 Zivilisten wurden von Jassir Arafats Männern geschlachtet. Und im August 1976 masakrierten libanesischen christliche Mili-

Es gab die berühmte Geschichte mit Sabra und Schatila, die geschah, nachdem der eigentliche Führer der Phalangisten, Bashir Jabari (Bashir al-Dschamayyal), im August 1982 zum Präsidenten gewählt und drei Wochen später in die Luft gesprengt worden war (vermutlich vom syrischen Geheimdienst). Und, unter den Augen der israelischen Armee, schlachteten die Phalangisten hunderte von „Palästinensern“ in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ab. Das Wort „Flüchtlinge“ ist in diesem Fall nicht unbedingt zutreffend: Es handelte sich um die deklassierte Bevölkerung, die von ihren eigenen Anführern absichtlich unter prekären Bedingungen gehalten wurde, sodass der einzige Weg, diese Lebensumstände zu ändern und Karriere zu machen darin bestand, sich den militanten Milizen anzuschließen. Und Frauen und Kinder dienten als Schutzschilde für diese „Kämpfer“.

Das Abrücken der PLO machte Platz für die Hisbollah

Nachdem die PLO aus dem Land verjagt worden war, wurde der Iran auf Libanon aufmerksam und begann, andere militärische Organisationen zu finanzieren – nicht sunnitische, sondern schiitische, die schließlich die Hisbollah bildeten. Die Hisbollah wurde von demselben General Soleimani aufgebaut, den Trump töten ließ. Und heute verbieten alle reichen Länder des Persischen Golfs ihren Bürgern, in den Libanon zu reisen, weil sie Sunniten und die Hisbollah, wie auch der Iran, schiitisch sind.

Man könnte sagen, sobald die Christen, die seinerzeit 30 % - 40 % der Bevölkerung Libanons ausmachten, das Land verließen, ging es mit dem Libanon bergab. Heutzutage bezieht Libanon 80 % seines Öls und ebenfalls 80 % seiner Lebensmittel aus dem Ausland. Und das Chaos, das im Land herrscht, spiegelt die Geschichte eines Schiffes wider, das beschlagnahmt wurde, und dessen Fracht man statt an Assad zu verkaufen einfach das ganze Schiff sinken ließ. Aber selbst das ging schief: Die monströse Explosion stürzte das Land in noch tieferes Chaos.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

„ Die Syrer haben den Krebs PLO, der den Staat zernagt, sich jedoch nicht auf ihrem eigenen Territorium, sondern im Libanon einnisten lassen, und es war der Anfang vom Ende des Libanons. “

se andere Gegenstände mit. Autos wurden den Besitzern und Händlern einfach weggenommen, ebenfalls ein Teil der Ernte den Bauern. Was übrig blieb, war unmöglich zu verkaufen, da jeder potenzielle Käufer auch die PLO bezahlen musste. So gingen immer mehr Bauern pleite, Menschen verloren ihre Arbeit.

Die Polizei wurde ausgeschaltet

Die Polizei, die hätte durchgreifen können, gab es nicht mehr. Bald kamen zweifelhafte „Abenteurer“ aus Bangladesch, Sri Lanka usw. ins Land. Die Städte wurden zu Militärstützpunkten, Waffen bewahrte man in der unmittelbaren Nähe von Kirchen und Krankenhäusern auf, 12-jährige Jungen wurden in die Truppen aufgenommen.

Das gefiel allerdings nicht allen Palästinensern. Libanesischen Ärzte ver-

zen, unterstützt von der syrischen Armee, rund 3.500 „Palästinenser“, hauptsächlich Zivilisten, im Flüchtlingslager Tel al-Zaatar im Nordosten Beirut. – Anm. d. Übers.).

Israel vertreibt die PLO aus dem Libanon

Dann flohen die ersten Flüchtlinge, hauptsächlich maronitische Christen, in den Westen. Andere Christen begannen, ihre eigenen Organisationen zu gründen, die ebenfalls mit großer Brutalität agierten. Jetzt gab es im Libanon einerseits die PLO und andererseits christliche Milizen – die Phalangisten. Es gab ständig Massaker, parallel dazu beschossen „Palästinenser“ das Territorium Israels. Infolgedessen betreten die Israelis 1982 das libanesischen Territorium. Die PLO musste aus dem Land fliehen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Wo waren wir und was haben wir getan als Juden sich zunehmend einem entwürdigenden Identitäts-Mimikry unterwerfen mussten, um nicht als Juden erkannt und angegriffen zu werden, als No-Go-Areas für Juden zusehends wieder Normalität in unseren Städten wurden und Juden sich dran machten Westeuropa und dieses Land zu verlassen, weil sie hier keine Zukunft mehr für sich und ihre Kinder sahen.

Werden wir zumindest einräumen, dass wir opportunistisch, angepasst und feige zu all dem geschwiegen haben? Das gilt auch für einen nicht unerheblichen Teil unserer sehr einseitig erblindeten offiziellen jüdischen Funktionäre, die sich ohne Scham und Rückgrat bei unserer all dies verantwortenden Politik anbieten und sich als jüdisches Alibi für das Versagen unserer Politik andienen.

Die eigene Feigheit zugeben?

Werden wir zugeben, dass wir brav, schmerzempfindlich, bequem und unbeirrt diejenigen weiter an der Macht belassen haben, die unser Land mit absurden, bereits im letzten Jahrhundert grandios gescheiterten linken Spinnereien und Systemchange-Fanta-



sien durch den Neu-Einlass und durch verantwortungslos-suizidale Duldung dem Krebsfraß eines sich hier nahezu ungehindert breit machenden eingeschleppten, islamisch-atavistischen Männlichkeitswahns, islamischen Ras-

sismus eines durch nichts zu rechtfertigenden intoleranten religiösen Superioritätsanspruchs sowie fundamentaler Rechtsverachtung ausgesetzt haben und damit, obwohl nicht eingestanden, last but not least besonders durch den

massiven Neuimport gewalttätigen Judenhasses auch der bereits bestehende tradierte Antisemitismus verstärkt reaktiviert wurde?

Werden auch wir wieder sagen, wir haben das alles nicht gesehen und nicht gewusst?

Oder was werden wir – und falls wir es nicht mehr können – was wird die Geschichte unseren Nachfahren zu unserem Versagen antworten?

Dem großartigen, mutigen und unermüdeten Kämpfer für unseren freiheitlichen westlichen Lifestyle und unsere westlichen Lebenswerte, dem aufrechten Freund Israels und der Juden, Präsident Donald Trump, wünschen wir ebenso wie uns seine verdiente und für uns alle substantielle Wiederwahl als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Israel, dem gesamten jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen vor allem Gesundheit in diesen ungewöhnlichen Zeiten von Corona und alles erdenklich Beste

Dr. Rafael Korenzecher

i.A. S. Akstinat
Chefredakteur Jüdische Rundschau

Das Fanal der Mohammed-Karikaturen und die Schwäche des Westens

Die auf offener Straße enthaupteten Menschen in Frankreich sind nur die jüngsten Opfer eines Krieges der „Islam Supremacy“-Fanatiker gegen die freie Welt. Die Politik Westeuropas und der EU fürchtet sich vor einem Gegner, der ihr bei entschlossener Gegenwehr nichts entgegenzusetzen hätte.



Von Thomas M. Eppinger

Gedenken an den französischen Lehrer Samuel Paty, dem am 16. Oktober 2020 ein islamischer Tschetschene den Kopf abschnitt.

Samuel Paty war 47 Jahre alt, als ein 18-jähriger Tschetschene, der als anerkannter Flüchtling in Frankreich lebte, auf offener Straße über ihn herfiel und ihm mit einem 30 Zentimeter langen Küchenmesser den Kopf abschnitt. Der Mörder veröffentlichte den in einer Blutlache liegenden Kopf des Lehrers für Geografie und Geschichte auf Twitter: „Ich habe einen eurer Höllenhunde hingerichtet, der es wagte, Mohammed zu erniedrigen.“

Wenige Tage zuvor hatte Paty im Unterricht mit seinen Schülern über Meinungsfreiheit gesprochen und dabei Karikaturen von „Charlie Hebdo“ gezeigt. Vor fünf Jahren waren zwei islamische Terroristen in die Redaktion der französischen Satirezeitschrift eingedrungen und hatten zwölf Menschen erschossen. Am 2. September dieses Jahres begannen die Prozesse gegen mutmaßliche Mittäter, und Charlie Hebdo veröffentlichte in einer Sonderausgabe die berühmten Mohammed-Karikaturen der größten dänischen Tageszeitung „Jyllands-Posten“ erneut. Am 25. September verletzte ein Terrorist vor dem „Charlie Hebdo“-Bürogebäude in Paris vier Personen mit einem Fleischermesser, zwei davon schwer.

Paty hatte im Unterricht angekündigt, dass er diese Karikaturen zeigen werde und den muslimischen Schülern die Möglichkeit gegeben, die Klasse zu verlassen. Ein 13-jähriges Mädchen ist geblieben, ihr Vater, Brahim Chnina, hat daraufhin eine Social Media-Kampagne gestartet und gegen den Lehrer mobilisiert.

So richtig in Fahrt gebracht hat die Hetze gegen den Lehrer der Prediger Abdelhakim Sefrioui, in französischen Geheimdiensten eine bekannte Figur. Der Muslimbruder und Hamas-Unterstützer ist ein erfahrener Agit-Prop-

Saint-Denis geflohen war, dass sie nicht mehr wiederzuerkennen sei. Islamisten hätten Straßen und Geschäfte erobert. Die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ veröffentlichte den „Bericht eines Fassungslosen“ 2015 auf Deutsch.

„Katar, neben Iran einer der größten Geldgeber islamischer Terrororganisationen, wird nicht nur eine Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten, sondern ist längst zum begehrten Großinvestor aufgestiegen.“

Experte des politischen Islam. Seit Anfang der 2000er Jahre ist der Imam auf dem Schirm der französischen Terrorabwehr, er unterstützte den antisemitischen Komiker Dieudonné bei dessen Präsidentschaftskandidatur und hetzt regelmäßig gegen Israel. Sefrioui ist Mitglied des „Rates der Französischen Imame“. Laut der Zeitschrift Marianne handelt es sich dabei um eine 1992 gegründete radikale Gruppe, deren Schatzmeister er gewesen sei.

Die Gemeinde Conflans-Sainte-Honorine, wo Paty im Gymnasium Bois d'Aulne unterrichtete, liegt wenige Kilometer nordwestlich von Paris. Sefrioui hat die Kampagne von dort in die Moschee Pantin im Pariser Vorort Seine-Saint-Denis getragen. Über diese Stadt schrieb Fewzi Benhabib, der 1994 vor Algeriens Islamisten nach

Nach dem Mord an Paty wurde Sefrioui von der Polizei verhaftet.

Die gut organisierte Muslimbruderschaft

Der Mord an Paty zeigt beispielhaft, dass alle Thesen von „verwirrten Einzeltätern“ ins Leere gehen und den Hintergrund islamischer Anschläge verschleiern. Zwar erleichtert das Internet sowohl die Selbst-Radikalisierung von Muslimen als auch deren Rekrutierung durch Terrororganisationen, doch niemand radikalisiert sich im luftleeren Raum. Immer sind es fundamentalistische Prediger, die den Boden bereiten, und sehr oft kommen diese aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft. Gegründet 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten, gelten ihre fünf Leitsätze bis heute:

„Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch.“

Die Hamas ist nur eine von vielen Terrortöchtern dieser sunnitischen Vereinigung, die nach eigenen Angaben in über 70 Ländern verbreitet ist. Viele Führer islamischer Terrorgruppen haben hier ihre Wurzeln, auch Aiman az-Zawahiri, der heutige Kopf von al-Qaida. Das globale Netzwerk ist in vielen Ländern jederzeit in der Lage, Aufstände anzuzetteln und „spontane Massenproteste“ zu orchestrieren, ihr hoher Organisationsgrad ermöglicht es ihr, den Marsch durch die Institutionen anzutreten. Mit Erfolg, auch und gerade im Westen.

Der Historiker Heiko Heinisch und die Politologin Nina Scholz rechnen in Europa etwa 200 Organisationen der Muslimbruderschaft zu. In einem Interview im Kurier sagt Scholz 2019:

„In Österreich zählt dazu etwa die ‚Liga Kultur‘. Ein wesentlicher Faktor im Bestreben, islamistische Positionen auch hier zum Mainstream zu machen, ist die türkische Politik mit Erdogans Islamisierungskurs.“

Und Heinisch ergänzt: „Das wirkt sich auch auf den staatlich anerkannten Dachverband IGGÖ (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich) aus. Er wird aktuell von Organisationen dominiert, die wir dem politischen Islam zuordnen: Milli Görüş, die türkische Schwesterorganisation der Muslimbruderschaft,

und ATIB, der Tochterverband der türkischen staatlichen Religionsbehörde Diyanet. Diese wurde unter Erdogan auf Milli Görüş-Linie gebracht.“

Die Islamische Republik Iran

Das Wort „Krieg“ mag manchen vielleicht zu martialisch klingen, und doch erleben wir seit Jahrzehnten genau das: einen asymmetrischen Krieg, ausgetragen an vielen Fronten mit den unterschiedlichsten Waffen. Wer den Beginn dieses Krieges gegen die freie Welt datieren will, stößt unweigerlich auf den 1. Februar 1979. An diesem Tag landete Ajatollah Ruhollah Musawi Khomeini in Teheran, 10 Tage später wurde die Islamische Republik Iran gegründet, von Anfang an mit dem Ziel, die Islamische Revolution in einem globalen Heiligen Krieg zum Endsieg über die nicht-islamische Welt zu führen.

Um die „Einheit des mohammedanischen Volkes zu sichern“ und das islamische Vaterland von der „Herrschaft der Imperialisten“ zu befreien, schrieb Khomeini schon vor seiner Machtergreifung, bleibe kein anderer Ausweg, „als eine wahre islamische Regierung zu bilden, alle anderen tyrannischen und pseudo-mohammedanischen, vom Ausland in den Sattel gehobenen Regierungen zu stürzen, und wenn dieses Ziel erreicht ist, die weltweite islamische Regierung zu schaffen“. Unmissverständlich kündigte er an:

„Der Heilige Krieg bedeutet die Eroberung der nicht-mohammedanischen Territorien. Es ist möglich, dass er nach der Bildung einer islamischen Regierung erklärt wird, die dieser Bezeichnung würdig ist, unter der Leitung des Imams oder auf seinen Befehl. Dann wird es die Pflicht jedes volljährigen und waffenfähigen Mannes sein, freiwillig in diesen Eroberungskrieg zu ziehen, dessen Endziel es ist, das Gesetz des Korans von einem Ende der Welt bis zum anderen regieren zu lassen.“

Dieses Ziel verfolgt der Iran in aller Konsequenz, er der größte Financier islamischen Terrors weltweit und verübt seit Jahrzehnten Mordanschläge in Europa.

Die „Welt“ veröffentlichte dieser Tage einen detaillierten Bericht über die Prozessakten zu einem Terroranschlag, den die Sicherheitsbehörden vor zwei Jahren verhindern konnten. Die Verschwörer stehen ab 27. November in Antwerpen vor Gericht, darunter eine Schlüsselfigur des geplanten Anschlags, der ehemalige dritte Botschaftsrat der iranischen Vertretung in Wien, Assadollah Assadi, Codename „Daniel“, der im Diplomatengepäck Bombenmaterial geschmuggelt haben soll. Clemens Wergin zufolge, Chefkorrespondent für Außenpolitik und Autor des Berichts, ist es „das erste Mal in Europa, dass ein ausländischer Staat für einen geplanten Terroranschlag enormen Ausmaßes verantwortlich gemacht und dafür vor Gericht gestellt wird.“

Europa reagiert nicht

Dieser Prozess kann nur ein erster Schritt sein. Denn Europa nimmt die kriegerischen Akte der sunnitisch-schiitischen Querfront islamischer Fundamentalisten erst allmählich zur Kenntnis und reagiert darauf – wenn überhaupt – nur äußerst zögerlich. Katar, neben Iran einer der größten Geldgeber islamischer Terrororganisationen, wird nicht nur eine Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten, sondern ist längst zum begehrten Großinvestor aufgestiegen.

Und auch wenn Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron bei seiner kur-

zen Rede an der Schule Patys pathetisch versicherte „No Pasarán!“, besteht wenig Zweifel daran, dass Frankreich zusammen mit Deutschland und Großbritannien weiter versuchen wird, dem gescheiterten Atomabkommen mit Iran neues Leben einzuhauchen und damit dem Regime in Teheran die Möglichkeit zu verschaffen, seine terroristischen und militärischen Aktivitäten zu finanzieren und zu intensivieren.

Einen asymmetrischen Krieg gewinnt man nicht mit Panzern. Wir sind gefordert, alle politischen, legislativen, polizeilichen und geheimdienstlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die einem Rechtsstaat zur Verfügung stehen. Vor allem müssen endlich die Geldströme der Terrorfinanzierer stillgelegt werden. Doch die vielleicht wichtigste Front von allen ist die kulturelle.

Verrat an der Aufklärung und Salman Rushdie

Am 14. Februar 1989 verurteilte Ayatollah Khomeini den Schriftsteller Salman Rushdie in einer Fatwa zum Tode. Er begründete sie damit, dessen Buch „Die Satanischen Verse“ sei „gegen den Islam, den Propheten und den Koran“. Khomeini rief die Muslime in aller Welt zur Vollstreckung auf. Die halbstaatliche iranische Stiftung 15. Chordat setzte ein Kopfgeld von zunächst einer Million US-Dollar aus, das 1991 verdoppelt wurde. Im September 2012 wurde das Kopfgeld auf 3,3 Millionen Dollar erhöht. Im Februar 2016 meldete die iranische Nachrichtenagentur Fars, dass vierzig staatliche iranische Medien zum Jahrestag der Fatwa das Kopfgeld für den Tod Rushdies um 600.000 Dollar auf insgesamt nunmehr fast 4 Millionen Dollar erhöht hatten. Nach Jahrzehnten, in denen Rushdie an verschiedenen Wohnorten im Untergrund leben musste, verzichtet er seit ein paar Jahren auf Polizeischutz.

Von der Fatwa gegen Rushdie über die Morde an den Redakteuren von „Charlie Hebdo“ bis zu Enthauptung von Samuel Paty – der politische Islam zieht eine lange Spur der Einschüchterung durch den Westen. Gleichzeitig wird mit dem politischen Kampfbegriff „Islamophobie“ jegliche Kritik am Islam als krankhafte Angststörung stigmatisiert. Die islamische Lobby nutzt den Begriff als Gegenpol zu „Antisemitismus“, was eine geradezu obszöne Umkehrung der Realität ist. Denn nicht die Moscheen des Landes müssen bedacht werden, sondern die Synagogen.

Und nicht Salafisten oder andere fundamentalistische Prediger brauchen rund um die Uhr Polizeischutz und können sich nicht mehr frei bewegen, sondern liberale kritische Muslime wie Seyran Ateş und Hamed Abdel-Samad.

Die Strategie der Einschüchterung ist erfolgreich

Kaum eine westliche Zeitung wagte es, die Karikaturen der „Jyllands-Posten“ nachzudrucken. Der bekannte satirische Zeichner Gerhard Haderer, der ein ganzes Buch über „Das Leben des Jesus“ gezeichnet hat und ob dieses Werks mit Klagen wegen Blasphemie konfrontiert war, verurteilte die dänische Zeitung. „Es ist eine Schnapsidee der Zeitung, Zeichner aufzurufen, Mohammed abzubilden“, sagte er in einem Interview, in dem er seine Jesus-Karikaturen damit begründete, dass es im Christentum kein Bilderverbot gebe, während im Islam die Abbildung des Propheten ein striktes Tabu sei.

Der damalige österreichische Bundespräsident Heinz Fischer verurteilte die Karikaturen 2006 vor dem Europaparlament in Straßburg:

„Wenn ein so genanntes Abbildungsverbot ein wesentliches Element einer Religion bildet, dann soll und darf man nicht doppelt gegen diesen Grundsatz verstoßen, indem nicht nur das Abbildungsverbot durchbrochen wird, sondern durch eine karikierende Darstellung der kränkende Tabubruch noch verstärkt wird.“

Auch wenn es viele ähnlich sehen mögen: Haderer und Fischer verraten ein wesentliches Grundprinzip jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung, das zugleich die Voraussetzung für Religionsfreiheit und das Zusammenleben verschiedener religiöser Gruppen innerhalb eines Staates ist: Religiöse Gesetze gelten ausschließlich für die Angehörigen der jeweiligen Religionsgemeinschaft und für niemanden sonst. In einer Demokratie werden Gesetze von den Menschen gemacht – wo ein Gott das Gesetz macht, hat der Mensch sein Recht verloren. Nur der Geschmack des Satirikers und das Strafrecht ziehen die Grenzen von Satire, niemand sonst.

Es blieb Harald Schmidt vorbehalten, das wahre Motiv zu benennen, warum der Islam nicht Zielscheibe seines Spotts ist. Angst. In einem Interview mit dem österreichischen Magazin „profil“ erklärte er 2017, er habe „vollständig und mit Ansage die Finger davon gelassen“, schließlich sei er „Conférencier und kein Heldendarsteller“.

Nach der Ermordung von Samuel Paty wird sich jeder Lehrer zweimal überlegen, ob er im Unterricht nicht vielleicht sein Leben riskiert.

Lacht die Lächerlichen aus!

Schon immer hatten totalitäre Systeme Angst vor Humor. Und mit Ausnahme des Judentums, das sich mit Hingabe über sich selbst lustig macht, gilt das für Religionen gleichermaßen. Doch während sich das Christentum unter Schmerzen an Spott und Hohn gewöhnen musste, und Christen sich heute nicht scheuen, die Verbrechen ihrer Kirche anzuprangern, von der Inquisition über die Hexenverbrennungen bis zum tausendfachen Kindesmissbrauch, nehmen islamische Fundamentalisten jeden noch so geringfügigen Anlass wahr, um den religiösen Mob zu mobilisieren. Dann brennen die Straßen und Botschaften werden gestürmt wegen ein paar unbedeutenden Karikaturen in einem Land, von denen die meisten Protestierenden wohl nicht einmal wissen, wo es liegt.

Lachen ist eine mächtige Waffe, denn sie nimmt dem Verlachten die Autorität. Also verlachen wir die Lächerlichen, denn ihre Stärke beziehen sie nur aus ihrer Gewaltbereitschaft, während sie sich in ihrer lächerlichen Dauer-Empörtheit selbst der Lächerlichkeit preisgeben. Verlachen wir ihren lächerlichen Begriff einer Ehre, die so wenig wert ist, dass schon eine Zeichnung oder die Kleidung einer Frau sie zerstören kann. Und verlachen wir ihre lächerliche Hoffnung auf ein Paradies mit 72 lächerlichen Jungfrauen.

„Die Religion anderer verspotten und Kultur ist auch Terror und Dummheit“, schrieb mir jemand auf Facebook, der darauf stolz ist, seit mehreren Jahren für den interreligiösen Dialog in mehreren Ländern zu arbeiten. Doch wo Morden mit Zeichnen gleichgesetzt wird, hat der interreligiöse Dialog jeden Sinn verloren. Dann ist es Zeit für einen innerreligiösen Dialog, den die Muslime untereinander führen werden müssen.

Als Herausgeber von Mena-Watch und dem Online-Magazin Schlaglichter verbindet der Publizist seine wirtschaftliche Expertise als langjähriger Unternehmer mit seiner Leidenschaft für die Analyse politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Thomas M. Eppinger ist 1961 in Vöcklabruck geboren und lebt heute in Graz und Wien.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Die neue Kolonialisierung Frankreichs

Frankreich versinkt nahezu ohne adäquate Gegenwehr in islamischer Gewalt.

Von Guy Millière
(Gatestone Institute)

Lyon, die drittgrößte Stadt Frankreichs, 20. Juli 2020, 3 Uhr morgens. Ein bürgerliches Viertel. Eine junge Frau geht mit ihrem Hund in einer ruhigen Straße spazieren. Ein Auto kommt mit hoher Geschwindigkeit herangerast und zerquetscht ihren Hund. Der Fahrer hält an, fährt rückwärts, überfährt die junge Frau und zerquetscht auch sie. Er fährt wieder vorwärts, mit voller Geschwindigkeit, und schleppt ihren toten Körper eine halbe Meile weit. Durch den Lärm aufgeweckte Menschen notieren sich das Kennzeichen des Autos. Die Polizeibeamten, die zum Tatort kommen, sind entsetzt. Die Leiche der jungen Frau wurde zerstückelt. Auf einer Straßenseite wurde ein Bein gefunden; der Rest ihres Körpers war zerfetzt. Ein Arm befand sich in der Nähe des Körpers ihres Hundes. Der andere Arm hielt immer noch die Leine des Hundes fest. Ihr Name war Axelle Dorier. Sie war Krankenschwester, erst 23 Jahre alt.

Das französische Justizministerium bat die Polizei, den Namen des Mörders nicht bekanntzugeben. Ein anonymes Polizist veröffentlichte ihn trotzdem auf einer Website eines sozialen Netzwerks. Der Name des Mörders ist Youssef T. Er fuhr unter Alkoholeinfluss, ohne Führerschein. Der Staatsanwalt beschuldigt ihn des „rücksichtslosen Mordes“. Er ist im Gefängnis und wartet auf seinen Prozess. Er riskiert eine Höchststrafe von zehn Jahren. Die Einwohner von Lyon wollten einen friedlichen Marsch organisieren, um der jungen Krankenschwester die Ehre zu erweisen. Sie forderten die Regierung auf, hart gegen die Kriminalität vorzugehen. Die Eltern der jungen Frau lehnten dies ab: Sie sagten, sie hätten „keinen Hass“ auf den Mörder.

Dies war nicht der einzige barbarische Akt in Frankreich im Juli. Am 4. Juli 2020 versuchte eine junge Polizistin, Mélanie Lemée, 25 Jahre alt, auf einer kleinen Straße in Lot-et-Garonne, im Südwesten Frankreichs, einen Fahrer anzuhalten, der zu schnell fuhr. Er beschleunigte und zerquetschte sie absichtlich. Sie wurde auf der Stelle getötet. Die anderen Gendarmen am Tatort fanden den Fahrer schnell. Einer von ihnen, ein Polizeibeamter, gab den Namen des Fahrers an einen Journalisten weiter. Der Name des Fahrers ist Yacine E. Auch er fuhr unter Alkoholeinfluss, ohne Führerschein. Die Eltern von Mélanie Lemée waren zwar mit einem friedlichen Protestmarsch einverstanden, sagten aber auch, dass sie „keinen Hass“ auf den Mörder hätten. Sie fügten sogar hinzu, dass sie Mitleid mit ihm hätten, weil „sein Leben zerstört ist“.

Ein dritter barbarischer Akt ereignete sich am 5. Juli in Bayonne, einer kleinen Stadt im französischen Baskenland. Ein Busfahrer, Philippe Monguillot, 59 Jahre alt, weigerte sich, zwei junge Männer ohne Fahrkarte und Maske einsteigen zu lassen. Die beiden jungen Männer fingern sofort an, ihn heftig zu schlagen und zwangen ihn, aus seinem Bus auszusteigen. Zwei weitere junge Männer schlossen sich ihnen an und begannen, ihn ebenfalls zu prügeln. Sie ließen ihn auf dem Bürgersteig zurück. Er war blutüberströmt und lag im Sterben. Im Krankenhaus wurde bei ihm ein zerebrales Koma diagnostiziert. Seine Verwandten, die ihn dort besuchten, sagten, sein Gesicht sei völlig zerstört worden. Zwei



Zwei Frauen tragen das Bild der französischen Polizistin Mélanie Lemée.

Tage später starb er. Die vier Mörder sind identifiziert worden und befinden sich im Gefängnis. Die Journalisten kannten ihre Namen, beschlossen aber, sie nicht zu veröffentlichen. Die Polizeibeamten gaben sie trotzdem heraus: Mohamed C., Mohammed A., Moussa B., Selim Z. Es fand ein friedlicher Protestmarsch statt. Die Frau von Philippe Monguillot sagte, dass ihr Leben zerstört sei und dass sie daran zweifle, dass die Gerichte ihre Arbeit tun werden.

Ebenso schreckliche Taten, die immer zahlreicher werden, finden in Frankreich täglich statt, viele Male, seit Jahren. Bei den Tätern handelt es sich in der Regel um junge Erwachsene im späten Teenageralter oder Anfang zwanzig. Alle sind Einwanderer aus der muslimischen Welt. Sie sind keine Islamisten und haben keine politischen oder religiösen Motive. Sie zeigen im Allgemeinen keine Reue.

Maurice Berger, ein Psychiater, der mit der Behandlung von Jugendlichen dieser Art beauftragt ist, veröffentlichte kürzlich das Buch „Sur la violence gratuite en France“ („Über die grundlose Gewalt in Frankreich“). „Grundlose Gewalt“, schreibt er, kann nun jederzeit und überall passieren und jeden treffen. „Ein Akt grundloser Gewalt“, stellt er fest, „findet in Frankreich alle 44 Sekunden statt... Jeder Bürger kann damit konfrontiert werden. Wenn Sie Ihre Überlebenschancen nicht aufs Spiel setzen wollen, sollten Sie sich unterwerfen, zu Boden schauen, Demütigungen hinnehmen.“

Unterwerfung war nicht möglich

Manchmal, wie bei Axelle Dorier, ist eine Unterwerfung nicht möglich: Sie hatte keinen Kontakt zu ihrem Mörder, bis zu dem Moment, als er sie zerquetschte.

schen von politischen Behörden und den Medien überschüttet. Tage nach dem Terroranschlag auf das Bataclan-Theater in Paris im Jahr 2015 hat Antoine Leiris, der Ehemann einer Frau, die im Konzertsaal schrecklich gefoltert und getötet wurde, auf Facebook einen Brief an die Terroristen gepostet. Er sagte, er verstehe ihre Motive und hasse sie nicht. Er fügte hinzu, dass er nicht wütend sei und sein Leben weiterleben müsse. Der Brief wurde sofort von Hunderttausenden über soziale Medien verbreitet. Ein Verlag bat den Autor des Briefes, dem Brief Elemente hinzuzufügen und ein Buch daraus zu machen. Das Buch mit dem Titel „Vous n'aurez pas ma haine“ („Ihr werdet meinen Hass nicht bekommen“) wurde sofort ein Bestseller.

Auch die Justizbehörden schauen zu Boden und unterwerfen sich: Das ist es, was sie tun. Die Aufforderung an die Polizei und die Medien, die Namen der Mörder nicht zu nennen, ist ein Versuch, die Wahrheit zu verbergen und die Öffentlichkeit daran zu hindern, genau zu wissen, wer in Frankreich diese Taten begeht. Das Verstecken des Namens zeugt von Angst vor den Gemeinschaften, denen die Mörder angehören, und von der Wut der übrigen französischen Bevölkerung.

Macron ließ das Problem ungelöst

Die politischen Behörden tun dasselbe. Sie wissen, dass muslimische Stimmen mehr denn je zählen. In seinem Kommentar zu den Morden an Axelle Dorier, Mélanie Lemée und Philippe Monguillot nannte Präsident Emmanuel Macron sie „Unfreundlichkeiten“ und „bedauerlich“

„Wir lehren nicht mehr die Geschichte Frankreichs und wir sagen nicht mehr, was unsere Zivilisation erreicht hat. Wir reden nur über unsere Zivilisation, um sie zu verunglimpfen.“

Sie werden von den Psychiatern, die sie untersuchen, als „Ausübung grundloser Gewalt“ gewertet: eine Gewalt ohne ein anderes Ziel als die Freude an der Gewaltausübung. Sie scheinen weder vor dem menschlichen Leben noch vor Gesetzen Respekt zu haben.

Manchmal – wenn Sie zum Beispiel Busfahrer oder Teil der Polizei sind – erlaubt es Ihnen Ihr Job nicht, sich zu unterwerfen.

Die Familien der Opfer können sich jedoch unterwerfen, und oft tun sie genau das. Sie werden dann mit Glückwün-

und flüchtete dann schnell zu einem anderen Thema. Der neue Justizminister, Eric Dupond-Moretti, ein Anwalt, antwortete einem Journalisten, der ihn fragte, was er von denen halte, die die Regierung auffordern, hart gegen die Kriminalität vorzugehen. „Die Justiz“, antwortete der Minister, „muss der Garant des sozialen Friedens sein“. Seine wichtigste Aufgabe im Moment sei es, fügte er hinzu, die Rückführung der in Syrien und im Irak inhaftierten französischen Dschihadisten nach Frankreich zu gewährleisten, „weil sie französische Staatsbürger sind und Frankreich die Pflicht hat, dafür zu sorgen, dass sie der Todesstrafe entgehen.“

Nur Marine Le Pen, Vorsitzende der rechtsgerichteten Partei der nationalen Versammlung, klang entschlossener:

„Welchen Grad an Barbarei müssen wir erreichen, damit die Franzosen sagen können, dass sie dieser zunehmenden Grausamkeit in unserer Gesellschaft Einhalt gebieten sollen? Wie viele Polizisten, Gendarmen, Busfahrer, geschlachtete junge Mädchen oder Jungen braucht es dazu?“

Sofort warfen ihr die Mainstream-Medien vor, Öl ins Feuer zu gießen und eine unverantwortliche Extremistin zu sein.

„Frankreich durchläuft eine umgekehrte Kolonisierung“, kommentierte der Journalist Éric Zemmour im Fernsehen.

„Bevölkerungen, die hauptsächlich aus ehemals von Frankreich kolonisierten Ländern stammen, haben sich in Frankreich niedergelassen, ohne die Absicht, sich zu integrieren. Die meisten von ihnen leben in Vierteln, in denen jetzt die Gesetze des Islam herrschen und in denen Imame Hass auf Frankreich verbreiten. Aufeinanderfolgende Regierungen haben diese Nachbarschaften wachsen lassen in dem Glauben, dass der Hass auf Frankreich und die Franzosen nicht aus diesen Nachbarschaften herauskommen werde.“

Der Hass auf Frankreich und die Franzosen kam heraus und nahm die Form



Gedenken an den totgeschlagenen französischen Busfahrer Philippe Monguillot

Die erschöpfte Zivilisation und das religiöse Vakuum

„Frankreich liegt im Koma und steht vor dem Nahtod“, sagte Michel Onfray, Schriftsteller und Philosoph, in einem Interview. Als wichtigstes Zeichen nannte er das Verschwinden des Christentums,

besteht der Wunsch, die Wahrheit, die Geschichte zu zerstören.“ Er wies auf die Wurzel der Zerstörung hin: „Wir lehren nicht mehr die Geschichte Frankreichs und wir sagen nicht mehr, was unsere Zivilisation erreicht hat. Wir reden nur über unsere Zivilisation, um sie zu verunglimpfen.“

Er kam zum Schluss, dass er nicht an ein Wiedererwachen glaube, sondern bis zum Ende kämpfen werde: „Wir müssen aufstehen, Widerstand leisten.“

Die Zahl der antijüdischen Akte in Frankreich hat in den letzten Jahren zugenommen. Zehntausende von Juden haben das Land verlassen, eine Auswanderungswelle, die Frankreich allmählich seiner jüdischen Bevölkerung entleert. Viele der Juden, die noch in Frankreich leben, haben die Städte und Viertel, in denen sie früher gelebt haben, verlassen und sind in vorübergehend sicherere Gebiete umgezogen. Die Christen in Frankreich werden von den Imamen in den No-Go-Zonen als Ungläubige betrachtet; sie sind auch eine leichte Beute für junge Männer, die von einem Hass auf Frankreich und die Franzosen durchdrungen sind, die sich von der unterwürfigen Haltung der Behörden sicherlich nicht abschrecken lassen.

Am 30. Mai fand in Paris eine Demonstration illegaler Immigranten, vor allem aus Nord- und Subsahara-Afrika, statt. Obwohl die Demonstration von der Regierung verboten worden war, wurde der Polizei befohlen, nicht einzugreifen. Obwohl alle Demonstranten gegen das Gesetz verstießen, wurden nur 92 Teilnehmer festgenommen und rasch wieder freigelassen. Zwei Wochen später fand in Paris eine weitere Demonstration statt: zur Unterstützung der Familie von Adama Traoré, einem afrikanischen Kriminellen, der bei gewaltsamem Widerstand gegen die Verhaftung ums Leben kam. Auch diese Demonstration wurde von der Regierung verboten, und der Polizei erneut befohlen, nicht einzugreifen. „Tod für Frankreich“, riefen die Demonstran-

ten, und manchmal auch „dreckige Juden“.

Kämpfe zwischen Tschetschenen und Arabern in Dijon wurden vom Imam beigelegt

Vom 16. bis 18. Juni kam es in Dijon (156.000 Einwohner), der Hauptstadt des Burgunds, zu Straßenschlachten zwischen einer Bande tschetschenischer Drogenhändler und einer Bande arabischer Drogenhändler. Es wurden militärtaugliche Waffen eingesetzt – und das in einem Land, das kein verfassungsmäßiges Recht kennt, Waffen zu tragen. Die Regierung forderte die Polizei erneut auf, nicht einzugreifen. Der Konflikt wurde schließlich in einer Moschee unter der Aufsicht von Imamen beigelegt. Die Polizei forderte die Einwohner von Dijon auf, ihre Häuser nicht zu verlassen und bis zum Ende der Kämpfe äußerst vorsichtig zu sein. Die Polizei nahm einige wenige Verhaftungen vor, aber erst nachdem die Kämpfe aufgehört hatten.

Am 26. Juli wurde in Saint-Étienne-du-Rouvray, einem kleinen Dorf in der Normandie, wo vor vier Jahren der 86-jährige Pater Jacques Hamel von zwei jungen Islamisten ermordet worden war, während er eine Messe hielt, eine Zeremonie organisiert. In diesem Jahr hielt Innenminister Gerard Darmanin eine Rede, in der er die „islamische Barbarei“ verurteilte. „Einen Priester im Herzen einer Kirche zu töten“, sagte er, „ist der Versuch, einen Teil der nationalen Seele zu ermorden“. Was er nicht sagte, war, dass die Kirche während des Mordes fast leer gewesen war, mit nur vier älteren Gemeindegliedern, die dem Mord hilflos hatten zuschauen müssen. Darmanin fügte jedoch hinzu, wie zufrieden er sei, dass die Franzosen nicht dem Zorn nachgegeben, sondern sich für den „Frieden“ entschieden hätten.

Dr. Guy Millière, Professor an der Universität Paris, ist Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger



Verlor seine Ehefrau beim islamischen Terroranschlag von 2015 im Bataclan: Antoine Leiris

von Unruhen und Terrorismus an. Jetzt nimmt er die Form von Überfällen und Morden an: ein allgemeiner Ausdruck des Hasses gegen Frankreich und die Franzosen. Und in einer Geste der Unterwerfung sagen die französischen Behörden, dass der Hass nicht von denen ausgeht, die töten, sondern von denen, die reagieren wollen und sagen, dass wir den Übergriffen und Morden ein Ende setzen müssen. Das ist eine selbstmörderische Haltung.“

auf dem die Werte und die Ethik beruhen, die das Land seit Jahrhunderten prägen. Er stellte fest, dass die Kirchen leer stehen, die Kathedralen niedergebrannt sind und dass die Schändung christlicher Gotteshäuser im Angesicht allgemeiner Gleichgültigkeit stattfindet und sich vervielfacht. „Das Christentum verschwindet rasch“, fügte er hinzu. „Wir befinden uns in einer erschöpften Zivilisation. Wir lieben nur, was uns hasst, alles, was uns zerstört, wird als groß angesehen. Es

Auch in Algerien soll nach bewährtem Auslöschungsmuster die vor-islamische Kultur unterdrückt werden

Islamisten laufen Sturm gegen die Anerkennung der Sprache der Berber-Ureinwohner als neben der Kolonialsprache Arabisch zugelassene zweite Landessprache.

Von Stefan Frank

Eine Sprache der Berber-Ureinwohner soll als eine Landessprache Algeriens anerkannt werden. Islamisten laufen dagegen Sturm.

Im Vorfeld eines für den 1. November angesetzten Verfassungsreferendums in Algerien attackieren islamistische Parteien und Organisationen den Artikel 4 der vorgeschlagenen Verfassung, der Tamasirt zur offiziellen Landessprache erklärt. Tamasirt – international meist Tamazight geschrieben –, ist eine der Hauptsprachen der Berber bzw. Amazigh. Sie sind die Ureinwohner nordafrikanischer Länder wie Algerien, Marokko, Tunesien, Libyen, Mauretanien, Niger und Mali und lebten schon in der Region, ehe in der Antike Phönizier und Römer an der nordafrikanischen Mittelmeerküste siedelten und später – im 7. und 8. Jahrhundert n. Chr. – dann arabische Stämme einfielen.

Über die Zahl der Sprecher des Tamasirt gibt es keine verlässlichen Statistiken; Schätzungen gehen von 20 bis 30 Prozent der algerischen Bevölkerung aus, die meisten davon in der östlich von Algier gelegenen Küstenregion Kabylei mit den beiden Städten Tizi Ouzou (ca. 90.000 Einwohner) und Béjaïa (ca. 190.000 Einwohner). Dabei ist zu beachten, dass diejenigen, die eine Berbersprache sprechen, meist auch Arabisch und Französisch sprechen – oder eine Mischform aus den drei Sprachen.

Der Verfassungsentwurf, über den nun abgestimmt werden soll, war im September von beiden Kammern des Parlaments jeweils einstimmig verabschiedet worden. Im Lauf der knapp 60-jährigen Geschichte Algeriens als unabhängiger Staat führten die verschiedenen Präsidenten immer wieder neue Verfassungen ein. Das erste Grundgesetz nach der Unabhängigkeit, das 1963 verabschiedet wurde, erklärte Algerien zu einem Einparteiensystem, geführt von der „Nationalen Befreiungsfront“ (FLN). Es galt bis zu einem Militärputsch im Jahr 1965.

1976 wurde eine neue Verfassung eingesetzt, die Algerien zur sozialistischen Volksrepublik erklärte, wiederum mit der FLN als einziger zugelassener Partei. Nach den sogenannten Oktoberprotesten im Jahr 1988 – eine Reihe von blutigen Straßenkämpfen zwischen zumeist jugendlichen Regierungsgegnern und den Sicherheitskräften – gab es 1989 eine neue Verfassung, die Parteienpluralismus einführte und den Sozialismus aus der Verfassung strich. Nutznießerin des Pluralismus war die „Islamische Heilsfront“, die 1991 die erste Runde der Parlamentswahlen gewann, woraufhin das Militär putschte und die Verfassung außer Kraft setzte. 1996 wurde diese in revidierter Form wiedereingesetzt, Änderungen gab es 2002, 2008 und zuletzt 2016.

Bemerkenswert an dem islamistischen Widerstand gegen das jetzige Verfassungsprojekt ist, dass einige derer, die es wegen Artikel 4 ablehnen, selbst dem herrschenden Regime zugerechnet werden, das den Verfassungsentwurf vorgelegt hat. Im März 2019 hatte der damalige Präsident Abdelaziz Bouteflika nach Massenprotesten der

Demokratiebewegung Hirak auf eine fünfte Amtszeit verzichtet. Doch die fünf Kandidaten, die von der Nationalen Wahlbehörde für die Präsidentschaftswahlen am 12. Dezember 2019 zugelassen wurden, waren alle früher Minister unter Bouteflika gewesen. Einer von ihnen war Abdelkader Bengri, Vorsitzender der islamistischen El-Bina-Bewegung. So nahe er sonst dem Regime steht, ist er doch ein Gegner der vorgeschlagenen Verfassung, wie er im September erklärte:

„Algerien und die algerische Nation sind eins und vereint mit ihrer Geschichte, ihrem Schicksal, ihren Grenzen, ihrer Flagge, ihrer Religion und ihrer Sprache, der Sprache des Korans. [...] Aus objektiven und verfassungsrechtlichen Gründen wird es in Algerien keine zweite Sprache geben.“

„Zeitbombe, die die nationale Identität bedroht“

Dabei steht Tamasirt in Wahrheit schon seit 2002 in der algerischen Verfassung. Damals ließ Präsident Bouteflika einen Verfassungszusatz einfügen: Zu Artikel 3, der Arabisch als „National- und Amtssprache“ festlegt, kam Artikel 3a, der besagt, dass „auch Tamasirt eine Nationalsprache“ ist, die vom Staat „gefördert“ wird.

2016 wurde Artikel 3a zu Artikel 4 und wesentlich erweitert: Tamasirt ist seither laut Verfassung neben Arabisch „gleichermaßen National- und Amtssprache“.

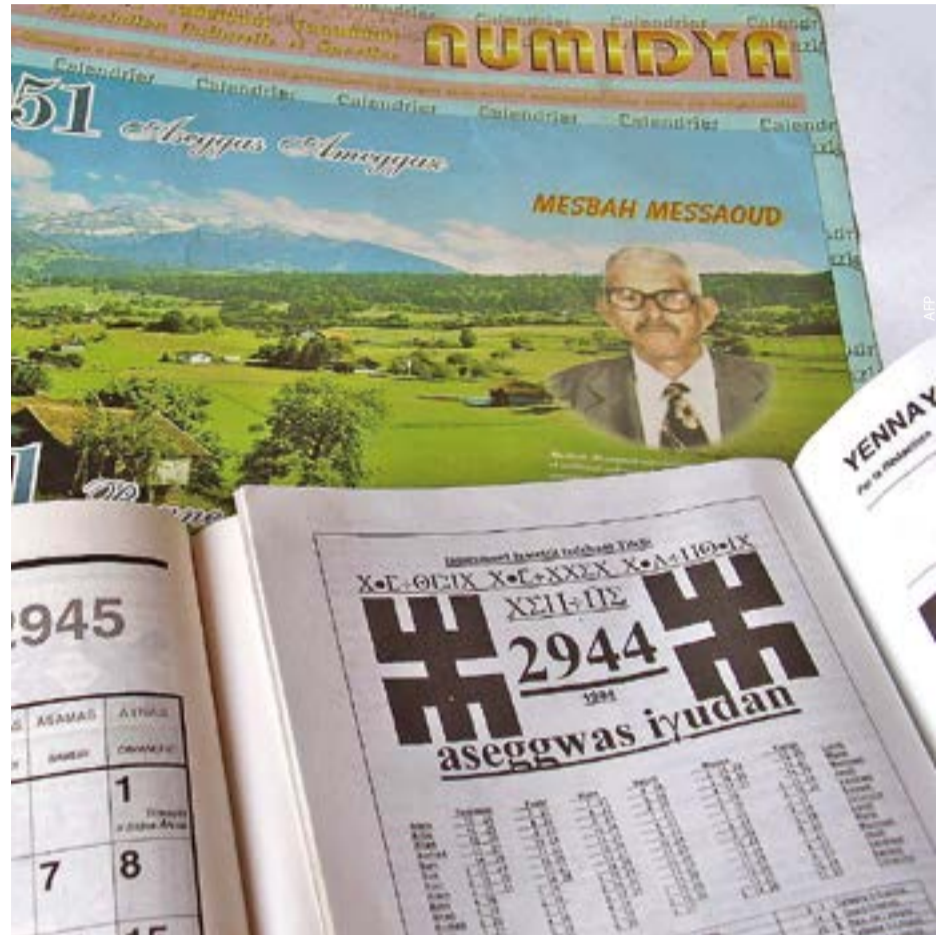
In der neuen Verfassung wird das wiederholt, was in der bisherigen steht, gleichzeitig aber wird der Artikel in den Rang der „unantastbaren“ Verfassungsbestimmungen erhoben, die auch bei einer zukünftigen Verfassungsreform nicht geändert werden dürfen. Insbesondere dieser Umstand – den Artikel in Zukunft nicht abschaffen zu können – bringt viele Islamisten auf.

Davor warnt etwa Abderrazak Makri, Vorsitzender der regimetreuen islamistischen Partei „Mouvement de la Société de la Paix“ (MSP). Die MSP ist mit der Muslimbruderschaft verbunden und gewann bei den Parlamentswahlen 2017 knapp 400.000 Stimmen, das sind 33 Mandate im 462 Sitze umfassenden Nationalparlament. Makri betonte, die Sprache müsse innerhalb des „natürlichen islamisch-arabischen Rahmens“ bleiben. Er will sie also höchstens dann akzeptieren, wenn sie in arabische Schriftzeichen transkribiert ist. Das traditionelle berberische Alphabet ist aber die auf die Antike zurückgehende Tifinagh-Schrift.

„Gehen Sie zu Millionen an die Urnen und stimmen Sie gegen diese Verirrungen, die sich auf Ihre Identität auswirken, zeigen Sie, dass die Mehrheit der Bevölkerung Interessengruppen überwinden kann“, rief Makri die Algerier auf. Die Bürger sollten „diese Orientierung, diese Verfassung und diesen säkularen Mainstream“ ablehnen.

Der Verband der Ulemas, der Religionsgelehrten, warnte, Artikel 4 sei eine „Zeitbombe“, die die „nationale Identität und die Stellung des Islam bedroht“.

Noch eine weitere islamistische Partei äußerte ihre Ablehnung des Verfassungsentwurfs: die 2011 von dem bekannten Salafisten und frü-



Algerischer Kalender in berberischer Sprache

heren Militanten Abdallah Djaballah nach dem Vorbild der türkischen AKP gegründete „Front de la Justice et du Développement“ (FJD oder El Adala), die bei den Wahlen 2017 knapp 240.000 Stimmen bzw. 15 Sitze gewann. Auch Djaballah warnte, „die Anerkennung einer anderen Sprache“ sei eine Gefahr „für die nationale Einheit“. Er behauptete sogar, „kein anderes Land der Welt“ habe mehr als eine Amtssprache. Das stimmt natürlich nicht. Fast jeder dritte Staat der Welt hat mehr als eine Amtssprache. Kanada hat zwei, Belgien drei, die Schweiz vier und Südafrika elf, um nur einige Beispiele zu nennen. Zudem unterstellte Djaballah, dass Tamasirt als Amtssprache ein „Manöver“ sei, um die arabische Sprache zu schwächen und das Französische zu stärken.

Jahrzehntelange Unterdrückung

Die Stellung der Berber gehört zu den wichtigsten ungelösten Konflikten in der algerischen Gesellschaft. Nach der Unabhängigkeit von Frankreich betrieb die herrschende Einheitspartei FLN eine Politik, Algerien zu einem Land mit einheitlicher Sprache (Arabisch) und einheitlicher Religion (dem Islam) zu machen, ohne Rücksicht auf die tatsächliche ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt. Die Sprache und sogar die Vornamen der Berber wurden verboten.

Um das Berber-Erbe zu bewahren, gründeten Künstler und Intellektuelle um den kabyliischen Schriftsteller Mohand Arav Bessaoud 1966 in Paris die Berber-Akademie, die ein Jahr später in Berber-Versammlung umbenannt wurde und bis 1978 Bestand hatte. Paris gilt seither als das Zentrum der Bemühungen zur Pflege der Berbersprache und -kultur.

In Algerien selbst begann der Widerstand gegen die Unterdrückung der Berber vor 40 Jahren mit dem „Berberfrühling“ (Tafsut Imazighen). Nachdem die algerischen Behörden am 10. März 1980 eine in Tizi Ouzou geplante Lesung des Schriftstellers Mouloud Mammeri über alte Berberpoesie verboten hatten, kam es auf dem Campus, auf den Straßen von Tizi Ouzou, in anderen Orten der Kabylei und in der Hauptstadt Algier zu Protesten, der das Regime mit Gewalt begegnete.

1990 riefen Berber in der Kabylei einen Schulstreik aus, der das Schuljahr beendete und die Behörden zwang, das Lehren der Berbersprache in mehrheitlich von Berbern bewohnten Regionen zu erlauben. Dies gilt als der erste Erfolg der Berberbewegung in Algerien. Im April 2001 gab es in der Kabylei erneut Massenproteste („Schwarzer Frühling“), nachdem der 18-jährige Gymnasiast und Berber Massinissa Guermah auf einer Polizeiwache unter ungeklärten Umständen erschossen worden war. Berber-Demonstranten zogen nach Algier, wo es zu Auseinandersetzungen mit den dortigen Einwohnern und der Polizei kam. Um die Situation zu entschärfen und die Berber zu beschwichtigen, zog Präsident Bouteflika die Gendarmerie aus der Kabylei ab und nahm Tamasirt als Nationalsprache in die Verfassung auf. 2016 wurde auch die Gründung einer „algerischen Tamasirt-Sprachakademie“ als Ziel in die Verfassung aufgenommen; Experten dieser Akademie sollen laut Verfassung Vorschläge unterbreiten, wie der Rang des Tamasirt als Amtssprache „gefördert“ und „konkretisiert“ werden kann.

Bislang steht diese Akademie, wie so vieles in der algerischen Verfassung, allerdings nur auf dem Papier.

LINKE-MdB Kerstin Kassner: Fakenews und Hass gegen Donald Trump auf Instagram

Verschwörungstheoretikern ist keine Lüge und keine Verleumdung zu brutal, um ihrem Hass gegen Präsident Trump Ausdruck zu verleihen. Ein Blick auf das Instagram-Konto einer deutschen Parlamentarierin.

Von Gerd Buermann

Die schlimmsten Lügen, die jemals über Menschen verbreitet wurden, sind die „Protokolle der Weisen von Zion“. Es handelt sich dabei um eine Ansammlung von Lügen und erfundenen Zitaten, die Juden unterstellt werden, um so zu zeigen, was für verabscheuenswerte und menschenfeindliche Wesen sie sein sollen.

Ein Teil der Familie von Donald Trump kennt diesen Hasses, weil sie jüdisch sind. Donald Trump selbst ist nicht jüdisch, aber auch über ihn werden die unfassbarsten Lügen verbreitet. Auf Instagram habe ich einige Lügen gefunden, die mich schier fassungslos machen. Da ich keinen Faktencheck dazu gefunden habe, der diese brutalen Falschaussagen korrigiert, muss ich das wohl selber machen.

Wo ist eigentlich das Recherchezentrum „Correctiv“, wenn man es braucht?

„Viele schlechte Juden sind reich, Juden sind geschäftstüchtig, Juden wollen Einfluss haben, Juden wollen alle steuern.“

Donald Trump hat das nie gesagt. Das ist eine Lüge.

„Ich bin ein guter Verhandler wie ihr.“

Das hat Trump gesagt, aber er meinte damit nicht alle Juden. Er sprach zu Mitgliedern der „Republican Jewish Coalition“. Er sprach dabei über die Möglichkeit eines Friedens zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Es gehört schon einiges an Hass und Wahnsinn dazu, Trump Judenfeindlichkeit zu unterstellen, wenn er mit Verbündeten über die Möglichkeit eines Friedens zwischen Israelis und Arabern spricht.

„Die haben alle Aids.“

Dieser Satz wird Donald Trump unterstellt. Es wird behauptet, er habe ihn in einem Gespräch im Oval Office gesagt. Die älteste Behauptung dieser Aussage stammt nach meiner Recherche von zwei Journalisten der „New York Times“ am 23. Dezember 2017. Das Weiße Haus wies diese Behauptung umgehend als falsch zurück. Auch für die Aussage über die Hüten in Afrika gibt es keine Beweise.

„Ku-Klux-Klan und die Neonazis sind sehr gute Leute.“

Das hat Donald Trump nicht gesagt. Er sagte sogar das genaue Gegenteil. Er sagte:

„Wir verurteilen auf das Schärfste diese ungeheure Darstellung von Hass, Bigotterie und Gewalt. (...) Es gab einige sehr schlechte Leute in dieser Gruppe, aber es gab auch Leute auf beiden Seiten, die sehr feine Leute waren (...) und ich spreche nicht von den Neonazis und den weißen Nationalisten, weil sie total verurteilt gehören.“

„Es ist ein großartiger Tag für uns alle.“ (Trumps Aussage über den Tod von George Floyd)

Donald Trump hat nicht gesagt, der Tod von George Floyd sei „ein großartiger Tag für uns alle“.

Ich kann nur vermuten, dass damit die folgende Aussage gemeint ist: „Es ist ein großartiger Tag für George Floyd“. Mit diesem Satz nahm Donald Trump Bezug auf eine die Anstrengungen seiner Administration, Rassismus zu bekämpfen und das Leben von schwarzen Menschen in Amerika zu verbessern. Nach dem Tod von George Floyd erklärte Donald Trump:



Instagram von Kerstin Kassner (Screenshot)

„Ich verstehe den Schmerz, den Menschen verspüren. Der Tod von George Floyd auf den Straßen von Minneapolis ist eine schwere Tragödie. Es hätte niemals geschehen dürfen. Es hat Amerikaner im ganzen Land mit Schrecken, Zorn und Trauer erfüllt. Wir unterstützen das Recht der Bürger auf friedliche Proteste und wir hören ihre Appelle. Die Stimmen gesetzestreuer Bürger müssen gehört werden können – sehr laut gehört werden! Wir stehen zusammen mit der Familie Floyd, mit allen friedlichen Demonstranten und mit jedem gesetzestreuem Bürger, der für ein anständiges Miteinander, Sicherheit und Geborgenheit ist.“

„Dreckslochländer“

Mit diesem Ausdruck hat Donald Trump nicht die Einwanderer beleidigt. Er hat mit dem Begriff vielmehr deutlich gemacht, dass die Einwanderer gute Gründe dafür haben, ihre Heimat zu verlassen und in die Vereinigten Staaten von Amerika einzureisen, da ihre Herkunftsländer von korrupten, brutalen und menschenverachtenden Regimen zu „shithole countries“ gemacht wurden.

„Man kann gar nicht glauben, wie schlimm diese Menschen sind, das sind keine Menschen, das sind Tiere, und wir bringen sie wieder außer Landes.“ (Bemerkung über kommende Migranten in den USA)

Die Behauptung, Donald Trump habe mit diesem Satz Migranten gemeint, ist eine Lüge, die erstmals auf Facebook auftaucht. Dort jedoch wurde die Behauptung als „falsche Nachricht“ markiert.

Donald Trump sprach von Mara Salvatrucha (MS 13). Unter dieser Bezeichnung wird eine Vielzahl von brutalen Banden zusammengefasst, die in Nord- und Mittelamerika auf äußerst aggressive und gewaltbereite Art agieren. Mord, Vergewaltigung und Kindesmissbrauch gehören zu den mannigfaltigen Verbrechen dieser Banden. Sie meinte Donald Trump:

„Sie bringen Drogen. Sie bringen Ver-

brechen. Sie sind Vergewaltiger.“ (Trumps Einstellung zu Mexikanern)

Mit dieser Aussage meinte Donald Trump ebenfalls nicht die Mexikaner an sich, sondern lediglich kriminelle Mexikaner wie die brutale Bande MS 13. Wer sich mit MS 13 beschäftigt, stellt fest, dass sie Drogen, Verbrecher und Vergewaltiger hervorbringen.

Die schärfste Kritik in Richtung Mexiko formulierte Trump als er noch kein Präsident war, aber für das Amt kandidierte. Im Juni 2015 erklärte er, die mexikanische Regierung würde mit ihrer verfehlten Politik dafür sorgen, dass schlechte Mexikaner illegal in die Vereinigten Staaten von Amerika kommen:

„Es ist wahr, sie sind die besten und anständigsten. Wenn Mexiko seine Leute schickt, schickt das Land nicht die Besten. Sie schicken nicht Dich. Sie schicken nicht Dich. Sie schicken die Leute, die viele Probleme haben, und sie bringen diese Probleme mit. Sie bringen Drogen. Sie bringen Verbrechen. Sie sind Vergewaltiger. Und einige, nehme ich an, sind gute Leute.“

Donald Trump sagt über Mexikaner lediglich, was für alle Menschen gilt: Die Verbrecher sind die schlechten Mexikaner.

Trump kritisiert jedoch deutlich, dass es die mexikanischen Behörden zulassen, dass zu viele kriminelle Mexikaner illegal ihren Weg in die Vereinigten Staaten von Amerika finden:

„Aber ich spreche mit Grenzschutzbeamten und sie sagen uns, was wir bekommen. Und der gesunde Menschenverstand erkennt es. Sie schicken uns nicht die richtigen Leute.“

„Ich mag es nicht, wenn N... mein Geld zählen...“

Für diesen Satz gibt es keinen belastbaren Beleg.

Donald Trump erklärt immer wieder, ein entschiedener Gegner von Rassismus zu sein. Es ist es sehr wichtig, dass über die Situation der schwarzen Bevölkerung in den USA berichtet wird. Unter ande-

rem deswegen gibt er Menschen wie Nikki Haley, Tim Scott, Daniel Cameron, Vernon Jones, immer wieder eine große Bühne.

„Schwarze Menschen sind faul.“

Auch für diesen Satz gibt es keine belastbare Quelle. Donald Trump erklärt stattdessen:

„Wir leben alle unter den gleichen Gesetzen, unabhängig von der Farbe unserer Haut. Wir alle salutieren derselben großen Flagge und wir sind alle von demselben allmächtigen Gott geschaffen. Wir müssen uns lieben, Zuneigung zueinander zeigen und uns zusammenschließen, um Hass, Bigotterie und Gewalt zu verurteilen. Wir müssen die Bande der Liebe und Loyalität wiederentdecken, die uns als Amerikaner zusammenbringen. Rassismus ist böse und diejenigen, die in diesem Namen Gewalt verüben, sind Kriminelle und Schläger, darunter der KKK, Neonazis, weiße Supremacisten und andere Hassgruppen, die gegen alles verstoßen, was uns als Amerikaner am Herzen liegt.“

Wie ist es zu erklären, dass über einen Mann, der so deutliche Worte gegen Rassismus findet, derart viele Lügen verbreitet werden? Es ist nur mit einem tief empfundenen Hass zu erklären.

Es gibt Menschen, die haben gute Gründe, Trump zu wählen. Andere haben gute Gründe, ihn nicht zu wählen. Es gibt aber keine guten Gründe, Lügen zu verbreiten. Für Hass und Hetze gibt es keine Entschuldigung.

Es sollte die Aufgaben von Journalistinnen und Journalisten sein, Hass und Hetze mit Aufklärung zu begegnen. Dieser aufklärerischen Aufgabe bin ich hiermit nachgekommen.

Die falschen Zitate stammen vom Instagram-Konto der Bundestagsabgeordneten Kerstin Kassner www.instagram.com/kerstin_kassner und waren dort am 22. Oktober 2020 auf www.instagram.com/p/CGo8KBKg9Hf erschienen.

Seehofers zweifelhafter Kampf gegen Islamfeindlichkeit

Die Errichtung der „Unabhängigen Expertengruppe gegen Muslimfeindlichkeit (UEM)“ wurde vom Innenminister Seehofer als Reaktion auf die Morde von Hanau im Februar 2020 beschlossen. Es lohnt sich ein zweiter Blick auf die eigens hierzu ausgewählten „Experten“.

Von Adrian Müller

Die Errichtung der „Unabhängigen Expertengruppe gegen Muslimfeindlichkeit (UEM)“ wurde vom Innenminister Seehofer als Reaktion auf den Terroranschlag von Hanau im Februar dieses Jahrs beschlossen und wird im Herbst ihre Arbeit aufnehmen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Aiman Mazyek, forderte nach Hanau die Einrichtung einer Enquete-Kommission zu Islamfeindlichkeit und bezeichnete die Tat von Hanau als Ergebnis unterschätzter Islamfeindlichkeit. Die Aufforderungen der Islamverbände zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit bestehen jedoch schon lange vor Hanau, denn sie wurden bereits Jahre zuvor im Rahmen der „Deutschen Islam Konferenz“ (DIK) von DITIB und ZMD erhoben. Ihnen kommt Seehofer mit der Etablierung der „Expertengruppe gegen Islamfeindlichkeit“ auf Grundlage der DIK nun nach. In der entsprechenden Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums sind Aiman Mazyek und der DITIB-Funktionär Altug zusammen mit Seehofer abgebildet.

Offiziell soll die UEM aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslim- und Islamfeindlichkeit eingehend analysieren. Dabei sollen auch Schnittmengen mit antisemitischen Haltungen untersucht werden. Der UEM solle nach zwei Jahren einen Bericht erarbeiten, der Empfehlungen für den Kampf gegen „antimuslimischen Hass und islamfeindliche Ausgrenzung“ gibt. Zur unabhängigen Expertenkommission gehören folgende 12 Personen mit „breiter Expertise“.

- Prof. Dr. Iman Attia, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Karima Benbrahim, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)
- Saba-Nur Cheema, Bildungsstätte Anne Frank e.V.
- Dr. Yasemin El-Menouar, Bertelsmann Stiftung
- Prof. Dr. Karim Fereidooni, Ruhr-Universität Bochum
- Prof. Dr. Kai Hafez, Universität Erfurt
- Özcan Karadeniz, Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.
- Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Nina Mühe, CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit
- Prof. Mathias Rohe, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Prof. Dr. Christine Schirrmacher, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Dr. Yasemin Shooman, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Einerseits ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung Muslime genau wie jede andere Bevölkerungsgruppe vor Diskriminierung und Gewalt schützen will. Doch bei der geplanten Expertengruppe steht zu befürchten, dass damit andere Absichten verfolgt werden.

Andere Absichten werden verschleiert. Wenn man sich mit den eingebundenen Personen des UEM befasst, trifft man direkt auf die Organisation „CLAIM“ mit Nina Mühe als Vertreterin. CLAIM ist ein Bündnis aus mehreren Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben,



Markus Schreiber / AFP

Noch 2018 tönte Horst Seehofer "Der Islam gehört nicht zu Deutschland!". 2020 scheint all dies vergessen.

die Politik im Hinblick auf die Bekämpfung von „antimuslimischen Rassismus“ zu beeinflussen.

Der Plan, mit dem Kampf gegen Islamophobie und Islamfeindlichkeit politische Unterstützung zu erreichen, um so mehr Einfluss zu gewinnen und sich selbst Legitimität zu verschaffen, ist eine bekannte Strategie legalistischer Islamisten und von muslimbrudernahen Organisationen.

Die Islamismus-Expertin Sigrid Her-

Wenn man sich genauer mit CLAIMs Agenda befasst, so erkennt man, dass es hierbei nicht um den Kampf gegen Rassismus, gegen Übergriffe oder gegen Diskriminierung geht. Daseigentliche Ziel ist es, jede Kritik am Islam und am Islamismus zu diskreditieren.

Dazu wird bei CLAIM „antimuslimischer Rassismus“ so definiert, dass er „Islamfeindlichkeit“ miteinschließt. Islamfeindlichkeit äußert sich bei CLAIM dadurch, wenn pauschale negative Urteile

keine „pauschalen Urteile“ über den Islam oder Muslime enthalte.

In Summe verlangt CLAIM, dass wer den Islamismus ungeschönt als ernstzunehmende, sicherheitsrelevante Gefahr einschätzt und dabei nicht dem Zwang zur Islambeschönigung als notwendiges Gegenmittel gegen einen angeblichen dominanten „antimuslimischen Rassismus“ entspricht, als „antimuslimischer Rassist“ handelt und daher bekämpft werden muss. Wenig überraschend arbeitet bei CLAIM für das Projekt I-Report auch der Politikwissenschaftler Farid Hafez, der skandalträchtige Autor des jährlich erscheinenden „Islamophobie-Berichts“. Hafez trat auch auf der Gründungsveranstaltung von CLAIM auf.

Farid Hafez ist bekannt dafür, in seinen Berichten Kritiker der türkischen Regierung und säkuläre Menschenrechtsaktivisten als „islamophobe Rassisten“ zu denunzieren. In vergangenen Jahren wurde sein Bericht, der im Auftrag der AKP-nahen SETA-Stiftung erscheint, durch die EU gefördert.

Ebenso wenig überraschend bezeichnet Farid Hafez die Absichtserklärungen der neuen österreichischen „Dokumentationsstelle zum politischen Islam“ als Ausdruck einer rassistischen, islamfeindlichen Agenda. Dass die ÖVP entschieden gegen den politischen Islam vorgehen will und dabei sich auch dem legalistischen Islamismus widmet, sieht Hafez als Verfolgungswahn und als Beweis für islamophoben Rassismus an. Für Hafez ist die

Verwendung des Begriffes „politischer Islam“ selbst Ausdruck von Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus. Gemeinsam mit CLAIM erarbeitet Hafez die wissenschaftliche Definition von „antimuslimischen Rassismus“, die jede Art von Auseinandersetzung mit dem Islamismus als „antimuslimischen

„ Weitere 1.050.000 € erhält CLAIM im Rahmen von „Demokratie Leben“ mit direkter Unterstützung von Familienministerin Giffey als wichtigste Säule des neu geschaffenen „Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit“.

mann-Marschall berichtet, dass CLAIM klare Bezüge zur Muslimbruderschaft und zu Milli Görüs aufweist. Der Politologe Carsten Frerk schildert die islamistische Entstehungsgeschichte von CLAIM sehr anschaulich. Eine maßgebliche Rolle in der Gründung und Verwaltung bei CLAIM spielt der Verein Inssan, der vom Verfassungsschutz dem Organisationsspektrum der Muslimbruderschaft zugerechnet wird.

Trotzdem wurde CLAIM bisher mit Steuergeldern von über 300.000 € durch das Programm „Demokratie Leben“ sowie durch die Stiftung Mercator gefördert. Weitere 1.050.000 € erhält CLAIM im Rahmen von „Demokratie Leben“ mit direkter Unterstützung von Familienministerin Giffey als wichtigste Säule des neu geschaffenen „Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit“.

über den Islam verbreitet werden oder der Islam als Teil der Sicherheitsdebatte thematisiert wird.

Religionskritik hier, Rassismus dort

Was im Falle des Christentums als Religionskritik einen elementaren Bestandteil der westlichen Kultur darstellt, wird beim Islam als antimuslimischer Rassismus gebrandmarkt.

Wenig überraschend wird von CLAIM bei der Islamdebatte ein „vulgär-aufklärerischer Diskurs“ von säkularer Seite beklagt, der als „antimuslimischen Rassismus“ problematisiert wird.

Eine thematische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Islamismus sei nur dann legitim, falls sie keine „Islamfeindlichkeit/Muslimfeindlichkeit/antimuslimischen Rassismus“ beinhalte und daher

Rassismus“ und „Muslimfeindlichkeit“ diskreditiert. Mit diesem explizit pro-islamistischen Framing von Rassismus und Islam schließt CLAIM an eine lange Vorarbeit an.

Zu diesen pro-islamistischen Vorarbeiten gehört auch der Medienwissenschaftler Prof. Dr.

Kai Hafez. Kai Hafez ist ebenfalls von Seehofer in die UEM berufen worden und fungiert als Partner von CLAIM, bei dessen politisch-medialen Auftaktveranstaltung im bpb-Forum Berlin (Bundeszentrale für politische Bildung) er sich für die Ziele von CLAIM stark machte. Für ihn sind ablehnende Haltungen zum Islam sowohl Bestandteil von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ als auch ein Kennzeichen von Rassismus. Laut von Kai Hafez durchgeführten Studien prägen diese von ihm als „Mainstreamislamfeindlichkeit“ bezeichneten Einstellungen die gesamte deutsche Gesellschaft und auch die „Bürgerliche Mitte“. Die Mehrheit der Deutschen sei gemäß Hafez anfällig für „Islamfeindlichkeit“, weil sie angeblich falsches Wissen über den Islam besitze.

Der Islam ist angeblich schuldlos an seinem Image

Daran trage eine Medienagenda mit einer extrem verengten Sicht auf die islamische Welt und den Islam Schuld. Kai Hafez beklagt nicht nur eine angebliche „Islamophobie“ Berichterstattung der Medien, welche durch die Thematisierung von „Terror, Salafismus und Frauenunterdrückung“ ein negatives und einseitiges Islambild erzeugt werde. Er geht noch weiter, indem er die Thematisierung von Problemen im Islam dafür verantwortlich macht, dass der Islam einen schlechten Ruf hat und Rassismus gegenüber Muslimen zunehme. Nicht die Existenz von Terror, Salafismus und Frauenunterdrückung im Namen des Islams ist laut Hafez das Problem, sondern dessen mediale Aufarbeitung. Um gegen angeblich zunehmenden Rassismus vorzugehen, ruft er dazu auf, die Berichterstattung einzuschränken auf ein insgesamt positives Bild des Islams.

„Intersektional“, „Dekolonialität“, „Othering“ Eine weitere pro-islamistische Vorarbeiterin von CLAIM ist die Professorin Iman Attia, ebenfalls Mitglied des UEM. Laut Selbstbeschreibung widmet

sich Iman Attia den Themen intersektionale Rassismusforschung und -theorien, Orientalismus, Postkolonialismus und Dekolonialität. Attia gehört dem „Experten-gremium Islamfeindlichkeit“ von CLAIM an und veröffentlicht in dem von Farid Hafez herausgegebenen „Jahrbuch der Islamophobieforschung“. Im selben Journal veröffentlicht auch Prof. Dr. Karim Fereidooni, ebenfalls Mitglied des UEM. Attia setzt die Verwendung des Begriffes „Antimuslimischer Rassismus (AMR)“ bewusst ein. Sie will mit dem Ausdruck von „AMR“ betonen, dass die gesamte Gesellschaftsstruktur vom systematischen Rassismus gegen Muslimen durchdrungen sei.

Laut Attia findet eine Dämonisierung und ein rassistisches „Othering“ von Muslimen statt, was sich in der öffentlichen Thematisierung der Islamdebatte offenbare. Attia hat wesentlich den Begriff „AMR“ im deutschsprachigen Raum geprägt, da sie ihr Konzept von „AMR“ seit beinahe drei Jahrzehnten im Rahmen ihrer Arbeit verbreitet. Attias Definition von „AMR“ liegt ein kulturellrelativistisches Hegemoniekonzept zu Grunde, bei der es um die Dominanz von Narrativen aus postmoderner Perspektive geht. Folglich läuft das Konzept von „AMR“ auf eine Immunisierung vor Kritik für Muslime und den Islam hinaus, da Muslime gemäß der „Kritischen-Rassismus-Theorie“ (CRT) stets Leidtragende eines diskriminierenden Machtgefälles in der Gesellschaft sind. Im Interview hält Attia jede Form von Kritik am Islam für überflüssig.

Islamkritik stelle nur noch eine beschönigende Form von „AMR“ dar. Gezielt werden so auch atheistische oder frauenrechtliche Kritiker oder reformorientierte Muslime genau wie extremistische Propagandisten als „antimuslimische Rassisten“ diffamiert. Laut Professor Dr. Armin Pfahl-Traughber offenbart sich bei Attia ein gefährlicher antiindividualistischer, kulturellrelativistischer Kollektivismus, der direkt in den Menschenrechtsrelativismus führe.

Dieser Menschenrechtsrelativismus des „dekolonialen Antirassismus“ gefährde die Grundlagen eines pluralistischen Miteinanders. Laut Selbstbeschreibung will Iman Attia „Handlungsvorschläge“ gegen „Antimuslimischen Rassismus“ im Rahmen der UEM entwickeln.



Auch Yasemin Shooman will gegen „Islamfeindlichkeit“ kämpfen.

Dabei wird sie im UEM unterstützt von Dr. Yasemin Shooman, der Geschäftsführerin des DEZIM-Instituts. Shooman schrieb 2014 ihre Doktorarbeit zum Thema „...weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus“ unter Betreuung von Iman Attia. Yasemin

Shooman publizierte ebenfalls im „Jahrbuch der Islamophobieforschung“ von Farid Hafez.

Unter Shoomans Leitung des Programms für „Migration und Diversität“ wurde das Jüdische Museum Berlin zu einer Plattform für Erdogan-Unterstützern wie Kübra Gümüşay und Farid Hafez. Im Rahmen der Konferenz „Living with Islamophobia“ konnten diese dort zusammen mit Iman Attia antimuslimischen Rassismus als Äquivalent zum Antisemitismus darstellen und den politischen Islam verharmlosen. Ideologisch sind Shooman und Attia auf einer Linie. Jede Form von Kritik am Islam gilt als antimuslimischer Rassismus und als Treiber von Rechtsextremismus. Shoomans postkoloniale kulturellrelativistische Weltanschauung teilen auch Karima Benbrahim und Ökzan Karadeniz.

Mit Shooman, Attia, Hafez und Mühe wird die UEM zum Instrument der konservativen Erdogan-treuen Islamverbände: Mit allen Möglichkeiten werden der Islam und die Islamverbände vor Kritik geschützt und eine pro-islamistische Dis-

kurshoheit durch das Konzept des „Antimuslimischen Rassismus“ erreicht. Dort ausgearbeitet Handlungsvorschläge kommen nicht dem Schutz von Muslimen vor Diskriminierung zugute, sondern fordern für Organisationen des politischen Islams den Weg zu staatlicher Unterstützung. Dabei wird die Forderung für die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes, nach islamfreundlicher Berichterstattung und nach der Ausdehnung der Kirchenprivilegien auf die Islamverbände nur der Anfang sein.

Absurditäten im postmigrantischen Deutschland

Vor einigen Jahren hatte die CSU unter Seehofer noch ein entschlossenes Vorgehen gegen den politischen Islam angekündigt. Absurderweise ist es nun ausgerechnet Seehofer, der ein offizielles Gremium zur Bekämpfung von „Muslimfeindlichkeit“ verantwortet, das von pro-islamistischen und postkolonialen Aktivisten dominiert wird. Möglicherweise ist es bereits die Angst selbst als „islamfeindlicher Rassist“ diskreditiert zu werden, die Seehofer zum Erfüllungsgehilfen von Vertretern des politischen Islam werden lässt. Wer sich über die Agenda des UEM empört, läuft von nun an Gefahr, von offizieller Regierungsseite als „Antimuslimischer Rassist“ gebrandmarkt zu werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Haben die Juden in Deutschland eine Zukunft?

Die Geschichte der Juden in Deutschland und Europa ist vor allem eine Geschichte der Enttäuschungen

Von Alexander Günsberg

Um es vorwegzunehmen: Meine Antwort auf diese fundamentale Frage, die sich im Spannungsfeld des Wandels der Demographie und der Einstellung von Regierung und Bevölkerung in Deutschland zu Israel und zum Zionismus heute wieder stellt, lautet Nein. Ich gehe sogar soweit, zu sagen, dass die Juden in Deutschland zwar eine Vergangenheit, aber nie eine Zukunft hatten. Ein Blick in die Geschichte, aber auch in die Gegenwart beweist meine These:

Mit den Römern gekommen, sind jüdische Gemeinden ab dem 4. Jahrhundert in der Provinz Germania inferior nachgewiesen. Wie Perlen reihen sie sich am nach Norden führenden Hauptverkehrsweg auf, dem Rhein, liegen in Köln, Trier, Mainz, Worms und Speyer. Anfangs sind die Juden von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, weil sie nicht dem Kaiserkult und den römischen Staatsgöttern huldigen. Im Jahr 321 verkehrt sich das mit dem Codex Theodosianus ins Gegenteil. Da der römischen Oberschicht unbezahlte Ämter zu kostspielig und zeitraubend sind und die Verwaltung zusammenzuberechnen droht, werden die Juden in die Stadträte gezwungen und bekommen damit gleichsam als Nebeneffekt volle Bürgerrechte.

Ein Jude am Hof Karls des Großen

Diese scheinen sie nach dem Abzug der Römer und der Zeit der Völkerwanderung unter den verschiedenen germanischen Stämmen noch lange behalten zu haben. Am Hof Karls des Großen ist um 800 der jüdische Großkaufmann Isaak bezeugt, der sich in der offiziellen Delegation zum Kalifen nach Bagdad befindet und von dort einen Elefanten zurückbringt, von dem sogar der Name überliefert ist. Er hieß Abul Abbas.

Ihre Blütezeit erleben die Juden in deutschen Landen im 11. Jahrhundert. Die ottonischen und salischen Herrscher gewähren ihnen Privilegien, um von ihrer Handelstätigkeit zu profitieren. Synagogen, jüdische Schulen, Bäder (Mikwes), Lehrhäuser (Jeschiwas) und Friedhöfe werden gebaut. Einige wenige Juden kommen als Geldverleiher zu Wohlstand und Reichtum, weil den Christen das Geldverleihen von der Kirche verboten ist. Die Juden schaffen aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geistige Hochblüte. Hervorzuheben ist der aus dem westrheinischen Frankenreich stammende Rabbi Schlomo ben Jitzchak, bekannt als Raschi, einer der bedeutendsten Gelehrten und Bibelkommentatoren des Mittelalters. Er studiert in Mainz und Worms. Die Juden sind aber auch Bauern (Ackerjuden) und Handwerker, haben jedoch keinen Zugang zu den christlichen Zünften. Was den Autor dieser Zeilen betrifft, so stammen die Namen Günsberg, Ginsburg und ähnliche einer israelischen Genealogiestudie zufolge von einer Gräfin von Günzburg in Bayern, die sich im 11. Jahrhundert in einen Juden verliebt, zum Judentum konvertiert und ihn heiratet. Die Stellung der Juden, deren Zahl damals nicht mehr als 20.000 im gesamten Reich beträgt, hängt jedoch von kaiserlichen und bischöflichen Schutzbriefen ab. Sie müssen teuer erkaufte werden und können jederzeit ohne Begründung für nichtig erklärt werden.



Viele Synagogen (gerade in Westeuropa) benötigen dauerhaft Polizeischutz.

Die Kreuzzüge

Mit Beginn des ersten Kreuzzugs 1096, zu dem Papst Urban II. aufgerufen hat, ist es mit der Herrlichkeit vorbei. Zwangstaufen, Selbstmorde, Sondersteuern, Pogrome, Judenprozesse, öffentliche Judenverbrennungen und das Aufhängen der Juden an den Stadttore gehören von nun an zum gewohnten Bild. 1103 wird den Juden im 1. Mainzer Reichslandfrieden das Waffentragen verboten, was sich verheerend auswirken wird. Noch dazu werden sie zu Personen minderen Rechts erklärt, also praktisch zu Vogelfreien. Wer einen Juden umbringt, muss mit keiner Anklage rechnen. Kommt es doch einmal dazu, so besteht die Strafe in einer symbolischen Zahlung an die Kirche.

Das Konzil von 1215 schreibt den Juden das Tragen eines spitz zulaufenden Judenhutes oder eines gelben Flecks an der Kleidung vor, um sie schon von Weitem kenntlich zu machen. In den kirchlichen Predigten werden sie als Gottesmörder bezeichnet. Ritualmorde, Hostienfrevel, Brunnenvergiftung, das Elend der Landbevölkerung, Niederlagen im Krieg und die Verbreitung der Pest, alles Schlechte wird ihnen zur Last gelegt. 1298 und 1336 bis 1339 kommt es zu Massenmorden an Juden in Mittel- und Süddeutschland. Bei diesen Rintfleisch- und Armladerverfolgungen genannten Ausschreitungen werden über 140 jüdische Gemeinden beinahe vollständig zerstört und Tausende Unschuldige abgeschlachtet. Die Große Pest von 1350 bedeutet eine weitere Katastrophe für die Juden. In allen Städten Deutschlands werden sie auf offener Straße angegriffen und ermordet. Die Überlebenden werden ausgewiesen.

Polnische Münzen mit hebräischen Buchstaben

Sie flüchten nach Polen, wo sie nicht erst seit den Statuten von Kalisch (1264) und Wislica (1334) Aufnahme finden. Schon Herzog Boneslaw III. (1085 bis 1138) hat den wirtschaftlichen und kulturellen Nutzen der aus Deutschland fliehenden

Juden erkannt und ihnen Aufenthalts- und Betätigungsrecht gewährt. Unter seinen Nachfolgern, Herzog Boneslaw von Großpolen und König Kasimir dem Großen, wird Polen zum tolerantesten Land Europas. Es rivalisiert in Kunst, Wirtschaft und Wissenschaften mit Italien, nicht zuletzt dank der Juden. Münzen mit hebräischen Lettern werden geprägt.

In Deutschland hingegen werden nur noch die Familien der Geldverleiher geduldet, weil sie zur Aufrechterhaltung einer einigermaßen funktionierenden Wirtschaft unabdingbar sind. Sie müssen jedoch hohe Sondersteuern zahlen, unter anderem den Goldenen Opferpfennig. Sobald die Schulden der christlichen Mehrheitsbevölkerung bei den Juden zu hoch werden, werden sie nicht mehr getilgt, sondern die Gläubiger umgebracht. König Wenzel führt 1385 ganz offiziell die Juden-Schuldentilgung ein, durch die Städte und Fürsten von der Rückzahlung von Schulden an Juden befreit werden. Kaiser Sigismund (1368 – 1437) auferlegt ihnen die horrenden Kosten der christlichen Konzile von Basel und Konstanz. Da den Juden von der Kirche fast alle Tätigkeiten außer dem Geldverleihen verboten wurden, bleibt den wenigen, die es noch gibt, nur die Pfandleihe und der Trödelhandel, was ihre Verarmung zur Folge hat. Christliche Banken, die das Zinsverbot nicht mehr einhalten und viel höhere Zinsen als die Juden verlangen, übernehmen das Geldverleihen. Die Fugger werden zu den bedeutendsten Bankiers Deutschlands, die Welser beherrschen den Handel. Die Juden haben keinen Wert mehr.

Kirche lässt Juden verbrennen

Überall werden sie verbrannt oder verjagt, mit oder ohne kirchliche oder weltliche Prozesse und mit erfundenen Anklagen. Trier 1419, Köln 1424, Konstanz 1431, Würzburg 1434, Speyer 1435, ganz Oberbayern 1442, Mainz 1473, Nürnberg und Ulm 1499, Regensburg 1519, aber auch Berlin, Breslau, Erfurt,

die Mark Brandenburg und die Schweizer Städte Basel, Bern, Freiburg, Genf, Luzern und Zürich tun sich besonders mit Judenpogromen und Judenvertreibungen hervor. Es bilden sich marodierende jüdische Räuberbanden, die aus verelendeten Juden bestehen und zur geschützten Verständigung das Rotwelsch benutzen. Lange jedoch existieren sie nicht.

Die jüdenfeindlichen Schriften Martin Luthers von 1543 bringen unerwarteterweise wieder eine Besserstellung der Juden in Deutschland. Kaiser Karl V., der als überzeugter Katholik den Reformatoren feindlich gesinnt ist, ordnet auf dem Reichstag von Speyer 1544 den allgemeinen Schutz der Juden an. Er hebt die Kennzeichnungspflicht auf, gewährt den Juden Handels- und Niederlassungsfreiheit und verbietet Ritualprozesse. Daraufhin kommt es zu einem Anwachsen der zuvor stark dezimierten jüdischen Bevölkerung. Um 1600 leben in Deutschland wieder etwa 10.000 Juden, davon 3.000 in Frankfurt am Main. Schon bald aber kommt es ein weiteres Mal zu mörderischen Übergriffen auf Juden, sowohl vom Volk wie von den Herrschern. 1614 plündert und brandschatzt der Mob unter der Führung des Lebkuchenbäckers Vincenz Fettmilch das Frankfurter Ghetto. Hofjuden, die den Fürsten das Geld für ihre Paläste, ihr Luxusleben und ihre Feldzüge zu besorgen haben, werden in der Regel umgebracht, sobald der Fürst gestorben ist und sein Sohn oder sein sonstiger Nachfolger das geborgte Geld, heute würde man sagen den Kredit, nach bewährtem Muster nicht mehr zurückzahlen will.

Der Dreißigjährige Krieg und die deutschsprachigen Juden von Czernowitz

Der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 bedeutet eine zusätzliche Katastrophe für die Juden, allerdings eine der wenigen, die alle Nichtadeligen in Deutschland betrifft. Mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg scheint sich die Lage der Juden erneut zum Besseren

zu wenden, wenn man das so nennen kann. Aus Polen fliehen Juden um 1650, nach den Pogromen des Kosakenführers Bohdan Chmelnyzkyj nach Brandenburg zurück. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm nimmt 1671 fünfzig sogenannte Schutzjuden mit ihren Familien auf, untersagt ihnen jedoch den Bau einer Synagoge. Von 1700 bis 1750 werden in vier Judenordnungen die Höchstzahl der Kinder geregelt. Erlaubt sind drei, später nur noch eines. Die übrigen Söhne, wohlgemerkt nur die Söhne, müssen auswandern.

1670 werden die allermeisten Juden aus Wien vertrieben, vornehmlich in die östlichen Länder der Krone an der Grenze zu Russland, um dort als deutschsprachige Kolonisatoren zu wirken. Cernowitz wird hauptsächlich dank ihnen zum „Wien des Ostens“. In Bamberg hingegen müssen sie 1699 ein Pogrom über sich ergehen lassen.

1714 wird erstmals eine Synagoge, diejenige in Berlin, in Anwesenheit der Königin eröffnet. Hoffaktoren wie Süß Oppenheimer, den die Nationalsozialisten später in einem antisemitischen Propagandafilm als Jud Süß bezeichnen, werden an den Höfen üblich. Die jiddisch verfasste Autobiografie der Hamburger Kauffrau Glückel von Hameln ist ein eindrückliches Zeugnis dieser Epoche, in der die Zahl der Juden in Deutschland bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf etwa 70.000 anwächst. Toleranzedikte Friedrichs II. in Berlin und Josephs II. in Wien erleichtern ihnen das Dasein, sind aber mit judenfeindlichen Erziehungsabsichten verbunden.

Robespierre und Napoleon

1791 setzt Robespierre in der Französischen Revolution die volle bürgerliche Gleichstellung der Juden durch. Napoleon bringt sie nach Deutschland, erlässt jedoch 1808 das „Schändliche Dekret“, mit dem die Freiheiten der Juden eingeschränkt wird. 1812 werden die Juden in Preußen endlich Staatsbürger und können Offiziere in der preußischen Armee werden. 1815 werden viele, die Juden betreffenden Regelungen im Zuge der Restauration wieder zurückgenommen. Heinrich Heine und Ludwig Börne emigrieren nach Frankreich. Führenden jüdischen Gelehrten, nicht nur Eduard Gans, werden Universitätsprofessuren verweigert.

Schon 1770 hat der jüdische Philosoph und Universalgelehrte Moses Mendelssohn in Berlin die jüdische Aufklärung begründet. Sie fordert die Abkehr vom traditionell religiösen Judentum und das Ende der rabbinischen Autorität. Von 1830 bis zirka 1885 wird sie Haskalah genannt, das Primat der Vernunft im Leben und Denken der Juden. Die Verweltlichung führt zu Massenübertritten von Juden zum Christentum. Viele sahen darin eine Möglichkeit, den Schikanen und Benachteiligungen im Alltag zu entkommen und sozial aufzusteigen. Eine Ausnahme ist Meno Burg, der es trotz aller Diskriminierungen bis zum Major der Preußischen Armee bringt, dabei aber gläubiger Jude bleibt. Zu seiner Beerdigung 1853 auf dem jüdischen Friedhof von Berlin kommen 60.000 Menschen, zahlreiche davon Nichtjuden. Nur Kaiserbegräbnisse bringen mehr auf die Beine. David Friedländer und Israel Jacobson gründen das Reformjudentum, das die traditionellen jüdischen Religionsgesetze als nicht mehr bindend betrachtet und die Juden äußerlich kaum mehr von den Nichtjuden unterscheiden lässt.

1831 veröffentlicht Gabriel Riesser, Jurist und späterer erster jüdischer Richter Deutschlands, die bahnbrechende

Schrift „Über die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland“. In seiner, 1832 gegründeten Zeitschrift „Der Jude“ kämpft er gegen die Bezeichnung Jude als Schimpfwort. 1848 wird er zum Vizepräsidenten der von der Revolution gegründeten Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Er ist es, der 1849 Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbietet. Dieser lehnt ab, angeblich, weil er die Krone nicht aus den Händen Bürgerlicher empfangen will. Nach dem Sieg über Frankreich 1871 nimmt sein Nachfolger Wilhelm I. sie in Versailles aus den Händen Bismarcks an. Der ist kein Jude.

Salondamen

In den Berliner und Wiener literarischen, künstlerischen und musikalischen Salons von Amalie Beer (1767 - 1854), der Mutter des Komponisten Giacomo Meyerbeer, Rahel Varnhagen (1771 - 1833), Rebekka Friedländer (1783 - 1850), Felicie Bernstein (1852 - 1908), Marie-Anne von Goldschmid-Rothschild (1892 -1973), Henriette Herz (1764 - 1847), Sarah Levy (1761 - 1854), Fanny Lewald (1811 - 1889), Cornelia Richter (1842 - 1922), Alma Mahler-Werfel (1879 - 1864) und anderen trifft sich alles, was in Deutschland und Österreich Rang und Namen hat, vom Kaiser bis zu den bedeutendsten Malern, Schriftstellern, Musikern und Mäzenen, mit Ausnahme natürlich der bekannten Antisemiten, die noch angeführt werden.

Der wahrscheinlich bekannteste Jude in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland ist Aaron Bernstein, der heute fast in Vergessenheit geraten ist. Er wird 1812 in Danzig als Sohn eines Rabbiners geboren und spricht anfangs nur Jiddisch und Hebräisch. Als Zwanzigjähriger reist er nach Berlin, studiert autodidaktisch Deutsch, Literatur und Naturwissenschaften und verdient seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf antiquarischer Bücher. Bald schon gibt auch er eigene Zeitungen heraus, wird Leitartikler, fordert Bürgerrechte und wird neben Gabriel Riesser zu einem der führenden Köpfe der Märzrevolution von 1848. Seine Novellen über das jüdische Leben in deutschen Kleinstädten sind überaus populär und werden in mehrere Sprachen übersetzt. Den größten Ruhm jedoch erlangt er mit den 21 Bänden seiner Naturwissenschaftlichen Volksbücher. In fast jedem gutbürgerlichen Haus in Deutschland sind sie zu finden. Niemand anderes als er ist es, der Albert Einstein auf die Zusammenhänge von Raum, Zeit und Lichtgeschwindigkeit bringt. All das, ohne je einen Fuß in eine Universität gesetzt zu haben. Studienmethodik und wissenschaftliche Genauigkeit hat er sich als Jugendlicher beim Talmudstudium in Danzig angeeignet.

Erster Weltkrieg

Jüdische Soldaten kämpfen in den Kriegen Preußens gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Im Ersten Weltkrieg ist ihr Anteil in den Armeen der Achsenmächte überproportional hoch, ebenso wie der der Gefallenen und Ausgezeichneten. Jüdische Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und Industrielle bringen Deutschland und Österreich zu Weltgeltung. Nobelpreisträger, Ärzte, Rechtsanwälte, Chemiker und Physiker, die meisten von ihnen sind Juden. Albert Einstein, Sigmund Freud, Paul Heyse, Nelly Sachs, Richard Willstätter, Fritz Haber, Max Born, Otto Warburg, Ernst Boris Chain, Paul Ehrlich, Max Liebermann, Stefan Zweig, Franz Werfel und Arthur Schnitzler sind nur

einige einer schier endlos langen Liste.

Wozu es nach dem Ersten Weltkrieg geführt hat, muss nicht näher beschrieben werden. Es genügt zu erwähnen, dass dem Höhepunkt der scheinbaren deutsch-jüdischen Symbiose die Ermordung von sechs Millionen Juden im Holocaust folgt. Vorbereitet worden ist er lange vor Hitler durch die Schriften und Reden von Georg Christoph Lichtenberg (1742 - 1799), der die Juden als habgierige Betrüger bezeichnet, Immanuel Kant (1724 -1804), der sie Vampire der Gesellschaft nennt und ihre Euthanasie fordert, Johann Gottfried Herder (1744 - 1803), für den sie Parasiten sind, Johann Gottlieb Fichte (1762 - 1814), der ihnen die Köpfe abschneiden will, Friedrich Hegel (1770 - 1831), der meint, es wäre das Schicksal der Juden, zertreten zu werden, Clemens Brentano (1778 - 1842), der Ekel vor ihnen äußert und Hartwig Hundt (1780 - 1835) sowie Friedrich Rühs (1781 - 1820), die vor ihrer Welt Herrschaft warnen. Auch der Turnvater Friedrich Jahn (1778 - 1852), der Völkerkundler Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860), der Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827), der Komponist Richard Wagner (1813 - 1883), der Gymnasiallehrer Eduard Meyer (Daten unbekannt), die Anarchisten und Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon (1809 - 1865), Pierre Leroux (1797 - 1871), Eduard Müller-Telling (1811 - 1851) und Michail Bakunin (1814 - 1876), der Rassentheoretiker Arthur de Gobineau (1816 - 1882), der Kulturhistoriker Friedrich von Hellwald (1842 - 1892), die Theologen Paul de Lagarde (1827 - 1891), August Rohling (1839 - 1931) und Adolf Stöcker (1835 - 1909), der Journalist Wilhelm Marr (1819 - 1904), der Populärliterat Houston Stewart Chamberlain (1855 - 1927), der Wiener Bürgermeister Karl Lueger (1844 - 1910) und viele andere sind bekannte Antisemiten. Ihr Einfluss auf die Menschen in Deutschland und Österreich und teilweise auch in der Schweiz kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Als Vorboten des Holocaust kann man die Hep-Hep-Unruhen von 1819 bezeichnen, gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden in ganz Deutschland. Von Würzburg aus greifen sie auf Prag, Graz, Wien, Amsterdam, Kopenhagen, Helsinki, Krakau und andere Städte über. Sie gehen von Handwerkern, Kaufleuten und Studenten aus, die sich zu antijüdischen Demonstrationen versammeln. Sie beschimpfen, bedrohen und misshandeln die Juden. In blinder Wut fallen sie über Synagogen, Geschäfte und Wohnungen her, richten immense Zerstörungen an und erschlagen bedenkenlos Menschen.

Synagogen müssen im Gegensatz zu Kirchen und Moscheen geschützt werden

Doch wenn all das zum Beweis meiner These nicht genügen sollte, dass Juden in Deutschland nie eine Zukunft hatten und sie auch in unserer Zeit nicht haben, so kann jeder ihre Situation heute selbst beurteilen. Sie gelten als gesetzestreue und loyale Staatsbürger und leiden doch täglich unter Angriffen, Beleidigungen und Ausgrenzung. Die Liste antisemitischer Übergriffe ist ebenso lang wie die der jüdisch-deutschen Koryphäen. Die Mordtat von Halle ist nur die vorläufig letzte Großmanifestation des Antisemitismus im heutigen Deutschland. Was tut die deutsche Regierung dagegen? Sie verurteilt den Antisemitismus mit Worten, setzt Antisemitismusverantwortliche ein, gewährt Beiträge an jüdische Museen

und stellt Wachen vor Synagogen auf. Allein schon die Tatsache, dass diese im Gegensatz zu Kirchen und Moscheen geschützt werden müssen, zeigt, wie bedroht sie sind. In Taten aber empfängt sie die schlimmsten iranischen Mullahs in Berlin, beglückwünscht sie zur Revolution und wirbt in der EU für Milliardenzahlungen an sie. An genau die Leute, deren erklärtes Ziel die Zerstörung des Judenstaates ist, die mit Milliarden den internationalen Terrorismus finanzieren, mit dem der Export der iranischen Revolution gefördert werden soll. Den Judenstaat hingegen, die einzige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, das einzige Land, in dem Araber und Juden die völlige bürgerliche Gleichstellung genießen, verurteilt sie regelmäßig in der UNO für erdichtete Menschenrechtsverstöße oder enthält sich der Stimme. Gegen die wahren Missetäter Nordkorea, Syrien, Türkei, Irak und Iran jedoch bleibt diese Stimme still.

Mit dem eingangs erwähnten Wandel der Demographie sind Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, die sich als Antizionisten bezeichnen, also den Judenstaat ablehnen. Auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, ein Islamist und Verbündeter der iranischen Mullahs, befeuert den Antizionismus in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung. Viele unterstützen BDS, die vom „Palästinenser“ Omar Barghuti geführte Organisation zum Boykott israelischer Waren. Antizionismus und BDS stehen in einer langen Reihe antisemitischer Bewegungen. Mit dem allgemeinen Bekanntwerden der Nazi-Verbrechen war der Antisemitismus in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit von einer Decke des Schweigens umhüllt. Nun wird diese Decke unter dem Vorwand des Antizionismus und der Unterstützung von BDS immer mehr weggezogen, obwohl BDS in vielen Staaten als antisemitisch entlarvt und verboten wurde.

Doch wie zu allen Zeiten, in denen Juden in Deutschland nicht von der Obrigkeit, sondern nur von Einzelnen umgebracht wurden, glauben viele von ihnen an eine bessere Zukunft und an das Ende des deutschen Antisemitismus. Ein Parteiführer in Deutschland ist Jude, die beliebteste Ärztin und Bestsellerautorin ist Jüdin, führende Forscher und Universitätsprofessoren sind Juden. Wie der Blick in die Geschichte gezeigt hat, waren sie das zu allen Zeiten, seit sie im Gebiet des heutigen Deutschland angekommen sind. Was hat es geändert? Auf jede Periode der Öffnung und Toleranz und der scheinbaren deutsch-jüdischen Symbiose folgte eine Zeit fürchterlicher Repression und Zerstörung. Warum sollte es heute anders sein?

Zum Autor: Alexander Günsberg ist 1952 als Sohn jüdischer Holocaustflüchtlinge aus Österreich und Ungarn in Mailand geboren. Er ist in Wien und Zürich aufgewachsen und hat Geschichte, Germanistik und Psychologie studiert. Er ist mit einer Christin verheiratet und lebt als Schriftsteller, Lektor, Leiter des Aber Verlags und Schachpromotor in der Schweiz. Seine bekanntesten Veröffentlichungen sind die Romane ‚Die Akte Eisenstadt‘, ‚Mischa Turow‘ und ‚Tanz der Vexiere‘ und die Berichte aus dem Holocaust ‚Was die Väter erzählten‘. Demnächst erscheint die Trilogie ‚Jüdische Erzählungen‘, ‚Jüdische Liebesgeschichten‘ und ‚Jüdische Feiertagsgeschichten‘ mit Illustrationen von Alexander Pavlenko und Astrid Saalman und Begleitworten von Edita Koch, Myriam Halberstam und Werner Abel.

Der Abschied des Journalisten

Der preisgekrönte Reporter Birk Meinhardt schildert in seinem Buch „Wie ich meine Zeitung verlor“, warum er der „Süddeutschen Zeitung“ den Rücken kehrte und was derzeit in der SZ und im deutschen Journalismus falsch läuft.



Von Filip Gaspar

„Süddeutsche Zeitung“-Aussteiger Birk Meinhardt

Birk Meinhardt liefert auf gerade einmal 144 Seiten ziemlich starken Tobak über seine Zunft und seinen ehemaligen Arbeitgeber, die „Süddeutsche Zeitung“. Meinhardt, Jahrgang 1959 und gebürtiger Ost-Berliner, zweifacher Preisträger des renommierten Egon-Erwin-Kisch-Preises, schrieb in der DDR für die Zeitungen „Junge Welt“ und „Wochenpost“ Sportreportagen. Nach der Wiedervereinigung folgt der Wechsel zum Berliner „Tagesspiegel“, bis er schließlich 1996 bei der „Süddeutschen Zeitung“ als Kolumnist und Reporter anheuert. 2012 wendet er sich jedoch ganz der Literatur zu. Sein neuestes Buch mit dem Titel „Wie ich meine Zeitung verlor – Ein Jahrbuch“ passt gut in die heutige Zeit, in der „fake news“ in aller Munde sind. Es ist eine knallharte Abrechnung mit dem sogenannten Gesinnungsjournalismus, von dem Meinhardt dachte, dass dieser mit der DDR untergegangen sei.

Relotius ist kein Einzelfall

Er ist erst erstaunt und später resigniert, als er diesen Gesinnungsjournalismus nach der Wiedervereinigung auch bei der SZ hautnah mit- und abbekommt. Die oben erwähnten ersten Arbeitgeber lassen erkennen, dass Meinhardt alles andere als ein konservativer Journalist ist. Er gibt mit seinem Buch seltene Einblicke in die Welt der Journalisten und deren Arbeitsweise, die viele nicht erst seit dem „Spiegel“-Skandal um Claas Relotius erahnten. Dass nämlich die Leitmedien es nicht mehr als ihre Pflicht ansehen, objektiv und wahrheitsgemäß zu berichten – man denke an das Credo des Spiegels „Schreiben, was ist“ –, sondern einen klaren (Um)Erziehungsauftrag zur politischen Korrektheit ihrer Leserschaft fahren. Um diese reali-

tätsferne und von Selbstgerechtigkeit tiefende Mission zu erfüllen, wird es notfalls mit der Wahrheit nicht immer so genau genommen. Leute wie Meinhardt, die bei der Informationsmanipulation nicht mitmachen wollten und sich nicht auf Linie bringen ließen, bekamen die volle berufliche und gesellschaftliche Wucht zu spüren.

Man muss Geduld mit dem Buch haben und sich durch die ersten 30, teils drögen, Seiten durchkämpfen bis es spannend wird – doch dann lohnt sich jede Zeile.

Der Autor zeigt gut auf, wie systemabweichende Artikel einer versteckten Zensur unterworfen werden. Wer erwartet hatte, eine plumpe und offene Zensur wie in der DDR geschildert zu bekommen, der wird enttäuscht werden. In den Redaktionsstuben lief alles viel subtiler ab, was Meinhardt vortrefflich aufzeigt. Alles beginnt mit kleineren Einschnitten im täglichen Arbeitsablauf, die sich zu einer regelrechten Bevormundung durch die jeweiligen verantwortlichen Ressortleiter und Chefredakteure entwickelten. Zuerst wird zusammengekratzt, dann gänzlich gestrichen um 2004 wiederholt ganze Beiträge von Meinhardt mit der Begründung abzulehnen, diese würden die „falschen Signale aussenden“ und damit könnten man den „Rechten in die Hände spielen“.

Bestellte und dann abgelehnte Reportagen sind im Buch abgedruckt

Im Buch finden sich drei der abgelehnten und vorher bestellten Reportagen in voller Länge, damit sich der Leser selbst eine Meinung dazu bilden kann. Darunter auch eine Reportage zur sich später ereignenden Finanzkrise, die man schon

fast prophetisch nennen könnte. Auch Ausschnitte des Mailverkehrs mit der Chefredaktion sind abgedruckt. Diese Ereignisse erinnern den Autor an seine Anfänge als Journalist in der DDR. Er beschreibt, wie er gezwungen wurde Artikel umzuschreiben und auf Parteilinie zu bringen. 2010 geht er eine sogenannte „Ruhensvereinbarung“ mit seinem Arbeitgeber ein, und akzeptiert fünf Jahre

bezeichnet werden. Der Verlag möchte nur das abdrucken, was Meinhardt auch möchte. Ganz im Gegensatz zu seiner Zeitung. Sein Erstlingswerk wird gleich zum Erfolg und sogar mit einem Preis ausgezeichnet. Doch statt einer wohlgemeinten Rezension in seiner Zeitung, bekommt er nur einen Text, den er diffamierend nennt, weil eine fehlerhafte Inhaltsangabe enthalten war. All dies bringt ihn schlussendlich dazu, die gutbezahlte Stelle bei der „Süddeutschen Zeitung“ zu kündigen. Zeitungen liest er fortan immer seltener und wenn, dann traut er seinen Augen manchmal nicht. Es wird entweder einseitig oder unvollständig berichtet. Als Beispiel führt er einen Artikel aus der „Zeit“ an, also immerhin das Blatt, das sein einstiger Mentor vom „Tagesspiegel“, Giovanni di Lorenzo, führt. Der besagte „Zeit“-Artikel versucht die deutsche Handballnationalmannschaft als im rechten Milieu verankert darzustellen, weil keine Migranten in ihr spielen.

Meinhardt redet Tacheles ohne dabei jemals persönlich oder unsachlich zu werden, und zeigt auf, welcher gefährlichen Weg der Journalismus in Deutschland nimmt, warum der Begriff „Lügenpresse“ teilweise nur schwer von der Hand zu weisen ist und das Misstrauen der Bevölkerung den Medien gegenüber stetig wächst. Meinhardts Buch ist ein wichtiger Appell für die zunehmend vom Austerben bedrohte Meinungsfreiheit in Deutschland, den wir dringend gebraucht haben.

Birk Meinhardt: „Wie ich meine Zeitung verlor“.

Das Neue Berlin, Berlin 2020, 144 S., 15 €



lang nur noch Glossen und keine Reportagen zu liefern.

Als Glosse könnte auch die Anekdote über die Verhandlungen mit dem Hanser-Verlag, in dem seine Romane erscheinen,

Emmanuel Macron, Walter Lübcke und die Demos gegen die Mohammed-Karikaturen

Die islamische Gemeinschaft schweigt nicht länger zu islamistischen Mordtaten – stattdessen zeigt sie Solidarität mit den Gewaltverbrechern im Internet und auf der Straße.

Von Jakob Kreuz

Merken Sie es? Irgendwie hat sich in den letzten Wochen, um nicht zu sagen, seit den letzten terroristischen Attentaten von Frankreich, etwas verändert. Zwar hatte ein jeder islamistischer Anschlag schon immer mit dem Islam zu tun, doch die Demonstrationsfreude der Muslime wächst stetig.

Es gab eine Zeit, in der die üblichen Verdächtigen eines „friedlichen Islams“, ob vom Verfassungsschutz beobachtete Religionsverbände, islamische Theologie-Professoren oder Lehrerinnen mit und ohne Qualifizierung resp. Buchveröffentlichung, nicht nur behaupteten, ein islamistischer Anschlag habe nichts mit dem Islam zu tun. Vielmehr setzten sie „proaktiv“ ein Zeichen, um der islamfeindlichen Welt die Distanzierung von sogenannten „feigen Anschlägen“ (welche Anschläge sind mutig?) um die Ohren zu schlagen.

Da gab es die große Showbühne am Brandenburger Tor 2015. Nach dem ersten Attentat auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ kamen die Popstars des deutschen Islams, etwa der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ und die Türkische Gemeinde zu Berlin samt Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Michael Müller zunächst zu einer „Mahnwache der muslimischen Verbände“ zusammen. Der kritische Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wunderte sich zwar über den geringen Zulauf von muslimischer Seite, tröstete sich aber damit, dass es eben gefährlich sein könnte, wenn Muslime sich als ehrliche, freiheitliche, tolerante oder gar friedliebende Demokraten outen würden. Erst als es zur buchhalterischen Abrechnung des Projektes kam, grummelte es in deutschen Wohnzimmern. Die Gastgeber, die Islamverbände, zierten sich mit der Bezahlung der Veranstaltung, die immerhin mit 32.822,17 € zu Buche schlug, und die in Vorkasse gegangene SPD ebenso wie die Partei der Grünen schauten verwundert auf sich nicht bewegende Kontoauszüge.

Zwei Jahre später, im Sommer 2017 versuchte die Lehrerin Lamya Kaddor eine Demonstration von Muslimen gegen den islamistischen Terror, unter dem Motto „Nicht mit uns!“, auf die Beine zu stellen. Während Kaddor, die selbst einst ihre ehemaligen Schüler an den islamischen Terror verlor, 2.000 Demonstranten zu sehen glaubte, sprach die Polizei von 300 Mitläufern. Der kritische Betrachter von Videomitschnitten sah zwar mehr deutsche Nichtmuslime – teilweise mit einem Kölsch in der Hand – als er deutsche und nichtdeutsche Muslime zählte. Aber immerhin. Wenigstens etwas. Seien wir nicht so streng.

Und da gibt es auch noch seit 2017 die Ibn-Rushd-Moschee in Berlin-Moabit. Die ist wirklich friedlich und eindeutig gegen den islamistischen Terror. Die Imamin und ihre in jeder Hinsicht inkognito wirkende Gemeinde klagen regelmäßig jede Gewalttat tan. Sehr gut. Ein sehr guter Anfang. Immerhin. Seien wir nicht so streng. Schließlich wird sie bedroht und hat es nicht einfach.

Verglichen mit den Reaktionen auf die ersten Anschläge in Europa singen jene Vertreter, Zuarbeiter, „Reformer des Islams“ in Deutschland zwar noch immer dasselbe arabische, nicht enden wollende, Lied im Kanon. Nach der ersten Stimme hat ein islamistischer Anschlag nichts mit dem Islam zu tun. Dann setzt die zweite Stimme ein, die betont, dass der Muslim eben auch nur ein Mensch ist und aus ebendiesem Grunde fehlbar einem falschen Verständnis seiner Religion unterliege. Ganz mutige Stimmen heben dann noch einmal hervor, dass die Mehrheitsgesellschaft hier Verantwortung trage, weil sie sich den neuen Realitäten und einer entsprechenden Integration durch Diskriminierung der neuen Deutschen verweigere. Zum Abschluss wird im Chor eine vermeintlich einfach zu erreichende Harmonie besungen: Lasst uns nur machen und wehrt euch nicht. Dann klappt das mit dem Frieden, auch in dieser Gesellschaft.

Geändert hat sich seit den vielen, aufeinanderfolgenden Attentaten der letzten Wochen eines aber dann doch. Die Umma, die Gemeinschaft der Muslime, hat schlichtweg keine Lust mehr auf das Geschwurbel der eigenen, in der westlichen Politik populären Religionsverbände. Sie will Stärke zeigen, sich „wehren“ gegen jede Beleidigung des muslimischen Propheten, präventiv ebenso wie repressiv. Die Zeit der – nie wirklich erbrachten – Distanzierung, der präsentierten Scham und des vermeintlich selbstkritischen Geistes ist vorbei. Angezündet vom neo-osmanischen Führer, dem Präsidenten der neuen Türkei, Recep Tayyip Erdogan, brennt das neue Selbstbewusstsein der Gemeinschaft lichterloh. Gerecht sei die Strafe, die Samuel Paty für das Präsentieren einer Mohammed-Karikatur in der Schulklasse erhalten habe. Samuel Paty wurde von einem jungen Muslim geköpft. Die Jagd auf christliche Armenier durch türkische Nationalisten in Lyon, ebenso wie die Enthauptung in einer Kirche in Nizza schockieren nur noch die apathische, nicht-islamische Welt im World Wide Web. Der Fernsehzuschauer bleibt von den meisten Schreckensnachrichten, aufgrund einer „nur regionalen“ Bedeutung, verschont.

Emmanuel Macron, Präsident der konstitutionellen, laizistischen Republik Frankreich hingegen sei, so lesen wir selbst in deutschen Medien, der „Verlierer des Tages“. Für Muslime ist er gar „islamophob“, ein „Rassist par



Demo am Brandenburger Tor zu den Mohammed-Karikaturen.

excellence“. Dabei verteidigte Emmanuel Macron lediglich universelle Werte der westlichen Zivilisation. Er verlangte Respekt gegenüber Frankreich, bekannte sich zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen und trat ein für die Meinungsfreiheit, die – in Frankreich – eben auch Blasphemie umfasst.

Die Umma aber, jene, die weder die fabelhaften Artikel einer Lamya Kaddor liest, noch versteht, wie sehr Mouhanad Khorchide und Seyran Ates ihr in einer essentiellen Frage, nämlich der Unfehlbarkeit des Islams, zustimmen, übersieht die Anschläge, die der Enthauptung von Samuel Paty folgten. Nicht aus Versehen, sondern in dem Bewusstsein, dass weder Simone Bar-

reto Silva, Vincent Loques oder Nadine Dellivers sich „etwas zu Schulden kommen lassen“ haben. Die Umma geht lieber demonstrieren, für Mohammed, gegen „Charlie Hebdo“ oder wie gerade in Berlin mit einem wie ein Sklave angeleiteten Macron-Darsteller durch die Straßen und versucht sich im Boykott gefälschter Louis-Vuitton-Taschen. Jedenfalls schweigt sie nicht mal mehr.

Man stelle sich nur mal eine Sekunde lang vor, die deutsche Mitte würde lautstark behaupten, der ermordete Regierungspräsident im Bezirk Kassel (Hessen), Walter Lübcke, sei selbst schuld an seinem Ableben. Immerhin habe er durch sein Engagement für Flüchtlinge deutschlandweit die Menschen verärgert.

Niemand ignoriert trotz gegenteiliger Larmoyanz die Araber in den Autonomiegebieten – und dank Israel sind sie erstmals wirklich autonom

Die erste Lüge gewisser Medienvertreter und linker Kritiker ist, dass die sogenannten „palästinensischen“ Araber bei der Anerkennung Israels durch die Golfstaaten ignoriert wurden. Die zweite Lüge ist, dass die Araber in ihren Autonomiegebieten nicht wirklich autonom, sondern besetzt seien. Beide Lügen dienen der Delegitimierung Israels.

Von Stephen M. Flatow

Diese Haltung ist einerseits Trotz, andererseits ignorant und zynisch.

Trotz, weil Israel-Kritiker es einfach nicht ertragen können, wenn etwas passiert, worüber Israel sich freut. Also müssen sie fast reflexartig kaltes Wasser darüber gießen.

Ignoranz, weil sich einige jüngere Kritiker Israels wahrscheinlich wirklich nicht bewusst sind, dass Israel sich schon vor langer Zeit „mit der Zukunft der Palästinenser befasst“ – und die beste verfügbare Lösung umgesetzt hat.

Und Zynismus, weil die meisten Kritiker sich völlig bewusst sind, was Israel getan hat. Sie wollen es nur nicht anerkennen, weil es nicht in ihre Agenda passt.

Der Grund dafür, dass die jüngsten Abkommen nicht „die Zukunft der Palästinenser ansprechen“, liegt darin, dass Israel sie bereits zweimal – 1995 und 2004 – vollständig berücksichtigt hat. Damals beendete Israel seine Stationierung in Judäa und Samaria bzw. im Gazastreifen unter den „palästinensischen“ Arabern. Damals wurden nicht nur ein, sondern zwei de facto „palästinensische“ Staaten gegründet.

Als Yitzhak Rabin 1992 Premierminister wurde, stand er vor einem Dilemma. Einerseits erkannte er, dass die Gründung eines vollwertigen „palästinensischen“ Staates in Judäa-Samaria-Gaza eine ernste Bedrohung für die Existenz Israels darstellen würde. Israel würde in seiner Mitte nur neun Meilen breit sein und neben einem Staat leben, der von Terroristen und Diktatoren regiert wird.

Aber andererseits wollte Rabin nicht, dass Israel weiterhin über die „palästinensischen“ Araber regiert, die in diesen Gebieten leben. Also haben er und seine Berater die Osloer Abkommen ausgearbeitet. Diese Abkommen beendeten die israelische Besetzung der „Palästinenser“ und gaben ihnen etwas, das der Staatlichkeit sehr nahe kam, ohne jedoch die Existenz Israels zu gefährden.

Israel hat sich längst zurückgezogen

So zog Rabin 1995 die israelischen Streitkräfte aus den Städten in Judäa und Samaria ab, in denen 98 Prozent der „palästinensischen“ Araber leben. Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ übernahm das Kommando. Im Jahr 2004 ging Ariel Sharon noch einen Schritt weiter und zog sich aus dem gesamten Gazastreifen zurück. Die Hamas wurde dort schließlich zum Herrscher.

Seither ähnelt das tägliche Leben in diesen Gebieten sehr stark dem, wie es wäre, wenn sie offiziell „Palästinensischer Staat“ genannt würden.

Es gibt weder einen israelischen Gouverneur noch eine Militärverwaltung. Es sind keine israelischen Truppen dort stationiert. Israelische Soldaten dringen nur dann in die „palästinensischen“ Gebiete ein, wenn sie auf der Verfolgung von Terroristen sind.

Die Schulen werden von „palästinensischen“ Schulleitern und Lehrern geleitet. Die Gerichte haben „palästinensische“



Die „Palästinenser“ hatten so viele Gelegenheiten einen eigenen Staat zu errichten. Sie haben sie immer wieder ausgeschlagen, so auch Jassir Arafat in den Verhandlungen mit Jitzak Rabin.

Richter. Wenn Wahlen abgehalten werden, sind die Kandidaten und die Wähler alle „Palästinenser“. Sowohl die „Palästinensische Autonomiebehörde“ als auch der Gazastreifen verfügen über Polizei- und Sicherheitskräfte in Armeegröße. Und der Islam ist die offizielle Religion beider Regime, sowohl nach der „Verfassung von Palästina“ der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ als auch nach der Hamas-Charta.

Keine Panzer, Flugzeuge, iranische „Freiwillige“ oder nordkoreanische Raketen

Es gibt nur eine Sache, die Israel nicht zugelassen hat, und in dieser Hinsicht sind die „Palästinensische Autonomiebehörde“ und Gaza nicht ganz Staaten; sie dürfen nicht zu einer Bedrohung für die Existenz Israels werden. Das bedeutet, dass sie keine Panzer, Flugzeuge, iranische „Freiwillige“ oder nordkoreanische Raketen importie-

ren dürfen.

Aus diesem Grund verhängt Israel eine teilweise Blockade des Gazastreifens, wodurch der Zugang von Waffen und Materialien, die zur Herstellung von Waffen (oder Terror-Tunneln) verwendet werden können, verhindert wird. Und Israel hat eine kleine Anzahl von Kontrollpunkten entlang seiner Grenze zu den „palästinensischen“ Gebieten eingerichtet. Aber Israel besetzt die „palästinensischen“ Araber nicht. Es herrscht nicht über sie. Es regiert nicht ihr Leben.

Natürlich bietet ihnen Israel nicht die Staatsbürgerschaft an. Warum sollte es auch? Die „palästinensischen“ Araber werden von ihren eigenen Regimen regiert, und sie können dort wählen, wenn und sobald ihre Führer sie wählen lassen. Deshalb sind die müden alten Klischees über die „demographische Zeitbombe“, über die Wahl Israels zwischen Territorium und Demokratie, über die angebliche Bedro-

hung durch die „Apartheid“ allesamt völliger Unsinn.

Es gibt keine Besetzung. Es gibt keine Apartheid. Es gibt keine demographische Gefahr. Israel hat das „palästinensisch“-arabische Problem nach bestem Wissen und Gewissen in Angriff genommen. Es gibt Israel Sicherheit und den „palästinensischen“ Arabern Selbstbestimmung in zwei Gebieten, die in jeder Hinsicht der Staatlichkeit nahe sind, mit Ausnahme dessen, was die Existenz Israels gefährden würde. Das ist keine perfekte Lösung. Aber in unserer unvollkommenen Welt ist es die beste verfügbare Lösung.

Stephen M. Flatow, ein Anwalt in New Jersey, ist der Vater von Alisa Flatow, die 1995 bei einem von Iran unterstützten „palästinensischen“ Terroranschlag ermordet wurde. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Auditor-Online.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in ei-

Unterstützen Bundesregierung und deutsche Katholiken die Hass-Demonstrationen gegen Netanjahu?

Der Likud-Abgeordnete Ariel Kallner weist der Bundesregierung in einem Protestbrief an die deutsche Botschafterin nach, die gewaltsamen Anti-Netanjahu-Proteste in Jerusalem zu bezahlen.



Von Collin McMahon

BILD: „Black Flag“ Demonstration in Jerusalem. Foto Yehonatan Veltzer/TPS

Seit Juli finden in Israel trotz Corona-Maßnahmen regelmäßig teils gewaltsame Demos vor dem Wohnsitz des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in der Balfour Street in Jerusalem statt. Am 15. Juli wurden 50 Demonstranten nach gewaltsamen Ausschreitungen verhaftet. Zum jüdischen Neujahrsfest wurde am 21. September ein Mann verhaftet, der unter Drogeneinfluss mit seinem PKW beinahe in die Menge gerast ist. 11 Personen wurden wegen Landfriedensbruch und Gewalt gegen Polizisten verhaftet.

Diese auf den Demos vertretenen, vornehmlich linken Organisationen werden zum Großteil aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland und der EU, finanziert, kritisiert Itai Reuveni von NGO Monitor.

Der Likud-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses gegen Delegitimierung und Anti-Semitismus, Ariel Kallner, beklagte sich am 30. September in einem Protestbrief an die deutsche Botschafterin Dr. Susanne Wasum-Rainer über deutsche Finanzierung des Human Rights Defenders Fund (HRDF), der die gewaltsamen Demonstranten unterstützt.

„Neueste Berichte in den israelischen Medien enthüllen, dass diese NGO der kleinen Gruppe an gewalttätigen Demonstranten, die vor dem offiziellen Wohnsitz des israelischen Premierministers demonstrieren, Rechtsbeistand gewährt. Diese kleine Minderheit ist wegen seines aggressiven Auftretens, seiner Bedrohung und Gewalt gegen Polizisten, und Missachtung der Maskenpflicht und Abstandsregeln heftig kritisiert worden“, so Kallner.

Als Vorsitzender des Ausschusses gegen Delegitimierung und Anti-Semitismus in der Knesset äußerte Kallner seine Sorge über diese „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels, die dessen Sou-

veränität untergraben.“

„Stellen Sie sich nur vor, der Staat Israel würde Rechtsbeistand für gewaltsame Proteste vor dem deutschen Bundestag und Gewalt gegen Polizisten finanzieren“, so Kallner. Er forderte die Bundesregierung auf, „die Finanzierung von HRDF und ähnlicher NGOs zu überwachen, nachzuvollziehen und zu beenden.“

In ihrem Antwortschreiben vom 5. Oktober bestritt die deutsche Botschafterin Dr. Susanne Wasum-Rainer die Vorwürfe: „Weder unterstützt noch finanziert die deutsche Bundesregierung gewaltsame oder illegale Aktivitäten zivilgesellschaft-

NGO Monitor im Jahr 2018 die Summe von 884.164 Euro vom steuerfinanzierten Misereor Deutschland, und 667.049 Euro von der EU.

Proteste gegen Heiko Maas

Als Außenminister Heiko Maas im Juni Israel besuchte, protestierten wütende Opferfamilien vor dem Außenministerium gegen die deutsche und europäische Finanzierung von HaMoked, die Terroristen verteidigt, so die Hinterbliebenen laut „Arutz Sheva“.

Die Opferfamilien warfen Maas in einem offenen Brief vor, mit deutschen

Steuergeldern „soziale Unruhen“ in Israel zu stiften. HaMoked habe in den vergangenen Jahren 73 Terroristen verteidigt, die für die Ermordung von 71 Israelis verantwortlich seien.

kommen, um mit Ihren israelischen Kollegen zu sprechen (...), dann ist das völlig legitim. Sollten Sie jedoch versuchen, über von Ihnen finanzierte politische Organisationen soziale Unruhen zu verursachen, die Ihren Interessen dienen, dann ist das Subversion und in höchstem Grad anmaßend, und ist hier nicht willkommen.“

Die gewaltsamen Demonstrationen vor dem Haus des israelischen Premierministers werden außerdem von der Bundesregierung und den Parteistiftungen der „Linken“ und „Grünen“ finanziert, so Kallner nach Informationen der israelischen NGO-Aufsicht. Danach werde die linke NGO „Standing Together“, die die Proteste mitorganisiert, mit 38.825 Euro von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke), 10.075 Euro von der Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und 11.200 Euro vom deutschen Zivilen Friedensdienst (ZFD) finanziert.

Der ZFD ist ein Projekt des Entwicklungsministeriums, angeblich um „den Ausbruch von Gewalt zu verhindern und um die Zivilgesellschaft zu stärken“. In Israel arbeitet der ZFD laut NGO Monitor mit der undurchsichtigen „Society of St. Yves“ zusammen, die mittels „Lawfare“ gegen den Staat Israel klagt, um illegale arabische Siedlungen zu verteidigen, wie Naomi Linder Kahn von Regavim berichtet. Die „Society of St. Yves“ wurde in der Vergangenheit von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) unterstützt.

„Verschiedene Länder, von denen die meisten diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten, arbeiten daran, die Agenda der israelischen Gesellschaft zu untergraben, während sie sich offen in den internen politischen und sozialen Diskurs Israels einmischen“, so Kallner in den israelischen Medien.

„Stellen Sie sich nur vor, der Staat Israel würde Rechtsbeistand für gewaltsame Proteste vor dem deutschen Bundestag und Gewalt gegen Polizisten finanzieren!“

licher Organisationen, weder in Israel noch anderswo. Alle Organisationen, die von der deutschen Bundesregierung finanziert werden, durchlaufen vorher eine gründliche und transparente Prüfung.“

Laut „NGO Monitor“ jedoch erhielt der „Human Rights Defenders Fund“ im Jahr 2018 von der Bundesregierung 58.940 Euro. Und laut EU-Finanztransparenzsystem erhielt HRDF im Jahr 2019 von der EU 299.988 Euro.

An der Verteidigung der gewaltsamen Demonstranten sollen laut Presseberichten außerdem die NGO HaMoked - Center for the Defense of the Individual beteiligt sein. HaMoked erhielt laut

Steuergeldern „soziale Unruhen“ in Israel zu stiften. HaMoked habe in den vergangenen Jahren 73 Terroristen verteidigt, die für die Ermordung von 71 Israelis verantwortlich seien.

HaMoked verteidigt laut eigener Auskunft „Palästinenser aus den Besetzten Gebieten, gegen deren Rechte durch die israelische Politik verstoßen wird“ – also in der Regel Terroristen. HaMoked wird laut NGO Monitor u.a. von der EU finanziert (2018: 667.049 Euro; 2017: 605.615 Euro) und von Misereor aus Deutschland (2018: 884.164 Euro).

Die Opferfamilien schrieben: „Außenminister Maas, wenn Sie nach Israel

Anti-Netanjahu-Proteste und die Heuchelei der extremen Linken

Proteste in Jerusalem, die sich anfangs vor allem gegen Corona-Maßnahmen der israelischen Regierung wendeten, wurden von teils gewalttätigen Demonstranten der israelischen Linken und Antizionisten vereinnahmt.

Von Tina Adcock

Der gemeinnützige Verein „Im Tirtzu“ prangert die augenscheinliche Doppeltzungigkeit der Proteste an und rief als Antwort darauf die Kampagne „Israel schützen – der Anarchie entgegenzutreten“ ins Leben. Der Leiter für Außenbeziehungen der Organisation, Eytan Meir, stand Audiatur-Online hierzu für ein Interview zur Verfügung:

Audiatur-Online: Das offizielle Ziel der Demonstranten ist es gegen den, ihrer Meinung nach, schlechten Umgang mit COVID 19 von Seiten der israelischen Regierung zu demonstrieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. „Im Tirtzu“ klassifiziert die Demonstrationen allerdings als antizionistisch und sagt, dass die wirklichen Bestrebungen der Proteste etwas ganz anderes sind. Können Sie diese Gedanken weiter ausführen?

Eytan Meir: Am Anfang richteten sich die Proteste tatsächlich gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung. Die Teilnehmer hatten die unterschiedlichsten Hintergründe, z.B. waren es Kleinunternehmer, Selbstständige oder Restaurantbesitzer, die von den Regulierungen und vor allem Schließungen betroffen waren. Dies ist natürlich ihr demokratisches Recht, allerdings viel alsbald auf, dass verschiedene radikale linke Gruppierungen die Proteste für die Vermittlung ihrer eigenen Agenda nutzten. Unzählige Schilder mit den verschiedensten Aufschriften, wie z.B. „Israel ist ein Apartheidstaat“ sind plötzlich auf den Demonstrationen aufgetaucht.

Audiatur-Online: „Im Tirtzu“ startete jüngst eine landesweite Kampagne zur Unterstützung der Polizei, die sich gegen die Corona-/Anti-Netanyahu-Proteste positioniert. Was hat es damit auf sich und was ist auf den Straßen Israels los?

Eytan Meir: Wir befinden uns derzeit inmitten einer Pandemie und die Menschen müssen sich durch Masken und Abstandsregeln so gut wie es geht schützen. Die Leute, die zu den Demonstrationen gehen, halten diese Maßnahmen allerdings eher selten ein und bringen somit andere Menschen und auch die Wirtschaft in Gefahr, nur weil sie z.B. mit Netanjahu unzufrieden sind. Wenn Sie die Demonstranten fragen würden, ob es orthodoxen Juden erlaubt sein sollte sich zu Gebeten oder ähnlichem zu versammeln, würden sie zu Recht mit Nein antworten. Wenn sie aber fragen, warum sie dann die Regeln in Bezug auf ihre eigenen Versammlungen missachten, werden die Demonstranten antworten, dass dies ja etwas anderes wäre. Einer der problematischen Punkte ist jedoch die Gewalt, die von den Protesten ausgeht, vor allem gegenüber Polizisten und Journalisten. Die Sicherheitsbeamten sind bei den Kundgebungen, um Ausschreitungen zu verhindern, das heißt, um die Demonstranten zu schützen und dafür werden sie im Gegenzug attackiert. Bei den Journalisten ist es ähnlich. Sie wollen über die Demonstrationen berichten und werden angegriffen. Journalisten, die für



Anti-Netanjahu-Demonstranten in Jerusalem

den israelischen TV Channel 20 von den Protesten live berichteten, wurden verbal und körperlich angegriffen.

Darum haben wir uns dazu entschlossen eine Kampagne ins Leben zu rufen, die sich gegen die Ausschreitungen und die Missachtung der Corona-Maßnahmen richtet. Trotzdem wollten wir dabei sicherstellen, dass die Corona-Restriktionen eingehalten werden, um uns und andere Menschen zu schützen. Deswegen haben wir uns entschieden Flyer zu verteilen und auf Social Media unsere mehr als 230.000 Follower über die Hintergründe der Demonstrationen aufzuklären. Diese Kundgebungen sind nebenbei gesagt, im Vergleich zu einem einzigen Wahlmandat, das 40.000 Stimmen beträgt, marginal in ihrer Größenordnung, auch wenn in den Medien oft von den „Massen“ berichtet wird, die sich gegen Netanjahu erheben würden. Zusätzlich gehen zwei bis drei unserer Mitarbeiter zu den Protesten, um eventuelle Ausschreitungen auf Video festzuhalten. Dies ist daher wichtig, weil viele Medien von der Gewalt, dem Antizionismus, den linksextremen Flaggen, den Apartheid-Statements usw. nicht berichten, sondern die Realität verklären. Das führt dazu, dass die Menschen denken, dass die Proteste friedlich sind und sich lediglich gegen die Corona-Maßnahmen richten. Unsere Videos sollen daher die Realität einfangen und die Leute sensibilisieren.

Audiatur-Online: Wer organisiert und finanziert die Demonstrationen?

Eytan Meir: Es gibt verschiedene Gruppierungen, die an den Demons-

trationen teilnehmen. Eine von ihnen nennt sich „Black Flag“ und besteht aus radikalen Anti-Netanjahu-Aktivistinnen. Die Gruppe ist nicht offiziell als Organisation registriert, weswegen sie ihre Finanzierung verschleiern kann. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass der frühere Premierminister, Ehud Barak, einer der Unterstützer ist. Es ist ebenfalls wichtig zu wissen, dass die Bewegung bereits vor COVID 19 existierte, was klar beweist, dass ihr Hauptaugenmerk nicht auf der Pandemie lastet.

Eine andere Gruppe nennt sich „Crime Minister“/„New Contract“, und existierte ebenfalls bereits vor dem Ausbruch von COVID 19. Diese Gruppierung ist zwar registriert, hat aber bisher ihre Finanzen nicht öffentlich gemacht.

Eine weitere, nicht-registrierte Organisation, die ebenfalls bereits vor der Pandemie existierte, trägt den Namen „No Way“ und wurde von dem ehemaligen General Amir Haskel gegründet.

Dies drei wichtigsten Gruppierungen agieren alle unter dem Deckmantel der Corona-Proteste und treiben dabei ihre radikale und antizionistische Agenda voran.

Es gibt natürlich noch andere Organisationen wie den in den USA ansässigen „New Israel Fund“, der einer der größten Geldgeber von antizionistischen NGOs. Diese Nichtregierungsorganisationen (z.B. Stand Together), sind dementsprechend ebenfalls an den Protesten beteiligt.

Audiatur-Online: Wie nehmen die israelischen Mitbürger eure Kampagne wahr? Bekommt ihr mehr positives oder negatives Feedback?

Eytan Meir: Das ist eine schwierige Frage. Die Mehrheit der Israelis steht jedenfalls den Demonstrationen kritisch gegenüber. Die meisten Israelis sind gegen Anarchie und Gewalt und daher eher dazu geneigt mit uns zu sympathisieren.

Audiatur-Online: Was sind eure größten Sorgen in Hinblick auf den derzeitigen Kurs der Proteste?

Eytan Meir: Ein Anstieg der gewalttätigen radikalen Ausschreitungen und das Schweigen der moderaten und zionistischen linken Organisationen. Sie sollten sich von den Hardlinern distanzieren, doch sie haben Angst, dass sie, wenn sie das tun, anschließend selbst zur Zielscheibe werden könnten.

Die Zusammensetzung und vor allem die Motivation der Proteste in Israel ist vielseitig. Menschen, deren Existenz durch die Pandemie zerstört wurde und die deswegen zurecht frustriert sind, laufen sprichwörtlich Hand in Hand mit antizionistischen, linksextremen Demonstranten, denen es nicht darum geht die Corona-Maßnahmen zu kritisieren, sondern die ihre eigene Agenda teilweise auch mittels Gewalt auf die Straßen des jüdischen Staates tragen. Die friedlichen Teilnehmer der Demonstration sollten sich klar und deutlich von derartigen Gruppen distanzieren, wenn ihnen ihre Gesundheit und ein demokratischer Staat wichtig sind, denn genau dafür gehen sie ja auf die Straße – um ihr Leben, das Land und die Wirtschaft von Prä-Corona Zeiten zurück zu bekommen und es, im besten Falle, noch besser zu machen.

Audiatur-Online: Eytan Meir, vielen Dank für das Interview.

Jüdisches Opfer arabischer Gewalt trifft israelischen Polizisten, der ihm damals das Leben rettete

Nach 20 Jahren trifft der amerikanische Jude Tuvia Grossman einen israelischen Drusen, der ihn seinerzeit vor einem „palästinensischen“ Mob in Jerusalem bewahrte. Ein vorsätzlich falsch interpretiertes Foto, das mit falschen Angaben Israel in ein schlechtes Licht rückte, wirkt trotz längst aufgeklärter gegenteiliger Fakten immer noch nach.

Von Elisabeth Hausen

Vor 20 Jahren ging ein Bild durch die Welt, das eine Szene der „Al-Aqsa-Intifada“ zeigte: einen israelischen Polizisten mit einem Gummiknüppel und einen blutüberströmten jungen Mann. Das Besondere an diesem Foto war, dass die Nachrichtenagentur „Associated Press“ (AP) eine falsche Bildunterschrift mitgeliefert hatte. Und so erschien es in mehreren Zeitungen mit unrichtigen Angaben.

Die Bildunterschrift lautete: „Ein israelischer Polizist und ein Palästinenser auf dem Tempelberg“. Doch der angebliche „Palästinenser“ war ein jüdischer Student aus den USA, den der Polizist vor einem „palästinensischen“ Mob gerettet hatte. Nachdem das Bild am 30. September 2000 in der „New York Times“ erschienen war, meldet sich dessen Vater Aaron Grossman in einem Leserbrief an die AP zu Wort: „Der Palästinenser ist in Wahrheit mein Sohn, Tuvia Grossman, ein jüdischer Student aus Chicago. Er, sowie zwei seiner Freunde, wurden während einer Fahrt durch Jerusalem durch eine Horde palästinensischer Araber aus ihrem Taxi gezerrt und unerbittlich geschlagen und schwer verwundet.“

Doch auch die Ortsangabe war falsch, wie der Vater weiter ausführte: „Das Bild kann nicht auf dem Tempelberg aufgenommen worden sein, weil es auf dem Tempelberg keine Tankstelle gibt und schon gar keine mit hebräischen Buchstaben, wie die Zapfsäule, die deutlich hinter dem israelischen Soldaten zu sehen ist, der gerade versucht, meinen Sohn vor dem Mob zu schützen.“

Student wollte an der Klagemauer beten

In der vergangenen Woche haben sich Tuvia Grossman und sein Lebensretter, der Polizist Gideon Zefadi, erneut getroffen. Arrangiert war die Begegnung von der israelischen Zeitung „Yediot Aharonot“. Die beiden tauschten Erinnerungen an den 28. September 2000 aus. Der

damals 20-jährige Talmudstudent wollte mit einem Taxi zur Klagemauer fahren, um an seinem Geburtstag dort zu beten. Doch der Angriff machte dieses Vorhaben zunichte. Viele Araber waren in Aufruhr, weil der damalige Oppositionsführer Ariel Scharon den Tempelberg besuchte – in Absprache mit den muslimischen Behörden.

Bei dem Treffen erinnerte sich Grossman laut „Yediot Aharonot“: „Ich dachte, dass ich sterben werde. Ich rief ‚Schma Jisrael‘ (Höre, Israel) und begann mit letzter Kraft, nach oben zu laufen. Eines der letzten Dinge, an die ich mich erinnere, sind die Uniformen von Gideon und seinen Leuten. Da verstand ich, dass es mir gut gehen würde. Dass das der Mann ist, der mich retten wird. Der Held meines Lebens. Sie waren nur fünf, und sie schafften es, die Menge zurückzudrängen.“ Der Jude wurde ohnmächtig, aber die Polizisten brachten ihn in Sicherheit.

„Der erste Fall von BDS“

Der Grenzpolizist Zefadi erzählte 20 Jahre später: „Ich sagte meinen Leuten, dass wir die Kontrolle über die Rockefeller-Kreuzung übernehmen müssen. Als ich dorthin kam, stieß ich auf den Lynchversuch. Ich wusste nicht einmal, ob es ein Araber oder ein Jude war. Ich hob ihn in das Fahrzeug, vergewisserte mich, dass er in Ordnung war, und er kam ins Krankenhaus. Tausende strömten zum Tempelberg, aber wir bekamen die Sache in den Griff.“

Über die falsche Bildunterschrift hat sich der Druse geärgert: „Man hat mich als israelischen Polizisten dargestellt, der kaltblütig auf dem Tempelberg einen jungen Palästinenser umbringt. Dieses Bild wurde in Frankreich auf

einem zwölfstöckigen Gebäude veröffentlicht, gegen den Staat Israel. Der erste Fall von BDS.“ Damit bezog sich Zefadi auf die anti-israelische Boykottbewegung, deren Abkürzung für „Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen“ steht.



Mit diesem Bild sollte suggeriert werden, dass der israelische Polizist den Mann im Vordergrund blutig geschlagen hätte. Das Gegenteil war der Fall: Er rettete ihm das Leben.

„New York Times“: Richtigstellung in zwei Schritten

Infolge des Leserbriefes indes veröffentlichte die „New York Times“ am 4. Oktober 2000 eine Richtigstellung. Doch auch sie enthielt noch nicht die ganze Wahrheit. Tuvia Grossman war darin als „amerikanischer Student in Israel“ dargestellt, aber nicht als ein Jude, der von Arabern geschlagen wurde. Die Ortsangabe stimmte noch nicht, der Vorfall wurde weiterhin

in die Altstadt verlegt.

In der Entschuldigung hieß es: „Eine Bildunterschrift am Samstag über Kämpfe zwischen Israelis und Palästinensern in Jerusalem enthielt eine fehlerhafte Identifizierung von ‚The Associated Press‘ für einen verwundeten Mann, der mit einem israelischen Polizisten abgebildet ist. Er war Tuvia Grossman aus Chicago, ein amerikanischer Student in Israel, und kein nicht identifizierter Palästinenser. In manchen Ausgaben identifizierte die Bildunterschrift auch die Stätte, an der Herr Grossman verwundet wurde, falsch. Es war in der Jerusalemer Altstadt, aber nicht auf dem Tempelberg.“

Drei Tage später veröffentlichte die amerikanische Tageszeitung eine weitere Richtigstellung, diesmal mit einem längeren Artikel. Nun war Grossman „ein Amerikaner, der an einem jüdischen Seminar in Jerusalem studiert“. Wei-

ter schrieb die Zeitung: „Der Vorfall ereignete sich in einem arabischen Viertel von Jerusalem, nicht auf dem Tempelberg oder anderswo in der Altstadt. Eine Korrektur am Mittwoch hat die Irrtümer unvollständig zitiert und eine Erklärung der Szene versäumt. Der Beamte schwenkte einen Gummiknüppel gegen Palästinenser und forderte sie auf, sich von Herrn Grossman fernzuhalten. Er schlug Herrn Grossman nicht.“

Im April 2002 verurteilte ein Bezirksgericht in Paris die französische Tageszeitung „Libération“ und die Nachrichtenagentur AP wegen der Falschdarstellung. Sie mussten 4.500 Euro an Grossman zahlen. Das Bild wurde zudem bei pro-„palästinensischen“ Demonstrationen eingesetzt – unter anderem in Brasilien –, um angebliche „israelische Brutalität“ gegenüber „Palästinensern“ zu „dokumentieren“.

„Der Schaden war bereits entstanden“

Bereits vor zehn Jahren gab es ein Treffen zwischen dem ehemaligen Talmudschüler und seinem Retter. Grossman äußerte sich damals gegenüber der Zeitung „Jerusalem Post“ zu der falschen Darstellung in den Medien und der Richtigstellung: „Es war schon zu spät, der Schaden war bereits entstanden.“ Auf die Frage, wie er sich angesichts des Fotos fühle, antwortete er: „Ärgerlich und wütend sind nicht die Worte, mit denen ich es beschreiben würde. Es ist eher Frustration darüber, dass, obwohl man im Zentrum eines Bildes steht, über das jeder spricht, das Foto eindeutig falsch ist. Aber niemand kümmert sich darum und man kann es nicht ändern.“

Tuvia Grossman ist vor 15 Jahren nach Israel eingewandert. Der Vater von zwei Kindern lebt in Modi'in und arbeitet als Rechtsberater. Gideon Zefadi wohnt in Kfar Sumei in Nordgaliläa. Er leitet in seinem Bezirk das Dezernat für den Kampf gegen Drogen und Alkohol und hat fünf Kinder.

Vor 20 Jahren: Erinnerung an den grauenvollen Lynchmord von Ramallah an zwei Israelis

Im Herbst des Jahres 2000 ermordete ein „palästinensischer“ Mob zwei Israelis, die sich versehentlich nach Ramallah verfahren hatten. Seitdem stuft die israelische Regierung die von den sogenannten „Palästinensern“ verwaltete Zone als Risikogebiet ein.

(Israelnetz) Bis zur sogenannten „Al-Aqsa-Intifada“ gab es vielfältige Beziehungen zwischen israelischen Siedlungen im Westjordanland und den benachbarten „palästinensischen“ Ortschaften. Doch die Gewalt machte dem nachbarschaftlichen Verkehr ein Ende. Symbol hierfür ist auch ein Lynchmord vor 20 Jahren in Ramallah.

Am 12. Oktober 2000 gerieten zwei israelische Reservisten, Vadim Norevitsch und Jossi Avrahami, versehentlich in die Autonomiestadt. Als sie von der Polizei verhört wurden, verbreitete sich das Gerücht, sie seien Undercover-Agenten der israelischen Armee. Daraufhin bildete sich ein Mob, an dem sich etwa 1.000 „Palästinenser“ beteiligten. Sie ermordeten die beiden 33-jährigen Israelis brutal. Die Leichen wurden aus dem Fenster geworfen und in einem Triumphzug durch die Straßen von Ramallah geschleift. Ein italienisches Fernseherteam dokumentierte die Vorgänge, obwohl die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) versuchte, jegliche Aufnahmen zu löschen.

Einer der Mörder, Asis Salha, erlangte Berühmtheit: Er zeigte dem Mob durch das Fenster seine blutbeschnittenen Hände. 2004 verurteilte ihn ein israelisches Gericht zu einer

zweifachen lebenslangen Haftstrafe. Doch im Oktober 2011 kam er mit 1.026 weiteren „Palästinensern“ vorzeitig frei – im Austausch entließ die Hamas den entführten Soldaten Gilad Schalit nach mehr als fünf Jahren aus der Geiselhaft.

Betreten der Autonomiestädte für Israelis verboten

Der Lynchmord führte zu einer Einschränkung der israelischen Bewegungsfreiheit: Jüdische Israelis dürfen Städte und Ortschaften der „Palästinensischen Autonomie“ nicht betreten. Ausnahmen bilden Soldaten und Polizisten mit einem bestimmten Auftrag, aber auch Zivilisten mit einer Sondergenehmigung.

Große rote Schilder warnen Israelis davor, dass das Betreten des von den „Palästinensern“ kontrollierten Gebietes lebensgefährlich sein könnte: „Diese Straße führt in die Zone A unter der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde. Das Betreten für Israelis ist verboten, gefährdet Ihr Leben und stellt einen Verstoß gegen das Gesetz dar.“ Dennoch verirren sich immer wieder Zivilisten oder auch Soldaten in ein „palästinensisches“ Dorf. Dort werden sie oft mit Steinen empfangen, aber auch von „palästinensischen“ Polizisten in Sicherheit

gebracht.

Mitunter lassen sich Israelis durch die Navigationsapp „Waze“ dazu verleiten, in das Autonomiegebiet zu fahren. Am 11. März 2018 reagierte die Armee mit einer Mitteilung auf einen neuerlichen Vorfall: „Das Betreten der Zone A, die von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet wird, gefährdet Leben und ist auch per Gesetz für Bürger des Staates Israel verboten.“ Eine solche Lage könne Folge von mangelnder Aufmerksamkeit, aber auch mangelnder Kenntnis der Straßen in Judäa und Samaria sein. „Deshalb ist die Einfahrt ins verbotene Gebiet mit einem roten und deutlichen Schild markiert, das klarmacht, dass man eine Bewegung in diese Richtung vermeiden soll.“

Die Armee machte darauf aufmerksam, dass Nutzer der App „Waze“ eine Option wählen können, „die sie daran hindert, gefährliche Orte zu betreten. Dennoch ist die Möglichkeit kein Ersatz für die Aufmerksamkeit und das Lesen der roten Schilder am Eingang zu Dörfern“.

Auch ausländische Touristen, die eine Gruppenreise im Heiligen Land machen, bekommen die Folgen der Verordnung zu spüren: Wenn sie etwa von Jerusalem nach Bethlehem fahren, verlässt der israelische Reiseleiter spätestens

auf der Strecke den Bus. In der Autonomiestadt übernimmt dann ein „Palästinenser“ die Führung. Denn seine jüdischen Kollegen dürfen die Geburtsstadt des biblischen Königs David seit 20 Jahren nur in Ausnahmefällen betreten.

Autonomiebehörde unterstützt Mörder

Die PA indes hat sich bis heute nicht von dem Lynchmord distanziert oder ihn kritisiert. Im Gegenteil: „Palästinenser“, die wegen Beteiligung an der Tat vor 20 Jahren in Israel inhaftiert sind, bekommen wie andere Terroristen ein Gehalt von der Autonomiebehörde. Zu ihnen gehören auch Habbes Bajjud, Muhammad Nawara und Dschawad Abu Qara. Am 16. Juni 2018 widmete das offizielle PA-Fernsehen ihnen einen Beitrag der Serie „Giganten der Ausdauer“. Darauf hat die Organisation „Palestinian Media Watch“ hingewiesen.

Der Moderator besuchte ihre Familien und bezeichnete jeden der drei als „heldenhaften Häftling“. Nawars Schwester sagte in der Sendung: „Mohammad ist ein stattlicher Mann und macht einen stolzen Eindruck. Ich bin stolz, dass ich einen Bruder wie Muhammad habe.“

„Im Tirtzu“, die konservative Studentenbewegung Israels

Matan Peleg, Direktor der Graswurzelbewegung „Im Tirtzu“, im Interview mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU

Im Tirtzu ist die größte zionistische Graswurzelbewegung Israels. Die Organisation gestaltet und beeinflusst den öffentlichen Diskurs und die politische Agenda durch zionistische Aufklärungsarbeit an Israels Universitäten, Reportagen über verschiedenste Themen, Unterstützung bei Gesetzesvorhaben, juristische Aktionen und Demonstrationen. Seit 2014 leitet Matan Peleg die Bewegung als Direktor. Der 39-Jährige Politikwissenschaftler, der einen Masterabschluss in Konfliktbewältigung von der Hebräischen Universität Jerusalem hat, ist bekannt für seine freimütigen und unkonventionellen Auftritte in den israelischen Medien.

In der auch in Israel sehr schwierigen Corona-Zeit arbeitet seine Bewegung unermüdlich.

Im Interview mit der Jüdischen Rundschau gewährt er einen exklusiven Einblick in seine Arbeit sowie seine persönlichen Ansichten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die Im-Tirtzu-Bewegung verfügt über einen hohen Bekanntheitsgrad in Israel, aber auch weit über die Grenzen des jüdischen Staates hinaus. Sie benutzen Ihre Publikationen, um die zionistischen Werte zu verbreiten und „Hasbara“-Arbeit zu leisten. Könnten Sie uns kurz die Arbeit der Bewegung vorstellen? Welche Tätigkeiten gehören dazu? Und vor welchen Herausforderungen steht Ihre Bewegung?

Matan Peleg: Im Tirtzu begann 2006 als kleine studentische Bewegung an der Hebräischen Universität Jerusalem. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Organisation und umfasst heute Zehntausende von Aktivisten sowie Hunderttausende Unterstützer. Diese Aktivisten arbeiten mit dem Ziel zusammen, den jüdischen und demokratischen Charakter des Staates Israel zu erhalten. Die Bewegung hat auch Hunderte muslimischer, christlicher und beduinischer Aktivisten und pflegt darüber hinaus Verbindungen zu palästinensischen Arabern in Hebron und sogar zu ehemaligen Terroristen wie Mohammed Massad.

In der Tat ist die Bewegung rasant gewachsen, weil die Menschen die Notwendigkeit Israels Zukunft zu sichern erkannt haben – unabhängig von der Politik und den Politikern. In diesen Tagen arbeitet Im Tirtzu sehr intensiv im juristischen Bereich. So versuchen wir beispielsweise, die Einmischung ausländischer Regierungen in Angelegenheiten der israelischen Verwaltung aufzudecken und zu unterbinden, zumindest jedoch zu reduzieren.

Ebenfalls gehen wir gegen Anarchisten vor, die Soldaten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) bedrängen.

Während der Corona-Krise unterstützen wir außerdem bedürftige Familien, waren im sozialen Bereich tätig und halfen israelischen Landwirten.

2014 habe ich den Gründer Ronen Shoval als Direktor der Bewegung abgelöst, da es mir wichtig war, in einer einflussreichen Position in der israelischen Gesellschaft zu agieren.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Eine eurer bekanntesten Kampagnen ist der Kampf gegen die europäische, und vor allem die deutsche Finanzierung linksradikaler und antizionistischer Organisationen, die in Israel operieren. Allein die deutsche Finanzierung betrug laut NGO Monitor zwischen 2012 und 2019 in Summe ca. 19 Millionen Euro.



Matan Peleg (links) mit Charlie Kirk, dem Gründer der amerikanischen konservativen Studentenbewegung „Turning Point USA“.

Was sollte rechtlich und diplomatisch gemacht werden, um die Finanzierung dieser Organisationen aus dem Ausland zu unterbinden?

Matan Peleg: Zunächst müssen wir im Auge behalten, dass die Gesamthöhe dieser Beträge in Relation zur israelischen Volkswirtschaft riesig und völlig unverhältnismäßig sind. Das Problem ist, dass diese Gelder an Organisationen fließen, die kein Interesse daran haben, den Konflikt zu lösen. Die Daseinsberechtigung dieser Organisationen basiert auf der Aufrechterhaltung des Konflikts – und das ist das Hauptproblem.

Ebenso ist problematisch, dass diese Gelder an Organisationen fließen, die sowohl die israelische Strategie zur Terrorismusbekämpfung als auch den Charakter des Staates Israel zu ändern versu-

tionen in der ganzen Welt verschwendet werden – vor allem während der Corona-Krise. Diesbezüglich haben wir einen Brief verfasst und an die deutsche Botschafterin in Israel geschickt. Zudem haben wir diese Thematik auch in einem deutschsprachigen Video adressiert.

Nichtsdestotrotz fokussieren sich die meisten unserer Aktivitäten auf die israelische Lebenswelt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Bei der letzten Parlamentswahl in Israel hat Im Tirtzu eine erfolgreiche Kampagne gestartet. Dabei ging es darum, das „echte Gesicht“ der Knessetabgeordneten der „Vereinigten Arabischen Liste“ durch die Veröffentlichung ihrer anstachelnden und antizionistischen Äußerungen aufzudecken. Die „Vereinigte Arabische Liste“ hat auch gegen die Ratifizierung des

dieser Partei in der Knesset betrachten, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie einen Großteil der israelischen Araber vertreten.

Dennoch: Gäbe es eine Alternative, nämlich eine arabische Partei, die sich für Integration einsetzt und nicht auf eine Spaltung der israelischen Gesellschaft hinwirkt, so könnte diese auch mehr Erfolge erzielen. Die Tatsache, dass diese Partei gegen das Friedensabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten gestimmt hat, beweist, wie extrem sie ist. Als nur eines von vielen Beispielen ist der Abgeordnete Heba Yazbak zu nennen, der öffentlich um Unterstützung und Sympathien für den Terroristen und Judenmörder Samir Kuntar wirbt. Dieser Terrorist hat in den 70er Jahren eine ganze jüdische Familie geschlachtet und zwei Polizisten umgebracht. Öffentliche Unterstützung und Sympathien für einen solchen Terroristen sind in der Knesset nicht akzeptabel.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Du hast das Thema der historischen Friedensabkommen im Nahen Osten angesprochen. Innerhalb der letzten 40 Jahre hat Israel mit zwei arabischen Ländern Frieden abgeschlossen. Nun ist es Israel innerhalb von wenigen Wochen gelungen, unter der Führung von Benjamin Netanyahu Frieden mit weiteren drei arabischen Ländern zu schließen. Netanjahus Motto „Peace for Peace“ widerspricht der Friedensdoktrin „Peace for Land“, welche die israelische Linke vertritt. Wie ist Ihre Sicht auf die „Friedensphilosophie“ Netanjahus?

Matan Peleg: Die arabische Welt beginnt zu verstehen, dass der israelisch-„palästinensische“ Konflikt nur einer von mehreren Konflikten im Nahen Osten ist.

Es gibt einen langen, blutigen Konflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen, zwischen Christen und Muslimen, zwischen Kurden und Türken und viele weitere Konflikte. Im Vergleich zu diesen Konflikten hat der israelisch-„palästinensische“ Konflikt

„ Die gewählten Mandatsträger können ihr Mandat nicht verwirklichen, weil der Oberste Gerichtshof sie immer wieder ausbremst. “

chen. Diese Versuche stellen eine große Gefahr dar, denn Israel befindet sich in einer sehr gewalttätigen Nachbarschaft. Im Vergleich zu den meisten Ländern der Welt ist Israel ein sehr sicheres und freies Land. Es ist absolut nicht fair, dass externe Akteure viel dafür tun, um dies zu ändern.

Im Tirtzu klärt daher über diese Problematik auf und übt öffentlichen Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus, um dieses Phänomen einzudämmen und zu stoppen.

Wir sind mehr auf der israelischen als auf der europäischen Ebene aktiv, wengleich sich dies in der letzten Zeit langsam zu ändern beginnt. Wir sind nämlich davon überzeugt, dass die deutschen und europäischen Steuerzahler nicht wissen, wie ihre Steuergelder für die Finanzierung politischer Organisa-

Friedensabkommens mit den Vereinigten Arabischen Emiraten abgestimmt, da ihrer Meinung nach die Abraham-Abkommen einen Waffendeal und kein Friedensabkommen darstellten. Werden die Interessen der israelischen Araber durch die „Vereinigte Arabische Liste“ in der Knesset Ihrer Meinung nach gut vertreten?

Matan Peleg: Zuallererst möchte ich deutlich machen, dass unser Einsatz gegen die „Vereinigte Arabische Liste“ nicht darin begründet liegt, dass es eine arabische Partei ist, sondern vielmehr darin, dass es sich um eine antizionistische Partei handelt. Diese Partei beschädigt unserer Meinung nach die Beziehungen zwischen Arabern und Juden in Israel, und die Entlarvung solcher Motive ist für uns mehr als wichtig.

Wenn wir die Anzahl der Mandate

viel weniger Tote und Flüchtlinge verursacht. Schließlich ist Israel ein Land, mit welchem man reden und verhandeln kann. Israel muss nicht der Gegner sein, sondern kann auch als Partner fungieren. Die arabische Welt hat dies auch vor dem Hintergrund des „Arabischen Frühlings“, dem Bürgerkrieg in Syrien, den Vorgängen im Irak und im ganzen Nahen Osten sowie der hiervon nicht beeinträchtigten Stabilität Israels, verstanden. Sie haben endlich begriffen, dass man mit Israel zusammen nach Wasserquellen suchen und die Landwirtschaft entwickeln kann. Israel ist kein Bösewicht, sondern ein Lichtschimmer. Man kann in der Tat mit uns Geschäfte machen, kooperieren und das ist eigentlich das, was Netanjahu mit „Peace for Peace“ gemeint hat.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Mit dem Friedensabkommen zwischen Israel und den VAE waren nicht alle zufrieden. Der Friedensschluss wurde dank des Einfrierens der Annexionspläne von großen Gebieten in Judäa und Samaria möglich. Eine Entscheidung, die auch von den USA unterstützt wurde.

Wie ist die Stimmung beim Yesha Council und anderen Siedlerbewegungen nach dem Stopp der Annexionspläne?

Matan Peleg: Eine kleine Korrektur: Wir sprechen hier von der Anwendung israelischer Souveränität in Judäa und Samaria und nicht von einer Annexion, da dieser Begriff wahrscheinlich Assoziationen von irgendeiner Art des „Anschlusses“ hervorruft.

Es ist wichtig zu bedenken, dass mehrere Siedler in Judäa und Samaria den amerikanischen Friedensplan nicht für gut genug empfunden und ihn heftig kritisiert haben.

Von daher glauben viele von ihnen, dass es nicht so schlimm ist, dass der Plan nun hinsichtlich der Ausweitung israelischer Souveränität in Judäa und Samaria teilweise hinfällig geworden ist.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ein anderes sensibles Thema ist das Vertrauen der israelischen Öffentlichkeit in das israelische Justizsystem, das sich momentan auf einem historischen Tiefpunkt befindet. Entscheidungen bezüglich Israels Sicherheitspolitik und seiner Strategie zur Terrorismusbekämpfung werden von den Richtern des israelischen Obersten Gerichtshofes getroffen – nicht aber von professionellen Sicherheitsbeamten oder demokratisch legitimierten Volksvertretern. Beispielsweise werden Häuser von Terroristen kaum noch zerstört. Was unternimmt Im Tirtzu zur Beseitigung dieses demokratischen Defizits?

Matan Peleg: Bevor wir über eine „Reparatur“ sprechen, ist es wichtig zu verdeutlichen, dass das Hauptproblem der übertriebene rechtliche Aktivismus des Staates Israel ist. In der westlichen Welt ist Israel einer der weltweit führenden Akteure, wenn es um Interventionen des Obersten Gerichtshofes im Prozess parlamentarischer Entscheidungsfindung geht. Wenn wir nun noch die Tatsache berücksichtigen, dass die riesige Menge an Petitionen an den Obersten Gerichtshof von israelischen Organisationen stammt, die von ausländischen Regierungen finanziert werden, stehen wir vor einem großen Problem für das demokratische System. Die gewählten Mandatsträger können ihr Mandat nicht verwirklichen. Dieses Problem machen wir in Artikeln und Studien sowie in Protesten und Kampagnen bekannt.

Wir üben öffentlichen Druck aus, um die Macht des Obersten Gerichtshofes einzudämmen. In diesem Zusammenhang ist der größte Erfolg von Im Tirtzu die Schaffung eines Bewusstseins für



Matan Peleg (links) mit dem griechisch-orthodoxen pro-israelischen Priester Gabriel Naddaf (rechts)

die Notwendigkeit der Begrenzung der Macht des israelischen Gerichtswesens bei mehreren israelischen Parteien. Das bedeutet, dass verschiedene Parteien genau diese Notwendigkeit in ihrem Wahlprogramm ansprechen.

Die größte Gefahr in der Praxis des Obersten Gerichtshofes besteht für den Bereich der Terrorismusbekämpfung. Es gibt kein anderes Land in der Welt, das mit so vielen Terroranschlägen – sowohl von außen als auch von innen – konfrontiert wird. Der Terror begann sogar noch vor der offiziellen Staatsgründung.

Trotzdem handelt Israel völkerrechtskonform und strebt nach moralischer Überlegenheit.

Doch wenn sich die Richter des Obersten Gerichtshofes ständig in einen Be-

Meinung nach die Agenda hinter diesen Protesten? Geht es hierbei tatsächlich um legitime Proteste innerhalb der israelischen Demokratie?

Matan Peleg: Im Zusammenhang mit den illegalen Zuwanderern haben wir zwei Probleme.

Erstens sind es linke Organisationen, welche dank der Finanzierung ausländischer Regierungen operieren können, und zweitens ist es der juristische Aktivismus des israelischen Obersten Gerichtshofes.

Jedes Mal, wenn der demokratisch gewählte Gesetzgeber in der Knesset versucht, dieses Problem zu lösen, tauchen plötzlich diese Organisationen auf und starten innerhalb Israels wie auch international Kampagnen, um auf Israel Druck auszuüben.



Vorträge gehören zu den wichtigsten „Waffen“ von Im Tirtzu und Matan Peleg.

reich einmischen, mit dem sie gar nicht vertraut sind, verursacht das nur noch mehr Blutvergießen.

So nutzt das israelische Sicherheitssystem die Zerstörung von Häusern von Terroristen als Abschreckungs-, nicht als Strafmittel.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In Israel ist bekannt, dass der Süden Tel Avivs nicht vollständig unter israelischer Kontrolle ist. Die illegalen Zuwanderer aus Afrika beherrschen die Straßen und die Polizei wagt sich nicht einzugreifen. Raubüberfälle, Gewalt und sexuelle Belästigungen israelischer Frauen sind an der Tagesordnung. Die Im Tirtzu-Bewegung begleitet und unterstützt die Einwohner im Süden Tel Avivs seit mehreren Jahren. Was unternimmt die israelische

Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung und der Durchsetzung des Rechtsstaates im Süden Tel Avivs?

Parallel zu diesen Kampagnen reichen diese Organisationen Petitionen beim Obersten Gerichtshof ein. Der Oberste Gerichtshof hat die Gesetze tatsächlich aufgehoben, die das Problem der illegalen Zuwanderer in Tel Aviv lösen sollten, beispielsweise die Gewährung von Fördergeldern für freiwillige Aus- bzw. Heimreise oder auch Abschiebebesetze.

Das stellt ein großes Problem dar. Jetzt hoffen wir darauf, dass nach dem Friedensabkommen mit dem Sudan einige Zehntausend illegale Zuwanderer in ihre Heimat zurückreisen werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ein Phänomen, das Euch große Sorgen bereitet, sind die sogenannten „Black-Flag-Proteste“, die in den letzten Monaten in Israel stattgefunden haben. Was ist Ihrer

Meinung nach die Agenda hinter diesen Protesten? Geht es hierbei tatsächlich um legitime Proteste innerhalb der israelischen Demokratie?

Matan Peleg: Unser Hauptproblem mit den Black-Flag-Protesten ist die glasklare Gewalt. Gewalt gegen Polizisten sowie Gewalt gegen Reporter und Pressevertreter. Wir wissen, dass es in diesen Tagen weltweit Kundgebungen und Proteste gegen die verschiedensten Regierungen und Regime gibt. Doch in Israel hat die Gewalt bei den Protesten und Demonstrationen ein bisher ungekanntes Ausmaß erreicht.

Daher setzen wir uns gegen dieses Phänomen ein. Wir machen deutlich, dass Demonstrationen wichtig sind, und man im Rahmen einer Demokratie protestieren kann – doch die Art und Weise lehnen wir ab.

Zusätzlich sehen wir bei diesen Kundgebungen Aufrufe gegen die Existenz des Staates Israel als zionistischen und jüdischen Staat. Diese Aufrufe belegen, dass es in vielen Fällen gar nicht um konstruktive Kritik an der Politik der israelischen Regierung geht, sondern um eine direkte Kritik an der Existenz des Staates Israel.

Betrachten wir diese Aufrufe in Kombination mit der Gewalt, entsteht eine sehr gefährliche Mischung, die auf das Schärfste verurteilt werden muss.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Zum Schluss möchten wir Sie noch fragen, ob und welche Rückmeldungen Im Tirtzu von der israelischen Politik erhält? Sind sich der Ministerpräsident und andere Politiker Ihres Engagements bewusst?

Matan Peleg: Uns ist vor allem wichtig zu erwähnen, dass wir nicht deshalb engagiert sind, um die Herzen der Politiker zu gewinnen.

Davon abgesehen ist es tatsächlich so, dass Im Tirtzu sehr gute Kontakte zu hochrangigen Politikern und Abgeordneten pflegt. Meiner Meinung nach schätzen sie unser außerparlamentarisches Engagement sehr und damit verbunden die Tatsache, dass wir für niemanden arbeiten. Unsere Bewegung ist außerparlamentarisch par excellence.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Peleg!

Das Gespräch führte Yonatan Shay.

Neue hoffnungsvolle Alzheimer-Therapie der israelischen Neurowissenschaftlerin Michal Schwartz auf dem Weg zur klinischen Erprobung

Eine von einer israelischen Forscherin entwickelte Antikörpertherapie gegen Alzheimer wird derzeit einer aussichtsreichen klinischen Studie unterzogen. Sollte die Behandlung erfolgreich sein, könnte sie den Krankheitsverlauf entscheidend verändern und das Fortschreiten der Krankheit verhindern.

Von Redaktion Audiatur

Die Therapie, die von ImmunoBrain Checkpoint (IBC) entwickelt wurde, einem biopharmazeutischen Unternehmen, das sich auf Immuntherapien für neurodegenerative Erkrankungen wie Alzheimer spezialisiert hat, basiert auf über 20 Jahren Forschung eines Teams am Weizmann Institute of Science unter der Leitung von Professor Michal Schwartz von der Abteilung für Neurobiologie.

Prof. Schwartz leistete Pionierarbeit im Bereich der Gehirnforschung und erbrachte den Nachweis, dass ein Gehirn zu seiner Erhaltung und Reparatur einen lebenslangen gesunden Dialog mit dem Immunsystem führt. Das Gehirn brauche das Immunsystem, um zu funktionieren, sagte sie gegenüber dem Nachrichtenportal über Innovation und Technologie aus Israel NoCamels.

Ihr Team stellte die zentrale Rolle des systemischen Immunsystems für die gesunde Funktion und Reparatur des Gehirns fest. Insbesondere zeigte das Team, dass sowohl Monozyten als auch T-Zellen für die Reparatur von verletztem ZNS-Gewebe benötigt werden. Prof. Schwartz sagt, dies habe ihr Team zu der Entdeckung veranlasst, dass die Rolle des Immunsystems für die Aufrechterhaltung der Gehirngesundheit unerlässlich ist.

„Eine wichtige Entdeckung, die uns bei der Erforschung der Alzheimer-Krankheit weiterbrachte, machte mein Team in den Jahren 2004 und 2006, als wir zum ersten Mal bemerkten, dass die Gehirnfunktion – Plastizität des Gehirns, kognitive Fähigkeiten und viele andere Funktionen des Gehirns – von der Integrität des Immunsystems abhängt“, sagt sie. „Das war eine große Überraschung, denn das Immunsystem ist nicht Teil des Netzwerks des Gehirns.“

Auf der Grundlage dieser Forschung entwickelte das 2016 gegründete Unternehmen ImmunoBrain Checkpoint einen Antikörper zur Aktivierung des Immunsystems. In der Phase-I-Studie wird der firmeneigene Antikörper IBC-Ab002 getestet, um das Immunsystem zu stärken und Reparaturprozesse im Gehirn bei Personen mit Alzheimer-Krankheit auszulösen.

Schwartz' Team hat gezeigt, dass bei einem geschwächten Immunsystem mit Hilfe von Antikörpern, die auf hemmende Immunkontrollpunkte abzielen (die häufig von erschöpften Immunzellen stammen), die Kommunikation zwischen Gehirn und Immunsystem neu gekoppelt und dadurch das Gehirn vor Funktionsverlust geschützt werden kann.

Während die Studien von Prof. Schwartz die Grundlage für ihre jüngste Entwicklung dieser neuartigen Immuntherapie lieferten, konnte der neue Ansatz die Symptome reduzieren und sogar den kognitiven Verlust bei Mäusen mit Alzheimer-Erkrankung rückgängig machen.

Alzheimer-Behandlung

Bei der Alzheimer-Krankheit handelt es sich um eine Degeneration des zentralen Nervensystems. Die Krankheit, eine langsame und fortschreitende Degeneration von Nervenzellen im Gehirn, die



Betreuerinnen im Altenheim

sich durch einen starken Rückgang der kognitiven Fähigkeiten, insbesondere des Gedächtnisses, ausdrückt, wurde erstmals 1906 von dem deutschen Psychiater und Neuropathologen Alois Alzheimer beschrieben und nach ihm benannt.

Gegenwärtig gibt es keine zugelassenen Therapien für die Alzheimer-Krankheit, die ihren Verlauf ändern können. Laut Prof. Schwartz handelt es sich bei allen gegenwärtigen Therapien um symptomatische Behandlungen, die auf die Alzheimer-Symptome abzielen, einschließlich derer, die derzeit verfügbar sind, nachdem sie im Alzheimer-Behandlungszentrum in der Abteilung für Neurologie des Hadassah-Universitätskrankenhauses in Jerusalem entwickelt wurden.

„Die Behandlung ändert den Verlauf der Krankheit nicht“, erklärt sie NoCamels. „Ich würde sogar sagen, dass es keine Be-

handlung gibt, die den Verlauf der Krankheit verändert.“

Der therapeutische Ansatz von IBC konzentriert sich darauf, möglicherweise einen Weg zu finden, den Krankheitsverlauf zu modifizieren, indem „ein gemeinsamer Reparaturpfad aktiviert wird, anstatt einige, aber nicht die gesamte Toxizität, die von Mensch zu Mensch unterschiedlich sein kann, zu neutralisieren“, so Prof. Schwartz.

Der Antikörper „ist fast reif für eine klinische Studie“, sagt Prof. Schwartz. Das Unternehmen befindet sich jetzt auf der Suche nach finanziellen Mitteln, aber Prof. Schwartz gibt zu, dass die aktuelle Coronavirus-Pandemie dies erschwert hat. Das Unternehmen „hat bereits mehrere Millionen aufgebracht“ und benötigt etwa 9 bis 10 Millionen Dollar, um die klinische Studie zu beginnen.

„Ich denke, dieser Ansatz kann auch zur Bekämpfung anderer neurodegenerativer Krankheiten eingesetzt werden“, sagt Prof. Schwartz und bemerkt, dass sie ihn gerne bei ALS und der Lou-Gehrig-Krankheit eingesetzt sehen würde. „Ich bin recht optimistisch.“

Prof. Michal Schwartz ist bekannt für ihre revolutionären Beiträge zur Hirnforschung. Ihre Forschung auf dem Gebiet der Neuroimmunologie hat die lange Zeit vorherrschende Meinung geändert, dass das Gehirn durch die Blut-Hirn-Schranke vollständig vom Immunsystem isoliert ist. Ihre Erkenntnisse haben weitreichende Auswirkungen auf das Verständnis des Geheimnisses von Gehirnerkrankungen, einer Vielzahl von Geisteskrankheiten und neurodegenerativen Erkrankungen gehabt.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Es heißt Judäa und Samaria – nicht „Westjordanland“!

Das Land westlich des Jordans ist nicht „palästinensisch“: Die dortige jüdische Präsenz ist jahrtausendealt. Wenig bekannt ist außerdem, wieviel Land die Araber auch in der Neuzeit freiwillig und zu überhöhten Preisen an Juden verkauft haben.

Von Sean Durns (camera.com)

„Wer kann die Rechte der Juden in Palästina in Frage stellen?“, schrieb Yusuf al-Khalidi am 1. März 1899 an den Oberrabbiner von Frankreich. „Großer Gott, historisch gesehen ist es wirklich Ihr Land.“ Doch mehr als ein Jahrhundert nach Khalidis Eingeständnis ist die Verbundenheit des jüdischen Volkes mit seiner angestammten Heimat oft vergessen. Tatsächlich ignorieren viele Nachrichtenagenturen und Analysten sie nicht nur – sondern versuchen oft, sie auszulöschen.

Nehmen Sie zum Beispiel die „Washington Post“. Der Bericht der Zeitung vom 13. August 2020:

„Trump kündigt historisches Friedensabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten an“, notierte, dass „arabische Führer Trump privat gewarnt hatten, dass sie zukünftigen wirtschaftlichen oder diplomatischen Beziehungen mit Israel nicht zustimmen könnten, wenn Israel Land übernehme, das jetzt als palästinensisch gilt“. Doch der Artikel der Reporterin Anne Gearan und des Jerusalemer Bürochefs Steve Hendrix sagt nicht, warum das Land „jetzt als palästinensisch angesehen wird“.

Tatsächlich hat ein souveräner „palästinensisch“-arabischer Staat nie existiert. Vielmehr ist der Status des Gebiets bestenfalls umstritten. Sein Status soll durch Verhandlungen gelöst werden, die durch die Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) des UNO-Sicherheitsrates, die israelisch-„palästinensischen“ Interimsabkommen von 1995, den internationalen „Fahrplan“ von 2003 und damit verbundene diplomatische Bemühungen vorweggenommen werden. Tatsächlich stellten die Mitverfasser der Resolution 242, der amerikanische Unterstaatssekretär Eugene Rostow, der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen Arthur Goldberg und der britische Botschafter Lord Caradon sowohl damals als auch später klar, dass sowohl Juden als auch Araber Ansprüche auf die Gebiete hatten und dass seit dem Ende der osmanischen Herrschaft keine nationale Souveränität über sie anerkannt worden war.

Die „Washington Post“ selbst stellte in einer von CAMERA veranlassten Korrektur vom 4. September 2014 fest, dass „die israelisch besetzten Gebiete umstrittene Gebiete sind, die sich die Palästinenser für einen zukünftigen Staat wünschen“. In einer anderen kürzlich von CAMERA veranlassten Korrektur räumte das „Wall Street Journal“ am 16. Mai 2020 ein, dass „nach den Osloer Abkommen die Souveränität über das Westjordanland bis zu einer endgültigen Regelung umstritten ist“.

Darüber hinaus gibt es eine rechtliche Grundlage für jüdische Ansprüche auf das Land. Wie CAMERA dokumentiert hat, verfügt Israel über eine Grundlage für die Geltendmachung der Souveränität über das Gebiet. Darüber hinaus fordert das Palästina-Mandat des Völkerbundes, das später von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, in Artikel 6 eine „geschlossene jüdische Siedlung auf dem Land“ westlich des Jordan. Die UNO-Charta, Kapitel XII, Artikel 80, hält die Bestimmungen des Mandats aufrecht. Der San-Remo-Vertrag von 1920 und die anglo-amerikanische Konvention von 1924 verankerten ebenfalls jüdische Gebietsansprüche im internationalen Recht.



Jüdische Häuser wie diese in Samaria (Gemeinde Beit El nördlich von Jerusalem) waren noch nie ein Friedenshindernis.

Doch die „Washington Post“ ist nicht die einzige, die de facto zugunsten der „palästinensischen“ Forderungen entscheidet. Ein Vox-Artikel von Alex Ward („Kamala Harris' Außenpolitik erklärt“) vom 14. August 2020 behauptet fälschlicherweise, dass der Jewish National Fund (JNF) „eine wichtige Rolle dabei spiele, die Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben, um Platz für den Staat Israel zu schaffen“. Dies ist in jeder Hinsicht ahistorisch.

Jüdische Mehrheit seit 1840

Tatsächlich stammen die Juden aus Judäa und Samaria, einem Gebiet, das erst seit etwa einem halben Jahrhundert als „Westjordanland“ bezeichnet wird. Die jüdische Präsenz im Land Israel geht der arabischen und islamischen Eroberung im 7. Jahrhundert voraus – um Tausende von Jahren. Außerdem war diese Präsenz kontinuierlich. So stellten beispielsweise in Jerusalem seit den 1840er Jahren – lange vor der Gründung des JNF 1901 – Juden die Mehrheit der Einwohner.

Eine weitere wichtige, aber weggelassene Tatsache: Ein Großteil des Landes, das die Juden erwarben, wurde Arabern abgekauft, darunter von mehreren namhaften „palästinensisch“-arabischen Familien. Wie der Historiker Benny Morris in seinem 2008 erschienenen Buch von 1948 feststellte: „Ein riesiges Fragezeichen hängt über dem Ethos der palästinensisch-arabischen Elite: Husseinis, aber auch Nashashibis, Khalidis, Dajanis und Tamimis ... verkauften Land an die zionistischen Institutionen und/oder dienten als zionistische Agenten oder Spione. Diese Familien, von denen viele gegen die Existenz Israels und das Recht auf jüdische Selbstbestimmung auftraten, verkauften heimlich Land an genau die Bewegung, die sie anprangerten.“

In der Tat, wie der Historiker Yehoshua Porath in „The Palestinian Arab National Movement, 1929–1939“, dokumentierte, als der britische Beamte John Hope Simpson sich mit Arabern im nördlichen Teil des heutigen Israel traf, baten einige Araber um ein Treffen, bei dem sie „ihre Ansichten zur Unterstützung der jüdischen Einwanderung und des Landkaufs

zum Ausdruck brachten“. „Diese Leute“, so Porath, „waren Eigentümer großer Teile von Brachland, von dem sie einen Teil verkaufen wollten, um den Rest zurückzufordern. Da sie keinen potentiellen arabischen Käufer finden konnten, brauchten sie die jüdische Einwanderung und eine wachsende jüdische Nachfrage nach Land, um es ihnen so teuer wie möglich verkaufen zu können“.

Das war sicherlich nicht der Standpunkt der Mehrheit, und jene Araber, bei denen sich herausstellte, dass sie öffentlich Land an Zionisten verkauft hatten, wurden – und werden immer noch – als Verräter denunziert. Dennoch verkauften, wie oben erwähnt, prominente antizionistische „palästinensische“ Araber immer noch Land an Juden, wenn auch heimlich.

Bei der Durchsicht von Daten aus den Jahren 1920–1939 kommt Porath zum Schluss, dass 52,6 % des von Zionisten erworbenen Landes von nicht-„palästinensisch“-arabischen Landbesitzern gekauft wurden, während 24,6 % von „palästinensisch“-arabischen Landbesitzern und nur 9,4 % von den Fellahins oder Bauern erworben wurden, die unter dem Osmanischen Reich nur selten Land besaßen. Seit 1928 „überstieg die Menge des von Juden von palästinensischen Landbesitzern (sowohl großen als auch kleinen) gekauften Landes die Menge, die von nicht-palästinensischen Landbesitzern gekauft wurde.“

Araber haben Chance selbst vertan

Juden sind also nicht nur indigen in Israel, sondern sie erwarben auch einen Großteil des heutigen israelischen Landes, indem sie es kauften – oft von „palästinensischen“ Arabern selbst. Ganz sicher hätten „palästinensische“ Araber einen Staat haben können, wobei ein Teil davon in Judäa und Samaria konstituiert war – auch 1948, als sie den Teilungsplan der UNO von 1947 ablehnten und sich stattdessen für einen Krieg gegen Juden entschieden. Bei einer Reihe von Gelegenheiten wurde ihnen ein Staat angeboten, doch sie haben die Staatlichkeit konsequent abgelehnt, wenn dies bedeutete, in Frieden neben einem jüdischen Staat zu leben.

Dies wirft die Frage auf: Wann und warum wird das Land in den Medien vielfach als „palästinensisch“ bezeichnet? Insbesondere dann, wenn noch nie ein „palästinensisch“-arabischer Staat existiert hat und jüdische Ansprüche auf das Land, sowohl historisch als auch rechtlich, bestehen? Wie der Blogger „Elder of Ziyon“ von 1948–1967 dokumentiert hat, als Jordanien Judäa und Samaria sowie einen Teil Jerusalems besetzte, nachdem es sie im Krieg von 1948 erobert hatte, „erkannte die New York Times Jerusalem und das gesamte Westjordanland als Teil Jordaniens an, und die israelische Seite Jerusalems war lediglich ein ‚israelischer Sektor‘, aber nicht Teil Israels“. Mehrere Jahre lang bezeichnete die „New York Times“ Städte wie Ramallah – heute der Sitz der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ – weiterhin als „das von Israel besetzte Jordanien“. Der Begriff „Westjordanland“ wurde nur selten verwendet; das Land, so die „Times“, sei jordanisch. „Langsam“, bemerkt „Elder of Ziyon“, „begann die Times zu begreifen, dass es keinen Sinn machte, es ‚jordanisch‘ zu nennen, da Jordanien immer weniger damit zu tun haben wollte. Plötzlich besetzte Israel nicht mehr jordanisches Land, sondern nur noch ein Gebiet, dessen rechtlicher Status noch zu definieren war – das Westjordanland.“

Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre verbreitete sich der Gebrauch des Begriffs „Westjordanland“ in der „Times“ und an anderen Stellen – und damit auch die implizierte Vorstellung, dass „Westjordanland“ „palästinensisch“ bedeutet und dass das Land arabisch war und immer schon gewesen war.

Aber vielen Presseberichten zufolge konnte – und darf – das Land niemals als jüdisch betrachtet werden. Es kann jordanisch sein. Es kann „palästinensisch“ sein. Aber die Ansprüche der Juden auf ihr angestammtes Heimatland sollen ausgelöscht oder minimiert werden.

Sean Durns ist leitender Forschungsanalyst bei CAMERA, dem 65.000 Mitglieder zählenden in Boston ansässigen Komitee für Genauigkeit in der Berichterstattung und Analyse im Nahen Osten.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger.

Monika Maron: Das neueste Opfer der linken „Cancel Culture“

Die uneheliche Tochter einer „Halbjüdin“ eckte schon bei den Kommunisten in der DDR an. Nun versucht der offenbar dem linken Trend der bundesdeutschen Kulturlandschaft verpflichtete S. Fischer-Verlag, der ihr nach 40 Jahren die Zusammenarbeit aufkündigt, sie an den „rechten Rand“ der Gesellschaft zu verorten und auszugrenzen.

Von Carl Jancke

Es ist einer dieser ersten Herbsttage im Oktober. Ich begleite Monika Maron zu einer ihrer wenigen Lesungen. Ihr Roman „Artur Lanz“ ist ein Buch über verschwundenen Heldenmut und mangelnde Zivilcourage in unserer Gesellschaft. Er wird vom Literatur-Establishment nicht geliebt, weil es getroffen und ein wenig spöttisch beschrieben wird.

Für mich ist Monika Maron eine Autorität. Ihre Lebensleistung beschreibt, was sie schreibt: Zivilcourage. Selten sind Werk und Charakter so offensichtlich kompatibel. Aufgewachsen ist die bald Achtzigjährige in einer DDR-Funktionärsfamilie. Ihr Stiefvater war Innenminister. Vorher im Westen schon als unehelich geborenes Kind einer „halbjüdischen“ Mutter Außenseiter, opponierte sie auch im Osten. „Flugasche“ ihr erstes Buch, dass die Umweltsünden in Bitterfeld anprangerte, durfte dort nicht erscheinen. Der westdeutsche S.Fischer-Verlag brachte es heraus. Im Osten schwieg man bescheiden, nachdem man Stefan Heym durch Verbote und Sanktionen noch populärer gemacht hatte, als er ohnehin schon war.

Corona-gerecht fahren wir mit Uber und Maske von Schöneberg nach Lichtenberg. Berlin ist groß und die Reise ist länger als man denkt. Optisch ist der Westen vom Osten nicht mehr zu unterscheiden. Die Reklamen der Handelsketten sind dieselben und die Einkaufspassagen sehen in Lichtenberg genauso aus wie in Spandau.

Dennoch wird es eine Zeitreise. Denn es geht ins Stasimuseum in der Normannenstraße, in das alte Hauptquartier, wo einst Erich Mielke den Menschen, die er zu lieben vorgab, schadete. Welch ein Kontrast, von den heutigen Hausherrn, dem Ehepaar Drieselmann, herzlich empfangen zu werden. Welch ein Triumph, hier heute die Meinungsfreiheit über die Zensur siegen zu sehen.

Ayurveda in West-Berliner Wohnungen

Maron verschwindet fast hinter einer Monstranz von einem Schreibtisch, einer Insignie der Macht derjenigen, die solche Symbole nötig hatten, um sich zu rechtfertigen. Mit vom Zigarettenrauch angerauter Stimme liest sie von absurden Dialogen über Ayurveda in West-Berliner Wohnungen, in denen die Höhe des „Berliner Zimmers“ die Illusion von Gedankenfreiheit schafft. Die Beschreibung der teils absurden Dialoge in gepflegter, bildungsbürgerlicher Atmosphäre kommt uns allen irgendwie bekannt vor.

Ich werde stutzig als Jörg Drieselmann die Lesung ohne Diskussion beendet. Statt dass wir im Forum der wohl Corona-bedingt auf rund 50 Zuschauer gestutzten Audienz über Werk und Politik mit ihr diskutieren, findet der Meinungsaustausch unvermeidlich bei Rotwein und trockenem Back-Konfekt im Stuhlkreis statt. Vorher ist die Autorin den Wünschen der Zuhörer nachgekommen und hat die Bücher signiert.

Vor fast einem Jahr hat Monika Maron in einem dichten Essay in der NZZ unter dem Titel „Unser galliges Gelächter“ fast schon prophetisch über den Zu-



Die Schriftstellerin Monika Maron

stand der Meinungsfreiheit in diesem Land geschrieben und versichert, sie wolle die DDR nicht mit dem heutigen Deutschland vergleichen. Das hat sie dann aber doch getan, und das war gut so. Ein Vergleich macht nur Sinn, wenn die betrachteten Gegenstände unterschiedlich sind. Und natürlich leben wir nicht in einer „DDR Light“.

Auch hier beschreibt Maron das Private im Politischen. Oder umgekehrt? Wer nicht in den ostdeutschen Wohnungen, oft im Plattenbau mit ungleich niedriger Decke, war, kann nicht mitreden. Als Westdeutscher war mir das erst nach der friedlichen Revolution vergrönt. Der Geist der Unfreiheit strömte mir an den wenigen Tagen, an denen ich in der DDR war, mit dem Geruch der Braunkohle-Öfen in die Nase. Sie schreibt:

„Wir hatten viel Zeit, waren selten verneigt, und weil viele kein Telefon hatten, klingelten sie abends an den Türen ihrer Freunde und waren einfach da. Und dann erzählte man, was man erlebt hatte auf dem Wohnungsamt, mit der Polizei, im Betrieb oder Institut, mit einem Parteisekretär, dem Chefredakteur, den Handwerkern, den Taxifahrern, beim Schuhekaufen für die Kinder, und fast alle diese Geschichten waren so absurd, dass man darüber nur verzweifeln, vor Wut toben oder darüber lachen konnte, wütend und verzweifelt lachen.“

Als ich mit einem Freund über die Corona-Lage telefonierte, meinte der, ich würde über die Absurditäten immer noch lachen. Da musste ich an Marons „galliges Gelächter“ denken, denn zum Lachen ist einem eigentlich nicht zu Mute.

Ihr Text erweist sich als weise Vorausschau:

„Natürlich, Deutschland ist ein Rechtsstaat; darum werden Bücher nicht verboten und Schriftsteller nicht verhaftet. Aber es gibt auch in einem Rechtsstaat Mög-

lichkeiten, Menschen wegen unerwünschter Meinungen die Existenz zu erschweren oder sogar zu zerstören. Wenn Zweifel schon verdächtig sind, wenn Fragen schon Provokationen wahrgenommen werden, wenn Bedenken als reaktionär gelten, wenn im Streit nur eine Partei immer recht hat, können einen alte Gefühle eben überkommen. Und dann kann man darüber verzweifeln, vor Wut toben oder darüber lachen, unser schönes galliges Gelächter.“

Monika Maron lacht in diesen Tagen. Schon im März hat sich der S.Fischer-Verlag gemeldet, mit dem sie eine besondere Treue verbindet. Dass man, als sie noch in der DDR lebte, 1981 ihr Manuskript veröffentlichte, hat sie nicht vergessen. Das musste noch unter konspirativen Bedingungen von westdeutschen Korrespondenten aus der DDR geschmuggelt werden.

Susanne Dagen, in deren Dresdner Buchhandlung sie mit ihren Lesungen oft zu Gast war, wurde zur Freundin. Eine, die aneckt und ein politisches Engagement als Stadträtin für die Freien Wähler pflegt. Maron nennt sie eine originelle Oppositionelle, die gelegentlich übers Ziel hinausschießt. Die gibt eine eigene Edition unter dem Namen ihrer Buchhandlung heraus und bittet Maron um Veröffentlichung alter Texte, die vorher u.a. bei S.Fischer erschienen sind. Auch der zitierte NZZ-Text ist darunter.

Wie Monika Maron ihr eigenes Schicksal voraussagte

Die Reihe erscheint unter dem etwas anmaßendem Titel „Exil“, wobei wohl weniger die physische Vertreibung als die innere Emigration gemeint sein dürfte. Eine Petitesse. Dass auch der Antaios-Verlag des „neurechten Vordenkers“ Götz Kubitschek das Buch vertreibt, stieß dem Verlagsmanagement S.Fischer übel auf. Der müsste ja eigentlich froh sein, dass die für gut befundenen Schrif-

ten Marons so vielleicht verblendete Rechte erreichen und zum Umdenken bewegen. Denn selbst die Verlagsgeschäftsführerin, die man nicht Verlegerin nennen sollte, kritisiert das Werk der Autorin ja mit keinem Wort. Im Gegenteil. Aber hier sollte diese Dame nicht über Gebühr zu Wort kommen.

Der Vorwand entlarvt die Beendigung der Zusammenarbeit als schäbigen Rauswurf und adelt den Text vom November 2019 in der NZZ als kluge Voraussicht. Nicht einmal einen knapp 50-seitigen Essay über die Geschichte des neu erworbenen Hundes Bonnie Propeller, der Maron etwas zu mickrig erschien und der trotzdem ihre Liebe gewann, will Fischer noch veröffentlichen, weil Maron vermeintlich mit Kubitschek fraternisiere. Ein Armutszeugnis.

Mit einem Freund darf ich Monika Maron am Freitagabend besuchen. Spät folgt das „Literarische Quartett“, das viel von seiner Brillanz verloren hat, seit nicht mehr Reich-Ranicki und Karasek die Klängen kreuzen. Der späte Sendetermin korrespondiert wohl mit den marginalisierten Einschaltquoten: Eine Pflichtübung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Erhaltung des kulturellen Vorwands zur Sicherung der Rundfunkabgabe. Wir fürchten gemeinsam einen Verriss. Schon das letzte Buch war insbesondere bei der Gastgeberin Thea Dorn aus politischen Gründen in Ungnade gefallen.

Das Literarische Quartett

„Artur Lanz“ hat Dorn nicht verstanden. Aus dem intellektuellen Heldenepos macht sie eine Phantasia über Alterssexualität. Bernhard Schlink, Autor des „Vorlesers“ stellt das Buch wohlwollend und pointiert vor. Der Verriss bleibt aus und zufrieden fließt erleichtert im Schöneberger „Berliner Zimmer“ der Rotwein. Das Telefon klingelt und der Zuspruch kommt per mail und Facebook. Am Nachmittag vorher war der Autorin, die fast 40 Jahre lang bei S.Fischer veröffentlicht hatte, die Trennung verkündet worden. Nur den prestigeträchtigen Essay-Band zum 80. Geburtstag wollte man im Frühjahr noch publizieren. Ohne Monika Maron, sagt sie.

Im letzten Jahr durfte ich sie kennenlernen. Für die NZZ sollte sie Sahara Wagenknecht und ihre „Aufstehen-Bewegung“ portraituren. Maron hatte viel Sympathie und so war es auch das Portrait einer Idealistin von einer Idealistin. Nach einigen Monaten gestand sie freimütig, meine ökonomische Kritik sei berechtigt. Kann man so etwas der engstirnigen S.Fischer-Verlagsgeschäftsführerin zutrauen?

Monika Maron hat wohl erwartet, dass ihre Befürchtung in der NZZ sie selber trifft. Die große alte Dame scheint verwundert und verletzt. Verwundert, weil sich der Literaturbetrieb nicht kritisch, sondern unfair mit ihr auseinandersetzt, und dann doch positiv berührt, dass ihr mittlerweile selbst die „Süddeutsche Zeitung“ Tribut zollt und die Scheuklappenträger ihres ehemaligen Verlages für deren engstirnige Entscheidung abstrafte. Verletzt, weil sie kaum versteht, dass die deutsche Intelligenzia sich im vorauseilenden Gehorsam der eigenen Meinungsfreiheit, des offenen Diskurses und des Pluralismus beraubt – und ausgerechnet Monika Maron dafür missbilligt, dass sie das kritisiert.

Herzl – Eine europäische Geschichte

Die französische Graphic Novel von Camille Toledo und Alexander Pavlenko über den Begründer des Zionismus ist nun auch auf Deutsch erschienen.

Von Filip Gaspar

Während der zweiten Aufführung von Richard Wagners Oper „Tannhäuser“ in Paris 1895 könnte einigen Zuschauern eine sich merkwürdig verhaltende Person im Publikum aufgefallen sein, die so stark mitgerissen wurde, dass sie am ganzen Körper begann zu zittern, Schweißausbrüche bekam und schließlich die Vorstellung überstürzt verließ. Dieser Mann war der Frankreich-Korrespondent der Wiener Zeitung „Neue Freie Presse“, Theodor Herzl – der zum Vordenker des modernen Nationalstaates Israels werden sollte.

Die 2018 in Frankreich publizierte Graphic novel „Herzl – Eine europäische Geschichte“ ist nun auch in deutscher Übersetzung im „Jüdischen Verlag bei Suhrkamp“ erschienen.

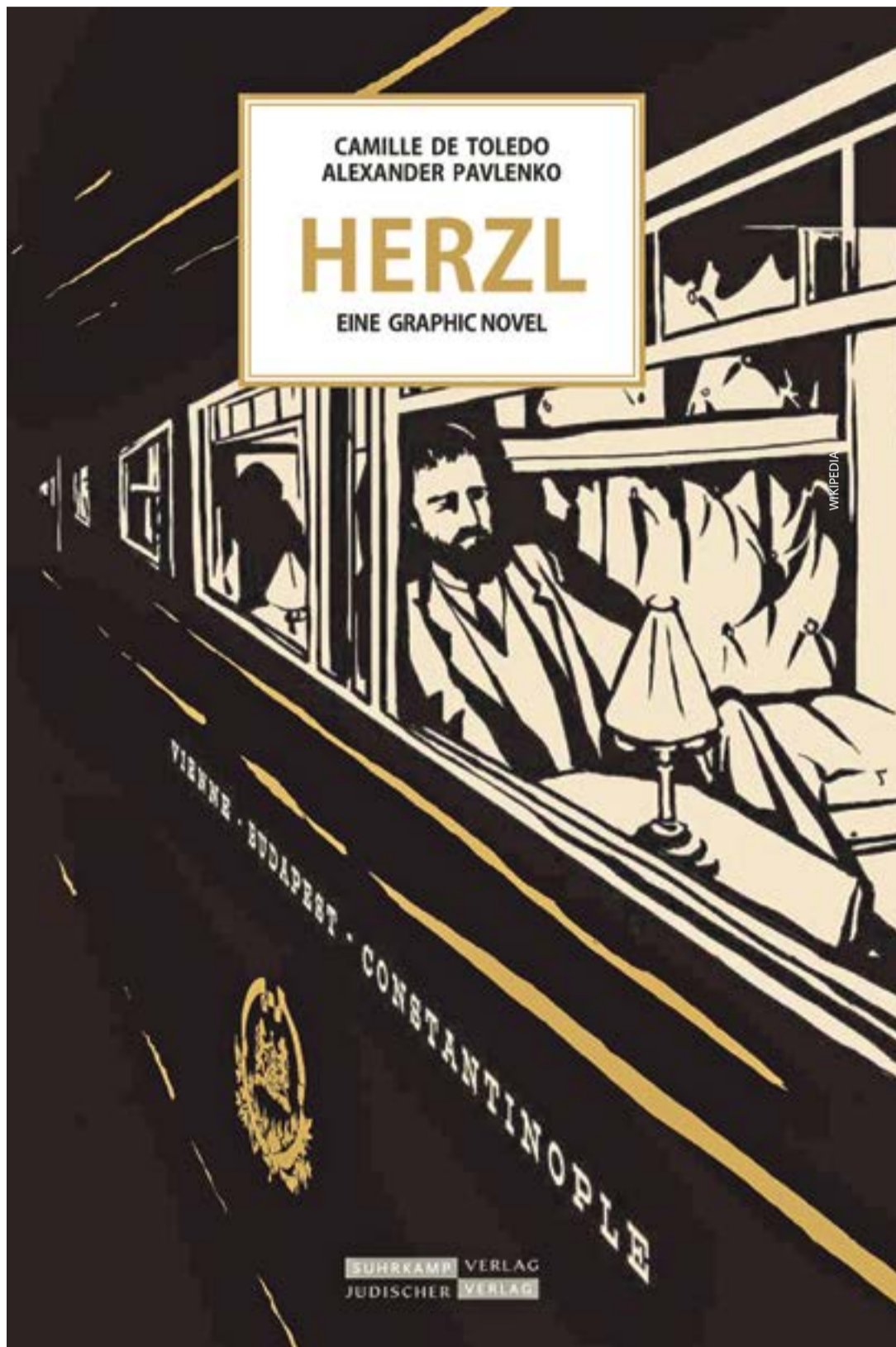
Den beiden Verfassern, Camille de Toledo und Alexander Pavlenko, beide selbst Juden, ist es zu verdanken, dass die Biographie von Theodor Herzl in einer solch originellen Form erzählt wird, und nicht nur eine weitere konventionelle Biographie erschienen ist.

Zwei Parallelgeschichten: Säkular vs. Orthodox

Um die Lebensgeschichte des Visionärs Herzls nachzuzeichnen, bedienen sie sich eines Kniffes. Parallel zu Herzl wird die Geschichte von Ilya Brodsky erzählt. Brodsky ist auf den ersten Blick das genaue Gegenteil von Herzl. Herzls Figur steht für das assimilierte Judentum der Habsburgermonarchie, wenig religiös, deutschsprachig, wohlhabend und alles daran setzend dazu zu gehören. Auf der anderen Seite die fiktive Figur von Ilya Brodsky, der für das Ostjudentum steht. Brodsky wächst in einem russischen Shtetl auf, wo Jiddisch gesprochen wird, die Greise im Dorf „sich tagsüber Beleidigungen an den Kopf warfen oder sich umarmten“ und nachts die Thora studierten. In Folge der russischen Pogrome verliert er seine Eltern, verstummt durch diesen Schock und flieht mit seiner älteren Schwester Olga zuerst nach Wien und dann später nach London. In Wien findet Brodsky eine Anstellung als Botenjunge für ein Fotostudio, in dem die Familie Herzl Porträts anfertigen lässt. Bei der Auslieferung kommt er in die Villa der Familie Herzl und begegnet Theodor. Aus einer flüchtigen Begegnung wird eine schicksalsweisende. Zumindest für Brodsky, der eine Art Obsession für Herzls Leben entwickelt und aus dessen Sicht wird auch das Leben und Wirken Herzls dargestellt, oft im Vergleich zum eigenen.

Selbstmord

Doch zurück zum Anfang. Die Erzählung setzt mit dem Selbstmord von Brodsky im Jahre 1932 im Londoner Exil ein. Während das Blut aus seinem Kopf bereits auf Schreibtisch zu trocknen beginnt, berichtet er aus dem Jenseits und wie es dazu kam, dass er sich mit den Schriften Herzls und dessen Ideen befasste. Neben dem Schreibtisch, der vollgestellt ist mit Briefen und einer Schreibmaschine, befinden sich vollgepackte Bücherregale



mit Werken in mehreren Sprachen von Autoren wie Trotzki, Agnon, Mendele und natürlich darf auch „Der Judenstaat“ von Theodor Herzl nicht fehlen. Die mehreren Sprachen und auch Schriften bezeugen Brodskys langen Lebensweg, der jetzt in einer verregneten Londoner Nacht endet. Überhaupt begegnen dem Leser immer wieder strömender Regen, Schnee und dunkle Nächte in der Geschichte.

Alexander Pavlenko, der für die Illustrationen verantwortlich ist, steckte viel Herzblut in sein Werk, da er zu Beginn der 1990er selbst wegen des sowjetischen Antisemitismus nach Deutschland gezogen ist. Nicht zu übersehen ist, dass der Zeichner Pavlenko ein Filmliebhaber ist. Die Zeichnungen erinnern mehr an Linschnitte bzw. an alte Photographien, die mit der Zeit einen gelblichen Ton annehmen. Somit wird eine künstliche Distanz zwischen den Lesern und der Geschichte geschaffen. Man findet auch andere filmische Verfahren wieder. So werden Brodsky und seine Schwester Olga aus der Masse der Flüchtlinge herausgehoben, Dialoge werden in Schuss-Gegenschuss-Montagen dargestellt. Die Erzählung

selbst nutzt verschiedene Zeitebenen und jongliert manchmal von einem Bild ins Nächste mit diesen, ohne dass dies den Lesefluss stören würde. Wichtige und schicksalsbestimmende Ereignisse aus Herzls Leben werden manchmal nur oberflächlich beschrieben.

Umzug nach Wien und Arbeit in Paris

So erfahren wir, dass die Familie Herzl nach dem Tod von Tivadars Schwester von Pest nach Wien umsiedelt. Doch bevor aus Buda und Pest Budapest wird, germanisiert Tivadar erst einmal seinen ungarischen Vornamen zu Theodor. Wie viele seiner Zeitgenossen reift in den Wiener Kaffeehäusern in ihm der Wunsch, ein erfolgreicher Schriftsteller zu werden. Bevor es allerdings dazu kommt, tritt er seine Stelle als Korrespondent für die „Neue Freie Presse“ in Paris an. Herzl erkennt dort, dass nur ein Nationalstaat das Leiden der Juden beenden kann, und beginnt seine Vision von einem solchen Judenstaat zu formulieren.

Währenddessen treibt sich Brodsky, den mittlerweile seine Schwester Rich-

ard New York verlassen hat, in London in sozialistischen Zirkeln herum. Dort ist auch ein gewisser Karl Marx anzutreffen, der unter den anderen Genossen den Ruf eines besserwisserischen Denkers hat. Überhaupt begegnet man ständig ganz nebenbei historischen Persönlichkeiten jener Zeit, als wäre es eine Selbstverständlichkeit. Sigmund Freud, den Herzl wegen seiner Leiden aufsucht. Der offen antisemitische Wiener Bürgermeister Karl Lueger, Max Nordau und Arthur Schnitzler, um hier nur ein paar zu nennen. Am Ende des Buches findet sich ein Index mit Kurzbiographien der wichtigsten im Werk auftretenden Leute.

Die Legende, dass Herzls Bestreben, sich für einen jüdischen Staat einzusetzen, erst durch die Dreyfus-Affäre ins Rollen gebracht wurde, wird thematisiert.

Auch wenn Herzl der personifizierte jüdische Assimilant ist, erkennt er, dass nur die Verwirklichung eines eigenen Staats für alle Juden diese vor Verfolgung und Diskriminierung schützen könnte. Da helfen auch die Versuche wohlhabender Juden wie Baron de Rothschild, der Ländereien für vertriebene und arme Juden aufgekauft hat, um ihnen die Ansiedlung zu ermöglichen, nicht. Denn einzig eine nationale Lösung wird den Juden Erlösung bringen.

Erschöpft für die eigene Sache

Positiv anzumerken ist, dass die Graphic Novel keine Wertung von Herzls „Judenstaat“ und seiner Ansichten vornimmt, sondern den Fokus einzig und allein auf Herzl selbst legt.

Brodskys und Herzls Leben weisen einige Parallelen auf. Beide kommen nicht über den Verlust der eigenen Schwester hinweg. Die eine ist in Pest verstorben, die andere kann nicht sesshaft werden und lässt ihren kleinen Bruder Ilya in London alleine zurück. Brodsky und Herzl wird einiges abverlangt, sowohl physisch als auch psychisch. Herzl haucht sein Leben vollkommen erschöpft durch den Kampf für seine Sache aus, wohingegen der sich ein Leben lang heimatlos fühlende Brodsky Selbstmord begeht. Die Gründung des Staates Israels, und damit einer sicheren Heimat für sich und alle Juden, sollten sie beide nicht mehr erleben dürfen.

Im Klappentext steht, dass diese Geschichte mit der Stimme von Ilya Brodsky das Wunschbild eines Landes für die entwerfen will, die alles verloren haben und in Europa Zuflucht suchen. Daher wahrscheinlich auch das „Eine europäische Geschichte“ im Titel. Man kann dankbar sein, dass sich diese pathetischen Worte nur auf den Klappentext beschränken und nicht den Weg in die Erzählung selbst gefunden haben. Sie hätten Herzls unbeschreiblich großer Verdienste für die Juden nicht gerecht werden können.

Camille Toledo und Alexander Pavlenko:
„Herzl – Eine europäische Geschichte“.
Graphic Novel.
Jüdischer Verlag bei Suhrkamp,
Frankfurt am Main 2020, 252 S., 25 €

Das Holocaust-Museum von Riga ist wegen wirtschaftlicher Interessen in seiner Existenz bedroht

Interview mit dem Rigaer Rabbi Menachem Barkahan, der für den Erhalt dieses für die Geschichte der lettischen Juden wichtigen Zentrums kämpft.

Riga wurde Mitte der 1930er Jahre das kulturelle Zentrum der Juden Lettlands, die Hälfte von ihnen lebte in der Hauptstadt. Der sowjetische Diktator Josef Stalin ließ im Juni 1941 tausende lettische Juden in sowjetische Lager deportieren. Als kurz darauf, am 1. Juli 1941, deutsche Truppen die Stadt einnahmen, war dies der Startschuss für die Vernichtung jüdischen Lebens in Lettland.

Aufgeheizt durch die Nationalsozialisten wurden nun mehrere Pogrome verübt, während derer in den darauffolgenden Monaten über 6.000 Juden ermordet wurden. Kurz nach dem deutschen Einmarsch wurden in jenem Stadtteil, in dem hauptsächlich Juden lebten, ein Ghetto errichtet, in das über 30.000 Juden auf engstem Raum unter menschenwidrigen Bedingungen eingesperrt wurden. Beinahe alle lettischen Juden des Rigaer Ghettos wurden später ermordet, um das Ghetto „freizumachen“ für deportierte Juden aus Deutschland.

Genau in dem Stadtteil „Moskauer Vorstadt“, in dem das ehemalige Ghetto war, entstand 2010 das „Riga Ghetto and Holocaust in Latvia Museum“. Nachdem das Museum ganze zehn Jahre lang wichtige Arbeit für das Gedenken an die Holocaust-Opfer geleistet hat, war plötzlich die Existenz des Museums samt Gedenkstätte in Gefahr.

Ein Gespräch mit dem Gründer und Leiter des Museums Rabbiner Dr. Menachem Barkahan.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Dr. Barkahan, die Stadt wollte mit ihrem Museum eine neue Vereinbarung schließen, die die Existenz des Museums bedroht hätte. Worum ging es bei dem Streit zwischen dem Rigaer Stadtrat und ihrem Museum?

Rabbi Dr. Barkahan: Vor zehn Jahren war im Gebäudekomplex Spīķeri, in dem sich heute das Museum befindet, ein zentraler Marktcontainer und eine Transportwaschanlage untergebracht. Insgesamt befand sich das Gebiet damals in einem sehr schlechten Zustand. Im Jahr 2010 unterzeichneten die „Shamir Association“ und der Stadtrat von Riga einen nicht erstattungsfähigen Pachtvertrag, der es der Association ermöglichte, ein Museum zum Gedenken an die Holocaust-Opfer zu errichten. Die Shamir Association ist der Ansicht, dass das Museum in den letzten Jahren von einem privaten Unternehmen, das das Museums-Grundstück ergattern will, konsequent und gezielt belästigt wurde. Die Belästigung umfasste Klagen, Beschwerden bei verschiedenen Behörden und die unbefugte Beschlagnahmung von Grundstücksteilen. Am 27. Oktober fand eine Sitzung der Immobilienabteilung des Stadtrats von Riga statt, in der ein Entwurf eines nicht erstattungsfähigen Pachtvertrags für das Rigaer Ghetto und das lettische Holocaust-Museum für die nächsten 10 Jahre genehmigt wurde. Das Projekt umfasst die Abtretung von 300 Quadratmeter Fläche zugunsten benachbarter Mieter.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Denken Sie, der Riga Stadtrat und das Privatunternehmen Hand in Hand arbeiten, um das Museum zu entfernen?

Rabbi Dr. Barkahan: Definitiv nicht. Der Stadtrat von Riga hilft dem Museum



Das jüdische Ghetto-Museum in der lettischen Hauptstadt Riga

sehr. In dieser Situation wurden jedoch bürokratische Mittel mit privatem Kapital eingesetzt, um dieses Grundstück zu gewinnen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was ist Ihrer Ansicht nach der Grund dafür, dass man das Museum derart beschneiden oder gar entfernen will? Könnte es womöglich antisemitische Gründe haben?

Rabbi Dr. Barkahan: Im Zuge dieser Kampagne gegen uns stellte sich schließlich heraus, dass die ganze Geschichte nicht mit Antisemitismus zusammenhängt. Im Allgemeinen gibt es in Lettland nahezu keinen Antisemitismus, insbesondere keinen vom Staat. Der einzige Grund das Museum entfernen zu wollen, ist der Druck eines privaten Unternehmens, welches beabsichtigt, das Grundstück für die Entwicklung ihrer eigenen Geschäfte zu erobern. Das Museum mit seinem Holocaust-Thema ist diesem dabei ein Dorn im Auge, denn sie wollen das Stadtviertel zu Unterhaltungszwecken neu formen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Stadtrat wollte dem Museum den Grundstücksteil wegnehmen, auf dem sich die Ghettostraße befindet. Wieso ist ausgerechnet dieser Teil so wichtig für Ihr Museum? Was würde der Verlust des Grundstückes für das Holocaust-Gedenken bedeuten?

Rabbi Dr. Barkahan: Als das Museum 2010 eröffnet wurde, war die Ghettostraße die erste und wichtigste Ausstellung. Sie hat eine fundamentale Bedeutung für das Museum und seine Besucher, von denen viele ins Museum kommen, um ihre toten Verwandten zu ehren, da es der einzige Ort auf der Welt ist, an dem deren Namen verewigt wurden. Es enthält 75.000 Namen der umgekommenen lettischen Juden und Informationen über die Geschichte des Holocaust in Lettland.

Wegen der Bauarbeiten unserer Nachbarn und der neuen Entscheidung des

Rates, wird zur Zeit die Hälfte dieser wichtigen Installation genau dort abgetrennt werden, wo sich die Geschichte des Holocaust in Lettland befindet. Wenn unsere Nachbarn in diesen zwei Wochen bekommen, was sie wollen, und die Fläche, die ihnen übertragen wird, nicht zwei plus einen Meter, sondern vier Meter oder mehr umfasst, so wird uns dies letztendlich zwingen, die Mauer vollständig abzubauen. Natürlich können einige andere Gestaltungslösungen zum Bewegen der Wand in Betracht gezogen werden. Gegenwärtig ist das Museum, das von einer Nichtregierungsorganisation unterhalten wird und nur dank Spenden existiert, während der Corona-Zeit ein ziemlich schwieriges finanzielles Unterfangen. Außerdem müssten solche Veränderungen erst von verschiedenen Baubehörden genehmigt werden. Dies bedeutet, dass sich die Wand für einige Zeit in einem vollständig zerlegten Zustand befinden wird, was für das Museum ein Verlust dieser Installation bedeutet.

In Lettland wurden etwa 100.000 Juden ermordet, von denen etwa 75.000 lettische Juden waren, und weitere 25.000, die aus Deutschland, Österreich und der Tschechischen Republik zur Vernichtung hierher gebracht wurden. Sie sind an verschiedenen Orten in Lettland begraben, zum Beispiel in Rumbula, Bikernieki und anderen. Die Ghettostraße im Museum ist eine Rekonstruktion der ursprünglichen Ghettostraße Ludzas, und eine Mauer mit 100.000 Namen verbindet tatsächlich alle ermordeten und verbrannten Juden an einem Ort. So zeigt die Wand, dass jeder von diesen ermordeten Juden jetzt ein Denkmal mit seinem Namen hat. Juden aus aller Welt kommen zu diesen Namen, um eine Kerze anzuzünden, zu beten und die Opfer zu ehren.

Das Museum wurde bereits von 170.000

Menschen besucht. Die Straße des Ghettos und die Mauer mit den 100.000 Namen umgekommener Juden grenzen an die Häuser privater Unternehmen. Diese wollten von unserem Grundstück eine vier Meter breite Fläche wegnehmen, dessen Gesamtfläche mehr als 300 Quadratmeter beträgt, was die Zerstörung dieses Denkmals bedeuten würde. Der Stadtrat von Riga beschloss nun, eine neue Vereinbarung für zehn Jahre auf nicht erstattungsfähiger Basis zu unterzeichnen. Laut dieser Vereinbarung sollen zwei Meter zugunsten der privaten Unternehmen abgetrennt werden, was letztendlich zu einem Kompromiss zwischen den Parteien wurde. Jedoch dürfen wir gemäß dem Dekret des Stadtrats von Riga unser Projekt eines Wiederaufbaus des Museums nicht mehr wie geplant durchführen. Die endgültige Entscheidung darüber soll am 11. November bei einer Abstimmung der Abgeordneten des Stadtrats von Riga gefallen werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ihr Museum spielt eine entscheidende Rolle dabei, die Auslöschung jüdischen Lebens ins lettische Bewusstsein zu tragen. Was hat Ihr Museum die letzten zehn Jahre alles geleistet?

Rabbi Dr. Barkahan: Das Rigaer Ghetto und das lettische Holocaust-Museum haben bereits einen großen Beitrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit über das Schicksal der lettischen Juden, über den Holocaust geleistet, aber auch zur aktiven Beteiligung der Öffentlichkeit. Das Museum wird dies auch weiterhin tun.

Während der gesamten Lebensdauer des Museums wurden über dreißig Bildungsausstellungen und sechs internationale Konferenzen organisiert, 47 Bücher in sieben Sprachen veröffentlicht, neun Dauerausstellungen erstellt und ein umfangreiches Wiederaufbauprojekt für die weitere Entwicklung des Museums erstellt. Wir haben auch Konzerte, Gedenkveranstaltungen, Bildungsprojekte und Dokumentarfilme organisiert. Die Forschung dient dabei als Grundlage für die Arbeit des Museums. Wir arbeiten mit lettischen und ausländischen Forschern, Künstlern, Pädagogen und Experten auf diesem Gebiet zusammen. Mehr als ein Drittel der Museumsbesucher sind Schulkinder, mit denen pädagogische Erklärungsarbeiten zur Geschichte des Holocaust in Lettland durchgeführt werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ist das Museum fürs erste gerettet?

Rabbi Dr. Barkahan: Die Kommission hat bereits beschlossen, die Vereinbarung um 10 Jahre zu verlängern. Wir hoffen, dass die akute Phase vorbei ist und das Museum seine Existenz fortsetzen kann. Wir sind allen dankbar, die uns in diesem Kampf um die Erhaltung des Museums geholfen haben, und hoffen, dass dies ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Erinnerung an den Holocaust wird. Die endgültige Entscheidung wird am 11. November bei einer Abstimmung der Abgeordneten des Stadtrats von Riga getroffen. Wir hoffen auf ein positives Ergebnis – wir können uns aber noch nicht entspannen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Rabbiner, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Zara Riffler.

Mehr Informationen auf www.rgm.lv (Englisch, Russisch, Lettisch)

Görlitz und der Davidstern

Ein Gespräch mit Alex Jacobowitz, dem engagierten Gründer der „Jewish Community of Görlitz“, einem Gemeindeverein, der sich auf die Fahnen geschrieben hat, jüdischer Kultur und Religion in Görlitz wieder neues Leben einzuhauchen.

Nun sprechen wir mit Alex Jacobowitz, Musiker und engagierter Gründer der „Jewish Community of Görlitz“, einem Gemeindeverein, der sich auf die Fahnen geschrieben hat, kulturell wie religiös geprägtes jüdisches Leben in der Stadt Görlitz wieder neues Leben einzuhauchen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Jacobowitz, Sie sind in New York geboren und haben als Musiker schon große Teile der Welt bereist.

Jacobowitz: Das ist richtig.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was hat Sie nach Berlin und – in der Folge – nach Görlitz verschlagen? Und was hat Sie dazu gebracht sich dort für den Wiederaufbau der Synagoge und die Wiederbelebung jüdischen Lebens einzusetzen?

Jacobowitz: Ich habe Ende 2002 in Berlin viel von der Kreativität, der Freiheit, aber auch der Traditionen und Kultur wiedergefunden, die ich im New York der 80er Jahre genossen habe. Nach Görlitz bin ich erstmals 2008 gekommen, auf eine Einladung von jüdischen Bekannten aus Berlin, die sich für die Synagoge einsetzten, aber nach Unterstützung in dieser Sache suchten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die Stadt Görlitz ist seit vielen Jahren Eigentümer der Synagoge. Warum hat es Ihrer Meinung nach in dieser langen Zeit bislang nicht geklappt, die Nutzung der Synagoge als Gotteshaus wieder in den Fokus der politischen Diskussion zu rücken?

Jacobowitz: Ursprünglich wollte die Stadt Görlitz die Synagoge nicht kaufen. Der damalige Besitzer, die Görlitzer jüdische Gemeinde, wurde 1940 ausgelöscht. Nach dem Krieg haben die Sowjets schließlich die Synagoge der kleinen jüdischen Gemeinde in Dresden überschrieben. Doch mit damals nur wenigen Gemeindemitgliedern und einer Entfernung von 100 Kilometern, hatte die Dresdner Gemeinde 1963 beschlossen die leerstehende Synagoge durch die Jewish Claims Conference an die Stadt Görlitz zu veräußern. Auf diese Weise konnten zumindest die jüdischen Überlebenden des Holocaust noch eine finanzielle Entschädigung erhalten, und für die Stadt Görlitz war das Problem eines herrenlosen Gebäudes inmitten der Stadt auch gelöst. Jedoch wurden ohne eine bestehende jüdische Gemeinde mitsamt der ablehnenden Haltung des DDR-Regimes allen Religionen gegenüber, keinerlei Entscheidungen getroffen, wie mit dem Gebäude zu verfahren sei. Die damalige jüdische Gemeinde benötigte zwischen 1909 und 1911 nur zwei Jahre, um die Synagoge zu bauen, und ein halbes Jahrhundert später (zwischen 1963 bis etwa 2004) wusste die Stadt Görlitz als neuer Besitzer noch immer nicht, was sie damit anfangen sollte.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ist die jetzt geplante Nutzung als Kulturforum wirklich eine adäquate Antwort auf das historisch lebendige, jüdische Leben in Görlitz? Wie könnte Ihrer Meinung nach eine mögliche Kombination aus Synagogenutzung als Gotteshaus in Verbindung mit einer Nutzung als Kulturraum aussehen?

Jacobowitz: Die Görlitzer Synagoge besteht eigentlich aus zwei Synagogen: dem großen Kuppelsaal für ca. 550 Beter sowie der kleinen Wochentagssynagoge, mit Platz für ca. 50 Beter. Wenn die Synagoge am 6. Dezember 2020 wieder eröffnet wird, soll es ausreichend Platz geben für ca. 300 Besucher im Kuppelsaal. Es ist meine Hoffnung – mit der Jewish Community of Görlitz – die Wochentagssynagoge als festen Bestandteil nutzen zu dürfen. Nicht nur für unsere bescheidenen Bedürfnisse, sondern für alle Menschen – Juden wie

Nicht-Juden – die in der Synagoge einen Raum des Gebets, der Meditation, Ruhe und Versöhnung finden können. Es finden im Moment noch immer Gespräche mit dem Betreiber (KulturService) statt, ob die kleine Synagoge als Künstlergarderobe, Instrumentenlager oder ähnliches genutzt werden soll. Das hoffen wir natürlich nicht.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In Görlitz haben sich sowohl der „Förderkreis Görlitzer Synagoge, e.V.“, dessen Stellvertreter Vorsitzender Sie einmal waren, als auch die von Ihnen gegründete Gemeinde „Jewish Community of Görlitz“ als Verein als Ziel gesetzt, jüdisches Leben und die dortige Synagoge zu fördern. Wie würden Sie Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen definieren?

Jacobowitz: Wir hoffen auf eine langfristige und respektvolle Zusammenarbeit. Die Nutzung der beiden Synagogen sollte für die betroffenen Seiten zu keinem Konflikt führen. Das Programm und das Angebot des Förderkreises – ebenso wie anderer möglicher Nutzer – wird sich von dem der JGG unterscheiden. So wird der Förderkreis z.B. die Wochentagssynagoge verwalten, die JGG wird einen Gottesdienst organisieren. Es soll niemals ein „entweder/oder“, sondern immer ein „sowohl/als auch“ sein.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie betonen, dass Sie sich zukünftig eine etablierte Nutzung der kleinen Synagoge als Wochentagssynagoge wünschen. Welche Chancen würde dies für die Synagoge und die Stadt Görlitz eröffnen, und könnten Sie unseren Lesern noch einmal den Unterschied zwischen der Wochentagssynagoge und dem großen Kuppelsaal erläutern?

Jacobowitz: Wir gehen davon aus, den großen Kuppelsaal nur sehr selten für einen Gottesdienst zu benötigen, wenngleich dies immer wieder vorkommen kann. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, authentische jüdische Themen zu präsentieren, sei es eine Einführung in das religiöse jüdische Brauchtum oder die traditionellen jüdischen Künste und Kunsthandwerke an einem authentischen Ort. Die JGG (in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden im Umkreis) wird ein einzigartiges und authentisches Programm anbieten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Bis zuletzt wurde um das Wiederanbringen des Davidsterns auf dem Dach der Synagoge gerungen. Nun scheint entschieden worden zu sein, ihn wieder auf der Kuppel anbringen zu wollen. Warum ist dem Ihrer Meinung nach eine solch komplexe Diskussion vorausgegangen?

Jacobowitz: Es gibt in Görlitz – sowie dem Rest der Welt – eine Auseinandersetzung darüber, an was erinnert wird und wie erinnert wird. Noch wichtiger ist die Frage, wer über diese Fragen entscheidet. Wir denken, dass eine solche Entscheidung am besten gemeinsam getroffen wird, wie auch die Frage, ob ein Davidstern wieder auf der Spitze der Kuppel angebracht werden soll. Dieser meterhohe Davidstern war über der gesamten Stadt sichtbar, weshalb er von den Nazis in der Kristallnacht niedergedrückt wurde. Doch was ist mit den Davidsternen über dem Haupteingang, dem Seiteneingang und dem Kuppelsaal? Diese wurden durch das DDR-Regime entfernt. Diese sollten gleichwertig im Sinne des Denkmalschutzes wieder angebracht werden. Oder sollen die Menschen nur an die Zerstörung der Nazis, nicht aber an die Vernachlässigung und Verwahrlosung



Alex Jacobowitz

der DDR-Führung erinnert werden? Die Wiederinstandsetzung der Synagoge ist ein sehr langsamer und mühsamer Prozess. Alte Missverständnisse, falsche Vermutungen müssen abgeschafft werden, und das kann nur im Dialog mit der jüdischen Gemeinde erfolgen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden diese Gespräche vielleicht zu 10 % mit Juden gesucht. Die toten jüdischen Seelen sollten auch endlich ihre Stimmen erheben dürfen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: In der von Ihnen gegründeten Facebook-Gruppe: „Conflict - the Görlitzer Synagogue“ werben Sie für weitere Unterstützer, um die Görlitzer Synagoge zu einem Ort deutscher, jüdischer und polnischer kultureller Verbindung zu etablieren. Wie könnte eine solche Vision konkret aussehen?

Jacobowitz: Natürlich ist die Synagoge – nur 300m von der polnischen Grenze entfernt – ein idealer Ort, nicht nur um Antisemitismus zu thematisieren und aufzuarbeiten, sondern ebenso ein Leben in friedlicher Co-Existenz aufzuzeigen. Wie geht man mit den Nachrichten über Judenhass und Fremdenfeindlichkeit um, ohne auch mit Juden darüber sprechen zu können? Wie kann man mit den Nachkommen der ausgewanderten Görlitzer Juden ins Gespräch kommen, um mehr Frieden in die Gesellschaft zu bringen? Ich denke nicht, dass Deutschland einzigartig ist, wenn es um das Problem Judenhass geht. Die Synagoge soll auch für Polen jüdischer Herkunft in Westschlesien ein Ort des Gebets werden. Man schätzt, dass ca. 25 % der polnischen Bevölkerung auf die ein oder andere Weise jüdische Wurzeln haben. In Deutschland liegt der geschätzte Anteil bei 10 %. Wo können diese Menschen ihre eigene (oder verlorene) Identität besser wiederfinden als in der Görlitzer Synagoge?

Unsere kleine jüdische Gruppe ist nicht Eigentümer der Synagoge, aber wir können sie mieten, wie andere Nutzer auch. Und als Juden unterschiedlicher Strömungen hoffen wir im Sinne einer Zusammenarbeit auf konstruktive Gespräche: z.B. mit dem Bündnis gegen Antisemitismus in Dresden und Ostachsen e.V.. Wir möchten Begegnungen schaffen, mit Polen und Deutschen, gläubi-

gen und nicht-gläubigen oder atheistischen Besuchern.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die jüdische Gemeinde in Görlitz, die in Form eines Vereins, des „Jewish Community of Görlitz, e.V.“ eingetragen ist, hat aktuell etwa 20-30 Mitglieder. Glauben Sie daran, dass es möglich ist, mit entsprechender Unterstützung seitens der politisch Verantwortlichen jüdisches Leben in Görlitz neu etablieren und wachsen zu lassen?

Jacobowitz: Ich glaube fest daran, dass religiöses Leben nicht von Politikern entschieden wird. Aber eine Zusammenarbeit ist wichtig, um Vorurteile abzubauen. Ich habe so viel mehr Vertrauen in den OB und den jetzigen Stadtrat gewonnen. Künftige Entscheidungen unseres Vorstands sollen langfristige Ergebnisse von internen Gesprächen werden. Jeden Tag ein Schritt nach vorne...

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Antisemitische Angriffe auf Synagogen gibt es hierzulande leider immer wieder. Gibt es ein Sicherheitskonzept, mit dem man versuchen wird, dem vorzubeugen, so dass alle Synagogenräume unbeschwert von Besuchern und Vereins-(Gemeinde)mitgliedern genutzt werden können?

Jacobowitz: Der OB hat mir versprochen, dass ein Sicherheitskonzept für die Synagoge entwickelt werden wird, ohne mir weitere Details mitzuteilen. Als vor zwei Monaten Werkzeuge im Wert von 12.000 Euro entwendet wurden, hat mich dies verständlicherweise etwas beunruhigt. Ich hoffe, dass der Stadtrat, der OB, die Polizei und die zuständigen Behörden einen zeitnahen und gründlichen Plan erstellen werden. Im Judentum hat die Rettung menschlichen Lebens höchste Priorität – dieser Wert wird hoffentlich in dem neuen Sicherheitskonzept bedacht werden. Menschen zu schützen hat in meinen Augen eine höhere Wertigkeit als die Anbringung eines Davidsterns.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Nach langjähriger Renovierung soll die Synagoge nun am 6. Dezember dieses Jahres feierlich als Kulturforum wiedereröffnet werden. In der darauffolgenden Woche werden Sie dort am 13. Dezember ein Konzert mit einem eigens von Dr. Alan Bern komponierten Stück geben. Welche Bedeutung messen Sie diesen Festivitäten bei?

Jacobowitz: Wissen Sie, Musik erreicht Sphären in unserer Seele, die nicht mal dem Gebet offenstehen. So steht es in der jüdischen Mystik geschrieben. Ich hoffe mit meiner Musik eine Art eines intimen jüdischen Gottesdienstes in der Synagoge – für Juden und Nicht-Juden – erschaffen zu können.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie berichten, dass es zahlreiche Nachfahren früherer Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Görlitz gibt, welchen die Entwicklung der Gemeinde ein Herzensanliegen ist. Gibt es Möglichkeiten, mit denen sich auch Leser unserer Zeitung unterstützend einbringen könnten?

Jacobowitz: Sehr gerne. Die neue Jüdische Gemeinde erreichen Sie unter juedische.gemeinde.goerlitz@gmail.com Die Adresse lautet: JCG Parkstraße 1, #14 02826 Görlitz

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Jacobowitz, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Silke Schröder.

Dem Vergessen entrissen

Der jüdische Theaterkritiker Hermann Sinsheimer war Nachfolger von Alfred Kerr und Entdecker von Bertolt Brecht. Vor 70 Jahren starb er.

Von Dr. Joseph Heid

Hermann Sinsheimer (1883-1950) gehört ganz zweifellos zu den herausragenden Literatur- und Theaterkritikern, die in Deutschland ihre Stimme wirkungsmächtig erhoben haben. Er steht in einer Reihe anderer bedeutender deutschsprachiger Kritiker, an denen es in Deutschland (und Österreich) nicht gemangelt hat – Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Walter Benjamin, Alfred Polgar, Egon Friedell, Herbert Ihring und alle anderen.

Nur im Nebenberuf Rechtsanwalt, im Hauptberuf Theaterkritiker

Zur Theaterkritik war Sinsheimer eher zufällig gekommen, sein Berufsweg sollte ihn in die Juristerei führen, doch sein Interesse für die Theaterkunst und Literatur gewann bei ihm die Oberhand. Ibsen, Hauptmann, Sudermann schlugen ihn in den Bann, und er begann mit seinen Berichterstattungen über Theater in allen möglichen Zeitungen. Als Theaterkritiker avancierte er recht bald zur „Hauptkraft“ in den sich breit einrichtenden Feuilletons. In einem Brief an den „Neuen Verein“ in München erklärte Sinsheimer 1912, er sei nur im Nebenberuf Rechtsanwalt, im Hauptberuf Theaterkritiker der „Neuen Badischen Landeszeitung“. Den Rechtsanwaltsberuf gab er fortan auf, und sein Ruf ging recht bald über die heimische Region hinaus.

Sinsheimer schrieb über jüdische Themen, die er in allgemeinen wie jüdischen Blättern in Deutschland veröffentlichte. Er zeigt sich als ein geschulter Feuilletonist, der den hohen Ansprüchen der bedeutendsten Blätter genügt, für die er bis 1933 tätig gewesen war. Seine Bedeutung wird deutlich durch die Tatsache, dass er im Februar 1933 Nachfolger von Alfred Kerr – der am 14. Februar 1933 aus Deutschland geflohen war – erster Theaterkritiker beim „Berliner Tageblatt“ wurde. Dies war allerdings nur ein kurzes „Gastspiel“, denn nach dem sog. „Schriftleitergesetz“ war sein Name am 6. Mai 1933 wieder aus dem Impressum gestrichen. Sinsheimer wurde fortan regelmäßig Mitarbeiter der von den Nationalsozialisten (noch) nicht verbotenen zionistisch-orientierten „Jüdischen Rundschau“, die beste jüdische Zeitung, die Sinsheimer nach eigenem Bekunden je zu Gesicht gekommen war. In Deutschland konnte er finanziell nicht länger überleben – er musste das Land schweren Herzens verlassen.

Entdecker von Bertolt Brecht

Hermann Sinsheimer darf nicht zuletzt gerühmt werden als einer der Entdecker Bertolt Brechts. In Sinsheimers Kritik von Brechts „Trommeln in der Nacht“ am 30. September 1922 war er es, der Brechts Talent erkannte und würdigte. „Trommeln in der Nacht“ ist ein Drama von Bertolt Brecht, 1919 entstanden, als Brechts zweites Stück nach „Baal“. Sinsheimer verfasste eine hymnische Rezension in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ als er schrieb: „In der Tat: Bertolt Brecht ist ein Dramatiker. Und seine ‚Trommeln in der Nacht‘ sind ein theatralisch empfundenes, bühnenecht aufschwingendes Gewirk von Wort, Gestalt und Idee. ... ein Dramatiker

zeigte seine Klaue, ein Regisseur seine Kunst, ein Dutzend Darsteller ihr Talent. Wir sind froher Hoffnung“. Diese Kritik verschwand in der Versenkung. Sinsheimer wurde nie angemessen als Entdecker Brechts gewürdigt.

Es liegt eine gewisse Tragik in Sinsheimers Einschätzung über Hitler. Sinsheimer hätte die Gefahr ahnen, sehen können und müssen, aber er verharmloste sie, wie viele seiner (jüdischen) Zeitgenossen und sah Hitler noch 1928 als „Saisonerscheinung (...) ein historisches Exkrement“.

In NS-Deutschland war Sinsheimer ein einträgliches Arbeiten nicht mehr möglich. Für nichtjüdische Presseorgane durfte er nicht mehr schreiben und so konnte er nicht länger finanziell überleben. 1938 verließ er Deutschland über Palästina in Richtung England, das halb fertige Manuskript seiner „Shylock“-Studie im Gepäck. Sein Stück „Die Reisen Benjamins III“ als „Benjamin wohin?“ wurde nach seiner Flucht im Jüdischen Kulturbund aufgeführt – und wird seit April 2018 wieder im Deutsch-Jüdischen Theater in Berlin gespielt.

Aus einem hier abgedruckten Brief geht hervor, dass Sinsheimer sich bereits 1913 bei dem Schriftsteller, Dramaturgen und Literaturkritiker Hermann Bahr um die Leitung der Münchner Kammerspiele geworben hatte. Man lehnte Sinsheimer ab und als man sie ihm 1916 doch übertrug, gab er diesen Posten nach einem Jahr wieder auf – er war der Aufgabe nicht gewachsen.

In einem Brief vom 8. November 1937 an den Wiener Journalisten und Theaterkritiker Oskar Maurus Fontana, der gegen die Nazis angeschrieben hatte, schildert Sinsheimer seine Erbitterung und Trauer über die Verleumdung seiner Person in Heinrich Manns „Der Hass“.

Thomas Mann hatte sich ganz offensichtlich für Sinsheimer eingesetzt, wie aus den Briefen zu entnehmen ist. Die Briefe geben auch Aufschluss darüber, was Sinsheimer sich von Palästina erhoffte.

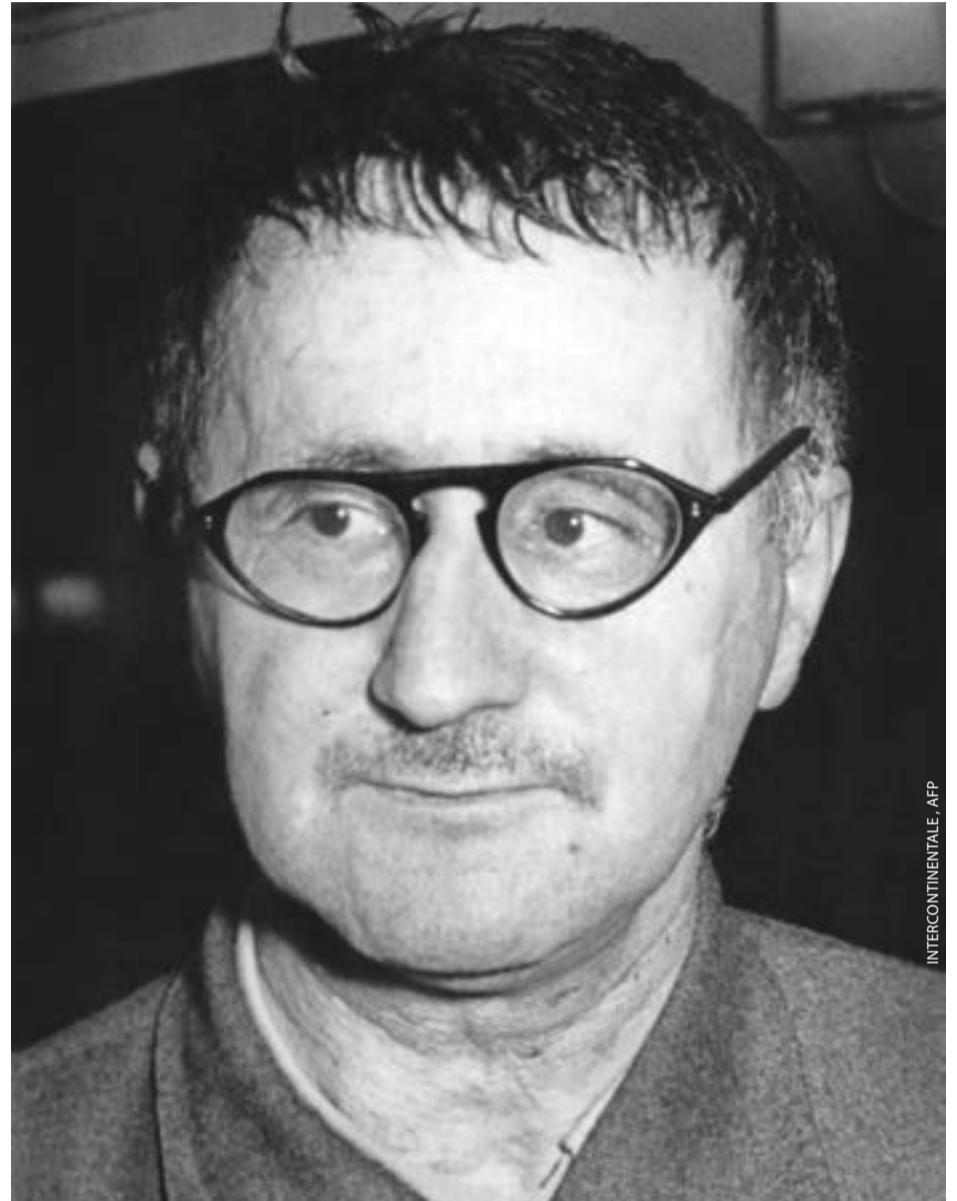
Altersheim angezündet

Nach Deutschland, in seine Geburtsstadt Freinsheim, dauerhaft zurückzukehren, kam Sinsheimer nicht in den Sinn: „Meine pfälzische Heimat besu-

„ Die „Jüdischen Rundschau“ war die beste jüdische Zeitung, die Sinsheimer nach eigenem Bekunden je zu Gesicht gekommen war.

che ich nicht, da ich in London ein Gelübde getan habe, sie nicht mehr zu betreten, als ich erfuhr, dass die dortigen Nazis das jüdische Altersheim angezündet und die Insassen in den Wald gejagt haben, wo sie durch Mord, Selbstmord oder Entkräftung alle umgekommen sind“. Das bedarf keines Kommentars.

Es ist das Verdienst der Literaturwissenschaftlerin Deborah Vietor-Engländer, die als Gesamtherausgeberin den nunmehr dritten (und abschließenden) Band der Schriften Hermann Sinsheimers vorgelegt hat – seine Theater- und Filmkritiken sowie eine Auswahl an



Bertolt Brecht hat Sinsheimer viel zu verdanken.

Briefen, Briefe an Freunde, an Persönlichkeiten seiner Zeit und an seine Frau Christobel. Die von den beiden Herausgebern dieses Abschlussbandes, Erik und Gabriele Giersberg, vorgelegten Texten, öffnen den Blick in die kritische Tagesarbeit Hermann Sinsheimers als Journalist. Dessen Briefe an Persönlichkeiten seiner Zeit gewähren einen aussagekräftigen Einblick in seine publizistischen und privaten Beziehungen.

Dreißig Jahre war Sinsheimer als Theaterkritiker unterwegs, eine beeindruckende Karriere, die er 22-jährig, 1905, in Siegfried Jacobsens „Schaubühne“ begonnen, im „Berliner Tageblatt“ fort-

kritiker zu erinnern. Es gibt ein resignatives Diktum von Walther Kiaulehn, wonach das „große Schwurgericht der Literatur“, das „insgeheim alle fünfzig Jahre“ zusammentrete, im „Schnellverfahren“ ganze Reihen von Schriftstellern und ihre Bücher „zum Tode des Vergessens“ verurteile. Man darf sagen, dass Hermann Sinsheimer inzwischen wieder quicklebendig ist. Das liegt nicht zuletzt an dem literaturgeschichtlichen Engagement Deborah Vietor-Engländer, die Sinsheimers Werk dem Vergessen entrissen hat und sich um dessen literarische Wiederentdeckung verdient gemacht hat. Der vorliegende Band ist zugleich ein würdiger Beitrag zu Sinsheimers siebzigsten Todestag.

Nimmt man Sinsheimers Leistungen zusammen, so muss man sich wundern, dass dieser Publizist durch die wechselvollen Zeitläufte hinweg beinahe vergessen wurde. So ist es gut, dass mit der Herausgabe seines Gesamtwerks ein Mann des Theaters, des Feuilletons, des Romans und was sonst noch herauszustellen wäre, ein Mann von Format ins Bewusstsein der Gegenwart gerückt wird – eine literarische Wiederentdeckung, einfühlsam und kenntnisreich vorgestellt von der ausgezeichneten Kerr-Biographin Deborah Vietor-Engländer und ihren Mitherausgebern Gabriele und Erik Giersberg, die mit ihrer üppigen Kommentierung den vorliegenden Band bereichern.

Hermann Sinsheimer: Was ich lebte, was ich sah. Briefe und Theaterkritiken. Hrsg. v. Erik u. Gabriele Giersberg, Quintus Verlag, Berlin 2020, 432 S., 25 Euro.

„Hier habe ich gestern noch getanzt“

Das Jahr 1938, die Reichspogromnacht und ihre Folgen aus Erinnerungen und Perspektive jüdischer Zeitzeugen

Von L. Joseph Heid

Das „Vergangene gegenwärtig“ zu machen, dies haben sich die Leo-Baeck-Institute, die sich in ihren drei Teilinstituten in New York, London und Jerusalem mit der Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums beschäftigen, zur wissenschaftlichen Aufgabe gemacht.

Diesen Anspruch haben sie in ihrem „1938er-Projekt“, das nunmehr in einer Schule machenden zweisprachigen (deutsch/englisch) Publikation unter dem Titel „In Echtzeit“ vorliegt, eindrucksvoll erfüllt. Das Buch basiert auf Archivalien und Dokumenten aus dem Jahre 1938, beginnend mit dem 1. Januar dieses besonderen Jahres 1938 – insgesamt 365 persönliche Geschichten. Es sind dies authentische Dokumente – Texte und Bilder – die den Horror, der am 9./10. November im Pogrom kulminierte, aber auch Hoffnungen aus jüdischer Perspektive während der nationalsozialistischen Verfolgung, belegen.

Zu Beginn des Jahres 1938 schätzte ein Großteil der noch in Deutschland verbliebenen 400.000 Juden ihre Lage dergestalt ein, dass ein gewisses Weiterleben noch möglich sei, unter den obwaltenden Umständen eingeschränkt zwar, doch nicht lebensbedrohend. Gleichwohl nahm der Druck auf die Juden zu: Im März marschierte die Wehrmacht in Wien ein, begleitet von einer antijüdischen Gewaltwelle in einem Ausmaß, das man bis dahin selbst nicht in Deutschland erlebt hatte. Bilder von straßenreinigenden Juden und johlenden Menschenmengen lösten in der jüdischen Bevölkerung Entsetzen aus. Bis Mai 1938 hatten bereits 7.000 jüdische Geschäfte neue Besitzer, waren „arisiert“, Häuser beschlagnahmt, ein Raubzug ohne Vergleich. Adolf Eichmann richtete in Wien eine, wie es euphemistisch hieß, „Auswanderzentrale“ ein, um die österreichischen Juden außer Landes zu treiben. Die Flüchtlingskonferenz in Évian blieb ergebnislos. In dem Maße, in dem der Auswanderungsdruck zunahm, schlossen die europäischen und überseeischen Staaten ihr Grenzen vor den jüdischen Flüchtlingen. Erschwerend kam hinzu, dass NS-Deutschland Pässe der Juden mit einem „J“ kennzeichnete, was den Ausreisewilligen die Einwanderung in andere Staaten nahezu unmöglich machte.

Die „Polenaktion“ und Herschel Grynszpan

Was im „angeschlossenen“ Österreich seit dem Frühjahr 1938 praktiziert wurde, setzte sich im „Altreich“ fort. Ziel war es, die Juden auszuplündern und aus Deutschland zu vertreiben.

Und dann wurde es radikal: Am 28. Oktober 1938 ließ das NS-Regime Tausende in Deutschland lebende sogenannte Ostjuden in schikanösen Umständen verschleppen, an die deutsch-polnische Grenze bringen, um sie dann mit Gewalt nach Polen zu jagen. Unter den Deportierten befand sich auch die Familie Grynszpan aus Hannover, die den in Paris lebenden Sohn Herschel Grynszpan über das brutale Vorgehen der Nazis informierte, was diesen veranlasste, den Diplomaten in der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, zu erschießen. Dieses Attentat war gleichsam der Startschuss für den von den Nationalsozialisten von langer Hand geplanten Pogrom, der dann am 9./10. November 1938 reichsweit losbrach.

War die „Polenaktion“ im Oktober 1938 sozusagen der „Probelauf“ für die nachfolgenden Deportationen, so war der sich



daran anschließende vorbereitete und inszenierte Pogrom der Wendepunkt in der Verfolgungsgeschichte NS-Deutschlands. Nachdem die entfesselte Gewalt in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 keine nennenswerte widerständige Bewegung innerhalb der Bevölkerung zu Tage gebracht hatte, war den Verantwortlichen in Berlin klar, dass ihnen ein Freibrief für weitere Maßnahmen gewährt war. Die deutsche Bevölkerung war mehrheitlich einverstanden mit dem Vorgehen gegen Juden, duldeten es ohne nennenswerten Widerspruch oder gar Empörung.

30.000 jüdische Männer wurden im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom verhaftet und in die bestehenden Konzentrationslager verschleppt und später unter bestimmten Auflagen – die „freiwillige“ Auswanderung betreffend – wieder aus der Internierung entlassen. Allen Widerigkeiten zum Trotz gelang es bis 1939 ca. 175.000 deutschen Juden, das Land zu verlassen, teils ausgestattet mit einem Affidavit, teils illegal. Allein Großbritannien erklärte sich bereit, etwa 10.000 unbegleitete jüdische Kinder aus Deutschland aufzunehmen. Die meisten von ihnen sahen ihre zurückgebliebenen Eltern nie wieder. Und als die Wehrmacht im September 1939 Polen überfiel, war der Weg zur „Endlösung“ frei – es folgten Ghettoisierung, der große Judenmord, der in Auschwitz, Treblinka, Belzec, Sobibor und anderen Mordstätten vollzogen wurde.

Was „Echtzeit“ von anderen Publikationen zum Jahresthema 1938 unterscheidet, ist die Präsentation in einzelne Segmente – wie Alltag, Verfolgung, Terror, Ungewissheit, Rettung von Kindern, Vertreibung u.a.m. – die durch Fotos, Briefe, Erinnerungsberichte in einer graphischen Form

layoutet dargeboten wird, die den Leser unmittelbar anspricht – und berührt. Demzufolge präsentiert sich das Buch als Bildband mit dem Charakter eines Handbuchs, dessen Ästhetik gewissermaßen im Widerspruch zum historischen Geschehen steht. Abgerundet wird der Band mit einem Essay über den 9. November als Schicksalstag in der deutschen Geschichte aus der Feder von Michael Brenner.

Im Kapitel „Alltag“ ist eine bunte faksimilierte Postkarte aus Nizza abgedruckt, datiert mit dem 31. Januar 1938, adressiert an „Frl. Rosel Lehrberger in Frankfurt a. M.“. Abgebildet ist die Promenade von Mont-Boron mit seiner Restaurationsplattform der Seebücke. Auf dem oberen Rand ein handschriftliches Kreuz mit der Notiz: „Hier habe ich gestern Nachmittag getanzt“. Das wirkt wie der ungeschminkte Ausdruck einer heilen Welt zu Beginn des Jahres 1938, die es so zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gab. Im Kapitel über die Rettung der jüdischen Kinder ist eine kreisrunde Pappkartonscheibe mit der Aufschrift „Kindertransport des Hilfsvereins der Juden in Deutschland e. V.“ abgebildet, die die Kinder zu ihrer Identitätsbestimmung mit einer Kordel um den Hals trugen, und das den handschriftlichen Zusatz „Nr. 16 England: Hanni Friedler aus Magdeburg, Heideweg(?) 99“, trägt. Gibt es größere Gegensätze deutsch-jüdischer Existenz im Schicksalsjahr 1938?

Helmut Schmidt belebte die Erinnerung

Brenner erinnert in seinem Essay daran, dass die Jahrestage der November 1948, 1958 und 1968 ohne groß beachtete Gedenkveranstaltungen vorübergingen und es Bundeskanzler Helmut Schmidt war,

der erstmals am 9. November 1978 in der Kölner Synagoge der Ereignisse vierzig Jahre zuvor gedachte und in das Bewusstsein der Bevölkerung rückte. Zehn Jahre später kam es dann zu einem Eklat, als Bundestagspräsident Philipp Jenninger in seiner ungeschickt vorgetragene Rede zum Novemberpogrom im Bundestag große Irritationen auslöste. Jenninger musste demissionieren.

Man mag es einen historischen Zufall nennen, dass sich an einem 9. November viermal besondere nationale Ereignisse vollzogen, die prägend für Deutschland waren: 1918, die Novemberrevolution, Abdankung des Kaisers und Deutschlands erster demokratischer Versuch; 1923, Hitlers Putsch in München und sein erster Versuch, die Macht zu ergreifen; 1938, der Pogrom, der Beginn der Barbarei; 1989, der Fall der Berliner Mauer. Der 9. November markiert damit symbolisch nicht nur den Beginn der ersten deutschen Republik, die dann fünf Jahre später nachhaltig bedroht wurde, kulminierte fünfzehn Jahre später in einem antijüdischen Gewaltakt sondergleichen, um dann 1989 friedlich in die Wiedervereinigung Deutschlands zu münden. Gleichwohl scheint es einen inneren Zusammenhang zwischen diesen vier Ereignissen zu geben. Der 9. November ist und bleibt ein bemerkenswertes deutsches Datum.

In Echtzeit. Das Jahr 1938 aus jüdischer Perspektive/Posts from the Past. 1938 from a Jewish perspective, Leo Baeck Institute – New York/Berlin for the Study of German-Jewish History and Culture, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin/Leipzig 2020, 191 S., 24,90 Euro.

Warum konnte die große Mehrheit der dänischen Juden vor der Schoah bewahrt werden?

Wer Yad Vashem besucht hat, kennt die Liste der „Gerechten unter den Völkern“, die als Einzelpersonen Juden vor der Schoah gerettet haben. Als gesamte Nation jedoch wird einzig das dänische Volk auf dieser Liste der Gerechten geehrt – wegen seiner Weigerung sich dem Nazi-Horror gegen die Juden anzuschließen.

Von Dr. Stefan Winckler

Dänemark stellte einen Sonderfall dar. Die Wehrmacht besetzte das Land am 9. April 1940: eine klare Verletzung des Völkerrechts. Hitlers Ziel war es, den Nachschub seiner Truppen nach Norwegen zu sichern. Das Königreich versuchte, Blutvergießen zu vermeiden und so viel wie möglich von seiner Souveränität zu erhalten. Kopenhagen entging der angedrohten Bombardierung, weil sich Krone und Regierung fügten.

Die Haltung des Königs

Im Gegensatz zu den Monarchen der Niederlande und Norwegens blieb König Christian X. (1870-1947) im Lande. Nach einer Unterredung mit Ministerpräsident Thoralf Stauning schrieb er in sein Tagebuch: „Ich warf ein, dass von den Deutschen, eingedenk ihres bisherigen Verhaltens, die Forderung einer Vertreibung der hier lebenden Juden zu erwarten sei, mich ein solcher Anspruch jedoch absolut abstoßen würde. Der Ministerpräsident war gleicher Meinung und merkte noch an, dass diese Frage schon einmal von den Führern in Berlin aufs Tapet gebracht worden sei, der [dänische] Nationalbankpräsident sie jedoch mit den Worten abgeschmettert habe: ‚In Dänemark gibt es keine Judenfrage‘. Ich teilte ihm noch meine Beobachtung mit, dass die Deutschen immer einen Rückzieher machen, wenn wir entschlossen auftreten“.

Mehrere Monate später notierte der König, er betrachte „unsere Juden als dänische Bürger“. Die Deutschen dürften sie nicht anrühren.

Noch immer lebt die Legende, der König habe sich aus Solidarität bei seinen täglichen Ausritten in Kopenhagen den gelben Stern angeheftet. Das stimmt so nicht. Aber er hatte es erwogen: Christian erklärte gegenüber Finanzminister Vilhelm Buhl, der Forderung nach einer Kennzeichnung von Juden zu widerstehen: „Falls dieses Ansinnen vorgebracht wird, ist es die einzig richtige Haltung für uns alle, den Davidstern zu tragen. Der Finanzminister hielt das in der Tat für einen Ausweg“. Tatsächlich konnte der Sterntragezwang verhindert werden. Gegenüber einem deutschen Offizier soll Christian außerdem betont haben, als ranghöchster Soldat persönlich die Hakenkreuzflagge vom Dach des Folketing (Parlament) zu holen, falls sie dort gehisst werden sollte.

Die Dänen konnten sogar unter NS-Besatzung eine freie Wahl abhalten

Es gelang der Regierung, im Amt zu bleiben und dem Deutschen Reich so wenige Zugeständnisse wie möglich zu machen. Wesentlich war, dass die Dänen auf bewaffneten Widerstand verzichteten, also mit der Faust in der Tasche versuchten, wie gewohnt zu leben. Es konnten im März 1943 sogar turnusmäßig Wahlen zum Folketing stattfinden, bei denen die dänischen Nationalsozialisten gerade einmal zwei Prozent der Stimmen auf sich vereinigten. Das Wahlergebnis bedeutete einen Vertrauensbeweis für die bestehende Große Koalition aus Sozial-



Boot mit Juden bei der Überfahrt von Falster nach Ystad in Schweden, 1943

demokraten und Konservativen.

Dabei blieb es zunächst, als mit Werner Best ein langjähriger SD- und Gestapo-Mann neuer „Reichsbevollmächtigter“ wurde. Dieser merkte schnell, dass Stabilität im Lande den NS-Interessen mehr diente als ein eskalierender Kriegszustand.

Im Sommer 1943 regte sich erstmals Widerstand in Form von Streiks und Sabotage. Best verhängte den Ausnahmezustand und forderte die Regierung auf, für Ruhe zu sorgen. Die Minister weigerten sich und traten konsequenterweise zurück. Jetzt war die Deportation der Juden nur noch eine Frage der Zeit. Mehrere tausend Personen waren in Gefahr.

Duckwitz und die Flucht über die Ostsee

In der deutschen Botschaft arbeitete ein Diplomat, der 1932 der NSDAP beigetreten war und das Goldene Parteiabzeichen besaß: Georg Ferdinand Duckwitz. Sein Schwerpunkt war das Ressort Schifffahrt, aber er unterhielt auch gute Kontakte zu Politikern und zum Königshaus. Bis 1943 hatte sich Duckwitz innerlich vom Nationalsozialismus gelöst. Im September 1943 erfuhr er den Termin für die Deportation: die Nacht vom 2. auf den 3. Oktober. Er reiste nach Schweden, um den Ministerpräsidenten Per Albin Hansson zu informieren und für Hilfsaktionen zu gewinnen. Duckwitz verständigte einen dänischen Freund, den sozialdemokratischen Spitzenpolitiker Hans Hedtoft, außerdem kannte er viele Reeder. An Jom Kippur konnte die Nachricht in den Synagogen verbreitet werden.

Der dänisch-jüdische Überlebende Salte Fischermann würdigte 60 Jahre später die Gemeinschaftsleistung der Retter für ihre Landsleute:

„Spontan ergriffen viele, viele Dänen die Initiative – alle halfen mit, wo sie nur konnten, Verstecke oder Fluchtwege zu organisieren: in Krankenhäusern, ja sogar

in Müllwagen, alles, was fahren konnte. Auch Krankenhäuser und Kirchen waren wichtige Verstecke. Die Dänen haben sogar Geld gesammelt, um die Fischer für die gefährliche Fluchtüberfahrt zu bezahlen. Sie hatten ja während dieser Zeit keine Einnahmen. Selbst die dann Deportierten vergaßen sie nicht und sammelten Geld für Hilfspakete, die sie in die Lager schickten. Ich möchte behaupten, dass wir nur dadurch überlebt haben.“ Darüber hinaus ließen die Dänen das



König Christian X. bei einem Ausritt an seinem Geburtstag in Kopenhagen, 26. September 1940

Eigentum ihrer verschleppten Nachbarn unangetastet – was im Europa jener Zeit keineswegs selbstverständlich war.

Dänen aller Berufs- und Altersgruppen beteiligten sich. Gerade noch rechtzeitig konnten in wenigen Tagen die allermeisten Juden mit Fischkuttern und Booten über Öresund, Bornholmogat und Kattegat nach Schweden gebracht werden. Die Fischer fühlten sich dabei in erheblicher Gefahr und verlangten entsprechende

Preise, doch ließen sie niemanden zurück. Polizei und dänische Küstenwache sahen gezielt weg, weil sie vom gesellschaftlichen Konsens geprägt waren: Ablehnung der Deportation unschuldiger Bürger. Die Wehrmacht griff kaum ein, um die Kooperation mit den dänischen Behörden nicht zu gefährden. Selbst Best schien die Flucht zu dulden, wohl wissend, dass ein Kriegszustand mit dem dänischen Volk niemandem nutzen konnte. Schweden sorgte für ärztliche Untersuchungen und Unterkunft.

7.742 Juden und 686 nicht-jüdische Familienangehörige entgingen der Schoah – das ist die große Ausnahme in der Holocaust-Geschichte. Dennoch ergriff die Gestapo 481 Juden, die zumeist nach Theresienstadt (statt Auschwitz) verbracht wurden und zum größten Teil überlebten (weil sich der dänische Staat für sie einsetzte). Daneben verhaftete die Gestapo 53 Fluchthelfer, die sie an dänische Gerichte (!) übergab.

Duckwitz (1904-1973) vertrat nach 1945 westdeutsche Handelskammern in Kopenhagen und war dort von 1955 bis 1958 Botschafter, später Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Yad Vashem ehrte ihn 1971 als Gerechten unter den Völkern.

Die Einstellung der Dänen

Welche Lehren können aus dem doppelten Sonderfall Dänemark gezogen werden? Der antitotalitäre Konsens, den der dänische Philologe Hartvig Frisch in seinem Buch *Pest over Europa: Bolschewism, Faschism, Nazism* (1933) formulierte, bewahrte das Land vor einem Umkippen in den Links- und Rechtsextremismus. Das dänische Volk, gleichermaßen demokratisch und patriotisch gesinnt, hielt zusammen, es lebte seine Werte und Tugenden. Es lehnte jede Mitwirkung an Ausgrenzung und Verfolgung seiner jüdischen Mitbürger und der ins Land geflohenen Juden ab.

Kunst aus der Schoah

Der jüdische Maler Felix Nussbaum konnte trotz seiner Flucht durch halb Europa der Ermordung im KZ Auschwitz nicht entgehen.

Von Dr. Nikoline Hansen

Dass Felix Nussbaum, der am 11. Dezember 1904 in Osnabrück geboren wurde, inzwischen zumindest in seiner Geburtsstadt und im Fachpublikum wieder wahrgenommen wird, ist sicher auch auf seinen verzweifelten Kampf zurückzuführen, den er als deutscher Jude und Künstler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führen musste. Als die Zeiten immer düsterer wurden und er seines Lebens nicht mehr sicher sein konnte, wünschte er sich eines: „Wenn ich untergehe – lasst meine Bilder nicht sterben.“ Viele seiner Werke überstanden den Krieg dann auch, weil Freunde sie heimlich aufbewahrt hatten. 1970 brachten Erben, nachdem sie das Eigentumsrecht an den Bildern in Belgien vor Gericht erstritten hatten, mehr als hundert Arbeiten Nussbaums in seine Heimatstadt Osnabrück zurück.

1971 erfolgte die erste umfassendere Ausstellung seiner Werke in der dortigen Dominikanerkirche. Mitte der 80er Jahre folgten Ausstellungen in New York, Jerusalem, Manchester und Angers (Frankreich). 1990 fand die bis dahin größte Einzelausstellung von Nussbaums Werken in Osnabrück statt. 1993 wurden die Bilder schließlich vom Bundesinnenministerium zum „Werk von nationaler Bedeutung“ erhoben und erhielten damit den Status eines zu schützenden, nationalen Kulturgutes. 1994 erwarb die Niedersächsische Sparkassenstiftung den größten Teil der Sammlung, um die Bilder in Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück für die Nachwelt zu erhalten.

Wer war Felix Nussbaum?

Das Schicksal der Familie Nussbaum ist exemplarisch für das vieler deutscher Juden, die versuchen mussten nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 um ihre Existenz und schlichtes Überleben zu kämpfen. Philipp Nussbaum, Felix' Vater, war ein stolzer deutscher Patriot. Er gehörte dem Verband der Veteranen des Ersten Weltkriegs an. Mit der Machtergreifung musste er die Mitgliedschaft in dem Verband aufgeben, während Felix an der Preußischen Akademie der Künste realisieren musste, dass es für ihn als Künstler und Juden unter der nationalsozialistischen Doktrin keinen Platz geben würde. Dabei hatte seine Karriere ausgesprochen vielversprechend begonnen: Als Student in Hamburg und Berlin spezialisierte er sich auf den Stil der neuen Sachlichkeit und hatte 1932 sogar den Rompreis erhalten, eine erstmalig im 17. Jahrhundert verliehene Auszeichnung für Künstler, verbunden mit einem Stipendium für den Aufenthalt in der Villa Massimo in Rom. Ein Erfolg, der zeigt, dass Nussbaum seinerzeit zur Elite der deutschen Künstler gezählt werden durfte, und dass ihm unter anderen Umständen sicher eine erfolgreiche Karriere beschieden gewesen wäre. Diese Karriere wurde 1933 schlagartig beendet. Felix floh nach Rapallo, einer italienischen Fischerstadt an der Riviera, wo seine Eltern ihn 1934 besuchten. Allerdings bekamen sie Heimweh, 1935 kehrten sie daher nach Deutschland zurück. Es war das letzte Mal, dass Felix seine Eltern sah. Sein Bruder Justus, der 1937 nach der „Arisierung“ seines Unternehmens in Belgien zur Flucht



Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Nussbaums Werk „Der Flüchtling“

gezwungen worden war, floh am 2. Juli 1937 nach Holland und gründete eine Altmetallhandlung. Im August 1943 wurde er zusammen mit seiner Ehefrau, der Tochter Marianne und den Eltern Philipp und Rahel Nussbaum, die Deutschland im Mai 1939 verlassen hatten, festgenommen und nach Westerbork geschickt. Von dort aus wurden die Eltern am 8. Februar 1944 nach Auschwitz deportiert.

Versteck in Brüssel

Felix, der nach seiner Festnahme und erfolgreichen Flucht aus dem südfranzösischen Lager Saint Cyprien seit 1940 ohne Einkommen in ärmlichen Verhältnissen mit seiner Ehefrau Felka im Versteck in Brüssel lebte, war ohne Aufenthaltserlaubnis ständig der Gefahr der Entdeckung ausgeliefert. In seinem Versteck in einem Atelier wurde er von Freunden mit Künstlerzubehör versorgt und ging bis zu seiner erneuten Festnahme am 20. Juli 1944 dort ununterbrochen seiner künstlerischen Tätigkeit nach. Felix und Felka Nussbaum wurden in das Lager Mechelen geschickt und noch im selben Monat nach Auschwitz deportiert, wo Felix vermutlich im September 1944 ums Leben kam. Justus Nussbaum wurde am 3. September von Westerbork nach Auschwitz gebracht, wo seine Frau und Tochter drei Tage später ermordet wurden. Justus wurde Ende Oktober 1944 ins Lager Stutthoff geschickt, wo er zwei Monate später an Erschöpfung starb. Dies ist, exemplarisch, die Chronologie der Auslöschung einer deutschen Familie, die trotz jahrelangen Lebens auf der Flucht in Europa der Vernichtung nicht entkommen konnte.

Überlebt haben die Werke Felix Nussbaums, so wie er es sich erhofft und gewünscht hatte. Dabei eröffnen seine Werke zugleich auch eine europäische Perspektive des Holocaust, so wie er und seine Familie sie selbst erlebt hatten. Bekannt ist etwa sein Ölgemälde „Europäische Vision – Der Flüchtling“, das 2016 im Rahmen der Ausstellung „Kunst aus dem Holocaust“ mit hundert weiteren Werken aus Yad Vashem im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen war. Es zeigt eine kleine zusammengekrümmte Person in dunkler Kleidung, neben ihr ein kleiner weißer Sack und ein weißer Wanderstab, die in einem Raum mit einem lange, wie eine Barrikade wirkenden Holztisch sitzt. Auf dem Holztisch steht ein Globus, die Länder darauf sind nicht erkennbar, sondern wirken verwischt und diffus, auf der Seite des Kauernden liegt ein tiefer Schatten; es gibt nur ein Tor aus dem Raum, der ansonsten düster und geschlossen wirkt – und das Tor ist durch Tisch und Globus versperrt. Das Bild entstand 1939, zu einem Zeitpunkt, als Flucht noch als die Möglichkeit der Hoffnung schien, aber doch schon mit sehr großen Hindernissen verbunden war.

Das zweite Bild von Felix Nussbaum, das in der Ausstellung gezeigt wurde, entstand 1941 in Brüssel. Es trägt den Titel „Die Synagoge im Lager Saint-Cyprien“. Es ist mit Öl auf Sperrholz gemalt nach einer Skizze, die Felix Nussbaum gleich nach seiner Flucht aus dem Lager angefertigt hatte. Es zeigt eine Baracke mit Betern, die in weiße Gewänder – die jüdischen Gebetschals Tallit – gehüllt sind, in denen sie quasi verschwinden. Einer hält etwas in der

Hand, es ist nicht klar erkennbar, ob es ein Buch oder eine Thorarolle ist. Das ganze Gemälde ist düster, nur drei der Gestalten leuchten in ihren weißen Umhängen. Im Vordergrund liegen ein Knochen und leere Blechbüchsen – Hunger und Tod sind so auch real in der Welt präsent, nicht nur im düsteren Himmel.

Museum in Osnabrück

Bekannter in Deutschland sind an erster Stelle die zahlreichen Selbstporträts, aber das Repertoire des Malers war sehr vielseitig. Es umfasst neben zahlreichen politischen Motiven auch Stilleben und dokumentiert die Verfolgung der deutschen Juden sehr eindringlich. Seine Frau Felka Platek, 1899 in Warschau geboren, die Felix Nussbaum 1925 in Berlin kennenlernte, hinterließ ein sehr viel kleineres Werk. Ihre Arbeit steht exemplarisch für die „Verschollene Generation“ der Künstlerinnen, deren Schaffen durch den Zweiten Weltkrieg aus unterschiedlichen Gründen zum Erliegen kam oder unter einem großen Einbruch litt und zerstört wurde.

Es ist erfreulich, dass sich Auguste Moses-Nussbaum, Felix' Cousine, so engagiert und hartnäckig für den Erhalt der Arbeiten in einer eigenen Sammlung einsetzte und damit schon 1970 den Grundstock für das großzügige Museum legte, das die Stadt Osnabrück ihrem einst verstoßenen Bürger errichtete. 1995 gewann Daniel Libeskind den Wettbewerb zur Realisierung des Felix-Nussbaum-Hauses, das nur wenige Jahre später am 16. Juli 1998 eröffnet wurde. Inzwischen ist die Sammlung durch weitere Schenkungen und Stiftungen weiter gewachsen.

„Jerusalem nicht zum Schlachtfeld machen!“

Jerusalem wurde während des Ersten Weltkriegs von den kämpfenden Parteien weitgehend vor der Zerstörung bewahrt.

Von Karl Pfeifer

Bis Ende 1917 war Eretz Israel eine Provinz des Osmanischen Reiches und die zionistischen Führer waren für ihr Projekt auf das Wohlwollen der osmanischen Regierung angewiesen.

David Ben Gurion (1886 – 1973) kam 1906 ins Land und arbeitete die ersten Jahre als Landarbeiter. Um an der Universität Konstantinopel studieren zu können, musste er türkisch lernen. Deshalb ging er 1911 nach Saloniki, wo ihm in kürzester Zeit ein Jude diese Sprache beibrachte.

Da Ben Gurion aus der russischen Armee desertiert war, benötigte er einen neuen Reisepass. Im Oktober 1912 erhielt er den türkischen Pass und konnte sich an der Universität Konstantinopel einschreiben. Im gleichen Monat brach der erste Balkankrieg zwischen dem Osmanischen Reich und Bulgarien, Serbien, Griechenland sowie Montenegro aus.

Nach nur einem Monat als Student kehrte Ben Gurion zurück nach Eretz Israel, wo er bis Anfang März 1913 blieb, um dann mit seinem „Poale Zion“ (zionistische Arbeiterpartei)-Genossen Jizchak Ben-Zwi (nach Weizmann Israels Präsident) nach Konstantinopel zurückzukehren. Im Frühjahr 1914 bestand er seine Prüfungen mit Auszeichnung, beendete aber sein Studium nicht.

David Ben Gurion als osmanischer Patriot

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs gelangten Ben Gurion und Ben-Zwi mit einem Schiff nach Jaffa. Ein Foto aus dem Jahr 1915 zeigt sie mit dicken Schnurbärten, Fez und türkischen Anzügen. Diese osmanischen Äußerlichkeiten widerspiegelten ihren Glauben, dass die Zukunft von Eretz Israel vom Osmanischen Reich abhing und die Juden des Landes das Vertrauen der Jungtürken gewinnen müssen.

Ben Gurion und seine Genossen setzten ihre Hoffnung auf die von den drei Anführern Enwer, Talaat und Dschemal angeführten Jungtürken, die Brüderlichkeit und Gleichheit versprochen. Doch sehr bald verflogen alle Illusionen.

Das Osmanische Reich zog Ende Oktober 1914, mit den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien) verbündet, in den Ersten Weltkrieg. Enwer Pascha drängte darauf, denn bereits vor dem Krieg hatte Deutschland Einfluss auf die osmanische Armee. Eine von General Liman von Sanders geführte Delegation deutscher Offiziere bildete diese aus. Auch der deutsche Kaiser beteiligte sich an der Charmeoffensive. Die Osmanen hofften mit ihrer Teilnahme die verlorenen Gebiete am Balkan wiederzugewinnen.

Deutsche, österreichische und amerikanische Diplomaten halfen

Die Zeit der Ersten Weltkriegs war eine der schwierigsten Perioden des Jischuvs. Ohne jede Vorwarnung wurden Einzelpersonen und Institutionen von ihren Finanzquellen in den alliierten Staaten abgeschnitten.

Der deutsche Konsul Edmund Schmidt erhielt die ausdrückliche Anweisung, den Juden Schutz zu gewähren. Auch der österreichische Konsul Friedrich Kraus intervenierte zu ihren Gun-



David Ben Gurion (erster Ministerpräsident Israels) und Yitzhak Ben Zvi (erster Ministerpräsident Israels) als Jurastudenten in der Türkei

ten. Dem amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, Henry Morgenthau, der selbst Jude war und sich öfter bei den osmanischen Behörden für Juden einsetzte, war es zu verdanken, dass amerikanische Kriegsschiffe während der ersten beiden Kriegsjahre wiederholt in den Hafen von Jaffa einliefen und von amerikanischen Juden gespendete Lebensmittel und Medikamente mitbrachten. Tausende von nicht-osmanischen Juden und Christen flohen oder wurden aus Jerusalem vertrieben.

Die USA hatten nach ihrem Kriegseintritt gegen die Mittelmächte (1917) dem Osmanischen Reich nicht den Krieg

wollte er ihn aus dem Land ausweisen. Ruppin versprach, sich nicht mehr in die Politik einzumischen und ein Buch über die syrische Ökonomie zu schreiben. Alle zionistischen Symbole, der Davidstern, Fahnen und Marken mit den Bildern von Herzl und Max Nordau, die man verkaufte, um mit dem Erlös Land zu erwerben, wurden verboten.

Die Juden sollten die osmanische Staatsbürgerschaft annehmen

Dschemal Pascha befahl auch, dass die Anglo-Palästine Bank, die jüdische Landkäufe finanzierte, ihre Tätigkeit

Verfolgung, durch die Stadt wandern und er war besorgt, dass die Juden in Eretz Israel auch ein solches Schicksal erleiden werden müssen. Im Dezember 1914 schienen seine Befürchtungen gerechtfertigt, als 500 russische Juden, die keine osmanischen Papiere hatten, den Befehl erhielten mit dem Schiff nach Ägypten deportiert zu werden. Ruppin, der ein Ende der zionistischen Bewegung in Eretz Israel befürchtete, ging in den Hafen von Jaffa, um moralische Unterstützung zu leisten. Er sah Szenen der Unordnung und Verzweiflung. Ruppin erkannte, „auf welcher schwachen Basis unsere Bemühungen der Ansiedlung“ sich befinden.

Arabische Nationalisten am Galgen

Oberst Mustafa Kemal (später Atatürk) war während seines Dienstes in Damaskus 1905-7 zum ersten Mal in einer nicht-türkischen muslimischen Gesellschaft und sagte einem engen Freund schon damals „unser Problem wird sein, wie wir aus einem zusammenbrechenden [osmanischen] Reich einen türkischen Staat schaffen.“ Die osmanischen Offiziere misstrauten den Arabern, weil diese begonnen hatten, nationale Forderungen zu stellen und gingen nach Kriegsausbruch mit äußerster Härte gegen sie vor. Dschemal Pascha ließ während des Krieges in Syrien, Libanon und Palästina Dutzende arabische Nationalisten hängen. In der Regel wurden die Gehängten zur Abschreckung tagelang am Galgen baumeln gelassen.

„Als Araber bin ich froh“

Obwohl David Ben Gurion versuchte eine jüdische Legion zur Unterstützung des Osmanischen Reiches zu organisieren, wurde er 1915 in Jerusalem verhaftet und auf Grund eines Befehls von Dschemal Pascha aus dem Land nach Alexandria ausgewiesen. Unterwegs traf er Yeya

„Ich halte jüdisches Vorgehen für Taten einer ganz kleinen extremen Partei“, telegrafierte Falkenhayn an den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Johann Heinrich Graf von Bernstorff: „Masse Judentum hat nichts damit zu tun.“

erklärt. So konnten amerikanische Diplomaten den dortigen Juden weiterhin Hilfe leisten und versuchen sie gegen die harte Behandlung zu verteidigen, die von Dschemal Pascha ausgeübt wurde. Dieser hatte der hebräischen Zeitschrift „HaHerut“ ein Interview gegeben, in dem er die Zionisten beschuldigte im Geheimen schon eine Regierung formiert zu haben. Arthur Ruppin, der das zionistische Projekt in Eretz Israel führte, merkte in seinem Tagebuch an: „Ich habe die Ehre deren Ministerpräsident zu sein“. Dschemal zwang Ruppin seinen Posten in Jaffa aufzugeben und nach Jerusalem zu übersiedeln. Letztendlich

stellt und verfügte, dass alle Juden die im Land bleiben wollen, sich um die osmanische Staatsbürgerschaft bewerben müssen oder mit sofortiger Deportation zu rechnen haben. „Viele [Juden] wagten nicht ihre Staatsbürgerschaft aufzugeben, weil das nach den Gesetzen ihres Landes Hochverrat ist“, vermerkte Ruppin. Niemand wusste wie der Krieg ausgehen wird und viele hatten Angst am Kriegsende als Verräter hingerichtet zu werden.

Ruppin konnte, um Material für sein Buch zu sammeln, für ein paar Tage nach Damaskus reisen. Dort sah er obdachlose Armenier, Opfer osmanischer

Effendi, einen arabischen Studenten, der mit ihm in Konstantinopel studiert hatte. Dieser umarmte ihn und fragte, wohin er fahre. Ben Gurion antwortete, dass er einen Ausweisungsbefehl erhalten hatte, laut dem er nie mehr nach Jerusalem zurückkehren darf. Yeya Effendi hielt Ben Gurion noch umarmt und sagte ihm etwas, woran er sich noch lange erinnern sollte. „Als Dein Freund bin ich traurig, aber als Araber bin ich froh.“

Die Briten hatten in Kairo ein Propaganda-Büro eröffnet, das die osmanischen Soldaten überzeugen sollte, zu desertieren und zu kapitulieren. Ab April 1915 wurden von britischen Flugzeugen Flugblätter über Lod, Ramle, Jaffa und anderen Zentren an der Küste abgeworfen, die schilderten wie gut das Leben für osmanische Deserteure in den ägyptischen Kriegsgefangenenlagern sei. Die Briten fanden dann eine effektivere Propagandamethode, sie schmissen Zigarettenpakete, die in Flugblätter eingewickelt waren herunter.

Einer der wenigen Diplomaten, die in Jerusalem bleiben durften war Conde de Ballobar, der junge spanische Konsul, der bis zum Mai 1919 ein Tagebuch führte und die despotische Herrschaft von Dschemal beschrieb.

Am 21. Juli 1915 vermerkte er in seinem Tagebuch: „Das [britische] Flugzeug hat über Jaffa Flugblätter ausgestreut, wonach die Alliierten Gallipoli kontrollieren und in Kürze in Konstantinopel sein werden. Ich habe mich an die Lügen gewöhnt und glaube nicht daran, auch nicht an die Neuigkeiten, die mir [der österreichische Konsul] Kraus gestern gab: während der letzten schrecklichen Kämpfe in den Dardanellen, hatten die Alliierten 10.000 Opfer zu beklagen und auch die Türken haben viele Männer verloren.“

Briten, Araber und Zionisten doppelzünftig

Während des Krieges war Chaim Weizman Sprecher der Zionisten in Großbritannien. Als Universitätsprofessor wurde er respektiert und es gelang ihm beste Kontakte zur Elite zu knüpfen. Er verstand besser als die arabischen Führer, dass die zukünftige Karte des Nahen Ostens nicht vom Wunsch seiner Bevölkerung, sondern von der Konkurrenz der Großmächte und der britischen Innenpolitik bestimmt werden würde. Großbritannien war damals im Besitz des Suezkanals und dominierte Indien und Ägypten. Allerdings gab es verschiedene britische Interessen.

Scharif Hussein ibn Ali, ein Haschemite, der seine Abstammung auf den Propheten zurückführte, war Beschützer der heiligen Orte Mekka und Medina. Bereits im Februar 1914 besuchte Amir Abdallah, der Sohn von Scharif Hussein Kairo, um mit Lord Kitchener einen Aufstand gegen das Osmanische Reich zu organisieren. Die Antwort von Kitchener war unverbindlich.

Bald nach Ausbruch des Krieges wurde Kitchener zurückberufen und zum „secretary of state for war“ ernannt. Die Briten erlitten 1915 einige Niederlagen im Nahen Osten und Kitchener befürwortete, das islamische Kalifat sollte ein mit Großbritannien befreundeter Araber erhalten. Der erste britische Hochkommissar in Kairo, Sir Henry McMahon, korrespondierte von Juli 1915 bis Januar 1916 mit Hussein, dessen Söhne Abdallah, später König von Jordanien, und Feisal, später König von Syrien (1920 von den Franzosen verjagt) und vom Irak (1921-33), eine wichtige Rolle spielen sollten.

In seinem Brief vom 14. Juli 1915 schrieb Hussein an McMahon, sie wünschten eine arabische Regierung, die die Arabische Halbinsel (ausgenommen Aden)

und den fruchtbaren Halbmond, Palästina, Libanon, Syrien und Irak beherrschen sollte. McMahon erklärte in seinem Brief vom 24. Oktober 1915 die Unterstützung für arabische Unabhängigkeit nach dem Krieg, allerdings mit der Ausnahme von nicht ganz arabischen Territorien, und dass Großbritannien nicht frei sei „zum Nachteil seines Alliierten, Frankreichs zu agieren“. Seither behaupten arabische Politiker, dass auch Palästina zu dem versprochenen Territorium für die arabische Unabhängigkeit gehörte. Obwohl die Hussein-McMahon-Korrespondenz für beide Seiten nicht bindend war, hatte Hussein am 5. Juni 1916 die arabische Revolte gegen die Osmanen begonnen und sich im Oktober zum „König der Araber“ ernannt.

Gleichzeitig verhandelten die Briten mit Frankreich über das Schicksal des Nahen Ostens. Nach der britischen Niederlage in den Dardanellen 1915 suchte das britische Außenamt die Hilfe Frankreichs. Im Februar 1916 wurde das Sykes-Picot Abkommen (offiziell das „Kleinasien-Abkommen“) unterzeichnet, das im Widerspruch zur Hussein-McMahon-Korrespondenz, eine Aufteilung des Nahen Ostens zwischen französischen und britischen Zonen vorsah. Palästina sollte von einer internationalen Behörde der Briten, Franzosen und Russen (die ebenfalls die Abmachung unterzeichnet

„ Ruppin sah in Damaskus obdachlose Armenier, Opfer osmanischer Verfolgung, durch die Stadt wandern, und er war besorgt, dass die Juden in Eretz Israel auch ein solches Schicksal erleiden werden müssen.“

hatten) regiert werden. Wegen der Nähe des Suez-Kanals, wo 300.000 britische Soldaten stationiert waren, wurde Palästina seit dem Sykes-Picot-Abkommen für die Briten wichtiger.

In der arabischen und zionistischen Historiographie werden die Briten oft der Doppelzüngigkeit geziehen. Wie anders kann man aber die Haltung des Haschemiten Feisal qualifizieren, der 1915 nach Konstantinopel fuhr, dort arabische Nationalisten traf, um über die Bedingungen zu sprechen, die man den Briten abverlangen sollte, für eine Teilnahme an einem anti-osmanischen Aufstand. Auf seinem Heimweg verhandelte er in Damaskus wieder mit arabischen Verschwörern, um nach seiner Ankunft in Jerusalem Dschemal Pascha 1.500 Kamele für die Armee zu versprechen und vor dem Stab bei der „Seele des Propheten“ zu schwören, zurückzukehren, „um die Feinde des Glaubens bis auf den Tod zu bekämpfen“. Zurückgekehrt in den Hedjas überredete Feisal seinen Vater und seine Brüder zusammen mit T.E. Lawrence den arabischen Aufstand zu beginnen.

In seinen 1922 in London veröffentlichten Memoiren, ließ Dschemal kein gutes Haar an den Haschemiten. Er rief den „Fluch des Himmels auf Scherif Hussein und seine Söhne“ herab.

Während Weizmann, der aufrichtig an die Sache der Alliierten glaubte, ausgezeichnete Kontakte mit britischen Journalisten und Politikern pflegte, versuchten deutsche Zionisten die Mittelmächte zu überzeugen, ihre Sache mit einer Erklärung zu unterstützen. Das gleichzeitige Verhandeln mit Briten und Deutschen wurde im Juli 1917 auf einem Treffen russischer und deutscher Zionisten im neutralen Kopenhagen vereinbart. Deutschland

hielt sich jedoch zurück, um den osmanischen Verbündeten nicht zu verärgern.

Ben Gurion in den USA

Noch 1915 gelangten Ben Gurion und Ben-Zwi mit Hilfe des amerikanischen Konsuls in Ägypten nach New York. Poale Zion beauftragte „die beiden Bens“, Ben Gurion und Ben-Zwi, in Amerika die Bewegung Hechalutz zu gründen, von jungen Juden, die bereit wären nach Eretz Israel auszuwandern, dort zu arbeiten und die Juden mit Waffen zu verteidigen. Tatsächlich konnten die beiden Bens lediglich 150 Freiwillige für Hechalutz finden. Doch mit der Herausgabe eines sehr erfolgreichen Buches über die gefallenen Haschomer-Mitglieder wurden die leeren Kassen von Poale Zion gefüllt und Ben Gurions Name bekannt. Das Heldentum der Zweiten Alia und des Haschomer hat viele Juden in Amerika beeindruckt. Der Richter Louis Brandeis erhielt eines der ersten Exemplare und die deutsch-jüdische Elite in den USA las das Buch mit Begeisterung. Das Buch wurde auch in Frankreich und England ein Erfolg und 1918 wurde es – übersetzt von Geschom Scholem und mit einem Vorwort von Martin Buber – in Deutschland publiziert.

Ben Gurion lernte in Amerika 1915 Pinchas Rutenberg kennen, der seit seiner Zeit als Student in Italien Sympathien für den Zionismus hegte. Er sagte



Erich von Falkenhayn

dass „Zivilverwaltung und Gendarmerie völlig versagten, häufig mit der Bevölkerung gemeinsame Sache machten und bestechlich seien.“ Es kam zu Massendesertionen aus der Armee. Am 5. November 1917 traf Falkenhayn in Jerusalem ein und löste Dschemal als Kommandeur der Armeen der Mittelmächte am Kriegsschauplatz ab. Falkenhayn vereitelte die von Dschemal beabsichtigte Deportation der Juden. Mit seiner Autorität als neuer Oberbefehlshaber der Heeresgruppe F ordnete er an, dass jede Kollektivbestrafung ab sofort zu unterbleiben habe. Enttarnte Spione und Verräter sollten und durften nach dem strengen Kriegsrecht sanktioniert, also in der Regel hingerichtet werden. Im Oktober flog die kleine jüdische Gruppe NILI auf, die für die Briten spionierte. „Ich halte jüdisches Vorgehen für Taten einer ganz kleinen extremen Partei“, telegraphierte Falkenhayn an den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Johann Heinrich Graf von Bernstorff: „Masse Judentum hat nichts damit zu tun.“ Am 10. November setzte sich Falkenhayn mit seinem Stab nach Nablus ab. Trotzdem wollte die osmanische Führung weiterkämpfen. In Berlin wurde jedoch am 21. November erklärt, man werde „die Heilige Stadt nicht zum Schlachtfeld machen“. Auf deutschen Befehl begannen die osmanischen Truppen ihren Abzug aus Jerusalem. Die Briten drangen im Herbst 1917 vom Sinai in das Land ein, eroberten Beer Schewa am 31. Oktober, Gaza am 7. November sowie Jaffa am 16. November. Am 4. Dezember setzte General Allenby walisische Einheiten in Marsch auf Jerusalem und am 8. Dezember standen die ersten Briten vor den Toren Jerusalems. Am 11. Dezember 1917 betrat General Allenby Jerusalem kampflos.

Der Erste Weltkrieg hatte katastrophale Auswirkungen für die meisten Juden, für den alten Jischuv, denn sie waren von der Unterstützung aus dem Ausland abgeschnitten, litten Hunger und an ansteckenden Krankheiten. Obwohl Juden (und viele Christen) im April 1917 aus den Städten deportiert wurden, bestanden die landwirtschaftlichen Siedlungen weiterhin, so dass nach Ende des Krieges, die vertriebenen Juden zurückkehren konnten und der neue Jischuv die maßgebende zentrale Kraft des Zionismus wurde. Das konnte nur geschehen, weil der Chef des Foreign Office, Lord Arthur James Balfour, am 2. November 1917 in einem aus drei Sätzen bestehenden Brief dem jüdischen Volk in Palästina (Eretz Israel) die Ermöglichung einer „nationalen Heimstätte“ versprach.

Ben Gurion, dass die Alliierten die Idee eines jüdischen „Königreichs“ in Palästina unterstützten und dass die Alliierten siegen werden. Rutenberg hatte eine Vorahnung. Erst die Grausamkeit von Dschemal Pascha überzeugte die beiden Bens, dass sie nichts von den Osmanen erhoffen konnten. In seinen Diskussionen mit Rutenberg erklärte Ben Gurion „Während der nächsten zwanzig Jahre müssen wir eine jüdische Mehrheit in Eretz Israel haben, das ist das Wesentliche der neuen historischen Lage.“

Dschemal verfügte 1916, dass Arthur Ruppin nie wieder das Land betreten dürfe. Ruppin verbrachte die restlichen Jahre des Krieges im Hotel Pera Palace in Konstantinopel. Er kehrte 1918 zurück nach Eretz Israel und spielte weiterhin eine führende Rolle bei der Entwicklung des Jischuv.

Ein preußischer General schützt Juden

Nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen im Frühjahr 1917 hatten die Briten unter ihrem neuen Oberbefehlshaber Edmund Allenby ihre Front völlig neu strukturiert und mit umfangreichen Nachschublieferungen verstärkt, während die osmanische Kampfkraft immer mehr nachließ. Dies hing damit zusammen, dass der im Frühjahr zum Zweck der Wiedereroberung Bagdads in den Nahen Osten beorderte ehemalige deutsche Kriegsminister General Erich von Falkenhayn zu spät erkannte, dass eine Offensive in Mesopotamien unrealistisch war.

Im Herbst 1917 kam es zu Spannungen zwischen den Osmanen und ihren Verbündeten. Ende September berichtete General Kress von Kressenstein,

80 Jahre „Der große Diktator“

1940 wurde der antifaschistische Spielfilm von Charlie Chaplin uraufgeführt – eine bis heute berühmte zeitgenössische enttarnende Satire auf Adolf Hitler und den Nationalsozialismus.

Von Alexander Kumbarg

Diesen Film muss man wenigstens einmal im Leben gesehen haben. Vor 80 Jahren konnte Chaplin angesichts dessen, was in der Welt geschah, nicht schweigen; er schuf dieses Werk, das auch in der Gegenwart als Beispiel für den Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Diktatur dienen kann. In der Zeit, als zahlreiche Länder vom Nazi-Wahnsinn ergriffen waren, schloss sich Chaplin den Stimmen derer an, die zeigten, wie niederträchtig, grausam und gleichzeitig lächerlich der Nazismus ist.

Barbier versus Diktator

Diese Geschichte erzählt von diskriminierten Juden und davon, wie das Böse vom Guten bekämpft wird. 1930er Jahre, ein Phantasieland namens Tomania. Auf der einen Seite der Konfrontation – die Unterdrücker, der mächtige Diktator Adenoid (in der deutschen Version - Anton) Hynkel, seine Armee und die Polizei; auf der anderen Seite – die Unterdrückten: ein jüdischer Barbier und seine jüdischen Freunde, die im Getto leben müssen. Die Kräfte sind ungleich verteilt – das Böse ist unermesslich stärker, und dennoch siegt am Ende das Gute. Charlie Chaplin ist Drehbuchautor, Regisseur, Filmproduzent und spielt beide Hauptrollen. Der für seine Rechte kämpfende jüdische Barbier und der Diktator Hynkel ähneln einander äußerlich so sehr, dass sie irgendwann die Plätze tauschen. Hynkel kommt ins Konzentrationslager, im jüdischen Barbier sehen alle den Führer, aber auf einer Kundgebung hält er eine feurige Rede auf Freiheit und Würde.

Der Film enthält eine Vielzahl von eindrucksvollen Szenen. Ausgezeichnet werden die Parodien auf Hitlers Reden und seine überbordende Art vor Menschenmassen zu sprechen: Hynkel schlägt um sich, redet Kauderwelsch, stößt einen wütenden Schrei aus, der von Husten und Keuchen unterbrochen wird. Er platzt fast vor Hass, ist dennoch gleichzeitig komisch. Man spürt, wie gut Chaplin Hitlers Reden studiert hat.

Hynkels Anspruch auf die Weltherrschaft zeigt sich perfekt im Tanz des Diktators mit einem Ballon-Globus zur Musik aus Wagners „Lohengrin“, des Führers Lieblingskomponisten. Hynkel wirft den Ball mit Händen und Füßen, und plötzlich platzt dieser, in dem Moment, als Adenoid dachte, er hätte ihn bereits gefangen. Bemerkenswert ist auch die Szene, wo der Despot den Vorhang hochklettert und verkündet, er wolle allein sein.

Minister Garbisch (aus dem Englischen „garbage“ für Müll, Abfall) – eine Parodie auf Goebbels, Minister Hering („Hering“) – Göring. Garbisch rät Hynkel, im Ghetto Pogrome zu veranstalten, zwecks Unterhaltung: „Zuerst werden wir die Juden los, und dann werden wir uns um die Brünetten kümmern.“ Auf Hering hängt Hynkel immerzu wie auf einen Weihnachtsbaum Medaillen und nimmt sie wieder ab. Nazi-Sturmtruppen werden nicht nur als böse, sondern auch als Narren dargestellt.

Die feierliche Ankunft des Zuges mit Hynkels Verbündeten, dem faschistischen Benzino Napoloni (der italienische Führer Benito Mussolini ist deutlich zu erkennen) ist ebenfalls



Freiluftkino mit dem „Großen Diktator“ am Brandenburger Tor

voll von Kuriositäten. Das Empfangskomitee wird es leid, mit einem ausgebreiteten Teppich von Stelle zu Stelle zu laufen. Das ganze Treffen zwischen Hynkel und Napoloni sprüht vor Sarkasmus. Beide Bösewichte prahlen mit ihrer Überlegenheit, jeder versucht sogar, höher als der andere in einem höhenverstellbaren Stuhl zu sitzen. Es scheint, dass hier nur noch Stalin fehle, um das Bild zu vervollständigen...

Eine gelungene Szene ist auch die, die zeigt, wie der Barbier den Kunden rasiert, mit Johannes Brahms' Musik im Hintergrund. Und die hübsche Nachbarin – Jüdin Hannah – schaltet mit gezielten Schlägen einer Bratpfanne Polizisten in Nazi-Uniform aus. Hannah – so hieß übrigens Chaplins Mutter – wird von Paulette Goddard gespielt, zu der Zeit war sie Chaplins Ehefrau.

Als der Barbier an der Front des Ersten Weltkrieges kämpfte, rettete er einem verwundeten Soldaten namens Schulz das Leben. Später wird Schulz ein „hohes Tier“ unter dem Diktator Hynkel, erinnert sich aber an seinen Retter und revanchiert sich, als die ihm unterstehenden Sturmtruppen den widerspenstigen Barbier lynchen wollen. Bald darauf kommt Schulz selbst ins Konzentrationslager, da er die antisemitische Politik von Hynkel nicht mehr unterstützen will. Schulz gelingt die Flucht, und er plant ein Attentat auf Hynkel, bei dem dessen Palast gesprengt werden sollte. Die Person Schulz im Film betonte, dass nicht alle Deutsche hinter Hitlers Politik standen.

Komödie und anmutige Tricks verbinden sich in „Der große Diktator“ mit der Ernsthaftigkeit politischer Satire. Der bescheidene Friseur ähnelt eindeutig dem Tramp – dem geliebten Helden von Chaplins Stummfilmen. Bei einem Date mit Hannah kleidet er sich auch wie ein Tramp: eine Jacke, eine weite Hose, eine Melone, große Schuhe, ein Stock ... und die Juden im Film werden laut Filmkritiker Michael Wood „zur

kollektiven Personifikation von Little Tramp selbst, berührend, gerissen und der einzige normale Mensch in der Welt des Wahnsinns.“

Tramps Schnurrbart

Die Idee, einen satirischen antinazistischen Film zu drehen, bekam Chaplin einem berühmten britischen Regisseur, dem Juden Alexander Korda. Wahrscheinlich entstand die Idee aus den Ähnlichkeiten im Aussehen zwischen Chaplins Helden Tramp und Hitler, insbesondere wegen seines Schnurrbarts.

Während der Dreharbeiten bestanden weiterhin diplomatische Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, so dass die Veröffentlichung des Films ein ernsthaftes Problem darstellte. Der Historiker Dawn B. Sova stellt in seinem Buch „125 Forbidden Films“ fest, dass Filme in den Vereinigten Staaten zu dieser Zeit stark zensuriert wurden; viele wurden verboten oder gekürzt. Auch „Der große Diktator“ wurde attackiert. Nach Berichten in amerikanischen Zeitungen über Chaplins Absicht, Hitler zu parodieren, drohten deutsche Diplomaten in den USA dem Leiter der Verwaltung für die Kontrolle der Einhaltung der Filmproduktionsregeln, D. Brin, mit „schwerwiegenden Problemen und Komplikationen“. Aufrufe, Hitler nicht mit Angriffen von der Leinwand zu provozieren, kamen von einer Reihe von Politikern und Zensoren in den USA und Großbritannien. Auch die Hollywood-Studios wollten den deutschen Markt nicht verlieren.

Chaplin wurde unter Druck gesetzt, er erhielt sogar anonyme Drohungen, die Kinos würden mit Gasbomben bombardiert und auf Bildschirme würde man schießen. Als finanziell unabhängiger Filmemacher konnte Chaplin jedoch sein Recht auf künstlerische Freiheit verteidigen.

Es war eine sehr starke und würdige Tat Chaplins. Natürlich verstand er,

dass er große Probleme haben könnte. Er machte sich Feinde, die Nazis nahmen ihn auf die „jüdische schwarze Liste“. Er ging ein großes Risiko ein, als er etwa zwei Millionen Dollar in diese Produktion investiert hatte. Das Verbot des Films hätte ihn in den Bankrott geführt. Trotzdem glaubte er, dass er angesichts der Bedrohung für die Welt einen solchen Film einfach machen musste: „Hitler sollte lächerlich gemacht werden.“ In Amerika gab es damals kaum Informationen über den größten Nazi.

Die Premiere von „The Great Dictator“, Chaplins erstem Tonfilm, fand im Oktober 1940 in den USA statt. Er wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit und insbesondere in jüdischen Kreisen sehr gut aufgenommen und schnell populär. Vor den Kinos standen Warteschlangen. In Chaplins Heimat London wurde der Film im Dezember 1940 auf dem Höhepunkt der Bombenangriffe deutscher Flugzeuge gezeigt und verstärkte den kämpferischen Geist der Briten. Die Reaktionen der Filmkritiker waren jedoch sehr zweideutig: Von „einem Meisterwerk der Satire“ bis zu „Warum hat er sich in der Politik engagiert?“ war alles dabei.

Es gibt Hinweise darauf, dass Hitler den Film gesehen hat. Interessanterweise nannte er Chaplin einen der bekanntesten Schauspieler unserer Zeit. Danach jedoch wurde Chaplin für ihn eine verbotene Person in Deutschland.

In der UdSSR stand der Film während des Krieges kurz vor dem Start, aber Stalin behauptete, er habe geringe künstlerische Qualitäten. Wahrscheinlich schien ihm der Film als Bedrohung für sich selbst. Und obwohl Chaplins Werk in der UdSSR positiv bewertet wurde, dauerte es fast 50 Jahre bis nach der Premiere in den Vereinigten Staaten, bevor 1989, anlässlich des 100. Geburtstages Chaplins, die sowjetischen Zuschauer endlich den „Großen Diktator“ sehen konnten.

Wolken werden sich auflösen

Die letzte Rede des Barbiers alias Hynkel war bemerkenswert: „Ich möchte allen helfen: Juden, Benachteiligten, Schwarzen, Weißen... Es gibt für jeden einen Platz auf dieser Welt. Unsere Erde ist unermesslich groß, sie wird alle ernähren. Wir können frei und glücklich leben, nur haben wir bloß vergessen, wie das geht. Menschliche Seelen sind durch Gier vergiftet, die Welt ist voller Hass, der uns auf einen blutigen Weg treibt! Jetzt hört uns die ganze Welt, Millionen verzweifelter Männer, Frauen und Kinder, die Opfer eines Systems geworden sind, das menschliches Leben in Folter verwandelt und die Unschuldigen der Freiheit beraubt... verzweifeln sie nicht, wir werden diese Grausamkeit, Gier und Bosheit derer überwinden, die den menschlichen Fortschritt fürchten und zu behindern suchen. Hass wird vergehen, es wird keine Dik-

tatoren mehr geben, und ihre Macht wird in die Hände gewöhnlicher Menschen übergehen. Solange ein Mensch lebt, wird die Freiheit nicht sterben! Die Wolken werden sich auflösen... wir werden aus der Finsternis herauskommen.“

Eigentlich sind diese Worte vielmehr der Ausdruck Chaplins eigener Ansichten als eine Rede des Helden im Film. Dieses Finale war viel zu ernst und passte nicht zu einer Komödie. Später erzählte Chaplin, warum er den Film nicht mit einer lustigen Handlung, sondern mit einer ernsthaften politischen Rede beendete: „Ich konnte nicht anders... Auf keine andere Weise hätte ich das ausdrücken können, was in mir kochte... Ich wollte das Publikum aus dem Zustand verdammter Selbstgefälligkeit herausholen. Dies ist schließlich nicht nur ein weiterer Krieg. Der Sieg des Faschismus ist das Ende unserer Welt...“

Den Diktator demaskieren

Mit seiner Waffe – dem Lachen – kämpfte Chaplin gegen Diktatoren, entlarvte ihren Kult, zeigte, wie erbärmlich, wie nichtig diese von Größenwahn aufgeblasenen Personen waren, in niederen Gelüsten versinkend und das menschliche Leben missachtend. Später schrieb er in seiner Autobiographie: „Wenn ich über das wahre Grauen deutscher Konzentrationslager Bescheid gewusst hätte, hätte ich natürlich keinen ‚Diktator‘ machen können, ich hätte nicht über die Nazis lachen können, über ihre monströse Manie der Zerstörung.“

Der britische Biograf des Schauspielers, D. Robinson, hielt in seinem Buch „Charlie Chaplin. Leben und Werk“ fest: „Der Große Diktator“ bleibt ein einzigartiges Phänomen, ein epochales Ereignis in der Geschichte der Menschheit. Chaplin, der größte Clown und Favorit seiner Zeit, forderte jenen Mann unmit-

telbar heraus, der mehr als jeder andere in der modernen Geschichte Böses und Elend über die Menschheit brachte.“

Und noch etwas muss angemerkt werden: Entgegen der verbreiteten Meinung war Chaplin gar kein Jude. Bald nach dem „Großen Diktator“ zählten ihn die Nazis zu den Juden. Tatsächlich waren viele überzeugt, dass der Schöpfer des Films, der so gewaltig gegen die Unterdrückung der Juden auftritt, ein Jude sein muss. Aber nein. Chaplin formulierte es so: „Ich bin kein Jude, es ist kein Tropfen jüdischen Blutes in mir. Aber wenn ich es wäre, würde ich nicht daran denken, diese Tatsache zu verbergen. Darauf wäre ich stolz.“ Nur war es so, dass Chaplin klar sah, dass die Welt in bestialischem Antisemitismus versunken war, und er konnte dies nicht unerwähnt lassen, als Künstler und als Mensch.

Vom Bayerischen Viertel in Berlin über Schanghai bis nach Down Under

Zum 95. Geburtstag des jüdischen Fotografen Horst P. Eisfelder

Von Holger Eisfelder

In der Kufsteiner Straße im Berliner Stadtteil Schöneberg wurde am 14. November 1925 Horst P. Eisfelder als Sohn von Leopold Ludwig, genannt Louis, und Hedwig Eisfelder geboren. Seine Eltern erkannten schon früh, welches Unheil mit Hitlers Aufstreben und seiner Machtübernahme für die deutschen Juden im Reich heraufzog. Unbegreiflich war es für sie, als ihnen ihr Deutschsein abgesprochen wurde. Denn die Ahnenreihe der Eisfelders ist lang: unter anderem aus Bamberg und Burgpreppach stammten sie. Zu den Vorfahren zählt unter anderem der Rabbiner Israel Lichtenstätter, mit dem Horst Eisfelder über seine Urgroßmutter Caroline Lichtenstätter verwandt ist. Lichtenstätter hatte 1763 das erste jüdische Waisenhaus, die „Israelitische Waisenanstalt“ zu Fürth, gegründet.

Über die Weitsicht seiner Eltern schrieb mir Horst Eisfelder einmal: „Ich hatte das große Glück, dass meine Eltern die drohende Gefahr erkannt hatten, und sie wollten raus, egal, wohin...“ Weiter schilderte er mir über die Zeit bis zur Reichspogromnacht am 9. November 1938:

„Zur Zeit der großen Arbeitslosigkeit um 1931 hatte die Volksschule in Wilmersdorf vorgeschlagen, dass die Kinder, die noch in besseren Verhältnissen lebten, einen anderen Mitschüler jeden Wochentag zum Mittagessen einladen sollten. Somit kam ein anderer Junge aus der Klasse meines Bruders Erwin jeden Tag nach der Schule zu uns, um mit uns die Hauptmahlzeit am Mittag zu verzehren. Als dann im Januar 1933 die Nazis [an die Macht] kamen, war es dieser Junge, der etwa zwei Jahre lang unsere Gastfreundschaft genossen hatte, der [...] meinen Bruder verprügelte. [...] Es war so Mitte 1935, als die 10 jüdischen Schüler in meiner Klasse auf dem Nachhauseweg nach der Schule von einigen Mitgliedern der Hitlerjugend aus unserer Klasse angegriffen und weitgehend verletzt wurden. [...] Dann gab es unendliche Verbote [...], das Verbot, öffentliche Badeanstalten und Strandbäder, Kinos oder Theater zu besuchen. Juden durften keine PKW besitzen, dann wurden Telefone und Radios verboten. Der Besitz von Haustieren war verboten. [...] Weiterhin zeigte es sich ge-

legentlich, dass jede Art von Verbrechen gegen Juden, sei es Diebstahl, Verletzung oder Mord unbestraft blieb. Da wurde uns um 1937 unser Fahrrad gestohlen. Etwa ein Jahr später sah mein Vater einen Jungen mit unserem Rad. Er nahm den Jungen mit dem Rad zur Polizei, dort wurde ihm gesagt, dass ein Jude nicht das Recht hat, gestohlenen Gut von einem Arier zurückzuverlangen.“

Nach vergeblichen Versuchen, in die USA, nach Argentinien oder nach Costa Rica zu emigrieren, fasste vor Kriegsbeginn 1939 die Familie Eisfelder den Entschluss, nach Australien auszuwandern. Allerdings gab es auch dort keine Einreisegenehmigung. Eine solche war für Schanghai nicht notwendig, so dass Eisfelders sich mit dem Gedanken befassten, dorthin zu gehen. In Triest begannen sie, die Eltern mit ihren Söhnen Erwin und Horst, 1938 die einmonatige Überfahrt nach China. In ihrem Zufluchtsziel leistete die jüdische Gemeinschaft Schanghai in vielerlei Hinsicht Unterstützung. So eröffnete Familie Eisfelder das Café Louis, benannt nach dem väterlichen Rufnamen. Im Angebot befanden sich neben handgeschöpften Schokoladen und handgefertigten Torten auch herzhaftere Spezialitäten: auf einer Mittags- und Abendkarte standen Frankfurter Würstchen, Wiener Schnitzel, Sauerbraten und Sauerkraut. Bald kam „Berliner Weiße“ hinzu – eine Reminiszenz an den Heimatort, aus dem sie geflohen waren.

In dieser Zeit nahm auch die lebenslange Freundschaft Horst Eisfelders mit Michael W. Blumenthal, dem späteren Gründungsdirektor des Jüdischen Museums Berlin, ihren Anfang.

Er arbeitete zunächst ab 1940 in einer Schweizer Import- und Exportfirma, bevor er sich ein Jahr später professionell der Fotografie zuwandte. Bereits in Berlin war er dem Suchen geeigneter Motive nachgegangen, um sie mit seiner kleinen Kamera festzuhalten. Einige seiner bedeutendsten Schanghai Exilfotos hatte er schon 1938 aufgenommen. 1944 begann Horst Eisfelder seine Fotografienlehre. Seine Fotografien erschienen später unter anderem in „The Age“ und in „Le Monde“, zudem illustrierte sie zahlreiche andere Zeitungen, Bücher und Zeitschriften wie auch Dokumentarfilme.



Mit Blick auf die Schoa erinnert er, der 1945 die Bombenangriffe auf Schanghai erlebte: „In Schanghai hatten wir die schrecklichste Zeit der Menschheitsgeschichte überleben können“. Die Übersiedlung nach Australien erfolgte 1947. Dort traf er zehn Jahre später seine Frau Greta, die er 1958 heiratete und mit der er Söhne, Rodney und Kevin, hat. 1972 begann er, seine Erinnerungen an die Zeit in Schanghai mit Schreibmaschine aufzuschreiben: 2003 kam der Band „Chinesische Exile: My Years in Shanghai and Nan-king“, 2009 erschien die deutsche Ausgabe.

In seinem Leben hat Horst Eisfelder das Erinnern an die Schoa erhalten und gefördert – in Gesprächsrunden und Vortragsveranstaltungen, in Interviews und

Ausstellungen, in der ZDF-Fernsehdokumentation „Flucht nach Shanghai. Als Fotograf im Ghetto“ und auch in seinem Buch. Unermüdlich ist er auch noch im hohen Alter, was dieses Gedenken an das Leben und den Tod von sechs Millionen Ermordeten, zu denen viele seiner eigenen Angehörigen zählen, und den Werdegang der Emigranten betrifft. Auch und gerade um die bundesdeutsche Gesellschaft hat er sich mit diesem Bewahren eines historischen Gedächtnisses verdient gemacht.

Horst P. Eisfelder begeht am 14. November 2020 seinen 95. Geburtstag.

Lieber Horst, mein Freund, mein Namensvetter, mynamesake:

Allet Jute ooch zum Jeburtstach, ick jratulier und wünsch da allet Liebe, bleb jesund und munta.

Auswandern? Wenn ja: wohin (Teil 3/3)

Nicht nur die Juden, sondern auch jeder zweite nicht-jüdische Bundesbürger hat besonders in dieser Zeit schon einmal über Auswanderung nachgedacht. Wir präsentieren Auswanderungsziele, in denen attraktive deutschsprachige und jüdische Infrastrukturen existieren.

Von Björn Akstinat

Viele haben nicht die Chance, ihr Auswanderungsziel frei zu wählen, weil sie von ihrem Arbeitgeber ins Ausland geschickt werden oder nur in einem bestimmten Land eine passende Arbeitsstelle finden. Andere jedoch können und wollen zwischen mehreren Auswanderungszielen abwägen und denken sehr langfristig. Sie möchten für sich, ihre Kinder und ihre Enkel auf Dauer eine neue geeignete Heimat finden ... und das will wohlüberlegt sein.

Alle Studien und Beobachtungen zeigen: Auch bei Auswanderern gilt langfristig nahezu immer der Grundsatz „Gleich und Gleich gesellt sich gern!“. Man sucht gerade im Ausland oft die Nähe zu Menschen mit gleicher Sprache und Kultur, um unkompliziert Erfahrungen und Ratschläge auszutauschen oder um Bräuche und Glaube gemeinsam pflegen zu können.

Deshalb werden in diesem Artikel nur Länder als Auswanderungsziele vorgestellt, in denen bereits eine nennenswerte Zahl an Deutschsprachigen lebt, an die neue Auswanderer andocken können.

Österreich, Luxemburg und die Schweiz bleiben verständlicherweise unberücksichtigt, weil sie Deutschland kulturell sehr ähneln und den Deutschen durch Reisen und Ausflüge meist schon gut bekannt sind. So gestaltet sich ein Umzug dorthin als die unproblematischste Art der Auswanderung ohne großen Beratungsbedarf.

Die hier mit Kurzporträts vorgestellten Länder werden nach folgenden Kriterien bewertet:

* medizinische Versorgung und Pflege auf Deutsch (z.B. Ärzte/Altersheime)

* deutschsprachige Kultur- und Freizeitangebote (Theateraufführungen, Filmvorstellungen, Konzerte, Büchereien, Sportvereine, Chöre oder andere regelmäßige Feierlichkeiten)

* deutschsprachige Medienangebote (Zeitungen, Zeitschriften, Internetportale, Radio- oder Fernsehsendungen in Deutsch)

* deutschsprachige Seelsorge (deutschsprachige Gemeinden)

* deutschsprachige Bildungs- und Erziehungsangebote (Kindergärten, Schulen, Hochschulen)

* Verfügbarkeit deutscher Lebensmittel und sonstiger Produkte bzw. Dienstleistungen (deutsche Gaststätten, Lebensmitteläden, Bäckereien, Buchhandlungen, Handwerker)

* Offenheit für deutschsprachige Neuwanderer, Rechtssicherheit, Lebenshaltungskosten

Maximal können sieben Sternchen vergeben werden.

Auf die Bedürfnisse von deutsch-jüdischen Auswanderern wird in einigen Länderporträts besonders eingegangen.

Nachdem in den vorherigen Ausgaben die Situation in Argentinien bis Paraguay dargestellt wurde, werden in diesem dritten und letzten Teil der Artikelserie folgenden Länder behandelt:

Polen *****

Die Deutschstämmigen sind die mit weitem Abstand größte Minderheit unseres östlichen Nachbarlandes. Von den schätzungsweise rund 300.000 Deutsch-Polen leben die meisten in Oberschlesien und im Bezirk Ermland-Masuren. In einigen Ortschaften – besonders um die Stadt Oppeln – liegt ihr Anteil so hoch, dass dort zweisprachige Ortsschilder aufgestellt wurden

und Deutsch als zweite Amtssprache gilt. Oppeln ist auch der Sitz des Zentralverbandes der deutschen Minderheit sowie der bedeutendsten deutschsprachigen Medien des Landes: einer Wochenzeitung (www.wochenblatt.pl), eines Wirtschaftsmagazins (www.polenjournal.de) und sogar einer Fernsehsendung (www.wochenblatt.pl/medien/tv). Eine Schule mit komplett deutschsprachigem Unterricht existiert in Warschau. Schulen mit verstärktem Deutschunterricht findet man in vielen Orten – auch in der Provinz. Eine Besonderheit in Schlesien ist das Netzwerk deutschsprachiger Fußballschulen unter der Schirmherrschaft des deutsch-polnischen Fußballspielers Miroslav Klose. Die Sprache Goethes ist in Polen äußerst beliebt. In keinem anderen Land der Welt lernen mehr Schüler Deutsch als Fremdsprache. Das heißt: Die Eröffnung einer privaten Sprachschule wäre für Neu-Einwanderer aus der Bundesrepublik eine überlegenswerte Geschäftsidee. In einigen Fächern ist auch nach der Schule eine akademische Ausbildung auf Deutsch möglich. So werden beispielsweise deutschsprachige Studiengänge in Betriebswirtschaft, Informatik und Rechtswissenschaft angeboten.

Die Zahl der polnischen Bürgerjüdischen Glaubens liegt bei etwa 10.000. Rund 10 % davon sprechen noch Jiddisch. Deshalb erscheint in Warschau auch eine der letzten Zeitschriften Europas mit jiddischsprachigem Inhalt (<https://alt.juedischerundschau.de/dos-jidische-wort-die-stimme-der-polnischen-juden-135910800>). Viele jüdische Gemeinden und Synagogen warten auf eine Wiederbelebung.

Rumänien *****

Die Deutschen in Rumänien sind eine absolute Besonderheit. Sie sind nicht nur die älteste deutsche Minderheit außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachraums, sondern auch eine der fortschrittlichsten.

Über 20 Synagogen stehen den Gläubigen in Budapest zur Verfügung. Die „Große Synagoge“ im Stadtteil Pest ist die größte Synagoge von ganz Europa.

Ab 1150 siedelten die ersten Deutschen an den Karpaten und gründeten Städte wie Hermannstadt/Sibiu oder Kronstadt/Brasov. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts lebten rund 800.000 von ihnen in Rumänien. Nach 1945 kehrten die meisten nach Deutschland zurück, um den Repressalien und dem Elend des Kommunismus zu entfliehen. Doch einige hielten durch. Bis heute leben rund 40.000 Rumäniendeutsche im Land – hauptsächlich in Siebenbürgen, im Banat und um die Stadt Sathmar im Nordwesten. Auch wenn sie nun eine relativ kleine Gruppe sind, haben sie enormen Einfluss und genießen hohes Ansehen. Mit Klaus Johannis stellen sie nicht nur den Staatspräsidenten, sondern unterhalten eine beeindruckende Infrastruktur mit mehreren deutschsprachigen Zeitungen (z.B. www.adz.ro und www.hermannstadter.ro), Radioprogrammen, Fernsehsendungen, Vereinen, prunkvollen Kirchen, einzigartigen Kirchenburgen, Theatern, Buchhandlungen, Schulen, Studiengängen und einer eigenen Partei. Ihre deutschen Schulen, die teils eine über 600-jährige Tradition vorweisen können, haben oft



Deutsche evangelische Kirche in Kapstadt (Südafrika) – Quelle: IMH

ein höheres Niveau als vergleichbare in der Bundesrepublik. Das im 19. Jahrhundert gegründete Nikolaus-Lenau-Lyzeum in Temschwar brachte beispielsweise gleich zwei Nobelpreisträger hervor – einerseits Stefan Hell (Physik-Nobelpreis 2014) und andererseits Herta Müller (Literatur-Nobelpreis 2009). Da die Deutschen schon immer zur Bildungselite Rumäniens gehörten, wird an dortigen Universitäten häufig auch in der Sprache Goethes unterrichtet. In keinem anderen Staat außerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz kann man so viele unterschiedliche Fächer auf Deutsch studieren. Wer sich über die vielfältigen Angebote informieren will, kann eine Übersicht im Buch „Deutschsprachige Studienangebote weltweit“ finden. Dass die Rumäniendeutschen die einzige deutschsprachige Tageszeitung Osteuropas besitzen und ihre TV-Sendun-

Landkreise haben vielerlei Sonderrechte und werden von der Bundesrepublik besonders bezuschusst. Ihre Infrastruktur ist daher besser als die anderer ländlicher Regionen. Auch in deren Umgebung ist der Anteil Deutschstämmiger an der Gesamtbevölkerung recht hoch, da nach der Auflösung der etwa 20 Jahre lang existierenden autonomen deutschen Wolgarepublik im August 1941 durch Stalin die meisten Deutschen nach Sibirien deportiert wurden. Der vorherrschende Erwerbszweig der zwei deutschen Landkreise ist die Landwirtschaft. Sie bietet derzeit allgemein große Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in der Russischen Föderation und zieht dadurch zunehmend deutsche Neu-Einwanderer ins Land. Einer der bekanntesten von ihnen ist Stefan Dürr aus Baden, der Anfang der 90er-Jahre ein Agrarunternehmen in Südwestrussland gründete und zum größten Milchbauern des Landes aufstieg. Im Königsberger Gebiet haben Russlanddeutsche keine Sonderrechte, aber zahlreiche eigene Institutionen wie das deutsche Kulturzentrum und eine riesige evangelische Kirche. Die größte Bäckereikette des Gebietes heißt „Königsbäcker“ und auch die bedeutendste regionale Biermarke trägt einen traditionellen deutschen Namen – und zwar „Ostmark“. Außerdem erscheint in Königsberg/Kalinigrad die von einem russisch-jüdischen Ehepaar seit 1993 herausgegebene deutschsprachige Monatszeitung „Königsberger Express“. Sie ist wie die in der Hauptstadt erscheinende zweiwöchentliche „Moskauer Deutsche Zeitung“ eine hervorragende Informationsquelle für alle, die eine Einwanderung planen (www.koenigsberger-express.com und www.mdz-moskau.eu). Das Ansehen der alteingesessenen Russlanddeutschen und deutscher Neuzuzügler ist mittlerweile sehr gut. Aus Kriegszeiten herrührende Ressentiments sind kaum noch zu spüren. So wurde zum Beispiel der Russlanddeutsche Herman Gräf zum Wirtschaftsminister und zum Vorstandsvorsitzenden der führenden Sberbank ernannt. Deutsch gehört zu den beliebtesten Fremdsprachen. Produktbezeichnungen in der Sprache Goethes wirken verkaufsfördernd. Viele alte deutsche Ortsnamen werden heute von Russen selbst verwendet. Kaum ein Russe zuckt mit der Wimper, wenn jemand Königsberg statt Kaliningrad oder Cranz statt Selenogradsk sagt. Am Ortseingang des alten ostpreußischen Ostseekurortes Cranz/Selenogradsk haben die Bürger vollkommen freiwillig ein

zweisprachiges Ortsschild aufgestellt, ohne dass es dafür irgendeine gesetzliche Verpflichtung gäbe.

Sogar die neu entstandene jüdische Gemeinde Königsbergs (sie war früher nach Berlin und Breslau die drittgrößte Gemeinde Deutschlands) ist sehr deutschfreundlich. Man will an die Tradition der Vorkriegszeit anknüpfen, hat erst vor kurzem die alte Synagoge der Stadt (1896 im Kaiserreich eingeweiht) fast 1:1 wiederaufgebaut und freut sich über Gäste oder Neu-Mitglieder aus der Bundesrepublik. Der Gemeindevorsteher spricht gut Deutsch und hat auch schon in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU publiziert.

Spanien *****

In Spanien gibt es keine traditionelle deutsche Minderheit. Doch in einigen Küstengebieten und auf bestimmten Touristeninseln leben mittlerweile Deutsche und Deutschstämmige seit mehreren Generationen. Sie haben eine eigene Infrastruktur aufgebaut, die kaum Wünsche offenlässt. Deutsche Gaststätten, Kirchengemeinden, Ärzte, Schulen, Bäckereien, Radioprogramme oder Zeitungen – alles ist vorhanden! Besonders auf Mallorca ist dies der Fall. Dort wohnen mittlerweile rund 30.000 Deutsche dauerhaft. Einige von ihnen wurden schon auf der Insel geboren. In Spanien ist die Zahl der deutschsprachigen Zeitschriften und Zeitungen besonders groß. Allein auf Mallorca erscheinen zwei große Wochenzeitungen für deutsche Urlauber und Residenten. Einen Überblick über alle Titel verschafft das „Handbuch der deutschsprachigen Presse im Ausland“.

Seit 1971 besteht wieder eine kleine jüdische Gemeinde in Palma de Mallorca, die erste seit der spanischen Inquisition. Die Gemeinde wurde vom deutschen Juden Dr. Werner van der Zyl aus Westfalen gegründet. Er starb 1984 auf der Insel. Drei Jahre nach seinem Tod konnte eine Synagoge in der Calle Monseñor Palmer eingeweiht werden. Der jüdische Friedhof befindet sich etwa 16 km östlich der Stadt in Santa Eugenia. Heute leben auf den Balearen schätzungsweise 1.500 jüdische Personen. Die Gemeindeglieder stammen aus unterschiedlichen Nationen, darunter auch aus Deutschland. Mehr dazu in diesem Artikel der deutschsprachigen „Mallorca-Zeitung“: www.mallorcazeitung.es/leben/2019/03/03/juden-mallorca-unsichtbare-geschichte/66389.html.

Südafrika *****

Deutsche leben bereits seit über 350 Jahren im Gebiet des heutigen Südafrikas. Sie gründeten eigene Ortschaften wie Hermannsburg oder ließen sich auch in Ballungszentren wie Johannesburg, Pretoria, Durban und Kapstadt nieder. In allen größeren Städten existieren deutsche Kirchengemeinden und Schulen. Die Zahl der Menschen in Südafrika, die gegenwärtig Deutsch als Mutter- oder Fremdsprache sprechen, dürfte bei etwa 200.000 liegen. Sie ist in den letzten Jahrzehnten gesunken, da viele Deutschstämmige aufgrund der schlechten Sicherheitslage und ungewissen Zukunftsaussichten seit dem politischen Umbruch in den 1990er Jahren wieder in ihre alte Heimat zurückkehrten. Ein sicheres und weitgehend unbeschwertes Leben ist mittlerweile fast nur noch an der Südküste und in kleineren Siedlungen möglich – beispielsweise im bis heute sehr deutsch geprägten Hermannsburg bei Durban. Das Betreten der Stadtzentren nördlicher Metropolen wie Johannesburg (größte Stadt des Landes) und Pretoria (Hauptstadt) ist mittlerweile sehr gefährlich.

Deshalb mussten bereits jüdische und deutsch-evangelische Gemeinden aus den Innenstädten an die Stadtränder ziehen. Die Kontaktadressen passender Gemeinden für deutsche Auswanderer listet das „Handbuch der deutschsprachigen Presse

im Ausland“ auf. Die Firma DEUKOM in Kapstadt bietet seit Jahrzehnten einen besonderen Dienst an: Deutschsprachige in Südafrika und Namibia können über sie die kompletten Programme aller deutschen TV-Sender empfangen (sogar inklusive aller Sportsendungen und Spielfilme). Das gab und gibt es in dieser Form sonst nirgendwo außerhalb Europas. Auch wenn die Infrastruktur für Auswanderer vielerorts noch gut ist, so reicht es in Anbetracht der momentanen Sicherheitslage nur für sechs von sieben Sternchen.

Tschechische Republik *****

Unser östliches Nachbarland ist uns nicht nur geographisch nah, sondern auch kulturell. Das trifft insbesondere auf die Randgebiete der Tschechischen Republik zu, die bis zum Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wurden. Einige nordböhmische Orte, deren deutsche Namen nach 1945 kaum abgeändert wurden – wie beispielsweise Rumburk (deutsch = Rumburg) oder Varnsdorf (Warnsdorf) – erinnern daran. Mehrere zehntausend Deutschstämmige wurden nach dem Kriegsende nicht vertrieben und leben noch immer dort. Ihre Vereine und Begegnungszentren haben einen eigenen Dachverband, der auch eine informative Zeitschrift zu Kultur, Wirtschaft und Politik herausgibt (www.landesversammlung.cz). Besonders viele Deutsche leben im Norwesten in den Regionen um Karlovy Vary (Karlsbad) und um Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe). Neben dem Sudetenland waren früher auch die Großstädte Böhmens und Mährens weitgehend deutsch geprägt. In Prag, Pilsen oder Brünn sprachen die Bildungsbürger und die jüdischen Einwohner fast ausnahmslos Deutsch. Davon zeugen auf Häuserwänden der tschechischen Hauptstadt noch viele übriggebliebene gemalte deutschsprachige Straßennamen aus der Vorkriegszeit. Wer die beeindruckende Jerusalem-Synagoge im Prager Zentrum besucht, wird dort ebenfalls einige Schriftzüge in deutscher Sprache entdecken (www.synagogue.cz). Auch wenn man in dieser Synagoge und auf den Straßen der Tschechischen Republik kaum noch Deutsch hört, ist die Verbreitung von Deutsch als Fremdsprache enorm. Machen Sie den Test! Sprechen Sie einmal einen Tschechen an! Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Sie sich mit ihm in Ihrer Muttersprache unterhalten können.

Ungarn *****

In Ungarn lässt es sich gut leben. Viele deutschsprachige Menschen und Kulturangebote sowie niedrige Steuern und Lebenshaltungskosten tragen dazu bei. Deutsche Touristen, Investoren und Auswanderer kommen deshalb in großer Zahl ins Land.

Die ersten Deutschen kamen bereits vor vielen hundert Jahren. Zur alteingesessenen deutschen Minderheit, die größtenteils aus verbliebenen Donauschwaben besteht, gehören etwa 200.000 Menschen, von denen rund 50 Prozent bis heute ihre Muttersprache beherrschen. Noch weitaus höher ist die Zahl der Ungarn, die Deutsch als Fremdsprache sprechen: Sie liegt bei über 1,5 Mio. Menschen. Die Minderheit lebt in verschiedenen Regionen. Städte mit einem nennenswerten Anteil von Deutschstämmigen sind beispielsweise Fünfkirchen/Pécs und Frankenstadt/Baja im Südwesten sowie Werischwar/Pilisvörösvár bei Budapest und Ödenburg/Sopron an der Grenze zu Österreich. In den beiden letztgenannten gibt es für sie sogar zweisprachige Orts- und Straßenschilder. Von der Minderheit werden zahlreiche Kulturzentren, Schulen, Kindergärten, ein deutsches Theater in Sepsárd/Szekszárd und übergeordnete Verbandsinstitutionen in Budapest (www.zentrum.hu) betrieben. Wie minderheitenfreundlich Ungarn nach der Wende gewor-



Deutschsprachige Zeitungen in den USA – Quelle: IMH

den ist, zeigt sich unter anderem daran, dass die Deutschen seit neuestem einen eigenen Abgeordneten ins Parlament entsenden dürfen und dass vor einigen Jahren ein spezieller Gedenktag für die Vertreibung vieler Donauschwaben nach 1945 eingerichtet wurde – der erste und bislang einzige Tag zum Gedenken an die gewaltsame Vertreibung der Deutschen in einem osteuropäischen Staat.

Für Angehörige der Minderheit, für Neu-Einwanderer, Geschäftsleute und Urlauber entstand in den vergangenen Jahrzehnten eine außerordentlich vielfältige deutschsprachige Medienszene mit rund 100 Zeitschriften und Zeitungen sowie Radioprogrammen und regelmäßigen Fernsehsendungen. Allein in Budapest erscheinen zwei Wochenzeitungen auf Deutsch. Mehr Infos dazu bietet das Nachschlagewerk „Handbuch der deutschsprachigen Presse im Ausland“. Neben dem enormen Medienangebot, das Neulingen hilft, Schwierigkeiten mit der ungarischen Sprache zu überbrücken und das Land zu verstehen, existieren ebenfalls außergewöhnlich viele deutschsprachige Studiengänge – von Betriebswirtschaft über Pädagogik bis hin zu Zahnmedizin. In Budapest sitzt sogar die einzige vollständig deutschsprachige Hochschule außerhalb des deutschen Sprachraums, die Andrassy-Universität.

In Osteuropa haben Juden immer stark zur Verbreitung der deutschen bzw. jiddischen Sprache beigetragen. Auch wenn das jüdische Leben in Ungarn mittlerweile nicht mehr auf Deutsch stattfindet, so ist es dennoch äußerst lebendig. Es ist keinen Einschränkungen unterworfen und wird staatlicherseits gefördert. Jüdische Symbole können in der Öffentlichkeit ohne Angst getragen werden. Heute leben im Land der Magyaren über 100.000 Juden. Die jüdische Gemeinde Budapests ist die größte Osteuropas. Über 20 Synagogen stehen den Gläubigen in Budapest zur Verfügung. Die „Große Synagoge“ im Stadtteil Pest ist eine einzigartige Sehenswürdigkeit und die prächtigste sowie größte Synagoge in ganz Europa.

USA *****

Die über 50 Mio. Deutschstämmigen in den USA sind die größte ethnische Gruppe des Landes – weit vor den Amerikanern mit irischen, mexikanischen oder englischen Wurzeln. Etwa 10 Prozent der Deutschamerikaner – zu denen u.a. auch Sandra Bullock, Leonardo DiCaprio, Henry Kissinger und Kirsten Dunst gehören – sprechen oder verstehen noch Deutsch. Sie haben entscheidend zu Amerikas Aufstieg zur Weltmacht beigetragen und sind ein gutes Beispiel dafür, wie deutsche Auswanderer weltweit den Fortschritt ankurbelten. Deutsche Gemeinschaften oder Minderheiten im Ausland stellen eine Besonderheit dar,

weil sie das Wohlstands- und Entwicklungsniveau anderer Länder nie gesenkt, sondern immer angehoben haben. Oft wurden deutsche Siedler aufgrund ihres guten Rufs extra angeworben. In den Vereinigten Staaten findet man Deutschamerikaner heute überall – aber im Mittleren Westen treten sie besonders konzentriert auf. Ihr Bevölkerungsanteil liegt beispielsweise in Wisconsin, Süd-Dakota und Nord-Dakota bei rund 50 Prozent. Nicht ohne Grund trägt die Hauptstadt von Nord-Dakota den Namen „Bismarck“. In den Bundesstaaten Pennsylvania, Ohio oder Indiana hört man Deutsch nicht selten auf den Straßen. Die dort lebenden Amischen, die ursprünglich aus Südwestdeutschland einwanderten, benutzen ihre althergebrachte Muttersprache noch ganz selbstverständlich im Alltag.

Als Interessenvertretung der Deutschstämmigen im Land versteht sich der Deutsch-Amerikanische Nationalkongress (www.dank.org) in Chicago. Er setzte sich u.a. erfolgreich für die Einführung eines offiziellen deutsch-amerikanischen Feiertages ein, der seit den 1980er Jahren alljährlich am 6. Oktober – oft mit Beteiligung des US-Präsidenten – begangen wird und an die Ankunft der ersten deutschen Einwandererfamilien am 6. Oktober 1683 erinnert. Wer andere Deutsche treffen möchte, muss nur die deutschen Gaststätten, Klubs, Vereine, Kirchengemeinden und Feste im ganzen Land besuchen. Die Adressen stehen in den vielen deutschsprachigen Zeitschriften und Zeitungen, die zwischen Ost- und Westküste herausgegeben werden. Welch lange Tradition die deutsche Kultur in den USA hat, lässt sich unschwer daran erkennen, dass dort die weltweit älteste deutschsprachige Wochenzeitung erscheint. Investoren, die deutsche Presseverlage übernehmen oder sich daran beteiligen, kommen übrigens leichter an eine US-Aufenthaltsgenehmigung. Bis vor wenigen Jahren publizierte eine New Yorker Redaktion sogar noch eine jüdische Zeitung auf Deutsch. Sie ist an den amerikanischen Kiosken nicht mehr erhältlich, dafür aber zahlreiche jiddische Druckmedien (www.wina-magazin.at/lesen-in-mameloshn). Ganze New Yorker Stadtteile werden von jiddischsprachigen Juden bevölkert. Sie haben viele eigene Institutionen – darunter ein Theater (www.nytf.org), dessen Aufführungen auch Deutschsprachige verstehen können. Nähere Auskünfte über das reiche deutsch-jüdische Kulturleben in den USA kann das Leo-Baeck-Institut in New York (www.lbi.org/de) erteilen.

Der Artikel stammt von der Nachrichtenagentur der Internationalen Medienhilfe (IMH). Falls Sie weitere Informationen zu deutschsprachigen Institutionen, Medien oder Studienangeboten im Ausland benötigen, können Sie sich unter info@medienhilfe.org an die IMH wenden.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung unbegriffen) vierteljährlich:
I. durch die Expedition
a) in Berlin — 90 Mark, b) nach auswärts 1,— Mark, c) für das Ausland 1,50 Mark.
II. im Postabonnament 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

☆ Organ ☆
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. O. m. b. H., Berlin N. 64, Auguststr. 40a.
Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N.W. 62, Moltkebrunnstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 45 Berlin, 12. Cheschwan 5666 — 10. November 1905 X. Jahrgang

Inhalt*

Wehrt Euch!

Mitteilungen des Zentralbureaus

Verband der deutschen Juden

Herzlbund

I. Von Jehudah
II. Von Leopold Lesser

Rotkäppchen, der Wolf
und das Kammergericht

Aus der Bewegung

Köln. — Scheffelblocks. — Berlin.
Berlin. Königsberg i. Pr. Filehne.
Hamburg. Frankfurt a. M. Strassburg.

Rundschau

Aus Russland
Aus Oesterreich
Die Juden in Rumänien
Ein offener Brief
Antisemitenwirtschaft in Dresden.
Israelitische Gesellschaftsreise
SCHLEMIEL vor Gericht
Kleine Mitteilungen

Berichtigung

Verein für jüdische
Geschichte und Literatur

Briefkasten der Redaktion

Nationalfond

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Gründet überall Share-Klubs!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND
NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Wonder Woman: Superkräfte durch ein jüdisches Dankes-Gebet

Die Schauspielerin Gal Gadot, Israels „Wonder Woman“, glaubt daran, dass ihre „Superkräfte“ für ein erfülltes Leben aus einem alten jüdischen Gebet hervorgehen.

Von David Lazarus (Israel Heute)

Gadot hat sich nie geschämt, über ihre jüdisch-israelische Identität zu sprechen, darüber, wie ihr Großvater, der den Holocaust überlebt hat, ihr Leben beeinflusst hat, oder sich mit Antisemitismus auseinandersetzen. Aber in ihrem jüngsten Interview mit der Zeitschrift Vanity Fair war es erfrischend zu hören, wie eine der anerkanntesten und wohlhabendsten Frauen der Welt zugab, dass ihr Glück aus dem Gebet kommt.

„Ich sage jeden Morgen danke“, sagte Gadot. „In der jüdischen Kultur gibt es ein Gebet, das man jedes Mal sagen sollte, wenn man morgens aufwacht, um Gott dafür zu danken, dass er einen am Leben erhält... Man sagt ‚modeh ani‘, was bedeutet ‚Ich danke dir‘. Also wache ich jeden Morgen auf und stehe aus dem Bett und sage: ‚Danke für alles, danke, danke, danke, danke, danke‘. Nichts ist selbstverständlich.“

Gadot bezieht sich auf „Modeh Ani“, das traditionelle jüdische Gebet, das jeden Tag rezitiert wird, sobald man aufwacht. Aus dem Hebräischen übersetzt lautet das Gebet:

„Ich danke Dir, lebender und ausdauernder König, denn Du hast gnädigerweise meine Seele in mir wiederhergestellt. Groß ist Dein Vertrauen (in mich).“

Wie viele von uns wachen mit dem ersten Wort auf den Lippen auf: „Danke“? Vielleicht einige, aber wenn wir ehrlich sind, werden die meisten von uns eine Tasse Kaffee trinken und unsere Facebook-Seite und E-Mails überprüfen, bevor wir überhaupt etwas sagen!



Gal Gadot ist derzeit die berühmteste israelische Schauspielerin.

Wie würde sich unser Leben verändern, wenn wir jeden Tag mit einem „Danke“ an Gott beginnen würden? Was würde passieren, wenn wir, statt mürrisch aufzuwachen, jeden Tag mit Dankbarkeit für die Chance

beginnen würden, noch weitere 24 Stunden zu leben?

Es ist auch interessant, dass modeh auch „zugeben“ oder „bekennen“ bedeuten kann. Hinter der Bedeutung des hebräi-

schen Wortes für Dankbarkeit verbirgt sich der Gedanke, zu bekennen oder anzuerkennen, dass wir in unserem Leben völlig von Gott abhängig sind. Wir danken Ihm dafür, dass er „unsere Seele wiederhergestellt“ oder uns den Lebensatem gegeben hat, um aufzustehen und einen weiteren Tag zu leben. Dankbarkeit erfordert Demut, um zuzugeben, dass wir unser Leben nicht völlig in unserer Hand haben, sondern von jemand Größerem abhängig sind.

Modeh ani ist die Erkenntnis, dass wir in Gottes Hand sind. Das Gebet schließt mit „Groß ist dein Vertrauen“, ein Dank an Gott, dass er uns vertraut, an einem neuen Tag in seinen Wegen zu gehen.

Dieses uralte und schöne Morgengebet zu sprechen oder zu singen, wie es viele Juden jeden Tag tun, wird uns nicht nur helfen, für unser Leben und all die vielen Segnungen, die wir erfahren, dankbar zu sein, sondern auch zu lernen, nichts für selbstverständlich zu halten. Das Leben zu lieben und es in vollen Zügen zu leben.

Der Talmud geht so weit zu sagen, dass im kommenden Leben jeder „Rechnenschaft ablegen muss über alles Gute, das er in diesem Leben genossen haben könnte, es aber nicht getan hat“. Sich nicht an dem Leben, das Gott uns geschenkt hat, zu erfreuen und es zu schätzen, ist ein Zeichen von Undankbarkeit.

In einer Welt, in der so viele Hollywood-Stars mit Depressionen und Drogensucht zu kämpfen haben, liebe ich es, dass Israels „Wonder Woman“ die jüdische Tradition gelernt hat, dass der wahre Weg zum Glück darin besteht, Gott jeden Tag als Erstes zu danken.

Wie die Juden ab 1787 zu deutschen Familiennamen kamen

Der österreichische Kaiser Joseph II. hat zum Zwecke der Zentralisierung seines riesigen Habsburger Reiches die Familiennamen standardisiert. Der Monarch ist dafür verantwortlich, dass noch heute ein großer Teil der Juden weltweit deutsche Nachnamen trägt.

Von Dr. Stefan Winckler

Joseph II. (1741-1790) ist als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches bekannt, aber seine tatsächliche Herrschaft beschränkte sich auf die Hausmacht in den habsburgischen Ländern Österreich, Ungarn, Böhmen und Galizien. Als Vertreter des aufgeklärten Absolutismus konnte er jene „modernen“ Regelungen in Gang setzen, die unter seiner frommen Mutter Maria Theresia nicht möglich waren: verschiedene Toleranzedikte für Protestanten und Orthodoxe (aber keine Gleichstellung!), und auch eine stärkere Integration der Juden in Staat und Gesellschaft. Bisher lebten Juden am Rande der Gesellschaft, ihre Bildung war oftmals niedrig. Ab dem 2. Januar 1782 genossen sie in Wien und Niederösterreich wirtschaftliche Freiheiten und hatten ihre Kinder in die deutschsprachige Schule zu schicken (wenn sie keine eigene hatten, war das eine christliche Schule).

Ursprünglich trugen die Juden West- und Mitteleuropas keine festen Familiennamen. Vielmehr hatten sie einen Vornamen, dem der Zusatz ben und der Vorname des Vaters angehängt war. Eine Ausnahme in der frühen Neuzeit galt lediglich in Prag, wo fast die Hälfte aller jüdischen Nachnamen von böhmischen oder mährischen Ortsbezeichnungen abgeleitet war, z.B. Kisch oder Brandeis. Diese alte Praxis des Vornamens in Verbindung mit dem Vaternamen änderte sich zuerst in den habsburgischen Gebieten, von denen insbesondere Galizien eine recht hohe jüdische Besiedlung aufwies.

Ab dem 23. Juli 1787 mussten sich die Juden für einen festen Familiennamen entscheiden, der – bei angedrohter Strafe – nicht mehr geändert werden konnte: „Weil es nothwendig ist, daß sie sich an einen bestimmten Namen gewöhnen und mit demselben sich auch immer unterfertigen [unterschreiben, ausweisen]“. Anhand einer alphabetischen Namensliste suchten sie sich den Namen selbst aus, den der zuständige Beamte allerdings genehmigen musste – und auch ablehnen konnte. Dafür hatten sie eine Gebühr zu entrichten. Wer diese nicht zahlen konnte oder den Namenswechsel verweigerte, dem teilten die Beamten einen Namen zu, der in manchen, eher seltenen Fällen beleidigend oder abwertend war (Trinker, Bettelarm, Maulwurf, Wanzreich). Im Ganzen betrachtet, waren Familiennamen oft mit positiven Eigenschaften verbunden: Redlich und Ehrlich beispielsweise. Rabbiner hatten wie christliche Pfarrer ein Standesbuch zu führen, in dem sie Trauungen, Geburten und Sterbefälle archivieren.

Es wird nicht überraschen, dass ein gewählter Familienname häufig von der entsprechenden Berufsbezeichnung abgeleitet war. Andere Namen bezogen sich auf Eigenschaften, wie freundlich und rechtschaffen.

Oft waren die Familiennamen aus zwei Teilen zusammengesetzt: An erster Stelle stand z.B. eine Metallbezeichnung wie Gold oder Silber, eine gute Eigenschaft wie „fein“ oder „schön“, eine Farbe (Schwarz, Grün), ein Begriff aus der Flora (z.B. Korn, Rose), ein auf Himmel bezogener Name

(Stern), oder eine Eigenschaft (klein, groß). Der zweite Teil war gelegentlich topografisch bestimmt (-thal, -berg, -dorf) oder wiederum auf Pflanzen bezogen: -baum.

In Ungarn nahmen die Juden zuerst deutsche Namen an, die sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Eindruck des ungarischen Nationalismus durch magyarisches Namen ersetzten (z.B. „Schwarz“ wandelte sich durch wörtliche Übersetzung in „Fekete“).

Wie lässt sich Josephs Verordnung über die Namenswahl erklären? Deutsche Erbnamen für Juden waren beachtlich, damit Juden nicht mehr anhand ihres Nachnamens als religiöse Minderheit erkannt werden konnten. Juden sollten vielmehr so weit wie möglich in den Staat integriert werden, ob sie wollten oder nicht. Ihr Wille und ihre Traditionen zählten dabei nicht, denn sie sollten einen Nutzen für den aufgeklärt-absolutistischen Staat haben. Was die Juden von der Mehrheitsgesellschaft unterschied, sollte so weit wie möglich aufgehoben werden. So sollte das Hebräische nur noch in ihren Gottesdiensten gebraucht werden. Testamente, Rechnungen, Handelsbücher waren im Sinne der Zentralisierung in der „gerichtlichen“ Sprache abzufassen, d.h. wenn möglich in Deutsch. Überhaupt zählte für Joseph der Zentralismus als Staatsziel, ungeachtet bisheriger föderaler Eigenheiten und Selbstverwaltungsformen.

Joseph wollte zwischen 1780 und 1790 als Anhänger der Aufklärung, als Vertreter



Der österreichische Kaiser Joseph II. war auch ein Förderer Mozarts.

der neuen Zeit das mittelalterlich-feudale Staatsgebäude durch umfassende Reformen (v.a. durch die Aufhebung der meisten Orden und Klöster) von oben revolutionieren.

Das Beispiel der Namensreform aus den Habsburger Ländern wirkte auf die anderen deutschen Staaten: Juden nahmen nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland in den nächsten 50 Jahren erbliche Familiennamen an, beispielsweise Namen mit geografischem Bezug (Kissinger, Frankfurter, Schlesinger usw.).

Die zwei Leben der Yehudit de Toledo-Gruber

Ihr ermordeter jüdischer Vater aus Uruguay, der Weg über ihren DDR-Regierungsauftrag in Kuba bis in die jüdische Gemeinde von München nach dem Fall der Berliner Mauer

Von Viktor Fischmann

Über die herausragenden jüdischen Persönlichkeiten wurden tausende Bücher und noch mehr Artikel geschrieben. Ich hoffe sehr, dass auch die Lebensgeschichte der deutschen Jüdin Yehudit de Toledo-Gruber in dieser Enzyklopädie ihren Platz finden wird.

Wir trafen uns im Hause eines bekannten Münchner Musikers, des Klezmer-Interpreten Leonid Pejsach. Die beiden kannten sich schon seit fast 15 Jahren; damals hieß die Deutsche de Toledo-Gruber noch Wilma, und sogar bei unserem heutigen Treffen sprach Leonid Pejsach seine Bekannte mal mit Yehudit, mal mit Wilma an.

Ich bekam von ihr eine Visitenkarte überreicht und durfte die Dame „Yehudit“ nennen; auf der Visitenkarte stand der Name: Yehudit de Toledo-Gruber.

Fischmann: Welch ein komplizierter Name! Wie kommt's?

Yehudit de Toledo-Gruber: Die romantische Geschichte meiner Eltern ist außergewöhnlich. Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg kam mein Vater nach Deutschland – aus Uruguay, mitsamt seinem Zirkus. Wo und wie genau ihr Treffen stattgefunden hatte, weiß ich nicht; meine Mutter war aber zu der Zeit mit einem vermögenden und einflussreichen Mann, der viel älter war als sie, verheiratet. Die entflammte Liebe muss wohl so stark gewesen sein, dass sie sich über alle Verbote und Hindernisse hinwegsetzte; meine Mutter wurde schwanger. Alles Weitere hätte für ihren Ehemann großes Ärgernis und ernsthafte Probleme bedeutet. Sich meines Vaters zu entledigen, war ein Leichtes für ihn: Im Zuge der „Endlösung“ wurde mein Vater von den Nazis ermordet. Meine Mutter versuchte noch, ihre Schwangerschaft abzubrechen, was ihr aber nicht gelang, so wurde ich geboren – ein Kind, das niemand haben wollte.“

Fischmann: Ihr späterer Ortswechsel, von dem Sie in Ihren Artikeln so bildhaft und humorvoll erzählen, ist, wahrscheinlich, eine Fortsetzung Ihrer rastlosen Kindheit?

Yehudit de Toledo-Gruber: Es ist schwer zu sagen. Eher kam es dank meiner Neugierde und dem Wunsch, die Welt zu sehen, dazu. An der Berliner Humboldt-Universität studierte ich Germanistik...

Fischmann: Und Spanisch?

Yehudit de Toledo-Gruber: „Dies machte ich nur nebenher; später stellte sich jedoch heraus, dass ausgerechnet Spanisch mir sehr nützlich sein würde. Am 1. Januar 1959 ergriff die Regierung Fidel Castros die Macht und bat die gesamte sozialistische Weltgemeinschaft um Hilfe. Nach Kuba kamen verschiedene Fachleute aus den Ländern des Warschauer Paktes: Aus Polen Spezialisten der Landwirtschaft, aus der Tschechoslowakei Polizisten, aus Bulgarien Techniker, Ärzte aus der UdSSR und Deutschlehrer aus der DDR; unter den Letztgenannten war auch ich. Nicht nur mir fiel es schwer, mich mit dem Klima und dem Alltag anzufreunden; außerdem lebten wir stets unter Aufsicht der sogenannten sowjetischen Nomenklatura*. Konflikte waren unumgänglich, aber heute, nach so vielen Jahren, muss ich schmunzeln, wenn ich

daran zurückdenke.“

Fischmann: Wo genau haben Sie auf Kuba gearbeitet?

Yehudit de Toledo-Gruber: „In der ersten Zeit war ich mit der Alphabetisierung in den Dörfern der Sierra Maestra beschäftigt, später unterrichtete ich an der Universität von Havanna deutsche Literatur und Geschichte. Natürlich war ich neugierig auf Kuba. Dass auch dort Juden leben, hätte ich nie gedacht; aber als Kollegen aus aller Herren Länder hatten wir ja andere Sorgen. Nur durch Zufall bin ich irgendwann Juden begegnet, die damals ihren Glauben verstecken mussten und in bitterer Armut lebten. Viele Jahre später, 2005, war ich wieder in ganz Kuba unterwegs und lernte einige jüdische Gemeinden kennen, darunter die orthodoxe Adath Israel in Havanna. Nach meiner Rückkehr veröffentlichte die Online-Zeitung HaGalil meinen großen Artikel über sie. Während meiner damaligen Reise sprach ich viel mit polnischen, deutschen und österreichischen Juden – sie alle konnten dem Holocaust nur deshalb entkommen, weil ihnen die kubanische Regierung Visa ausstellte. Wenn ich heute an diese Treffen und unsere Gespräche zurückdenke, bekomme ich eine Gänsehaut.“

Fischmann: Was führte Sie letztendlich nach München?

Yehudit de Toledo-Gruber: „Nach dem Fall der Berliner Mauer und nach meiner Scheidung bin ich aus Dresden regelrecht geflohen. In München kam ich ohne Geld und ohne Habseligkeiten an, nur mit meinen Papieren. Ich wurde in einer Unterkunft für Ausländer untergebracht und dort begann mit der Suche nach einer Arbeit und einer Wohnung mein neues Leben. Dann lernte ich einige sowjetische Juden kennen, „Kontingentflüchtlinge“ aus Petersburg und Dnjepropetrowsk; auch sie mussten ein neues Leben anfangen. Wir konnten uns gegenseitig helfen – ich ihnen mit meinem Deutsch und den Erfahrungen im für sie fremden Alltag, sie gaben mir nützliche Ratschläge, an wen ich mich wenden sollte, um meinen langjährigen Traum – Jüdin zu werden – Wirklichkeit werden zu lassen. Diesen Wunsch hatte ich schon lange, aber damals in Dresden war dies völlig unmöglich.“

Fischmann: Und in München konnte man Ihnen helfen?

Yehudit de Toledo-Gruber: „Zunächst erhielt ich von den orthodoxen Rabbinern eine Absage. Dafür wurde ich in die liberale Gemeinde Bejt Schalom sehr freundlich aufgenommen, besonders dankbar dafür bin ich dem damaligen Rabbiner Walter Rotschild. Meinen ersten Gijur habe ich in Bamberg gemacht. Erst nachdem ich die Basiskenntnisse des Judentums erlangt hatte, konnte ich die religiösen Ausrichtungen unterscheiden; hiernach erschien mir das moderne, liberale Judentum zu oberflächlich. Darüber hinaus bekam zu dieser Zeit die Gemeinde einen neuen Rabbiner, dessen Ansichten ich nicht immer teilte. Dann wurde mir klar: Ich muss einen neuen, orthodoxen Gijur machen. Ein Bankkredit wurde nötig, damit ich nach Israel reisen konnte: Dort, an der Ben-Gurion-Universität in Beer Scheva studierte ich Hebräisch, danach erwartete mich der lange Weg zum Gijur, auf dem mich Rabbiner Ebert aus Würzburg



Yehudit de Toledo-Gruber

und Rabbiner Arje Folger begleiteten. Ich bin stolz, in München meinen orthodoxen Gijur gemacht zu haben und ein Mitglied der orthodoxen Gemeinde geworden zu sein.

Als Lebensmotto liegen mir folgende Worte Hillel haSackens aus „Pirke Avot“ („Sprüche der Väter“, Anm. der Übers.) sehr am Herzen:

„Sondere dich nicht von der Gesamtheit ab.“

Traue dir selbst nicht bis zum Tage deines Todes.

Verdamme niemand, solange du nicht in seiner Lage warst.

Rede nichts Unverständliches in der Annahme, man werde es später schon verstehen.

Und sprich niemals: Wenn ich Muße habe, dann will ich lernen, denn wer weiß, ob du jemals Muße findest.“

Als es dazu kam, einen hebräischen Vornamen auszusuchen, stand meine Entscheidung schon fest; ich sagte, dass ich Yehudit heißen möchte. Das überraschte den Rabbiner: „Warum nicht ‚Sarah‘ oder ‚Debora‘?“ Als Antwort erzählte ich ihm die Geschichte des weltberühmten Geigers Yehudi Menuhin. Auf der Flucht von Pogromen kam seine Familie – der Vater und seine hochschwängere Frau – nach einem langen beschwerlichen Weg in New York an. Der Vater suchte für seine Frau eine bescheidene, ruhige Unterkunft, wo sie bald in einer jüdischen Umwelt ihr Kind hätte zur Welt bringen können. Die Wohnung wurde gefunden, und zur Begrüßung sagte der Hausbesitzer freundlich: „Machen Sie es sich bequem, es ist gemütlich und ruhig hier, und es werden Sie keine Juden hier belästigen.“ Selbstverständlich verließen die beiden sofort das Haus, und die Frau sagte zu ihrem Mann: „Wenn es ein Junge wird, werde ich ihn ‚Jehudi‘ nennen, wenn es ein Mädchen wird,

‚Yehudit‘, und jeder wird sofort wissen, wer sie sind.“ („Yehudi“ bedeutet auf Hebräisch ‚Jude‘, Anm. d. Red.)

Fischmann: Sie erzählten von den kubanischen Juden. Wie ging die Geschichte weiter?

Yehudit de Toledo-Gruber: Als ich 2005 die osteuropäischen Juden, die nach Kuba vor dem Holocaust geflohen waren und in Armut lebten, in der Gemeinde Adath Israel kennengelernt hatte, dachte ich sofort daran, einige von ihnen in unsere Gemeinde einzuladen. Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, unterstützte diese Idee, dennoch stellte sich heraus, dass es mit ungeheurer viel Bürokratie verbunden war. So wurde dieser Plan auf Eis gelegt, aber nicht vergessen: Jahre später konnten die Hindernisse beseitigt werden, und die Idee wurde verwirklicht. Zuvor organisierte ich mit der Unterstützung des Gemeindevorstandes eine siebentägige Mizwa-Spendenaktion zugunsten der kubanischen jüdischen Gemeinde Adath Israel. Wir haben Medikamente gekauft und mehrere tausende Euro gesammelt; das alles haben der Kantor unserer Gemeinde und ich im November 2015 dem Präsidenten der Gemeinde Adath Israel persönlich übergeben.

Nachtrag der Redaktion:

Der Besuch des Präsidenten der Havannaner orthodoxen jüdischen Gemeinde Adath Israel, Seigneurs Salomon Sussi Sarfati, in der jüdischen Gemeinde in München fand vom 14.9.2018 bis zum 31.9.2018 statt. Der Gemeindevorstand unterstützte Frau Yehudit de Toledo-Gruber in ihrem Vorhaben; auch bei den Gemeindegliedern fand sie viele Unterstützer, die sich bereit erklärten, den kubanischen Gast bei sich in dieser Zeit aufzunehmen und ihm die Stadt München zu zeigen.

Warum ist in der Schöpfungsgeschichte G'tt in der Mehrzahl?

tatt „Eloah“ wird das Pluralwort „Elohim“ in Genesis verwendet – war G'tt nicht allein?

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Kabbala ist im Trend. Viele versuchen die Kabbala zu erlernen, um tiefe Geheimnisse des Lebens zu begreifen und das Leben insgesamt sinnvoller zu machen. Deshalb sind überall zahlreiche Kabbala-Zentren und Kabbala-Gurus zu finden, die mit dem Judentum oft gar nichts zu tun haben.

Jeder Mensch kann jedoch auch ohne Gurus so manche Geheimnisse, die die Kabbala beinhaltet, bei aufmerksamer Betrachtung in der Tora selbst finden.

Gleich im ersten Vers der Heiligen Schrift kann man etwas Interessantes bemerken:

„Im Anfang hatte Gott den Himmel und die Erde geschaffen“. Wenn dieser Satz in deutscher Übersetzung noch ganz normal erscheint, so ist er im Original viel spannender. Denn das Wort, was auf Deutsch als „Gott“ übersetzt wird, lautet auf Hebräisch „Elo-him“.

Für diejenigen, die sich mit Hebräisch auskennen, klingt dieser G'ttesname ziemlich komisch: Denn nach den Regeln der Grammatik steht dieses Wort im ... Plural! Diejenigen, die Hebräisch noch besser verstehen, wissen, dass das Wort „Elokim“ auch noch andere Bedeutungen hat, wie z.B. „Richter“ oder sogar „fremde Götter“. Aber die größte Überraschung erwartet den Leser, wenn er zum zweiten Kapitel (2:4) kommt. Dort heißt es „Dies ist die Entstehung des Himmels und der Erde, da diese geschaffen wurden, am Tag, da der Ewige, Gott, Himmel und Erde fertigte“. Hier steht nun plötzlich, dass G'tt, der die Welt erschaffen hat, nicht nur „Gott“ (Elokim) heißt, sondern auch „der Ewige, Gott“ (HaSchem Elokim).

Was bedeutet das alles? Wie heißt G'tt denn nun wirklich?

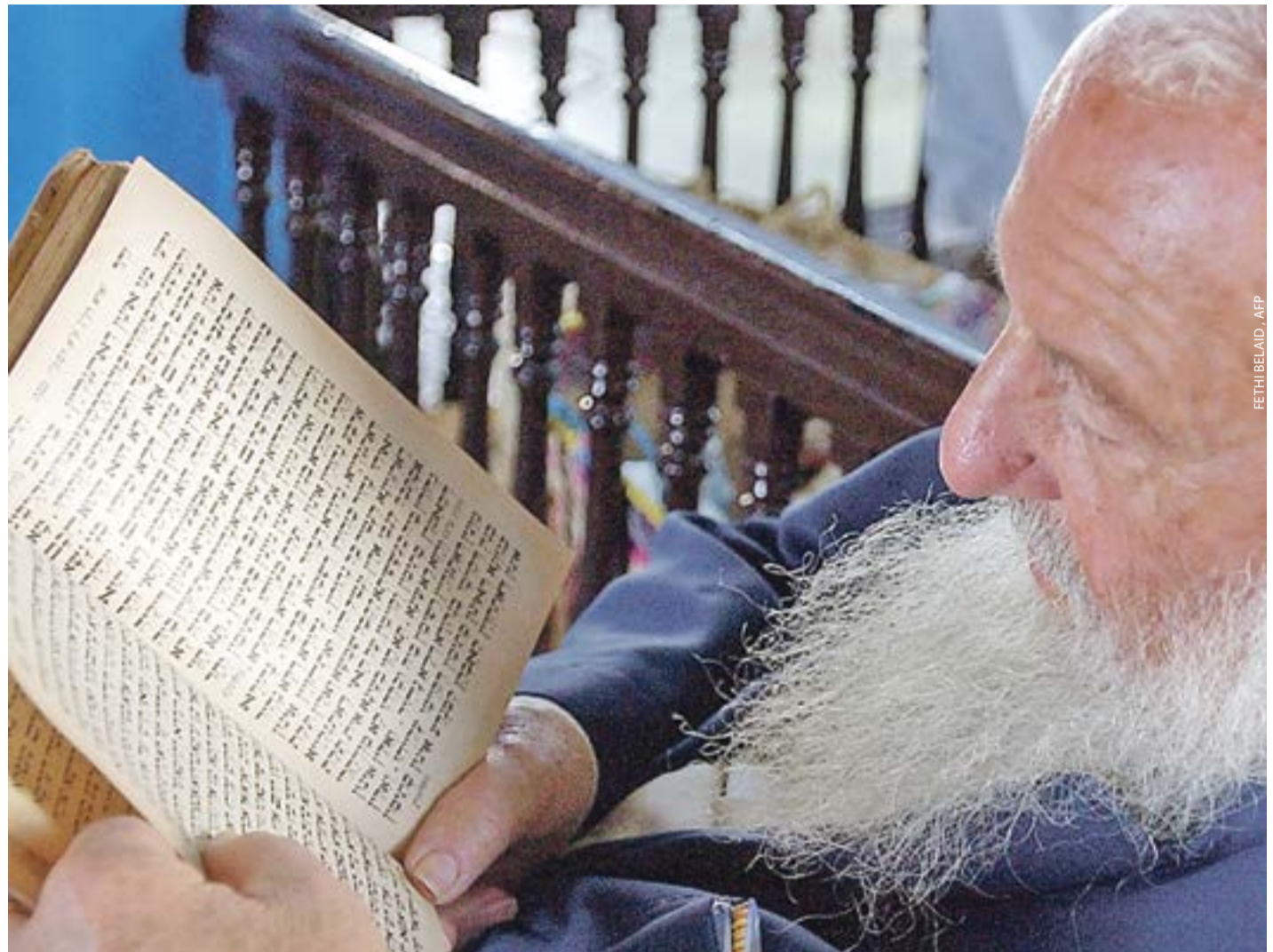
Das ist eine sehr spannende Frage und wenn man nachforscht, so kann man einige echte Geheimnisse des Judentums entdecken.

Ein und nicht Viele

So wie die Menschen, die eigentlich keinen Namen brauchen (die Namen sind nur für die anderen nötig, um diesen Menschen zu rufen), braucht auch G'tt natürlichen keinen Namen. Deshalb ist G'ttes Name einfach seine Manifestation in dieser Welt. Und da sich G'tt auf sehr verschiedene Weisen in dieser Welt offenbaren kann, hat Er auch unendlich viele Namen. So umfasst zum Beispiel das Werk „Schorschej haSchemot“ („Wurzel der Namen“) von Rabbi Moshe Zacuto, das eine kurze Zusammenfassung von G'ttes Namen enthält, 5 Bände und mehr als 1.500 Seiten!

Auch im Tanach selbst finden wir mehrere Namen von G'tt: Ado-naj, Ke-l, Scha-daj, Ado-naj Tze-waot und andere. Man muss deshalb erklären, warum G'tt für den Anfang der Schöpfungsgeschichte ausgerechnet den Namen „Elokim“ ausgewählt hat, der außerdem auch noch mehrdeutig ist.

Die Mehrdeutigkeit des Namens „Elokim“ ist nur auf den ersten Blick problematisch. Schon im Talmud wurde die Lösung für dieses „Problem“ aufgezeigt. Es wird erzählt, dass einmal ein Römer zu den jüdischen Weisen kam und provozierend fragte: von wie vielen Göttern wurde die Welt erschaffen? Natürlich meinte er, dass G'ttes Name im Vers der Schöpfungsgeschichte im Plural steht, und somit auf mehrere Götter hinweisen kann. Doch die jüdischen Weisen mussten nicht



Studium der Thora

lange nachdenken, um diese Frage zu beantworten. „Für diejenigen, die die Heilige Schrift verdrehen wollen, gib es dort schon die Antwort: es steht nicht ‚Elokim haben erschaffen‘, sondern ‚Elokim hat erschaffen‘. Mit anderen Worten zeigt das Verb, das im Singular steht, dass es sich bei ‚Elokim‘ um nur einen G'tt handelt und nicht um mehrere Götter.“

Der „Hauptname“

Jedoch hat G'tt natürlich nicht umsonst den Namen „Elokim“ für die Schöpfungsgeschichte auserwählt. Um den Grund für diese Wahl zu verstehen, muss man die tiefe Bedeutung von G'ttes Namen betrachten.

Der „Hauptname“ von G'tt ist der sogenannte „Schem haMeforasch“ – „der spezielle Name“, der aus vier Buchstaben besteht: Jud-Hej-Waw-Hej. Während man andere G'ttesnamen nur nicht grundlos aussprechen darf (sondern nur im Gebet oder im Gericht beim Schöhen), ist dieser „Schem haMeforasch“ so heilig, dass man ihn nie aussprechen darf. Nur der Hohepriester durfte ihn am Jom Kippur im Tempel aussprechen. Beim Gebet wird dieser Name als „Ado-naj“ („Herr“) ausgesprochen.

Eine andere Bezeichnung dieses Namens ist „Schem haEtzem“ – „der eigentliche Name“. Der Vilna Gaon (Gaon von Wilna, 1720-1797) erklärt, dass dieser Name zeigt, dass G'tt ewig existiert, sich nie ändert und von nichts anhängig ist. Im Gegensatz zu G'tt sind G'ttes Schöpfungen limitiert und ihre Existenz hängt nur von G'tt ab. Deshalb ist dieser Name allumfassend: G'tt ist überall und allmächtig.

„Begrenzung“ für die Schöpfung

Der Name „Elokim“ hat eine ganz andere Bedeutung. Dieser Name steht für „Gwura“ – Stärke, Strenge, Härte. Die Strenge und Härte assoziieren wir mit Begren-

zung (wenn Eltern ihrem Kind Strenge zeigen wollen oder es für ein Vergehen bestrafen wollen, dann begrenzen sie für ihr Kind z.B. Vergnügungen: kein Tablet, kein Fernsehen, keinen Ausflug usw.).

Deshalb ist es auch sehr logisch, dass genau dieser Name in der Schöpfungsgeschichte benutzt wurde: in der Kabbala wird erklärt, dass G'tt sich quasi „begrenzen“ musste, um „Platz“ für die zu erschaffende Welt „zu lassen“. Anders ausgedrückt, musste ein Raum geschaffen werden, wo „G'tt nicht zu sehen und nicht zu spüren war“. Nur so konnte dem Menschen der freie Wille garantiert werden. Und der Name „Elokim“ weist auf diesen Vorgang (die „Selbstbegrenzung“ von G'tt) hin.

Jedoch funktioniert der freie Wille nur dann, wenn man keine direkten Konsequenzen für die Taten zu spüren bekommt. Wäre jeder Täter direkt nach seiner Sünde vom Blitz getroffen, hätte natürlich niemand je etwas Schlechtes getan. Und das führt zu der Erklärung, warum in der zweiten Erzählung über die Schöpfung (Vers 2:4) nicht mehr „Elokim“, sondern „Ado-naj Elokim“ steht. Während „Elokim“ für die Härte und den strengen Gerichtsprozess steht, symbolisiert der Name „Ado-naj“ Liebe, Barmherzigkeit und Gnade.

Deshalb erklären unsere Weisen, dass die „Änderung“ des Namen bei der Schöpfung gerade für den freien Willen notwendig war: „Gott (Elokim) erschuf, und es heißt nicht, ‚der Ewige (Ado-naj) erschuf‘; denn zuerst bestand Seine Absicht die Welt auf Grund der Gerechtigkeit (Strenge) zu erschaffen. Da Er aber sah, dass die Welt dann nicht bestehen könne, schickte Er die Barmherzigkeit voran und verband sie mit der Gerechtigkeit, darum heißt es ‚am Tage, da der Ewige, Gott, Erde und Himmel erschuf‘.“

Das bedeutet, dass wenn die Frevler etwas Schlechtes machen, sie nicht gleich

von G'tt bestraft werden (kein sofortiger Blitz vom Himmel). G'tt wartet zuerst, ob der Mensch vielleicht doch seine Taten bereut und die T'schuwa (Rückkehr) macht. Und wenn nicht, dann bekommt der Bösewicht seine Bestrafung sowohl in dieser Welt als auch in der zukünftigen.

Wichtige Erkenntnis

Wenn man noch tiefer in den Namen „Elokim“ blickt, bekommt man ein sehr wichtiges Verständnis für G'ttliche Wege.

Kabbalisten bemerken, dass die Gematria (der Zahlenwert) des Wortes „Elokim“ 86 beträgt. Den gleichen Zahlenwert hat auch das hebräische Wort „haTewa“ (die Natur). Und das ist natürlich kein Zufall.

Unsere Weisen erklären, dass die Natur eine Art „Karnevals-Maske“ von G'tt ist. Wir sehen die Erde, die Planeten, Sonne, Mond, Pflanzen und Tiere und denken, dass alles „von selbst“ entstanden ist. Dass es keinen G'tt, keine höhere Macht gibt, die das alles erschaffen hat und ständig lenkt und steuert. Wenn man aber versteht, dass nichts „von sich selbst“ kommen kann, und es einen Schöpfer geben muss, dann erkennen wir hinter der „Maske“ der Natur den G'tt.

Und diese Erkenntnis soll uns helfen zum richtigen Verständnis des berühmten und wichtigen „Schma Israel“-Satzes zu gelangen. Wir sagen „Schma Israel, Ado-naj Elokejnu, Ado-naj Echad“ („Höre Israel, der Ewige ist unser Gott, der Ewige ist einzig“). Wir sollen erkennen, dass der G'tt, der diese Welt erschaffen hat und sich weiterhin um diese Welt kümmert (Elokejnu) der gleiche G'tt (Ado-naj) ist, der ewig, allmächtig und unabhängig ist.

Mit diesem Verständnis vom tiefen und mehrdeutigen Namen „Elokim“ wird unsere Weltanschauung viel richtiger sein und mehr Sinn ins Leben bringen.

Von Daniel Sarfati

Von Mendl sagte man im Shtetl, er sei zurückgeblieben. Aus der Kindheit war er nie herausgewachsen, im Cheder, der Schule, belegte er seit Jahren immer noch denselben Platz, umgeben von Schülern, die alle viel jünger waren als er und sich über ihn lustig machten. Sie spotteten über seine zu kurzen Hosen, über seinen dümmlichen Gesichtsausdruck, über seine Unfähigkeit irgendetwas zu behalten. Trotz intensiver Mühe war es dem Melamed, dem Lehrer, nicht gelungen, ihm etwas beizubringen.

Um die Familie nicht zu beschämen, willigte Avrom, der Rebbe, zögernd ein, dass Mendl seine Bar Mitzwah machen dürfe, doch er stellte sich besorgt vor, wie der Junge sich an diesem Tage die vor ihm ausgebreiteten Thorarollen hilflos und stumm angrinste und sich vor der versammelten Gemeinde blamierte – denn Mendl konnte nicht einmal lesen.

Mendl's Bar Mitzwah

Das Einzige, was er kannte, war das hebräische Alphabet, das Alef-Bet. Das kannte er gut und konnte es von Anfang bis Ende fehlerlos aufsagen:

Aleph, Bet, Gimmel, Daled, Hei, Waf...

Eines Tages, als Mendl alleine über die Felder nahe dem Shtetl spazierte, fing er plötzlich an, jeden einzelnen Buchstaben gen Himmel zu schreien, und es schien, als käme vom Himmel ein Echo zurück.

Aus voller Brust sagte er das Alef-Bet zum dritten Mal auf, als Avrom, der Rebbe, dazukam.

„Was schreist du so, Mendl?“, fragte er irritiert.

„Ich bereite meine Bar Mitzwah vor, Rebbe, wie du gesagt hast.“, antwortete der Junge verlegen.

„Aber nein, du Narr, du sagst doch nur das Alef-Bet auf!“,

rief er verärgert.

Da schaute Mendl hinauf zum Himmel, so als wollte er Mut schöpfen und er, der Einfältige, der Ignorant, sprach, wie er es noch nie vermocht hatte:

„Das stimmt, Rebbe, ich weiß nicht, wie man betet, ich habe es nie lernen können, aber G-tt im Himmel kennt die Thora, ER kennt alle Gebete und vieles andere mehr. Ich schenke IHM alle Buchstaben, die ich kenne, damit ER SICH das Gebet zusammenstellt, das IHM am meisten Freude macht zu hören!“

Avrom, der Rebbe, nahm Mendls beide Hände in die seinen und sprach leise zu ihm:

„Gehen wir jetzt nach Hause, Mendl. Du hast Recht, und ich bin sicher, dass dir am Tage deiner Bar Mitzwah G-tt von der ersten Reihe aus zuhören wird.“

Aus dem Französischen liebevoll übersetzt von Yvonne Perle.



JÜDISCHE RUNDSCHAU Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.